LUNAU · REVOLTE IN USA

HENRY HEINZ LUNAU

Revolte in USA



HENRY HEINZ LUNAU

REVOLTE IN USA

Von Roosevelt über McCarthy
zu Eisenhower

BECHTLE VERLAG

Umschlaggestaltung: Georg Koschinski · Gesamtherstellung: Bechtle Verlag
Gesetzt aus der Bodoni-Antiqua

VORWORT

Die führende Stellung der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation bringt es mit sich, daß die deutsche und europäische Öffentlichkeit dem Zeitgeschehen in Amerika ein größeres Interesse entgegenbringt als früher. Zeiterscheinungen wie der sogenannte McCarthyismus, politische Ereignisse wie der Wahlsieg Präsident Eisenhowers und der republikanischen Partei im Jahre 1952 oder die Bedeutung des Rooseveltregimes im geschichtlichen Verlauf werden dabei notwendigerweise durch die Brille europäischer Erfahrung betrachtet.

Es liegt deshalb nahe, daß man gewisse scheinbare Parallelen zieht, zum Beispiel den McCarthyismus mit bekannten faschistischen Tendenzen, Umtrieben und Untaten gleichsetzt oder den republikanischen Wahlerfolg mit Eisenhower als »einen Sieg reaktionärer Kreise gegen die Partei des sozialen Fortschritts« interpretiert.

Eine solche Betrachtung führt möglicherweise zu ganz schiefen Vorstellungen, welche nur durch Kenntnis der historisch begründeten Wirklichkeiten korrigiert werden können. Derartige Kenntnisse zu erarbeiten und zu vermitteln, kann als eigentliche Aufgabe politischer Zeitgeschichtsschreibung betrachtet werden. Diese Aufgabe ist es, deren Lösung hier für den Zeitabschnitt amerikanischer Geschichte seit Ende 1932 versucht wird.

Zu der zeitlichen Beschränkung kommt in sachlicher Beziehung, daß wir uns hier mit politischer Zeitgeschichte beschäftigen. Konzentriert man sich auf die gesellschaftliche Realität, so ist zu erkennen, daß jede politische Tätigkeit dar-

auf gerichtet ist, Positionen zu gewinnen und zu behaupten, die auf Grund der jeweiligen rechtlich geregelten Ordnung einem »Kampf um die Macht« offenstehen. Darauf folgt die Ausübung der mit diesen Positionen verbundenen Funktionen im sozialen Bereich. Konkret ausgedrückt heißt das mit Bezug auf die westliche Welt, soweit deren verschiedene politische Gemeinschaften nach demokratischen Grundsätzen geleitet werden: es geht um Wahl, Ausübung des Mandats und Wiederwahl. Auf einen Tatsachenkomplex wie die gegenwärtige russische Diktatur bezogen, bedeutet dies: das Sichveräußern an die kommunistische Partei, das Sichbehaupten und Vorwärtskommen in der Parteihierarchie und in dem von ihr dirigierten Staatsapparat, den Kampf um die höchsten Positionen mit Hilfe von Verschwörungen, Terrorprozessen und moralischer oder physischer Tötung der Konkurrenten. In Wirklichkeit liegen in beiden Fällen verschiedene Formen einer grundsätzlich gleichen sozialen Erscheinung vor. Beides ist politische Aktivität.

Für die rechtliche Regelung der politischen Tätigkeit in Amerika kommt der aus dem Jahre 1787 stammenden Verfassung besondere Bedeutung zu. Sie wird uns hier insoweit interessieren, als die in ihr niedergelegte Vorstellungswelt faktisch Einfluß hat und damit in gewissem Maße das politische Geschehen in den Vereinigten Staaten bestimmt.

*

Unsere Aufgabe, zeitgeschichtliches politisches Geschehen in Amerika so darzustellen wie es wirklich war und ist, impliziert natürlich, daß wir das für möglich halten.[1]

Die Schwierigkeiten, politische Zeitgeschichte zu schreiben, liegen — so meint man im allgemeinen — darin, daß niemand, der im Zeitgeschehen stehe und daran mehr oder weniger starken Anteil habe, etwas objektiv Gültiges über

dieses selbe Geschehen aussagen könne. Dazu gehöre ein gewisser Abstand, ein Abklingen der Leidenschaften, die richtige Perspektive oder wie das auch immer ausgedrückt wird. Dabei wird übersehen, daß sich die gleiche Schwierigkeit für alles, was Geschichte heißt, geltend machen muß, und zwar für weiter zurückliegende Zeitabschnitte in noch verstärktem Maße. Denn wenn es mir, der ich heute lebe und der ich über eine gewisse Spanne von Jahren die Jetztzeit bewußt miterlebt habe, unmöglich sein soll, über diese Zeit etwas Gültiges auszusagen, wie soll ich oder irgend jemand je in der Lage sein, etwas Gültiges zum Beispiel über die Zeit der Revolutionskriege in Amerika, über den Dreißigjährigen Krieg, die Französische Revolution, das Römische Weltreich oder sonst irgend etwas auszusagen? Wenn immer ich versuche, etwas über die Vergangenheit ausfindig zu machen, so mag ich mich zwar selbst in der Rolle eines unbeteiligten Zuschauers wähnen, gleichwohl bin ich aber auf zeitgenössische Schriften, Dokumente und ähnliches mehr angewiesen, auf Material also, das seinerseits von Menschen ihrer Zeit, also wiederum höchst beteiligten Zuschauern verfaßt wurde. Hält man überhaupt Geschichtsschreibung für möglich, so muß man wohl auch die Möglichkeit politischer Zeitgeschichtsschreibung zugeben. Die Zurückhaltung der Zeitgeschichte gegenüber — mag sie nun im einzelnen auf gewissen philosophischen Ungereimtheiten, auf unliebsamen praktischen Erfahrungen mit Tyrannen oder auf der häufig ins Feld geführten Spezialisierung der Sozialwissenschaften beruhen — hat folgende direkte Konsequenz: Beschäftigung mit den unmittelbaren geschichtlichen Voraussetzungen der Gegenwart bleibt im allgemeinen Leuten überantwortet, die weder persönlich noch sachlich an vorurteilsloser Betrachtung von politischen Ereignissen und Verläufen interessiert sind: Journalisten, Weltreisenden, po-

litisierenden Literaten, Rundfunkkommentatoren, besoldeten Propagandisten gegenwärtiger oder zukünftiger Machthaber und so weiter. Das ist insofern bedauerlich, als damit unweigerlich das politische Geschehen unserer Zeit unter anderen Gesichtspunkten als dem der Wahrheitsfindung behandelt wird. Dem Bürger, der auf diese Quellen der Vermittlung zeitgeschichtlicher Vorgänge angewiesen ist, erscheinen dann die Fragen der Zeit unter dem Blickwinkel ihres Nachrichtenwertes, des meist schmeichelhaften Vergleichs zu den Zuständen im eigenen Land, als Erscheinungsformen allgemein menschlicher Problematik oder unter dem Für und Wider des politischen Tageskampfes. Während Geschichte geschieht, ist ohnehin alles so interessant und aufregend, daß der gewöhnliche Sterbliche meist gar nicht dazu kommt, sich einmal zu fragen, w a s denn nun eigentlich gespielt wird. Und wenn dann der «Sieger» im politischen Kampf nicht Maß zu halten weiß, wenn er sich zum Beispiel so töricht gebärdet wie der »Führer« unseligen Angedenkens, dann gibt es meist keinen Rückweg mehr.

September 1954 *H.H.L.*

AMERIKA UNTER ROOSEVELT

Das Klima des New Deal

Franklin Delano Roosevelt trat am 4. März 1933 sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten an. Damit fiel die Hauptrolle auf der Bühne des amerikanischen nationalen Geschehens und zugleich eine der führenden Rollen im Völkergeschehen einem Manne zu, der die Erfüllung seiner Persönlichkeit darin suchte, seine Einsätze bis zur letzten dramatischen Nuance auszuspielen. Er starb am 12. April 1945 nach über zwölfjähriger Amtszeit, in deren Verlauf sich die Mehrzahl der amerikanischen Wähler noch weitere dreimal zu ihm bekannte.

Roosevelt war geborener Politiker; er war es mit Leib und Seele. Er gehörte zu jener relativ kleinen Gruppe von Menschen, deren persönliche Anlagen und äußere Lebensumstände sie übereinstimmend zur politischen Laufbahn prädestinieren. Solche Menschen gibt es in jedem Gemeinwesen nur in beschränkter Anzahl. Die spezielle Begabung, die jeden erfolgreichen Politiker auszeichnet, ist seine Fähigkeit, andere in den Angelegenheiten des sozialen Zusammenlebens und deren Leitung zu beeinflussen. Eine besondere Ausbildung für den Berufspolitiker gibt es nicht, wenngleich das Studium der Rechte als geeignete Vorbereitung gilt und die übergroße Mehrheit amerikanischer Politiker ein Rechtsstudium hinter sich hat.

Die sich in der politischen Aktion manifestierende eigentümliche Überzeugungskraft der Persönlichkeit, zusammen

mit dem entsprechenden Einfühlungsvermögen gegenüber den Mitmenschen, war in Roosevelt stark entwickelt. Sein Ehrgeiz hatte sich schon früh zum Ziele gesetzt, einmal das höchste politische Amt des Landes zu bekleiden. Dazu kamen ein Name, der in der politischen Tradition des Landes einen guten Klang hat, finanzielle Unabhängigkeit, eine sonore Stimme, die Gabe, das richtige Wort im richtigen Augenblick auszusprechen, eine gewinnende Persönlichkeit mit einem Lachen, das die Mitmenschen fröhlich machen konnte, ein außergewöhnliches «Flair» für Publizität und Propaganda, eine tatsächliche oder bewußt zur Schau getragene Unbekümmertheit, die dem Optimismus und dem Vertrauen des Amerikaners, das Leben meistern zu können, so recht entgegenkam, eine politisch stark interessierte Frau und der Nimbus, den ihm sein Sieg über eine schwere Krankheit verlieh.

Auf Grund dieser Eigenschaften war Roosevelt auf der Liste der demokratischen Partei 1928 zum Gouverneur des Staates New York gewählt worden, in den gleichen Wahlen, in denen dem Republikaner Herbert Hoover auf nationaler Ebene mit großer Stimmenmehrheit die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten übertragen worden war. Mit seiner Wiederwahl zum Gouverneur im Jahre 1930 war Roosevelt in einer Position bestätigt worden, die wegen der dem Staate New York gehörigen hohen Anzahl von Wahlmännern als ein natürliches Sprungbrett für Politiker mit Präsidentschafts-Aspirationen angesehen wird. Zusammen mit seiner nun wiederholt bewiesenen Anziehungskraft auf die Wähler, seiner ungewöhnlichen Fähigkeit, das Gefühls- und Willensleben seiner Mitmenschen zu beeinflussen, trug sie ihm auch tatsächlich auf dem Kongreß der demokratischen Partei im Jahre 1932 die Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten ein. In der Rede, mit welcher er die Ernennung

dankend annahm, versprach er dem amerikanischen Volk, daß er als Präsident das alte Spiel abbrechen und ein neues beginnen werde: den berühmten *New Deal.*[2]

Zahlreiche Versuche sind unternommen worden, genau zu bestimmen, »welch Geistes Kind« dieser Franklin Delano Roosevelt war. Um die ihn leitenden Grundgedanken zu erkennen, hat man seine Herkunft, sein gesellschaftliches Milieu, seine Schulbildung und seine Studien durchleuchtet. Einige glauben, der ursprünglichen Konzeption des *New Deal* in Form einer kleinen, anonymen Schrift aus den zwanziger Jahren auf die Spur gekommen zu sein, worin das Leben eines »guten« Diktators mit »sozialem Gewissen« dargestellt wird. Sie wird Oberst House, dem Schatten Wilsons während der Pariser Friedenskonferenz 1919 zugeschrieben. Andere sind überzeugt, die Basis von Roosevelts Philosophie in einer Rede seines Vetters fünften Grades, Theodore Roosevelt, aus dem Jahr 1910 entdeckt zu haben, in der dem amerikanischen Volk ein *Square Deal* – ein ehrliches Spiel – versprochen wurde. Noch andere schreiben Roosevelt einen Sozialismus besonderer amerikanischer Prägung zu und geben damit zu verstehen, daß sie ihn für einen »Verräter an seiner eigenen Klasse« halten, oder aber, daß er ihnen als der Retter der Nation an der Schwelle eines neuen Zeitalters erscheint. So streiten Freund und Feind.

Für die Betrachtung politischer Gegenwartserscheinungen sind solche Untersuchungen müßige Spekulationen; denn der Politiker Roosevelt war kein Denker, sondern ein Mann der Tat, der politischen Aktion, ein leidenschaftlicher Spieler auf diesem Feld, den der höchste Einsatz reizte, während er im Spielsaal der Welt auf dem »Schachbrett USA« seine Figuren mit souveräner Gewandtheit hin- und herzog. Als ein zum sogenannten liberalen Flügel der demokratischen Partei gehörender Politiker griff er zu den Formulie-

rungen, die seinen Zielen dienlich waren. Welche Formulierungen das waren, hing von den jeweiligen Zielen und von der jeweiligen allgemeinen Lage im Lande ab.

Wie war nun die Lage in Amerika, als Roosevelt für die Wahlen des Jahres 1932 zum Bannerträger der demokratischen Partei ernannt wurde und also sein nächstes Ziel darin bestand, zum Präsidenten gewählt zu werden?

Nach dem Abenteuer der Teilnahme am ersten Weltkrieg und dem besonders vom Standpunkt des Wilsonschen Idealismus aus als verhängnisvoll angesehenen Fiasko der Pariser Friedenskonferenz hatten sich die Amerikaner auf sich selbst und ihre eigenen Probleme zurückgezogen. Seit 1922 erfreute sich das Land unter der politischen Führung der Republikaner eines stetigen wirtschaftlichen Aufstiegs. Erhöhte Bautätigkeit, rascher Ausbau der Automobilindustrie, neue öffentliche Investitionen für den Ausbau des Straßennetzes sowie für den Bau von Schulen und Krankenhäusern, ein gewisses Aufleben des Außenhandels und eine starke Expansion der Elektrizitätsindustrie mögen stichwortartig als Anhaltspunkte zur Charakterisierung der wirtschaftlichen Lage dienen. In der Bauindustrie allein bedeutete das fast 5 Millionen neuer Arbeitsplätze. Löhne und Profite stiegen. Man sonnte sich im Licht unabsehbarer Prosperität, und nichts schien dem endlosen Marsch in eine großartige Zukunft im Land der unbegrenzten Möglichkeiten im Wege zu stehen. Sogar mit den sozial höchst bedenklichen Folgen der Prohibition fand man sich einstweilen ab, zumal es doch noch Möglichkeiten gab, sich gelegentlich das Blut mit Alkohol zu versetzen.

Wie immer in Zeiten eines sich rasch entwickelnden wirtschaftlichen Wohlstandes nahm auch das Interesse an Dingen der Kultur stark zu. Die Zahl derer, die höhere Schulbildung genossen, verdoppelte sich in dieser Periode, wäh-

rend sich die Zahl der Studierenden gegenüber 1920 fast verdreifachte. Die Beschäftigung mit »sozialen Problemen« wurde zur Mode, sie begann zum guten Ton zu gehören. Man entdeckte »den Proletarier« zusammen mit der sozialen Frage, wurde sich aller möglichen gesellschaftlichen und rassischen »Vorurteile« bewußt — und bekannte Romanschriftsteller wie Theodore Dreiser und Upton Sinclair machten sich zu Ventilen für das Mißbehagen, das sich auf Grund der jedem Gemeinwesen anhaftenden Unvollkommenheiten ansammelt und periodisch nach einem Ausdruck sucht. »Neue Ideen« — vom Klassenkampf, von den Pflichten der Gesellschaft und den Aufgaben des Staates, von einer politischen Evolution zu vollkommeneren Formen der »Demokratie«, von den geschichtsbildenden Kräften, von sozialer Gerechtigkeit und dergleichen mehr — spukten und gärten in den Köpfen der jungen Leute. Das alles war geistig lebendig, kulturell interessant und im Einzelfall durchaus unschädlich, solange der alte Herr genug Geld machte oder man selbst in der Gesellschaft, die man kritisierte, sein gutes Auskommen fand.

In diese Situation schlug am »schwarzen Freitag«, dem 24. Oktober 1929, der Blitz. Da der gewöhnliche Sterbliche in Amerika genau so wenig wie anderswo dazu neigt, sich den Kopf über wirtschaftliche Zusammenhänge und weltwirtschaftliche Komplikationen zu zerbrechen, so traf das Publikum der Zusammenbruch des Wertpapiermarktes völlig unvorbereitet. In Europa, besonders in Deutschland, kam dieses Sturmzeichen der Weltwirtschaftskrise nicht ganz so unerwartet. Man wußte in Europa mehr oder weniger deutlich, daß die wirtschaftsschädliche Saat, die die Kriegsmacher von 1914 und die Friedensmacher von 1919 so leichtfertig gesät hatten — Kriegsschulden und Reparationen hatten dabei ganz besondere Bedeutung — einmal

werde aufgehen müssen. Aber, erwartet oder unerwartet, in ihren Auswirkungen auf das persönliche Schicksal von Millionen und aber Millionen von Menschen war die Krise hüben und drüben gleich einschneidend. Sie bedeutete Existenzverlust und Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Elend und vor allem die Bereitwilligkeit, an Wunder, Führer und Messiasse zu glauben.

Verglichen mit der Sozialgesetzgebung Europas, fehlte es im Amerika Hoovers an einer adäquaten Maschinerie, einer solchen Kalamität zu begegnen. Infolge ihres Ausmaßes überflutete sie die traditionellen Behelfe der Staats- und Lokalbehörden und der vorwiegend aus privaten Zuwendungen gespeisten Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen. Der republikanische Präsident Herbert Hoover wurde zum Sündenbock gemacht und in der Wahl von 1932 von Roosevelt mit einer Mehrheit von über 7 Millionen Stimmen entscheidend geschlagen. Das Jetzt lief der Tradition den Rang ab. Und dies in höchst begreiflicher Weise. Denn selbst in Amerika können sich über 12 Millionen Arbeitslose von der Lektüre der Verfassung nichts kaufen, noch können sie von begütigenden präsidentiellen Vorlesungen über die prinzipielle Gesundheit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung satt werden. Die Krise spitzte sich 1933 im Laufe des Februars durch Schließung immer neuer Banken in rascher Folge zur Panik zu.[3]

Eine ideale Situation für den Mann der Stunde, einen Mann, der Neues schaffen wollte, einen Mann der Tat — für Franklin Delano Roosevelt. Auf ihn als den Sieger, der einen *New Deal* versprochen hatte, blickte man voller Hoffnung. Auf ihn konzentrierten sich die Wünsche und Sehnsüchte der sogenannten liberalen Intellektuellen der Nachkriegszeit. Eine ganze Generation desillusionierter Idealisten aller Schattierungen suchte und fand in Roosevelt

einen Ankerpunkt für sachlich oft höchst fragwürdige Ideen. Ihnen versprach der Schwung des Mannes der Stunde Rettung aus der eigenen Konfusion durch politische Tat. Die Zeit der Plänemacher, der Weltverbesserer, der sozialen Reformatoren und Experimentatoren war gekommen. Und so finden wir denn in der unmittelbaren Umgebung Roosevelts jene Gruppe von Intellektuellen, Anwälten und Professoren, die an der Ausarbeitung seiner Pläne und Reden sowie an der Lösung von Personalfragen wesentlichen Anteil hatten: die Samuel Rosenman, Raymond Moley, Felix Frankfurter, Rex Tugwell, Lindsay Rogers, Adolf Berle, Joseph D. McGoldrick, Howard Lee McBain, Henry Morgenthau jun., um nur einige der Namen zu nennen, die später als sein *Brain Trust* (frei zu übersetzen als »Hirnkastenkabinett«) so bekannt geworden sind. In diese Gruppe gehören auch seine beiden frühen und langjährigen Mitarbeiter Harry Hopkins und Henry A. Wallace.

Traditionsgemäß nahm Roosevelt die Zeremonie seines Amtsantrittes am 4. März 1933 zum Anlaß einer programmatischen Regierungserklärung. Der Mann des Tages erwies sich auf seine Weise des Augenblickes würdig. Die Überzeugungskraft und die Einfühlungsgabe des Politikers fanden in seiner Rede glänzenden Ausdruck:

> Dieses große Volk wird weiterexistieren und wird zu neuem und besserem Leben erwachen. Lassen Sie mich zunächst meiner Überzeugung dahin Ausdruck geben, daß das einzige, was wir zu fürchten haben, die Furcht selbst ist ...
> *(The only thing we have to fear is fear itself.)*
> Diejenigen, in deren Händen der Güteraustausch liegt, haben dank ihrer Starrköpfigkeit und ihrer eigenen Unfähigkeit versagt. Sie kennen nichts anderes als die Regeln einer Generation selbstsüchtiger Egoisten ...
> Die Geldwechsler sind von ihrem Thron im Tempel unserer Zivilisation geflohen. Und wir können nun darangehen, die-

sen Tempel wieder seiner ursprünglichen Bestimmung zu weihen ...
Im Falle, daß der nationale Notstand andauert, werde ich den Kongreß um Erteilung der Regierungsmittel bitten, die uns bleiben — ausgedehnte Vollmachten zur Krisenbekämpfung, und zwar so ausgedehnt, wie sie mir im Kriegsfalle erteilt werden würden ...
Unser Grundgesetz ist so einfach und praktisch, daß es immer möglich ist, ungewöhnliche Situationen ohne formelle Verfassungsänderung durch entsprechende Interpretation und Akzentverschiebung zu meistern ... *(... by changes in emphasis and arrangement without loss of essential form ...)*[4].

Ein politisch-oratorisches Meisterstück: Hoffnung, Leben, Mut, Brandmarkung der »Schuldigen«, biblische Untertöne, Entschlossenheit ...

Der Politiker Roosevelt hatte die erste Etappe seines Strebens erreicht, er war in der höchsten Machtposition seines Landes bestätigt.

Man kann natürlich besseren Verständnisses halber das Wirken eines Mannes im öffentlichen Leben in gewisse Etappen zerlegen, zum Beispiel die Zeit des Strebens nach Macht und die Zeit der Machtausübung. Das ist erlaubt, wenn man sich darüber klar bleibt, daß in Wirklichkeit ein kontinuierlicher Prozeß Gegenstand der Betrachtung ist. Die scheinbare Metamorphose vom »Politiker« zum »Staatsmann« bedeutet nur, daß derselbe Mann, mit denselben spezifischen Eigenschaften begabt, in der ihm eigenen Weise, die Aufgaben zu lösen versucht, die mit der jeweiligen sozialen Funktion seines Amtes verbunden sind. Und das war, was sich Roosevelt, der Mann der Stunde und der Zukunft, der Sieger über den Vertreter der amerikanischen Tradition, zu tun anschickte. Die Lippen waren gespitzt, nun mußte gepfiffen werden. Dem Wort folgt die Tat, und das Schauspiel der »Hundert Tage«, der eigentlichen Roosevelt-Revolution, begann.

Außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Mittel! Das war die Devise, unter der jene fieberhafte Tätigkeit begann, die sich in den ersten 104 Tagen der Administration Roosevelts in 10 großen Reden, 15 Vorlagen an den Kongreß und 15 Gesetzeswerken einschneidenden Charakters ausdrückte. Einberufung des Kongresses zu außerordentlicher Sitzung am 9. März und Lösung der Bankenkrise waren die ersten Maßnahmen. Die von konservativen Fachmännern ausgearbeitete Handhabung der Bankenkrise — und nichts hatte die Gefährlichkeit der Stunde dem Publikum so handgreiflich klar gemacht wie die als notwendig erachtete und durch präsidentielle Proklamation[5] bewirkte Schließung aller Banken im Land — nahm Roosevelt zum Anlaß, ein Novum einzuführen, seine »Plaudereien am Kamin«. In seinem ersten *fireside chat*, am 12. März 1933, verkündete er die Wiedereröffnung einer Reihe von Banken für den folgenden Montag[6]. Dank seiner bei dieser Technik voll zur Geltung kommenden Gaben in der direkten Ansprache an das Volk, half seine Rede unendlich, das Vertrauen des Amerikaners in die Zukunft seines Landes wiederherzustellen. Höchst wahrscheinlich wurde der Text von Arthur Ballantine, Unterstaatssekretär im Finanzministerium unter Hoover, ausgearbeitet. Jedenfalls hatte Roosevelt einen Prestigeerfolg großen Ausmaßes. »Das Volk« war für ihn und in seiner Hand — und das ist für geborene Politiker das A und O ihrer Existenz.

Danach kam in sich überstürzender Folge die Reihe außerordentlicher gesetzgeberischer Maßnahmen, deren Vorbereitung dem bereits erwähnten *Brain Trust* zugeschrieben wird. Ihre rasche Erhebung zu Gesetzen trug dem damaligen Kongreß — in beiden Häusern verfügten die Demokraten über eine überwältigende Mehrheit — den Beinamen Gummistempel-Kongreß ein. — Gewaltenteilung? Roose-

velt, der Mann der Stunde, regierte den Geboten der Stunde gehorchend. Nationaler Notstand! Nothilfe! Arbeitsbeschaffung! Wirtschaftsankurbelung! Seine Technik der Lösung der unmittelbaren Probleme war die Schaffung neuer Dienststellen, und so entstanden die *C.C.C.*, *A.A.A.*, *F.E.-R.A.*, *T.V.A.*, *H.O.R.A.*, *N.I.R.A.** Damit waren Arbeitsplätze und Stellungen für eine kleine Armee idealistischer junger Männer geschaffen, meist Anwälte, aber auch Fürsorgearbeiter, die mit Feuer und Flamme bereit waren, bei der Rettung des Landes zu helfen.

Aber wie hoch auch die Wellen der Hoffnung und nationalen Begeisterung schlagen mögen, Amerika ist nicht die Welt. Die Welt drehte sich weiter, und alles mögliche ging in anderen Teilen dieser Welt vor sich. Hitler war an die Macht gekommen und hatte sein eigenes Programm der »Arbeitsbeschaffung« und »Wirtschaftsankurbelung« inflationären Charakters unter der Devise »Autarkie« zu verwirklichen begonnen. Weltpolitik kam zu Roosevelt in Gestalt der Bemühungen einer Reihe europäischer Regierungen, ihn zu einer Erklärung zu veranlassen, die geeignet wäre, die damals in Genf leerlaufende Abrüstungskonferenz

---

* C.C.C. (Civilian Conservation Corps = Arbeitsdienst für Arbeitslose) — Arbeitsbeschaffung durch Notstandsarbeiten im Forstwesen und Straßenbau. A.A.A. (Agricultural Adjustment Act = Gesetz über Landwirtschaftshilfe) — Hilfe für die Landwirtschaft durch Festsetzung von Bebauungsquoten und direkte Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln. F.E.R.A. (Federal Emergency Relief Administration = Bundesverwaltung für Nothilfe) — Zentralisierung aller Nothilfe unter der Autorität des Bundes und Verteilung entsprechender Bundesmittel an Staats- und Gemeindebehörden. T.V.A. (Tennessee Valley Authority = Direktion der bundesstaatlichen Kraftzentrale im Tennessey-Tal) — Erstes bundesstaatliches Unternehmen für elektrische Krafterzeugung. H.O.R.A. (Home Owners Refinancing Act = Neufinanzierungsakte für Hausbesitzer) — Schutz der Hausbesitzer durch Übernahme von Hypotheken. N.I.R.A. (National Industrial Recovery Act = Bundesgesetz für die Sanierung der Industrie) — Einrichtung einer Bundesstelle für die Sanierung der Industrie, gleichzeitig ein Versuch einer Magna Carta für die freie Wirtschaft und die organisierte Arbeiterschaft.

zu retten. Nach 15 Monaten schien diese Konferenz nur noch auf den Gnadenstoß von Hitler zu warten. Roosevelts »Appell an die Nationen«[7] stellte weder die Franzosen zufrieden, noch interessierte er die Engländer, noch jagte er Hitler Angst ein, noch rettete er die Abrüstungskonferenz. — Dann kamen die Besuche Herriots und MacDonalds in Verbindung mit vorbereitenden Besprechungen zur Weltwirtschaftskonferenz. Die Besprechungen fanden statt, während Roosevelts eigenes Programm wirtschaftlichen Nationalismus, sein *New Deal,* Gestalt und Form annahm. Sie trugen erheblich dazu bei, die Hoffnungen der Menschheit auf eine Lösung weltwirtschaftlicher Probleme wachzuhalten, sowie Roosevelts Staatssekretär Cordell Hull in dem Glauben zu lassen, daß seine Ansichten über Wiederbelebung des Welthandels durch Abbau der Zollschranken und durch Währungsstabilisierung vom Präsidenten geteilt würden.

Roosevelts Torpedierung der Weltwirtschaftskonferenz während der Londoner Beratungen in den ersten Julitagen 1933 ist in ihren Auswirkungen wohlbekannt[8]. Sein Verhalten erscheint seltsam, wenn man sich klarmacht, daß diese Konferenz der letzte großangelegte Versuch war, die der Weltwirtschaftskrise zugrundeliegenden Übel an der Wurzel zu packen und die Völker vor der Schlittenfahrt in den Abgrund zu bewahren. Seine direkte Intervention läßt uns einen weiteren unorthodoxen Zug seiner Regierungsführung erkennen, der ein charakteristisches Moment der Atmosphäre darstellt, die wir hier als »Klima des *New Deal*« beschreiben: willkürliche, um nicht zu sagen selbstherrliche Eingriffe in die Kompetenz der verschiedenen Regierungsressorts. Sie zeigt weiter, daß es durchaus seine Absicht war, den für jeden echten Politiker offenbar unwiderstehlichen Teil der Regierungstätigkeit, das heißt die

Außenpolitik, durchaus für sich selbst zu reservieren. Sein Staatssekretär Hull, der seinen für ihn auf Lebenszeit sicheren Senatssitz aufgegeben hatte, um in Roosevelts Kabinett einzutreten, diente ihm zwar weitere 11 Jahre getreu, aber das Geschichtemachen behielt Roosevelt sich vor.

Nach dem Fehlschlag von London kehrten die verschiedenen Regierungen der Welt zu ihren individuellen Lösungsversuchen der jeweiligen nationalen Schwierigkeiten zurück. In Europa gingen diese Versuche der Defizitfinanzierung Hand in Hand mit Wiederaufrüstung oder Weiteraufrüstung und dem Wiederaufleben der sogenannten Real- oder Machtpolitik. Diese Entwicklung führte schließlich zum unvermeidlichen Höhepunkt: dem Krieg.

In Amerika machte sich die Regierung Roosevelt in Zusammenarbeit mit dem Kongreß nach den Sofortmaßnahmen der ersten »Hundert Tage« an die versprochene und erwartete Reformgesetzgebung. Sie schlug sich in Gesetzen nieder wie dem *Goldreserve Act* (Gesetz über die Goldreserve vom 30. Januar 1934), dem *Securities and Exchange Act* (Wertpapier- und Börsengesetz vom 6. Juni 1934), dem *Trade Agreement Act* (Gesetz über die Handelsverträge vom 12. Juni 1934), dem *National Housing Act* (Bundesgesetz über das Wohnungswesen vom 28. Juni 1934), dem *National Labor Relations Act* (Bundesgesetz über die Regelung der Arbeitsbeziehungen vom 5. Juli 1935), dem *Social Security Act* (Gesetz über die Sozialversicherung vom 14. August 1935) und dem *Neutrality Act* (Neutralitätsgesetz vom 31. August 1935) — um nur einige der wichtigeren zu nennen. Eine Reihe Sofortmaßnahmen wie die *N.I.R.A.* und *A.A.A.** wurden 1935 und 1936 vom Obersten Bundesgericht für verfassungswidrig erklärt. Im übrigen stellte die Reformgesetzgebung Maßnahmen zur Regelung

* Siehe Fußnote auf Seite 18.

des Gemeinschaftslebens dar, die gemeinhin als unerläßlich oder sogar überfällig angesehen wurden und sich kaum noch wegdenken lassen.

Auf außenpolitischem Gebiet ist die Anerkennung Sowjetrußlands am 17. November 1933 bemerkenswert. Roosevelt hatte sie, wie er sich selber ausdrückte, »seit Beginn seiner Amstzeit für wünschenswert« gehalten. Die Regierung der UdSSR gab eine Reihe von Garantien, darunter das Versprechen, von Propaganda Abstand zu nehmen[9].

Gegen Ende von Roosevelts erster Amtsperiode war die Zahl der Arbeitslosen um mehr als die Hälfte (von 12,7 auf 5,5 Millionen) zurückgegangen. Der Preis war ein Anwachsen der öffentlichen Verschuldung um rund 16 Billionen Dollar.

Der Präsident stellte sich, den Gesetzen seiner Persönlichkeit gehorchend, 1936 zur Wiederwahl. Der politische Gegner, im amerikanischen Spiel der Dinge die republikanische Partei, war nicht müßig gewesen. Eine starke Opposition gegen Roosevelts *New-Deal*-Maßnahmen war von konservativer Seite aus laufend geschürt worden. Sie richtete sich insbesondere gegen gewisse Aspekte seiner Notstandsmaßnahmen. Die überwiegend republikanische Presse des Landes nahm sich dabei vorzugsweise der »Laubsammlerarmee« an. Dies mag dazu beigetragen haben, der Kampagne zur Wiederwahl Roosevelts eine Art klassenkämpferischen Unterton zu geben. Wie dem auch sei, er machte sich zum Fürsprecher »sozialer Gerechtigkeit« für die Armen und Unterdrückten und segelte, begleitet von seinem Vizepräsidenten John N. Garner, auf den Wogen der Begeisterung seiner Wähler, vergöttert von den Idealisten seiner Umgebung (die in der äußerst wirksamen politischen Kleinarbeit seines Kampagne-Managers James Farley eine höchst realistische Stütze fanden) dem größten Wahlsieg in der

Geschichte der amerikanischen Präsidentenwahlen entgegen. Bei der Stimmenzählung in der Volkswahl *(popular vote)* ergab sich für Roosevelt ein Vorsprung von über 11 Millionen Stimmen gegenüber seinem republikanischen Rivalen Alfred Landon. In der Anzahl der entsprechenden Wahlmännerstimmen ausgedrückt (den *electoral votes*), war der Sieg noch ekrasanter: 523 zu 8! Die Mehrheit der demokratischen Partei im Kongreß hatte gegenüber der republikanischen Opposition einen ähnlichen Rekordcharakter: 75 zu 17 im Senat; 333 zu 89 im Abgeordnetenhaus.

Gemäß einem verfassungsändernden Gesetz, das am 15. Oktober 1933 in Kraft getreten war, begann Roosevelts zweite Amtsperiode als Präsident der Vereinigten Staaten nicht erst im März, sondern bereits am 20. Januar 1937. Auf der Höhe seiner Popularität faßte Roosevelt in seiner Antrittsrede den Sinn seiner Wahlkampagne noch einmal zusammen. Er gab seiner Entschlossenheit Ausdruck, mit staatlichen Mitteln gewisse weitgesteckte soziale Ziele zu verfolgen und zu erreichen. Seine Formulierungen gipfelten in dem berühmt gewordenen Satz, der vom wirtschaftlichen Elend eines großen Teiles der Bevölkerung sprach und Abhilfe dieses Zustandes in Aussicht stellte: »*One-third of a nation ill-clad, ill-fed and ill-housed*« — ein Drittel der Nation in Lumpen, unterernährt und in Löchern hausend[10].

Nach seinem überwältigenden Wahlsieg zweifelte kaum noch jemand an Roosevelts wirklicher Größe als Staatsmann. Die intime psychologische Beziehung zwischen dem Politiker und der Masse derer, die ihm ihr Vertrauen schenken, hatte einen Punkt erreicht, an dem es für Führer und Geführte gleich schwer sein mußte, »nicht den Kopf zu verlieren«. Das hoffnungsvolle Vertrauen des Landes, die Zuneigung, Hingabe und Verehrung der Wählerschaft, die Vergötterung durch die Koterie seiner unmittelbaren Um-

gebung gaben offensichtlich dem Ichbewußtsein Roosevelts einen gewaltigen Auftrieb. Sein Lebensgefühl reagierte dementsprechend, und sein Kraftgefühl war so grenzenlos, wie eben nur Gefühle sein können. — Von hier aus zum »Geschichtemachen« in dem Bewußtsein, zum »Werkzeug der Vorsehung«, ja zur Allmacht oder zum »Retter der Welt« bestimmt zu sein, braucht sich ein Mensch nur mehr treiben zu lassen.

Diese an sich einfache psychologische Situation gibt den Schlüssel zum Verständnis von Roosevelts »Kampf gegen den Obersten Gerichtshof«. Hätte er nicht »den Kopf verloren«, so hätte er wohl als geschickter Politiker vorausgesehen, daß es ein höchst gefährliches Unterfangen ist, die Verfassungstreue der politischen Elite eines Landes wie Amerika zu unterschätzen. Doch im Grunde läßt sich diese wichtige Episode nur im Gesamtbild der derzeitigen Lage darstellen.

Roosevelts Technik der Krisenbekämpfung hatte unzweifelhaft einen starken Anfangserfolg zu verzeichnen gehabt. Zwar war man noch weit davon entfernt, den Stand von 1929 wieder zu erreichen, aber es ging besser, es ging aufwärts. Anscheinend glaubte die Regierung, daß der Erfolg der »Ankurbelung« mit öffentlichen Mitteln die Wirtschaft wieder in Gang gebracht habe. Aber wirtschaftliche Fragen sind doch wohl etwas komplizierter. Wenn es nicht gelingt, auf privatwirtschaftlichem Gebiet die auf Gewinn, Ersparnissen und Vertrauen basierende Fähigkeit und Bereitschaft zu neuen Investitionen zu aktivieren (wodurch die Wirtschaft in die Lage versetzt wird, neue Arbeitsplätze zu schaffen), so erschöpft sich der Elan des *pump priming* (des »Anstechens der Pumpe«), und die Probleme bleiben akut wie zuvor. Arbeiterunruhen und Streiks taten das ihrige und an Stelle wirtschaftlicher Gesundung zeigte das Baro-

meter der Arbeitslosigkeit im November 1937 ein Ansteigen auf rund 7 Millionen.

An seine Eigenschaften gekettet und unwillens oder unfähig, wirtschaftliche Fragen in ihrer Eigengesetzlichkeit zu betrachten, zog sich Roosevelt auf sein Ego zurück und erfand den Grund für diese Entwicklung in einer Reihe von Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes. Wie früher bemerkt, hatte dieser eine Reihe von *New-Deal*-Gesetzen für verfassungswidrig erklärt. Im Schachspiel der Politik sind die Spieler ja nur in den allerseltensten Fällen an sachlichen Problemen interessiert, und Roosevelt war keine Ausnahme. Was sie reizt, ist, die Figuren ihrem Willen zu beugen, das Überwinden von Widerständen, kurz, politischer Kampf und politischer Sieg.

So legte denn Roosevelt dem Kongreß den Entwurf eines Gesetzes zur Reorganisation des Obersten Gerichtshofes vor. Der Vorschlag war dazu bestimmt, ihm die Möglichkeit zu geben, die höchste richterliche Instanz des Landes mit zusätzlichen Richtern zu besetzen, das heißt, sie mittels ihm politisch genehmer Richterpersönlichkeiten zu einem Instrument seiner Politik zu machen. Der Plan scheiterte am Widerstand des konservativen Flügels seiner eigenen Partei im Abgeordnetenhaus und im Senat. Der »Sieger über die Tradition« von 1932 hatte die Kraft der verfassungsrechtlichen Ideologie, die für den Amerikaner die politische Wirklichkeit über das Gebiet rein faktischer Verhältnisse hinaushebt, erheblich unterschätzt. Daß die Motive der Gegner Roosevelts selbst »politischer« Natur waren, ist nicht nur denkbar, sondern sogar wahrscheinlich. Aber das ändert nichts daran, daß dieser kühne Griff nach Allmacht eben doch an der die Gemüter beherrschenden Idee von der Gewaltenteilung scheiterte. Die in dieser Frage vom Senatskomitee für Rechtsfragen und Angelegenheiten der Justiz

gehörten Aussagen einer beträchtlichen Reihe von Bürgern beweisen deutlich, daß Roosevelts Versuch keine Unterstützung im Volk fand.

Die so angebahnte gegenseitige Entfremdung der sogenannten konservativen und liberalen Flügel der demokratischen Partei wurde durch Roosevelts späteren, gleichfalls erfolglosen Versuch vertieft, die Wiederwahl gewisser Senatoren in den Südstaaten, die traditionsgemäß konservativ-demokratisch sind, zu vereiteln. Sie erreichte eine Art Höhepunkt, als der Präsident im Jahre 1940, wiederum mit der Tradition brechend, sich zum drittenmal zur Wahl stellte. Dieselbe Situation machte eine Reihe von Jahren später seinem Nachfolger Harry S. Truman erhebliche Schwierigkeiten und trug mit zum Wahlsieg der republikanischen Partei im Jahre 1952 bei, indem nämlich eine Reihe einflußreicher Demokraten des Südens sich für die Wahl General Eisenhowers aussprachen und einsetzten.

Während nun der »Politiker-Präsident« seinen Kampf um die sogenannte Liberalisierung des Obersten Gerichtshofes verlor, näherte sich die allgemeine Lage mit Riesenschritten Bedingungen, die der Depression von 1929 bis 1932 verzweifelt ähnlich sahen. Da das Spiel mit den amerikanischen Figuren nicht völlig den Hoffnungen und Wünschen entsprach, interessierte sich der Präsident mehr und mehr für die Ereignisse auf den ausgedehnteren Feldern der Weltpolitik. Und dort waren ja die Dinge in Fluß geraten. Auch andere Meister des politischen Schachs waren anscheinend der begrenzten Möglichkeiten, die das jeweilige nationale Spielbrett ihnen bot, müde oder zogen es sonstwie vor, mehrere Partien simultan zu spielen. Mussolini hatte seine Partie in Abessinien beendet, der Völkerbund war praktisch mattgesetzt, in Spanien war der Bürgerkrieg mit italienischer, deutscher und russischer Hilfe in vollem

Gange, die Achse Rom-Berlin war entstanden, die Japaner führten ihren blutigen Eroberungskrieg in China ...

Das breite amerikanische Publikum hatte jedoch nur einen Wunsch: »ohne mich!«, das heißt, all diesen »Narreteien« so fern zu bleiben wie nur irgend möglich. Die Neutralitätsgesetze vom 1. August 1935 und 1. Mai 1937 versuchten dieser Stimmung durch das Verbot der Ausfuhr von Waffen und durch andere Bestimmungen gerecht zu werden. Bereits bei Roosevelts Wahlkampagne im Jahre 1936 wurde um den Begriff der Neutralität und deren Wahrung diskutiert, und die politische Opposition der Republikaner versuchte Roosevelt als Kriegstreiber bloßzustellen. Was der Amerikaner wollte, war ja vor allem der Friede. Das hinderte weder, daß die Volksstimmung allgemein gegen die Faschisten war, noch, daß der spanische Bürgerkrieg große Aufregung verbreitete, noch, daß Taten und Schandtaten des Hitlerregimes — die Gewaltherrschaft, die Judenverfolgungen, die antikirchliche Haltung, die Vergewaltigung Österreichs und der Tschechoslowakei, der deutsch-russische Nichtangriffspakt und schließlich der Angriff auf Polen und der Verrat an den baltischen Ländern — die Öffentlichkeit stark beschäftigten und eine Reihe wahlrechnerisch nicht unbedeutender rassischer, nationaler und religiöser Minderheiten leidenschaftlich erregte. Die Zahl der Arbeitslosen war im Jahre 1938 auf über 8 Millionen gestiegen.

Roosevelt interessierten die Vorgänge in Europa nicht nur als aufgeschlossenen Menschen des 20. Jahrhunderts, nicht nur berührte ihn als Politiker, was die verschiedenen Minderheiten in Amerika bewegte, sondern die aktive Beschäftigung mit »auswärtigen Angelegenheiten« gehörte zu den Funktionen seines Amtes.

Einer seiner ersten Versuche, sich an der in Europa ihren

Gang nehmenden Simultanpartie zu beteiligen, ergab sich im Januar 1938. Damals ließ er durch Sumner Welles dem britischen Gesandten mitteilen, daß ihn die Lage sehr beunruhige und daß er bereit sei, eine Konferenz der englischen, französischen, italienischen, deutschen und amerikanischen Regierung nach Washington einzuberufen. Aber Chamberlain wollte seine einmal angefangenen Kombinationen gerne allein weiterführen. Anthony Eden demissionierte. Es folgte die Anerkennung der Eroberung Abessiniens. Hitler eröffnete die österreichische Partie. Roosevelt appellierte an Hitler und die Tschechen. Das Abkommen von München »löste« die Krise. Dann berief Hitler seinen Gesandten aus Washington ab. Doch appellierte Roosevelt noch wiederholt in der polnischen Angelegenheit. Es folgten der deutsch-russische Nichtangriffspakt vom 24. August 1939, die Invasion in Polen am 1. September, darauf am 3. September die Kriegserklärung Frankreichs und Englands an Deutschland, am 5. September die Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten. Anfang 1940, während einer Periode der »Ruhe vor dem Sturm« *(phony war* oder *drôle de guerre)*, sandte Roosevelt Sumner Welles nach Europa, wo er mit den Regierungen Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Englands Friedensmöglichkeiten besprechen sollte. Doch im Frühjahr 1940 jagten sich die Ereignisse, Chamberlain demissionierte im Mai, Churchill wurde Premier und Hitler im Juni 1940 Beherrscher Europas.

Am 17. Juli 1940 stellte der Parteikongreß der Demokraten Roosevelt zum drittenmal als Präsidentschaftskandidaten auf. Dieser Bruch mit einem der ungeschriebenen Gesetze der amerikanischen Tradition hat einige Historiker in Amerika außerordentlich beschäftigt. Mit jener der konventionellen Geschichtsschreibung eigenen Sucht, hinter die Realitäten schauen zu wollen, versuchte man zum Beispiel

nachzuweisen, daß Roosevelt durch alle möglichen Machenschaften den Parteikongreß gezwungen habe, ihm die dritte Kandidatur aufzudrängen. Er hätte es mit einer Art teuflischer Geschicklichkeit vermieden, auch nur einmal seine eigene Bereitschaft zu erklären. Das mag stimmen oder nicht, und die Beurteilung dieser anscheinend so interessanten »historischen« Frage wird im allgemeinen davon abhängen, ob man Demokrat oder Republikaner ist.

Jedenfalls, wenn Roosevelt nicht gewollt hätte, würde wohl für ihn kein Zwang zur Kandidatur bestanden haben. Spätestens mit der Annahme brachte er doch zum Ausdruck, daß er zustimmte. Und noch nie ist jemand in den USA gegen seinen Willen zum Präsidenten gewählt oder wiedergewählt worden. Außerdem gehört es erfahrungsgemäß zum politischen Spiel, daß Kandidaten sich von positiven Kandidaturerklärungen zurückhalten und vorgeben, an dem, wonach ihr Ehrgeiz drängt, desinteressiert zu sein.

Tatsächlich nahm Roosevelt die ihm angetragene Kandidatur an, setzte die Ernennung von Henry A. Wallace zum Vizepräsidenten durch und gewann die darauffolgende Wahl gegen den republikanischen Kandidaten Wendell Willkie.

So sehr Roosevelts persönliche Sympathien auf der Seite der Gegner Hitlerdeutschlands lagen, so nahe ihm das Schicksal Frankreichs gehen mochte, so tief ihn der Widerstandswille Churchills beeindruckte, der überwältigenden Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung lag noch im Sommer 1940 der Gedanke eines direkten militärischen Eingreifens in den europäischen Konflikt durchaus fern.

Was immer die ihn beherrschenden Ideen über Lage und Stellung seines eigenen Landes gewesen sein mögen, als geborener Politiker trug Roosevelt stets der Volksstimmung Rechnung. Darum legte er sich auch Zurückhaltung auf, in

seinen ersten Hilfsmaßnahmen für England wie auch in seinem Verhältnis zur politischen Opposition.

Hinsichtlich des Verhaltens zur politischen Opposition verdient die Ernennung zweier prominenter Mitglieder der republikanischen Partei zu Kabinettsmitgliedern Erwähnung. Am Vorabend des republikanischen Parteitags gab Roosevelt die Ernennung von Henry L. Stimson zum Kriegsminister *(Secretary of War)* und von Frank Knox zum Marineminister *(Secretary of the Navy)* bekannt. Stimson war Außenminister im Kabinett Hoovers gewesen und Knox Kandidat der republikanischen Partei für das Amt des Vizepräsidenten in den Wahlen des Jahres 1936. Nicht nur versetzte diese Maßnahme Roosevelts die republikanische Partei in helle Aufregung, sondern man geht wohl auch in der Annahme nicht fehl, daß sie auf die Wahl des republikanischen Präsidentschaftskandidaten einigen Einfluß ausübte. In der Tat wurde Wendell Willkie ernannt, der bekanntlich Roosevelts Ansichten auf außenpolitischem Gebiet teilte.

Im Verlauf seiner eigenen Wahlkampagne stellte sich Roosevelt als Verfechter der Neutralität dar, eine Haltung, die er am 30. Oktober 1940 in einer Wahlrede in der Bostoner *Arena* wie folgt zusammenfaßte:

> Und während ich zu Euch Müttern und Vätern spreche, laßt mich noch einmal versichern — und ich habe das schon wiederholt erklärt, aber ich werde es wieder, wieder und wieder sagen *(but I shall say it again and again and again):* Eure Söhne werden nicht in fremde Kriege geschickt werden[11].

Angesichts der kommenden Ereignisse ein Euphemismus höchst prekärer Natur, und nicht nur angesichts zukünftiger Ereignisse, sondern auch angesichts der Maßnahmen, die der Präsident bereits ergriffen hatte oder zu ergreifen im

Begriffe stand. Roosevelt gewann die Wahl, aber seine Mehrheit in der Volkswahl lag unter 5 Millionen Stimmen.

Der Meister hatte seine dritte amerikanische Partie gewonnen und widmete sich nun, kraft der ununterbrochenen Autorität seines hohen Amtes, ganz den Verwicklungen auf dem Schachbrett der Welt. Damit verloren innerpolitische Fragen und nationale wirtschaftliche Probleme zeitweilig ihre Bedeutung. Die Erfordernisse der Stunde in Gestalt der Notwendigkeiten der Verteidigungsbereitschaft traten an erste Stelle. Kriegswirtschaftliche Gesichtspunkte »lösten« das Problem der Arbeitslosigkeit im Handumdrehen und etwaige Sorgen um das rapide Ansteigen der öffentlichen Verschuldung verdunsteten am Feuer des Patriotismus. Auf Grund des *Lend-Lease*-Gesetzes vom 11. März 1941 (man hat diesen Ausdruck mit Leih- und Pachtgesetz verdeutscht) begann das »Arsenal der Demokratie« seine Hilfeleistungen an England in vollem Umfang. Kurz nach Hitlers Angriff im Osten versprach Roosevelt Rußland gleiche Hilfe, und zwar ohne Hinweis auf »Demokratie«. Und schließlich verstrickte der japanische Angriff auf Pearl Harbour am 7. Dezember und die Kriegserklärung Hitlers und Mussolinis vom 11. Dezember 1941 das Land in die Waffenhandlungen des zweiten Weltkrieges. Man kann nicht umhin, zu bemerken, daß es einer Provokation wie der von Pearl Harbour bedurfte, um das amerikanische Volk überhaupt in Kriegsstimmung zu versetzen.

Den Erfordernissen des Augenblicks begegnete Roosevelt auf nationaler Ebene in derselben Weise, wie er 1933 dem nationalen Notstand der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit begegnet war. Er zog die Schaffung einer Unzahl neuer Ämter und Dienststellen einem organischen Ausbau der vorhandenen Büros und Ministerien vor. Dieses Vorgehen mag sehr wohl seinem Mißtrauen den traditionellen Einrichtun-

gen gegenüber, oder gewissen Wünschen, die er bezüglich der »Modernisierung« des Regierungssystems hegte, entsprochen haben. Fest steht auf jeden Fall, daß er sich der Technik der Schaffung neuer Ämter zur Lösung kriegswirtschaftlicher und kriegspolitischer Aufgaben bediente. Auch eine sehr gemäßigte Schätzung wird ihre Zahl auf mindestens hundert veranschlagen. Damit waren zum zweitenmal in Roosevelts Karriere Tor und Tür des amerikanischen Regierungsapparates einem — diesmal nach Hunderttausenden, ja nach Millionen zählenden — Heer von Intellektuellen aller Schattierungen geöffnet. Es spielte damals keine Rolle, ob man Bürger war oder nicht, und die sachlichen Qualifikationen und persönlichen Voraussetzungen des einzelnen wurden in der Hast nicht immer allzu sorgfältig geprüft. Die Beherrschung fremder Sprachen und die geringste journalistische oder schriftstellerische Erfahrung genügten zum Beispiel zur Anstellung im *O.W.I. (Office of War Information,* ursprünglich *Office of Facts and Figures),* während Vertreter und Verfechter aller möglichen Wirtschaftstheorien in Dienststellen wie dem *Office of Price Administration (O.P.A.*-Preisüberwachungsamt) Unterschlupf fanden.

Roosevelt selbst widmete sich ganz den Fragen der Kriegführung, wo sein Hang, Geschichte zu machen, sein Glaube an seine Sendung, sein Interesse an Fragen der Strategie, sein Sinn für Publizität, seine Vorliebe dafür, auswärtige und militärische Angelegenheiten persönlich oder durch ihm besonders ergebene persönliche Gesandte wie Harry Hopkins und Averell Harriman, oder politisch nützliche Männer wie Wendell Willkie zu führen, volle Befriedigung fand. Seine ausgedehnte Korrespondenz mit Churchill, seine Zusammenkünfte mit diesem und später mit den anderen Bündnispartnern auf den sogenannten Kriegskonferenzen,

all das zeigt, wie sehr er sich jetzt in seinem Element fühlte. Er war aber den Kombinationen des Augenblicks zugewandt und darin erschöpften sich auch seine Fähigkeiten. Seine Art, internationale Probleme von weittragender Bedeutung zu handhaben, läßt keinen anderen Schluß zu. Er war davon überzeugt, Stalin in der Nachkriegswelt zu einer friedlichen Zusammenarbeit veranlassen zu können. Die Welt sollte durch entsprechende internationale Abkommen vor weiteren Spannungen bewahrt und durch Roosevelt mit einem Frieden beglückt werden, wie er niemals zuvor der Menschheit geschenkt worden war.

Zwar war in diesen Zeitläufen der Kriegspsychose — mit dem ihr eigenen Hintergrunde des alles überlagernden gebieterischen Zwanges militärischer Notwendigkeiten und dem Klima vielschichtiger Propagandaaktivitäten, die den persönlichen Stempel F.D.R. trugen — nicht zu erwarten, daß der Kongreß seine legislativen Vorrechte auf Schritt und Tritt geltend machte; aber die Verfassung des Landes war noch in Kraft, der Kongreß existierte noch, und die Frage einer etwaigen Wiederwahl wurde im Jahre 1944 akut. Roosevelt entschloß sich, zum viertenmal zu kandidieren. Daß das wiederum einen Affront für die traditionsgetreuen Kräfte des Landes bedeutete, fiel schon kaum mehr ins Gewicht.

Zusammen mit seinem Vizepräsidenten Harry S. Truman schlug Roosevelt seinen republikanischen Opponenten Thomas E. Dewey. Die Mehrheit in der Volkswahl betrug rund 3½ Millionen Stimmen. Zwei Monate nach der Konferenz von Jalta starb Roosevelt am 12. April 1945. Mit ihm verschwand der magische Zauber, den seine starke Persönlichkeit über das politische Geschehen gebreitet hatte. Brutale Realitäten kamen ungeschminkt zum Vorschein, und seine

Nachfolger mußten versuchen, sich mit ihnen abzufinden. Ein Meisterspieler war tot — aber das Spiel ging weiter.

Gemäß den Bestimmungen der Verfassung über die Amtsnachfolge beim Ableben des vom Volk gewählten Präsidenten trat Vizepräsident Harry S. Truman an Roosevelts Stelle. Es dürfte nie ernsthaft versucht worden sein, Herrn Truman irgendwelche persönliche Verantwortung für die Ereignisse der unmittelbaren Nachkriegszeit zuzuschreiben — das heißt eine Verantwortung, die auf mehr beruht als der Parteizugehörigkeit und einer langjährigen Roosevelt-Hörigkeit.

Soweit diese Ereignisse einerseits die soziale Gemeinschaft Amerika berührten und anderseits aus der Teilnahme der amerikanischen Regierung an der Regelung von Fragen internationalen Charakters resultieren, handelte es sich bei ihnen allen um Ergebnisse jener Aspekte der Regierungstätigkeit Roosevelts, für die er besondere Vorliebe an den Tag gelegt hatte: seiner Kriegs- und Außenpolitik. Zwar waren auch Churchill und später Stalin (um uns auf die Hauptfiguren zu beschränken) an der Friedensplanung beteiligt, aber wegen der überragenden Bedeutung des amerikanischen Beitrags zum militärischen Sieg über die Achse Berlin-Rom-Tokio hatte Roosevelts Stimme auf den verschiedenen Konferenzen zweifellos den entscheidenden Einfluß. Trumans anfängliche Rolle, einschließlich seiner Teilnahme an der Potsdamer Konferenz, war die eines präsidentiellen Testamentsvollstreckers.

War auch der Plänemacher tot, seine Pläne lebten weiter, und ein kleines Heer von *New-Deal*-Bürokraten machte sich voller Eifer daran, sie so gründlich wie nur möglich auszuführen. Ein großer Teil der Rooseveltschen Nachkriegs-Konzeptionen wurde auf dem Rücken der deutschen Bevölkerung praktisch erprobt. Daß eine Anzahl rachedurstiger

Beamter bei diesem Experiment — während der Nürnberger Prozesse, der Entnazifizierung und anderer Maßnahmen der frühen Besatzungsperiode — der Abreagierung höchst persönlicher Rachegefühle frönte, war bedauerlich, wenn auch wohl unvermeidlich. Denn die politischen und unpolitischen Flüchtlinge, die der Hitlerverfolgung entkommen waren oder sich von der bodenlosen Amoralität und Asozialität des Hitlerismus, im Innersten getroffen, abgewandt hatten, erfüllten nun einmal die notwendigen Minimalvoraussetzungen der Sprach- und Landeskenntnis für das besetzte Gebiet. Als Amerikanern kam und kommt ihnen keine repräsentative Bedeutung zu. Es muß in diesem Zusammenhang jedoch bemerkt werden, daß es Fälle gab, wo amerikanische Staatsbürger (nicht Emigranten) mit umfangreichen Kenntnissen der deutschen Sprache, Geschichte, Einrichtungen und Mentalität, die sich für Aufgaben in der Besatzungszone zur Verfügung stellten, abgewiesen wurden, weil bei ihnen Sympathien für die Deutschen vermutet wurden (die Einstellung zum Nationalsozialismus war hierbei nicht ausschlaggebend). Im Grunde ist es aber ein Charakterzug des Amerikaners, dem einmal besiegten Gegner eher die Hand zu reichen, als ihm, wenn er am Boden liegt, noch Fußtritte zu versetzen, und dieser Charakterzug ist schließlich doch noch zur Geltung gekommen.

Das andere große »Friedenswerk« Roosevelts, die Vereinten Nationen, zeigte sehr bald, daß etwaige Hoffnungen auf eine friedensfördernde Auswirkung dieser merkwürdigen Konstruktion völkerrechtlicher Phantasievorstellungen reine Wunschträume waren. Spätestens beim Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea wurde das der Allgemeinheit mit voller Deutlichkeit bewußt.[12]

In seiner Regierungstätigkeit auf nationaler Ebene hatte

Truman zunächst die Aufgaben zu bewältigen, die die rasche amerikanische Demobilisierung und die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft mit sich brachte. Dazu gehörte auch die Liquidation einer Reihe von Regierungsämtern, deren Funktionen als selbständige Dienststellen mit der siegreichen Beendigung des Krieges illusorisch geworden waren. Eine Anzahl wichtiger Ämter dieser Art — wie *C.O.A (Coordinator of Information* = Zentralstelle für Informationssammlung), *O.S.S. (Office of Strategic Services* = Amt für Abwehr und politische Kriegsführung), *O.W.I. (Office of War Information* = Propagandaamt), *B. E.W. (Board of Economic Warfare* = Amt für Wirtschaftskrieg), *F.E.A. (Foreign Economic Administration* = Amt für auswärtige Wirtschaftsfragen) und *O.C.I.A.A. (Office of Coordinator of Inter-American Affairs* = Zentralstelle für gesamtamerikanische Angelegenheiten) — wurde zusammengefaßt und ihr nach Tausenden zählendes Personal dem Außenministerium eingegliedert. Mit dieser verwaltungstechnischen Vereinfachung wurde die Möglichkeit geschaffen, daß eine in der Hast der Kriegsaufgaben nicht immer allzu sorgfältig gesiebte Beamtenschaft im normalen Regierungsdienst einer Institution, wie dem Außenministerium, Fuß fassen konnte.

Auf außenpolitischem Gebiet bekam die Amtstätigkeit Trumans bald den Charakter eines mehr oder weniger bewußten Versuchs, den für die Vereinigten Staaten gefährlichsten Folgen der Friedenspläne Roosevelts zu steuern. Diese Absicht fand in der Politik des *containment* (Eingrenzung des Kommunismus) und im Marshall-Plan ihren Ausdruck. Aus beiden ergaben sich neue Möglichkeiten, der zielbewußten Expansionspolitik der sowjetrussischen Machthaber nicht nur das Veto ihrer amerikanischen Gegenspieler entgegenzusetzen, sondern auch den Widerstandswillen even-

tueller weiterer Opfer der russischen Politik zu stärken. Sie fanden ihre natürliche Folge im Nordatlantikpakt, in den Bemühungen um die EVG (Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft) und in der Abwehr der kommunistischen Aggression in Korea.

Innenpolitisch suchte Truman nach einer erfolgversprechenden Linie. Der Sieg der republikanischen Partei in den Kongreßwahlen des Jahres 1946, worin sich insbesondere die Unzufriedenheit der Wähler mit der Friedenslage kundtat — die Mehrheit für die Republikaner war im Senat 51:45, im Abgeordnetenhaus 246:188 — erleichterte es dem von Hause aus konservativen Politiker aus Missouri, die Vormundschaft der verwaisten Roosevelt-Koalition, der sogenannten liberalen Kräfte mit der organisierten Arbeiterschaft, zu übernehmen. Seine *Fair-Deal*-Kampagne (»Jedem was ihm gebührt«) war auf sein Veto des Taft-Hartley-Gesetzes abgestellt; das erlaubte ihm als Freund der »schaffenden« Besitzlosen gegen die »raffenden« Besitzenden aufzutreten, eine Linie, die schon Roosevelt in seiner politischen Laufbahn recht erfolgreich ausgeschlachtet hatte. Trumans überraschender Sieg über den republikanischen Kandidaten Thomas E. Dewey in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1948 war indessen nach Ansicht vieler Beobachter weniger ein Triumph für ihn, als eine Niederlage für Dewey. Die Mehrheit für Truman in dieser Volkswahl betrug etwas über 2 Millionen Stimmen.

Das vollständige Scheitern von Roosevelts Friedensplänen, die rasche Verwandlung des bisherigen russischen Verbündeten in einen potentiellen Feind, die weiter andauernde drückende Steuerlast, recht beunruhigende Details aus Spionageprozessen und Vernehmungen vor Untersuchungsausschüssen des Kongresses, und schließlich der Koreakrieg, führten in der Vorstellung weiter Kreise der amerikani-

schen Bevölkerung zu einer jener vereinfachenden Erklärungen, die so häufig in die politischen Geschicke demokratisch regierter Nationen eingreifen. Weil man weder einem Führer wie Roosevelt Mangel an Voraussicht zuschreiben, noch einsehen wollte, daß die in der internationalen Politik seit Jahrhunderten herrschende Ideologie der nationalen Interessen etwas mit den offensichtlichen Mißerfolgen zu tun haben könnte, blieb einem nur der Schluß, daß Verrat die Hand im Spiele gehabt haben müsse.

Damit berühren wir ein Phänomen, das als politische Gegenwartserscheinung in Amerika eine gewisse Bedeutung gewonnen hat. Will man es in seiner ganzen Tragweite ermessen, so muß man sich näher mit seinen Hintergründen befassen. Da nun eben diese Hintergründe die Bühne darstellen, auf der die kommunistische Partei in Amerika ihre Haupt- und Staatsaktionen möglichst unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Szene zu setzen beliebte, wenden wir uns nun den damit verbunden Sonderproblemen zu.

DAS TROJANISCHE PFERD

Der Kommunismus und seine politischen Methoden in den Vereinigten Staaten

Der Kampf um politischen Einfluß und politische Macht vollzieht sich in den Vereinigten Staaten traditionsgemäß im Rahmen des sogenannten Zweiparteiensystems *(Two-Party-System)*, das praktisch und einfach ist. Es hat den verführerischen Vorzug, zu funktionieren und dem Bedürfnis nach Anpassung an sich ständig ändernde Verhältnisse, nach Reformen, nach verbesserter Ausübung der den jeweiligen Führungsaufgaben erwachsenen Verpflichtungen vollauf zu genügen. Es hat sich bewährt. Nicht nur ist die große Mehrheit der Amerikaner mit ihm im großen ganzen zufrieden, sondern unter ihm hat sich auch das amerikanische Gemeinwesen ohne einschneidende revolutionäre Erschütterungen in erstaunlich kurzer Zeit zu fast unvergleichlicher Machtgröße entwickelt. Hier war kein Raum für Erscheinungen wie Kerensky oder Lenin, Mussolini oder Hitler. Auch das beunruhigende Schauspiel einer Regierungslosigkeit oder der Lähmung von parlamentarischen Regierungen, die ihrer Mehrheiten nicht mehr sicher sind, ist dem Lande so gut wie ganz erspart geblieben.

Dem Europäer wird das Verständnis für das Wesen dieser Art der Auslese eines politischen Führerkorps von vornherein durch den Namen »Zweiparteiensystem« erschwert. Dem Ausdruck entsprechen in Europa andere Vorstellungen. Zunächst ist es kein *System*, denn in seinem Wachsen und Werden kann von einer Planung keine Rede sein. So-

dann handelt es sich bei den Republikanern und Demokraten nicht um *Parteien* im europäischen Sinne, das heißt um politische Gruppierungen mit bestimmten ideologischen Fixierungen. Und zum Dritten ist es kein System von *zwei* Parteien, denn es gibt auch in Amerika sehr viel zahlreichere politisch aktive Interessengemeinschaften.

Ist auch der Name Schall und Rauch, so sind es die mit ihm mißverständlich bezeichneten Realitäten doch keineswegs. Die bei der Formung des amerikanischen Gemeinwesens vorherrschenden ideellen und materiellen Verhältnisse führten zur Ausarbeitung einer auf dem Prinzip eines Gesellschaftsvertrags beruhenden Verfassung. Dieser gemäß war die Besetzung gewisser Positionen in der für das friedliche Zusammenleben von Menschen unerläßlichen Gesellschaftsordnung durch Wahlen zu vollziehen, und das führte ganz natürlicherweise zur Bildung von Organisationen zu Zwecken der Auslese von Kandidaten und des Stimmenfangs. Dieser Prozeß kulminierte vor etwa hundert Jahren unter dem Druck des Bürgerkrieges in der Konsolidierung der beiden großen Organisationen, die unter dem Namen der demokratischen und republikanischen »Partei« der Vorbereitung und Gewinnung der Wahlen dienen. Die ungeschminkte und unbekümmerte Anerkennung dieser wesentlichsten Aufgabe der beiden großen politischen Organisationen unterscheidet sie grundsätzlich von den Parteien Europas. Auch in Europa ist das ursprüngliche Wesen jeder politischen Organisation dasselbe wie in Amerika: Wahlen zu gewinnen, an die Regierung zu kommen, die Macht zu ergreifen. Aber während der Amerikaner sich dessen immer bewußt bleibt, findet in Europa ein eigenartiges Zwischenspiel statt: der primäre Sinn einer Partei wird sozusagen zu einem notwendigen Übel degradiert zugunsten eines größeren, edleren oder umfassenderen Prinzips, für das die

Partei kämpft, und zu dessen Verwirklichung die Übernahme der Regierung notwendige Voraussetzung ist. Solch ein Prinzip mag die Sozialisierung der Grundstoffindustrien oder die Errichtung der Diktatur des Proletariats oder gar die Errichtung des tausendjährigen Reichs sein.

Diese Verschiedenheit hat unausbleibliche Konsequenzen. Sie drückt sich in europäischen Landen in einer besonderen, bruderkriegsartigen Verbissenheit des politischen Kampfes aus, in einem beinahe kreuzzüglerischen Glauben, die Mitmenschen des Glückes auf Erden teilhaftig machen zu müssen (wenn nötig gegen ihren Willen), in einer grenzenlosen emotionalen Überreiztheit, die einer vernünftigen Betrachtung der Dinge höchst abträglich ist und einer Pervertierung der eigentlichen Aufgaben jeder Regierung Vorschub leistet oder sie gar unvermeidlich macht.

In Amerika hat das fast schon instinktive Wissen um die wesentliche Funktion der Parteien und des möglichen Erfolgs parteipolitischer Aktivität folgende Konsequenzen: der Bevölkerung wird die Wahl zwischen verschiedenen Auffassungen bezüglich der Regierungstätigkeit erleichtert, und zwar durch Zurückführung auf den allgemeinen Ausdruck der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Leistung der gerade regierenden Partei. Beide Parteien sind damit gezwungen, sich den vorherrschenden Vorstellungen von der wirksamsten Bewältigung administrativer Aufgaben zu unterwerfen; das hat einen höchst heilsamen Einfluß auf etwa vorhandene Gelüste, über die Stränge zu schlagen. Glaubt die wählende Bevölkerung, daß die Oppositionspartei die Regierungspflichten in bezug auf Außenpolitik, Landesverteidigung, Steuergesetzgebung und Förderung des allgemeinen Wohlstandes besser erfüllen wird, dann wird sie eben für die Oppositionspartei stimmen. Der ganze politische Betrieb bekommt den Anstrich einer selbstverständ-

lichen Auseinandersetzung innerhalb einer Familie, die gewöhnlich eher zur Festigung der Bande als zu deren Auflösung führt. Der Amerikaner, der seine Stimme abgibt, weiß, daß es um nichts anderes geht, als Menschen in Positionen zu wählen, die eben von Menschen besetzt werden müssen.

Innerhalb beider großen Organisationen gibt es selbstverständlich weiten Spielraum für ideologische Divergenzen. In beiden stehen sich in der Regel, wenn auch in verschiedenem Verhältnis, ein konservativer und ein liberaler Flügel gegenüber. Derartige Gegensätze haben wiederholt in der Gründung »Dritter Parteien« auf dem Wege der Absplitterung Ausdruck gefunden. Besonders bekannt gewordene Beispiele sind die Versuche Theodore Roosevelts im Jahre 1912 und Robert La Follettes im Jahre 1924, die republikanische Partei durch die Gründung einer Fortschrittspartei *(progressive party)* zu sprengen, beziehungsweise ihre Führung in liberalere Bahnen zu zwingen. Beide Versuche haben dem System nichts anhaben können. Im Jahre 1948 zweigten sich sogar zwei Splitterparteien von der demokratischen Partei ab: die Fortschrittspartei von Henry A. Wallace und die sogenannten Dixiekraten, denen die Mutterpartei zu konservativ, beziehungsweise zu radikal war.

Jedoch gibt es auch in den Vereinigten Staaten eine Anzahl politischer Gruppierungen, die der gewöhnlichen europäischen Vorstellung von politischen Parteien nahekommen. Die beiden ältesten sind die *Prohibitionists* (Blaukreuzler) und die *Socialist Party* (Sozialdemokraten). Ganz ähnlich wie die »Dritten Parteien« haben auch diese Splitterparteien über die normale Funktion der zwei großen Organisationen hinaus ihr Dasein der Verwirklichung besonderer Ziele gewidmet. Das war für die Prohibitionisten die »Trok-

kenlegung« des Landes durch Alkoholverbot und für die Sozialdemokraten die Verstaatlichung der Grundstoffindustrien, sowie die Verwirklichung einer Reihe anderer sozialer Reformen. Da ihre Anziehungskraft auf von vornherein Gleichgesinnte beschränkt ist, bleiben sie zahlenmäßig notwendigerweise unbedeutend, und in der Regel begnügen sie sich daher auch damit, das politische Leben etwas zu würzen. Ihre Rolle erlaubt ihnen gelegentlich, besonders wo sie wahlarithmetisch das Zünglein an der Waage sind, einen gewissen Einfluß auf die Haltung der großen Organisationen zu nehmen.

Das Bild wäre unvollständig ohne die Erwähnung verschiedener *Pressure-Groups* (Interessengruppen), die als Vertreter bestimmter Belange auf Wahlen, Mandatausübung und damit Gesetzgebung Einfluß nehmen oder zu nehmen suchen. Hierhin gehören vor allem die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Handelskammern und verschiedene landwirtschaftliche Verbände, die großen Frauenorganisationen, die verschiedenen Frontkämpferverbände und dergleichen mehr. Sie alle finden es vorteilhafter, auf eine der beiden großen politischen Organisationen Einfluß zu nehmen, als sich durch die Gründung einer Sonderpartei unmittelbar an der Politik zu beteiligen[13].

In diesen Verhältnissen hatte die Kommunistische Partei *(CPA)* mit ihrem dem amerikanischen Bürger grundfremden Ziel revolutionärer Umwälzung der gegebenen Ordnung keine Heimat.

Ihre Gründung im Jahre 1919 war an sich keineswegs ein besonderes Ereignis, denn, wie ausgeführt, sind auch im amerikanischen System Splitterparteien durchaus an der Tagesordnung. Anders stand es schon mit ihrem auf Revolution abgestimmten Programm. Die damals von vielen (und nicht nur den Dümmsten) geteilte Auffassung, daß der

Weltkrieg den Bankrott der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen eindeutig besiegelt habe — eine Auffassung, die zudem durch die in Rußland und Zentraleuropa vor sich gehenden Umwälzungen unterstützt wurde — führte Anfang 1920 nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Regierung Präsident Hardings zu dem Schluß, daß eine Revolution auch in Amerika vor der Türe stehe. Das *Bureau of Investigation* (später *Federal Bureau of Investigation — F.B.I.)* und Polizei, verstärkt durch eine *ad hoc* gebildete Bürgerwehr, schritten zu Massenverhaftungen von anarchieverdächtigen Mitbürgern. Weder bestand für diese Maßnahmen eine rechtliche Basis, noch entdeckte man Vorbereitungen zu einer Revolution — noch fand eine solche gar statt. Die Aufregung machte bald besonnenerer Betrachtung Platz. Das Interesse an den Vorgängen in Europa wurde geringer, und man wandte die Aufmerksamkeit akuteren Problemen auf dem eigenen Kontinent zu. So konnte die *CPA*, die Kommunistische Partei Amerikas, ihren Versuch fortsetzen, sich als Partei im amerikanischen politischen System niederzulassen. Dabei stieß sie gegen die Mauer der amerikanischen Tradition. Wegen der gegebenen Verhältnisse, insbesondere wegen des Fehlens einer großen marxistisch ausgerichteten Massenorganisation (in den Präsidentschaftswahlen von 1900 bis 1920 entfielen auf die Sozialdemokraten im Durchschnitt nur etwa 570 000 Stimmen) war der *CPA* der in West- und Mitteleuropa erfolgreich beschrittene Weg der Zersetzung einer evolutionär ausgerichteten Arbeiterpartei versagt. Sie blieb auf sich selbst angewiesen, auf die Anziehungskraft ihres Programms, die Vertrauenswürdigkeit ihrer aktiven Mitgliederschaft und den Charakter ihrer Agitation. Ihr Versuch, auf dem jedem in Amerika offenstehenden Weg über die Bildung einer legalen politischen Partei die »Weltrevolution«

voranzutreiben, wurde notgedrungen eine große Pleite. Sie drückte sich an der Wahlurne (Präsidentschaftswahlen von 1928) darin aus, daß von einer Gesamtzahl von 36 879 414 abgegebenen Stimmen auf die *Workers Party* (die *CPA* lief damals unter dem Namen Arbeiterpartei) der Kameraden William Z. Foster und Benjamin Gitlow ganze 48 770, das sind 0,13 vH, entfielen.

Aber damit gaben sich die Kommunisten keineswegs geschlagen. Das Ziel war noch immer die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau der »klassenlosen« Gesellschaft durch revolutionäre Machtergreifung. Die Tatsache, daß Stalin sich 1929 zum Alleinherrscher erhob, störte die *CPA* nicht. Man identifizierte Stalin ganz einfach mit »dem Proletariat« und fuhr mit verdoppelten Kräften fort, die »Weltrevolution« zu fördern.

Die Krise in Amerika schuf Bedingungen, die vom Standpunkt der Kommunisten aus gesehen, nicht nur revolutionäre Möglichkeiten in sich bargen, sondern auch ihre ein für allemal feststehende, vorgefaßte Meinung vom wirtschaftlichen Verlauf zu bestätigen schienen. Der normale Weg über die Legalität schien jedoch lang und dornenvoll, insbesondere da es keine »proletarische Massenpartei« gab, derer man sich hätte bedienen können. Man suchte also die 150 Millionen Menschen indirekt, d. h. auf dem Umwege über die sogenannten Intellektuellen, zu erobern.

Wie alle Kulturvölker war auch Amerika der Krise des modernen Menschen nicht entgangen. Sie läßt sich zurückführen auf die Diskrepanz zwischen den großartigen Erfolgen wissenschaftlichen Denkens und wissenschaftlicher Methoden auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und dem Ausbleiben eines entsprechenden Fortschritts auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften, mögen sie nun das Ich, die Gesellschaft, das Recht, den Staat, die Moral

oder die Religion betreffen. Es ist verständlich, daß die Antwort, die die Jünger der materialistischen Geschichtsauffassung auf die Fragen des Woher und Wohin der gesellschaftlichen Entwicklung zur Hand hatten, für eine Reihe junger Menschen verführerisch war. Das Bedürfnis nach Wissen und Verstehen der Dinge und Zusammenhänge im Gemeinschaftsleben ist ja mehr oder weniger zu allen Zeiten vorhanden. Es erhielt in der durch Weltkrieg, Revolutionen, andere Schwierigkeiten der unmittelbaren Nachkriegsjahre sowie durch die Weltwirtschaftskrise bestimmten Zeitlage einen akuten Anlaß. Mit jeder Frage wird nach einer Antwort gesucht, das heißt nach der Empfindung der Gewißheit, die sich mit einer Antwort einstellt. Da nun relativ wenig Individuen wissenschaftlich veranlagt und damit an der Fortführung des Frage- und Antwortspiels interessiert sind, so war besonders eine Anzahl junger Menschen mit der materialistischen Geschichtsauffassung als Antwort auf ihre Zweifel und Fragen zufrieden. Sie wurden eine leichte Beute der revolutionären Aktivisten der *CPA*, die sie für ihr Ziel, das amerikanische Volk für ihre Zwecke reif zu machen, einspannten.

Als »wissenschaftliche« Lehre ist die materialistische Geschichtsauffassung höchstens als eine der größten Irrlehren der Neuzeit zu charakterisieren. Sie ist bekanntlich die Theorie, nach welcher die vom materiellen Bedürfnis hervorgerufene Entwicklung der Produktionsverhältnisse Charakter und Bedeutung aller anderen sozialen Verhältnisse bestimmt. Selbst wenn man großzügig sein will und Karl Marx zugesteht, daß er gewisse Einsichten in die Wirtschaftsgeschichte gehabt habe[14], so erweist das nur um so krasser, daß er auf den Gebieten der allgemeinen menschlichen Psychologie, des Rechts, der Kunst, der Moral und Religion, der politischen Geschichte, der Wissenschafts- und

allgemeinen Kulturgeschichte keinerlei Kenntnisse und Erfahrungen besaß, die seinem kühnen Aphorismus zumindest einen Schein wissenschaftlicher Wahrscheinlichkeit hätten geben können. In seinen Schriften findet man zu alledem rein gar nichts oder nur höchst minimale Ansätze. Aber dies provoziert eigentlich wiederum nur neue Fragen. Jedoch ist eine gewisse Gattung sogenannter Intellektueller eben nicht an der »Frage hinter der Frage« interessiert, sondern nur an einer möglichst einfachen Antwort, mit der man sich das mit jeder Fragestellung verbundene Gefühl der Unsicherheit vom Leibe halten kann. So ist für die Protagonisten des Marxismus eine eigentlich recht primitive, unwissenschaftliche Haltung charakteristisch. Sie kommt der Oberflächlichkeit einer ganzen Reihe moderner Intellektueller entgegen, denen die Antworten, alle Antworten, schon vor jeder Frage bekannt zu sein scheinen.

Kann man nun eine derartige Antwort mit wissenschaftlichem Geschwafel von »dialektischer Methode« verbrämen und mit gewissen immer auffindbaren Tatsachen aufmöbeln, so wird es verständlich, daß eine ganze Galerie von Mitgliedern der geistigen Halbwelt, die gewissermaßen als Nebenprodukte in Film, Theater, Literatur, Rundfunk, Journalismus, Verlags- und Erziehungswesen ihre betriebsame Existenz fristet, zu einem derartigen Ausweg aus ihrer eigenen Konfusion griff und begeistert in »historischem Materialismus« und »sozialem Fortschritt« machte. Dazu kommt noch die Gruppe der Salon- oder Edelkommunisten. Soweit sie das Schicksal durch eine fette Erbschaft der Aufgabe enthoben hatte, ihr Leben unter dem Zwang der Existenznotwendigkeiten irgendwie sozial nützlich auszufüllen, und sie, wie häufig solche Nichtsnutze, von Schuldgefühlen geplagt sind, verfiel eine erkleckliche Anzahl von ihnen den

Sirenengesängen der kommunistischen Verfechter der Sache des »Proletariats«.

Neben jungen, unbefriedigten Menschen ohne Lebenserfahrung war auch die soeben erwähnte Gruppe eine leichte Beute für die Zwecke der kleinen, von der Partei ausgehaltenen, unter eiserner Parteidisziplin arbeitenden und von Moskau dirigierten Schar von Weltrevolutionären, die in Stalin ihren Führer und in Sowjetrußland ihr Vaterland sahen. Für sie trat Aktion an Stelle von Reflexion, Revolution an Stelle von Evolution und Agitation an Stelle irgendwelcher ernster Mitarbeit an der Besserung der gegebenen Verhältnisse. Diese außerhalb einer Gruppenexistenz, sozusagen am Rande des Gemeinschaftslebens stehenden Aktivisten benutzten ihre *CPA* und gebrauchten oder mißbrauchten, wenn man es so will, die mehr oder weniger gedankenlosen Mitläufer zielbewußt für die Förderung der Sache der Weltrevolution, die sie in ihrer Vorstellung mit der Sache Rußlands identifizierten.[15]

Die Zeitbedingungen spielten ihnen dabei in ähnlicher Weise in die Hände wie Roosevelt. Nur daß Roosevelts politische Tätigkeit im Rahmen amerikanischer Traditionen darauf gerichtet war, zum Präsidenten gewählt zu werden, um dann mit (teilweise untraditionellem) Einsatz von Regierungsmitteln der Krise und der Arbeitslosigkeit zu steuern und gewisse Reformen einzuführen. Den Gläubigen des Kommunismus dagegen war daran gelegen, das vorhandene Elend für ihre besonderen Zwecke auszubeuten, Unruhe zu stiften, die verfassungsmäßigen Grundlagen der Staaten zu unterminieren und die Sache Rußlands zu fördern. Zusätzlich zu den für ihre Zwecke »günstigen« nationalen Bedingungen kam den kommunistischen Aktivisten der politische Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland im Jahre 1933 sehr zustatten, und zwar in zweierlei Bezie-

hung: einmal in bezug auf ihre eigene Lage, zum anderen in bezug auf die Einstellung der Majorität der amerikanischen Bevölkerung.

Was den ersten dieser Punkte anlangt, so gab den Kommunisten die »Machtergreifung« Hitlers einen dynamischen Gegner, den jeder wirkliche Anhänger der dialektischen Methode braucht, um mit einem Schein von Sinnhaftigkeit weiter agitieren zu können. Gleichzeitig machte die durch den Nationalsozialismus bewirkte ziemlich gründliche Lahmlegung der kommunistischen Umtriebe in Deutschland eine beträchtliche Anzahl marxistischer Apostel (mit nicht zu verachtenden Talenten auf ihrem erwählten Betätigungsfeld der politischen Wühlarbeit) zum Einsatz in anderen Ländern frei, und zwar nicht nur in Europa, sondern eben auch vor allem in den USA. Zeitlich fällt der Beginn der über das Ideologische hinausreichenden tatsächlichen Abhängigkeit der in den Staaten geborenen Mitglieder der *CPA* von ausländischen Funktionären ungefähr in das Jahr 1933. Dabei darf auch die offizielle Anerkennung Rußlands durch die Regierung Roosevelt mit der sich daraus ergebenden Einrichtung russischer Konsulate und Handelsvertretungen nicht übersehen werden.

Was die damalige Einstellung der amerikanischen Bevölkerung den Kommunisten gegenüber anging, muß nachdrücklich betont werden, daß das vom Faschismus und insbesondere von den Nazis an den Tag gelegte Betragen — die unverhohlene Mißachtung demokratischer Traditionen und Lebensformen, der mit der gesetzlichen Diskriminierung gegenüber jüdischen Mitbürgern in die Tat umgesetzte Rassenwahn, die willkürlichen Eingriffe in das Leben des Individuums, Angriffe auf kirchliche Institutionen und dergleichen mehr — beim naiven Durchschnittsbürger der Vereinigten Staaten bisher unvorstellbare Sympathien für Ruß-

land als einem potentiellen Opfer des »faschistischen Imperialismus« erweckte. Infolge der allgemeinen Unkenntnis über die faktischen Verhältnisse in Rußland gelang es den Kommunisten, gerade auch mit Hilfe der erwähnten intellektuellen Halbwelt, dem amerikanischen Publikum in gewissem Umfang den Bären vom »demokratischen Charakter« der roten Diktatur aufzubinden.

Organisatorisch zeigt die *CPA* keine großen Besonderheiten im Vergleich zum Aufbau anderer politischer Parteien in den Vereinigten Staaten oder in Europa[16]. Sie folgt in ihrem vertikalen Aufbau der staatlich-administrativen Organisation des Landes und umfaßt entsprechende Organe. Was sie von anderen politischen Organisationen *oberflächlich* unterscheidet, ist das offensichtlich krampfhafte Bemühen, als offizielle Parteiorganisation das traditionelle demokratische Gehabe einer politischen Partei an den Tag zu legen und als Tarnung für das tatsächlich straff durchgeführte »Führerprinzip« zu benutzen. Das äußerte sich vor allem in der genauen Einhaltung der Formen, die für die Beteiligung des einzelnen am Parteigeschehen vorgesehen sind und gemeinhin als Charakteristikum demokratischer Parteiaktivität gelten: Konstituierung von Versammlungen, Wortmeldungen, Anträge, Abstimmungen und dergleichen mehr. Daß das Individuum dabei am Gängelband geführt wurde, versteht sich am Rande und ist außerdem unerheblich, da ja diejenigen, die sich dieser Partei verschreiben und diesen Entschluß durch Mitgliedschaft in der *CPA* bekunden, sehr wohl wissen, daß sie »geführt« werden. Gleichwohl haben solche Tarnversuche in Amerika einen gewissen Eindruck auf harmlose Gemüter nicht verfehlt. Was dagegen die *CPA* von den anderen Parteien und politischen Organisationen in den USA *grundsätzlich* unterscheidet, ist das in der völligen Abhängigkeit von den Direktiven der Kommunisti-

schen Internationale und damit der Sowjetunion begründete Ziel der Förderung der Weltrevolution unter russischer Führung um jeden Preis.

Daß die *CPA* über eine Parteipresse verfügt, erscheint dem Europäer als etwas Normales. Darum muß bemerkt werden, daß bis zum Jahre 1953 keine der beiden großen politischen Organisationen der Vereinigten Staaten über ein eigentliches Parteiorgan verfügte. Es bedurfte des Sieges der republikanischen Partei mit Eisenhower als Präsidentschaftskandidat im Jahre 1952, um die Idee einer Parteipresse durch die demokratische Partei wenigstens in bescheidenem Rahmen in die Tat umzusetzen. Der *Democratic Digest* (Demokratische Auslese) ist im Pomp der amerikanischen Kioske ein regelmäßiger monatlicher Gast, macht aber trotz mancherlei Ähnlichkeiten seinem bekannten Namensvetter wenig Konkurrenz.

Das Novum von Schulungskursen (Parteischulen mit dem Ziel der Führerschule in Moskau) ist dem Amerikaner so fremd, wie es dem Europäer vertraut ist. Als interne Besonderheit einer Splitterpartei interessiert es das amerikanische Publikum kaum sonderlich. Auch in den von der *CPA* durch ihre Mitglieder und Funktionäre angewandten Methoden einer aktiven Teilnahme am politischen Kampf unterscheidet sich die Sektion Amerika der Komintern (jetzt Kominform) keineswegs von ihren europäischen Gegenstücken: Zellenbildung in Betrieben, Streikagitation, Protestkundgebungen, Streikpostendienst, Infiltrierung der Gewerkschaften insbesondere in den Schlüsselindustrien, Bildung von Studenten- und anderen Jugendgruppen, Mitgliedsbeiträge — all das ist dem europäischen Leser vertraut. In der Infiltrierung der Gewerkschaften war die *CPA* verhältnismäßig erfolgreich. Es hat einen der beiden großen gewerkschaftlichen Spitzenverbände, den *CIO (Congress of*

Industrial Organizations) jahrelange Bemühungen und heftige innere Kämpfe gekostet, um sich wenigstens teilweise von der Umklammerung durch die Kommunisten freizumachen.

So zielbewußt die offizielle, *legale* Parteiarbeit durchgeführt wurde (dank des überaus generösen Rechtsschutzes, den jede politische Partei in Amerika genießt, beschränkten sich *illegale* Akte der *CPA* auf »Kleinigkeiten« wie Unterschriftsfälschung bei Paßanträgen und die Abgabe falscher Versicherungen im Einbürgerungsverfahren), das politische System der Vereinigten Staaten konnte sie ohne großen Schaden und ohne allzugroße Unruhe hervorzurufen, absorbieren. In direktem Sturmangriff war eben die Feste Amerika nicht zu nehmen. In den Präsidentenwahlen von 1936 entfielen auf die Kommunisten ganze 80 159 Stimmen, und 1940 waren es gar nur 48 579. Das bedeutete also, daß nach weiteren zehn Jahren fieberhafter Parteiaktivität die *CPA* etwa genau dort angelangt war, wo sie 1928 gestanden hatte! Nun muß man sich wohl davor hüten, aus der relativ geringen Anzahl von Mitgliedern, zu denen es die *CPA* in den Vereinigten Staaten gebracht hat, wie auch aus dem offensichtlichen Mißerfolg beim Stimmenfang in nationalen Wahlen, voreilige Schlüsse auf die Wirksamkeit der kommunistischen »Arbeit« zu ziehen. Es sei daran erinnert, daß der erfolgreiche Sturz des zaristischen Regimes 1917 von einer Gruppe bewerkstelligt wurde, die zahlenmäßig im Verhältnis von 1 zu 2277 zur Bevölkerung Rußlands stand.

Auf jeden Fall begann die *CPA*, das heißt die Sektion Amerika der Komintern, im Jahre 1933 unter der Führung von solch international bekannt gewordenen Agenten wie Sergei Gussev und Gerhart Eisler neben der »normalen« Parteiarbeit eine intensive Kampagne großen Stils, um die Feste Amerika mit dem Trojanischen Pferd: »Demokratie

— Humanität — Menschenrechte — Frieden« von innen anzugreifen. Der Versuch, die »öffentliche Meinung« des Landes im Sinne der Ziele der *CPA* und zugunsten der Sache Rußlands zu beeinflussen, war außerordentlich erfolgreich. Das ganze Unterfangen war weniger utopisch als es scheinen möchte.

Zu den Zeitverhältnissen — insbesondere dem wiederbelebten humanitären Idealismus, der durch den Wahlsieg der *New-Deal*-Partei und die ihm zugrundeliegenden tatsächlichen Verhältnisse großen Auftrieb erfuhr, und der instinktiven Antipathie der großen Mehrheit der Amerikaner gegen den vom Faschismus und Nationalsozialismus unternommenen Versuch, »die Uhr der Zeit zurückzustellen«, gesellte sich als natürlicher Ansatzpunkt der Beeinflussung noch ein Wesenszug der amerikanischen Gemeinschaftsexistenz, der besondere Beachtung verdient: das ist die amerikanische Version dessen, was in Deutschland als Verbandswesen oder gar als »Vereinsmeierei« bekannt ist.

Es sei bemerkt, daß — entgegen einem allgemein verbreiteten Vorurteil — die Vorliebe des Deutschen für die Teilnahme an Vereinsbildungen aller Art im Vergleich zu der des Amerikaners unwesentlich ist. Wir haben es hier mit einer weiteren Wirkung der Gründungsideologie des Gemeinwesens Amerika zu tun. Dies ist die naturrechtliche Idee des 17. und 18. Jahrhunderts vom Sozialvertrag, auf Grund deren der einzelne sich vertraglich dem »Gemeinwillen« unterwirft, aber gleichzeitig seinen Anteil an der »Souveränität« der Gesamtheit erwirbt. Infolge der besonderen tatsächlichen Verhältnisse fand dabei eine Zwischenschaltung der Idee vom »Staat« als einer dem Individuum gegenüberstehenden organischen Einheit nicht statt. Die einzelnen schlossen sich über den alle umfassenden Verband hinaus zur Erreichung verschiedener besonderer Zwecke

zusammen. Dabei wurden der Initiative und Zuständigkeit solcher privaten Verbände manche sozial wichtigen Funktionen überlassen, die unter den Verhältnissen in Europa der öffentlichen Hand zukommen.

Jedenfalls bietet uns heute die Gruppenexistenz des Amerikaners jenes bunte Bild einer Vielzahl von Vereinigungen und Verbänden, die ein so wichtiges Moment der sozialen Wirklichkeit des amerikanischen Lebens geworden sind. Ihr Gesamtkatalog — wenn ein solcher überhaupt möglich wäre — würde Tausende von Rubriken und Einzelnamen umfassen: angefangen von einer so ehrwürdigen, schon im Jahre 1776 gegründeten, akademischen Vereinigung wie die *Phi Beta Kappa,* der ältesten einer ganzen Reihe von *Greek Letter Societies* (Vereinigungen, die sich mit den Initialen griechischer Leitwörter bezeichnen) bis zu den *4-H Clubs* der bäuerlichen Jugend; von den zahllosen Freimaurerlogen zu den *PTA's* (Eltern- und Lehrervereinigungen); von den Pfadfindern zur *American Legion* und den *Veterans of Foreign Wars;* von Kirchenvereinigungen zu *Country Clubs;* von Wohlfahrtskomitees zu den großen Verbänden zur Bekämpfung gewisser Krankheiten; von den Töchtern der amerikanischen Revolution zu den Söhnen von Christoph Columbus; von den *Kiwanis Clubs* zu den *Rotary Chapters;* und dazu noch die zahllosen Verbände mit einem über das rein Humanitäre hinausreichenden Einschlag beruflicher Interessengemeinschaft... Sie alle haben auf bestimmten Idealen beruhende Verfassungen, sind demokratisch organisiert, erscheinen mit entsprechenden Organen ausgestattet und bilden den recht eigentlichen Kern des Gemeinschaftslebens. Innerhalb ihrer vollzieht sich die Auslese und bieten sich Möglichkeiten, das Interesse und die Fähigkeiten des einzelnen im Verfolg von Gruppenzielen zu entwickeln, zu nutzen und anzuerkennen. Mitgliedschaft, Leistung und

Rang im Rahmen dieser Gruppen haben in natürlicher Verbindung mit anderen Faktoren entscheidende Bedeutung für die gesellschaftliche Stellung des Individuums und bestimmen weitgehend die ihm offenen Möglichkeiten der Einflußnahme auf Fragen, die wie Dinge der Politik und Regierung in ihrer Bedeutung über den engen Rahmen der betreffenden Organisationen hinausgehen.

Dieser Hintergrund bietet die Erklärung für die relative Leichtigkeit, mit der die *CPA* ihren Versuch der Eroberung Amerikas von innen her mit einigem Erfolg durchführen konnte. Es war die Bereitschaft des Amerikaners »mitzumachen«, seinen Namen und seine für derartige Zwecke bereitgestellten Dollars mit der Förderung idealer, humanitärer Zwecke zu identifizieren, die den für Rußland arbeitenden kommunistischen Aktivisten ihr Spiel erheblich erleichterte.

Die Methode bestand in der Gründung zahlloser kommunistischer Tarnorganisationen oder *Communist Front Organizations*, wie man sie jetzt in den Vereinigten Staaten nennt.

Natürlich wurden derartige Unternehmungen publizistisch geschickt aufgezogen und der kommunistische Hintergrund mit Fleiß verborgen gehalten. Die Beteiligung des Publikums an den Veranstaltungen derartiger Organisationen verschaffte den Drahtziehern eine ganze Reihe von Möglichkeiten der Beeinflussung der Jugend und der Intellektuellen, sowie eine Anzahl Rekrutierungsstellen, aus denen die für ihre Zwecke in Frage kommenden Kandidaten ausgesiebt und besonderer »Bearbeitung« zugeführt wurden. Die »Weltrevolution« fand Ersatz in der »Einheitsfront gegen Krieg und Faschismus« oder in der »Hilfe für Opfer des Faschismus«. Die Vorgänge in Europa, insbesondere die geschäftige Bereitwilligkeit der Regierungen Frankreichs

und Englands, mit Hitler und Mussolini zusammenzuarbeiten, die Affären in Abessinien und Spanien, sowie Roosevelts Flirt mit der Linken trieben die verhältnismäßig Wenigen in Amerika, die sich überhaupt für solche Fragen interessieren (wiederum die Intellektuellen), solchen Tarnorganisationen in Scharen zu. Diejenigen, denen es wirklich ernst war, gingen nach Spanien, um in der Abraham-Lincoln-Brigade zu kämpfen, und diejenigen, denen es genügte, so zu tun, als ob sie etwas täten, gaben ihren Namen für solche Organisationen her. Eine von diesen war die *American League against War and Fascism* (Amerikanische Liga gegen Krieg und Faschismus), ein Schulbeispiel für die Ausnutzung der amerikanischen »Vereinsmeierei«. Nicht nur war diese Organisation für viele junge Menschen eine Tür zum Kommunismus (so etwa für Elizabeth Bentley, die später durch Enthüllungen über ihre kommunistische Vergangenheit bekannt werden sollte), sie gab auch solch bekannten »Liberalen« wie Professor Frederick L. Schuman und Judge Dorothy Kenyon Gelegenheit, »etwas für die Sache der Demokratie zu tun«.

Die *American League against War and Fascism* ist deshalb interessant, weil ihr Charakter als Tarnorganisation für kommunistische Zwecke offensichtlich ist. Während die *CPA* der ersten Regierung Roosevelts gegenüber eine Art abwartender, im Grunde eher negativer Haltung einnahm, ließ diese Organisation es bei dem Bemühen bewenden, »das Volk« gegen Faschismus und Krieg einzunehmen. Als nach dem großen Wahlsieg und dem bekundeten Reformwillen Roosevelts im Jahre 1936 die *CPA* die Linie der Unterstützung Roosevelts verfolgte, wurde der Name dieser Organisation zu *American League for Peace and Democracy* verändert. Durch sie wurde eine stärkere Infiltrierungstätigkeit in Film, Journalismus und Rundfunk eingeleitet. Da eine

»Linkshaltung« nun »hoffähig« geworden war, wurde dies so einfach wie ein Kinderspiel. Auch unter Regierungsbeamten in Washington war diese Liga höchst erfolgreich. Man hat 563 Regierungsangestellte als Mitglieder dieser Organisation namhaft gemacht. Zur Zeit des Stalin-Hitler-Bündnisses von 1939 erfuhr das Schicksal der *American League for Peace and Democracy* eine weitere Wendung. Da es nun der *CPA* darauf ankam, der Politik Stalins auch in dieser Beziehung treu zu bleiben, wurde Roosevelt in seinem Bemühen, England zu helfen, vorübergehend ein schwarzes Schaf. Während die Wühlmäuse durch Streiks die Häfen des Landes stillegten, die Schlüsselindustrien empfindlich störten und sogar vor dem *White House* Streikposten bezogen, wurde der Name der Organisation zu *American Peace Mobilization* (Amerika für Frieden) geändert!

Verfolgt man zeitlich und sachlich die Gründung von Dutzenden derartiger Tarnorganisationen und setzt sie zu den jeweiligen weltgeschichtlichen Ereignissen in Beziehung, so bemerkt man eine klare Parallele zwischen der in ihren Namen ausgedrückten offiziellen Zielsetzung und der jeweiligen offiziellen russisch-kommunistischen Linie. Hier sei es genug, zu bemerken, daß der Verlauf der militärisch-politischen Ereignisse von der Gründung immer neuer derartiger Organisationen begleitet wurde. Die Opfer des Faschismus, die spanische Demokratie, die Jugoslawen, Polen, Griechen, Litauer, die Serben und Kroaten, Ungarn, Rumänen, die Juden ... alle kamen sie zu der Ehre, von der *CPA* für die Mobilisierung der öffentlichen Meinung im Sinne Rußlands eingesetzt zu werden. Als dann kriegerische Verwicklungen Sowjetrußland gar zum Verbündeten machten, kannte die Aktivität der von der *CPA* in der geschilderten Weise eingespannten Intellektuellen in der öffentlichen Meinungsindustrie kaum noch Grenzen ... bis zum *Civil Rights Con-*

gress, der *American Peace Crusade*, dem *Committee for Peaceful Alternatives to the Atlantic Pact*, den *American Women for Peace*, dem *National Council of the Arts, Sciences and Professions*, bis ... ja bis es dann schließlich dem Publikum dämmerte, daß da irgend etwas nicht in Ordnung sein konnte[17].

So erfolgreich und ausgedehnt diese Düpierung eines beträchtlichen Teiles der öffentlichen Meinung und des Publikums war, sie hätte wohl nie zu der gegenwärtigen sogenannten McCarthy-Reaktion führen können, wenn es den Kommunisten nicht gelungen wäre, im offiziellen Amerika, dem Amerika der Regierung und damit der Leitung der nationalen Angelegenheiten, Fuß zu fassen. Daß ihnen das möglich geworden war, hat beim amerikanischen Publikum die Idee des Verrats aufkommen lassen, und das hat dann wieder zu Reaktionen geführt, die in den Vereinigten Staaten (nach einem bekannten Rezept) von gewissen Elementen mißbraucht werden, und zwar in einer Weise, die keinen anderen Erfolg haben kann, als daß sie der Fortführung des russischen Spiels Vorschub leistet.

DAS KOMMUNISTISCHE EINDRINGEN IN REGIERUNGSÄMTER

In der internationalen Militärliteratur wird der Roten Armee zugestanden, daß sie im letzten Krieg die Kampfhandlung der »Infiltration« (das heißt des Eindringens oder Einsickerns) erfolgreich zur Anwendung gebracht hat. Diese Methode entstammt ja ursprünglich dem »politischen Kampf« und ist auf diesem Gebiet von den Kommunisten in jahrelanger Übung entwickelt und verwandt worden. Überdies weiß man, daß die politische Tätigkeit der Kommunisten — wie auch anderer totalitärer Gruppen unseligen Angedenkens — sich überhaupt stark in militärischen Vorstellungen bewegt, und zwar weit über die Grenzen der Belange strenger Parteidisziplin hinaus. Bei den Kommunisten hat diese Affinität natürlich ihren besonderen Grund in der metaphorischen Zerlegung der sozialen Umwelt in zwei »feindliche Lager« gemäß der Karl Marx' Hirn entsprungenen Idee vom Klassenkampf. Sie wurde von Lenin auf die tatsächliche »politische« Vorbereitungsarbeit zur Verwirklichung revolutionärer Ziele reduziert und damit zum Prinzip einer Art permanenten Bruderkriegs entwickelt.

In diesem »Krieg« sind den kommunistischen Strategen alle Mittel, einschließlich des rücksichtslosen Einsatzes und Verbrauchs der politischen Soldaten, willkommen. Besondere Aufmerksamkeit wandten sie dabei in Amerika wie auch anderswo dem Eindringen in Regierungsstellen zu, das heißt der Methode des unbeobachteten Vorgehens im

»Feindgebiet« zum Zwecke der Sammlung von Nachrichten, Störung und Verwirrung des Gegners und, wenn möglich, Einflußnahme auf seine Maßnahmen — um nur einige der Aufträge zu nennen, die mit der militärischen Konzeption des Eindringens verknüpft sind[18].

Wie bei einer militärischen Aktion die Wetter- und Geländeverhältnisse, so sind für das politische Eindringen das Klima der allgemeinen Stimmung und die Topographie der Regierungsverhältnisse von entscheidender Bedeutung. Somit ist es denn kein Zufall, daß, als die Kommunisten nach 1933 begannen, eine Reihe von Wölfen in Schafspelzen unter die Herde der Bundesbeamten einzuschmuggeln, der Frühling des *New Deal* ausgebrochen war und also ein Klima herrschte, das für Wachstum und Versamung roter Pflänzlein äußerst günstig war.

Bei der Betrachtung der Stellung und Einstellung des »Beamten«, der in Amerika wie überall das Rückgrat der sozialen Ordnungsmacht darstellt, muß man sich darüber klar sein, daß ein Vergleich des amerikanischen *Civil Service* mit dem Berufsbeamtentum Europas leicht zu Mißverständnissen Anlaß gibt. Die ganze Frage der Etablierung eines den besonderen Verhältnissen entsprechenden Beamtenkörpers ist in den Vereinigten Staaten noch im Fluß. Jedenfalls kann vom Typus des europäischen Beamten, dessen Rang und die damit verbundene soziale Stellung ihn für eine meist recht kümmerliche Besoldung entschädigen, und der an seine Tätigkeit mit einer besonderen, auf ständiger Pflege des Pflichtgefühls beruhenden Berufsauffassung herangeht, in Amerika keine Rede sein. Das ist wiederum historisch begründet, und besondere Bedeutung kommt auch hier wieder der gesamten Lebensanschauung zu, durch die das amerikanische System sozialpsychologisch verständlich wird und für die das Fehlen einer idealisierenden Vorstellung

des »Staates« charakteristisch ist. Obwohl sich der Aufbau des amerikanischen Beamtenkörpers hinsichtlich Dienstgraden, Gehaltsklassen, Ruhegehalt, Hinterbliebenenfürsorge und anderem mehr mit dem europäischen System vergleichen läßt, liegt der wesentliche Unterschied darin, daß der amerikanische Beamte als solcher dem gewöhnlichen Sterblichen keineswegs als in irgendeiner Weise überlegen angesehen wird. Er ist ein Funktionär, der eine notwendige, *job*mäßig festgelegte Funktion im Gesellschaftsmechanismus ausübt und dafür bezahlt wird. Und das ist er ja, wenn man einmal von allen möglichen ideologischen Verzierungen absieht, schließlich und endlich überall.

Natürlich kann sich auch der amerikanische Beamte eine angesehene soziale Stellung erwerben, aber sie kommt ihm keineswegs *eo ipso* zu. Das mag seine Nachteile haben, aber es hat auch gewaltige Vorzüge, die sich insbesondere in solchen Beziehungen äußern, wie sie mit den Schlagworten »freie Bahn dem Tüchtigen« und »gleiche Möglichkeiten für jeden« umschrieben werden können. Im weiteren Rahmen äußern sich die Vorteile darin, daß für politisch-soziale Erschütterungen wie zum Beispiel die russische Umwälzung von 1917 oder die sogenannte nationalzozialistische Revolution von 1933 überhaupt keine Basis vorhanden ist.

Wenn man also etwa an den Fall Alger Hiss denkt, dem wir später ein besonderes Kapitel widmen werden, so muß man versuchen (vorausgesetzt, daß einem am Verständnis dessen liegt, was sich in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit diesem Fall abgespielt hat), von dem Komplex der in Europa herrschenden Vorstellungen abzusehen, die sich notgedrungen einstellen, wenn man Hiss (sachlich durchaus richtig) als »einen der höchsten Beamten im Außenministerium« bezeichnet. Er war ganz einfach einer von zahllosen jungen Männern, die einen *government job*

hatten, war aber in seiner Karriere, dank seiner Fähigkeiten, insbesondere auch seiner juristischen Begabung, sowie dank der Empfehlung von Männern wie Professor Felix Frankfurter und Francis B. Sayre außergewöhnlich rasch vorangekommen.

Es sei betont, daß es hier nicht um eine Abwägung der Vor- und Nachteile verschiedener Systeme geht, sondern um die Klarstellung der wirklichen Verhältnisse zur Vermeidung von möglichen Irrtümern bei der Betrachtung gewisser sozialer Erscheinungen.

Als nun nach der Regierungsübernahme durch Roosevelt im Jahre 1933 sein als *New Deal* bekanntes Programm wirtschaftlichen Nationalismus anlief und zur Einrichtung einer Unzahl neuer Ämter und Dienststellen führte, waren unter den jungen Leuten, die auf der *job*-Suche waren, naturgemäß auch solche, deren politische Sympathien links lagen, und die als »junge Anwälte ohne Klienten« im Regierungsdienst unterkamen[19].

In der Zeit von 1933 bis 1940 stieg die Zahl der von der Exekutive Beschäftigten von 624 000 auf 1 069 000. Sie erreichte im Jahre 1945 den Höchststand von etwa 3½ Millionen, fiel in den Jahren 1946 bis 1950 auf etwa 2 Millionen, stieg aber dann im Zusammenhang mit den Ereignissen in Korea wieder und erreichte 1952 etwa 2 600 000. Gegenwärtig liegt sie um 2 300 000.

Daß bei einem derartig raschen und scharfen Ansteigen der Zahl der für die Bundesregierung arbeitenden Personen eine Reihe heute ganz allgemein als höchst unerwünscht angesehener Elemente einschlüpfen konnte, ist kaum verwunderlich. Die Kommunisten wußten das auszunutzen. Ihre Technik war die alterprobte Zellenbildung und die Schaffung von »illegalen Apparaten«. Ihre Tätigkeit wurde natürlich abseits von der offenen Parteiaktivität als

sogenannte »illegale Arbeit« durchgeführt, und zwar im Interesse der »Weltrevolution«, in Wirklichkeit aber unter Anleitung des russischen Nachrichtendienstes für eine Reihe sowjetischer Dienststellen. Im Ergebnis besaß dieser Untergrundapparat derartig ergiebige Quellen und brachte solche Erfolge, daß ein gewisser J. Peters, der jahrelang diesen Teil der kommunistischen »Arbeit« in Amerika leitete, einem seiner Kuriere, Whittaker Chambers, gegenüber einmal entzückt äußern konnte: »Selbst in den besten Tagen der Weimarer Republik hatten wir es nie so gut!«

Auf Grund der jetzt zugänglichen öffentlichen Informationsquellen kann man als sicher annehmen, daß das »Eindringen« in Regierungsstellen im wesentlichen mit drei Zellen begann. Es ist üblich geworden, sie nach dem Familiennamen ihrer »Obmänner« als Zelle Ware, Silvermaster und Perlo zu bezeichnen.

Harold Ware war ein *echter* Kommunist, einer jener idealistischen Amerikaner, die im Kommunismus das sahen, was sie sehen wollten, und nicht das, was er war. Seine Mutter, Ella Reeve Bloor, hatte zu den Gründern der *CPA* gehört und war mit der Zeit in die Rolle einer »Parteimutter« hineingewachsen. Wares Frau, Jessica Smith, war langjährige Redakteurin von *Sowjet Russia Today* (jetzt die *New World Review)* und heiratete nach dem Tode ihres ersten Mannes einen gewissen John Abt, eines der Mitglieder der Zelle Ware. Sein Halbbruder, Carl Reeve, war ein früher Organisator der *CPA* und als kommunistischer Journalist Mitarbeiter an der Parteizeitung *Daily Worker.* Seine Schwester Helen war Geigenlehrerin und stellte ihr Studio in Washington als Deckadresse und gelegentlichen Treffpunkt für Kuriere des Untergrundapparates zur Verfügung. Also eine exemplarische Parteifamilie. Harold Ware selbst war im Rahmen seiner Begeisterung für den Kommunismus (und

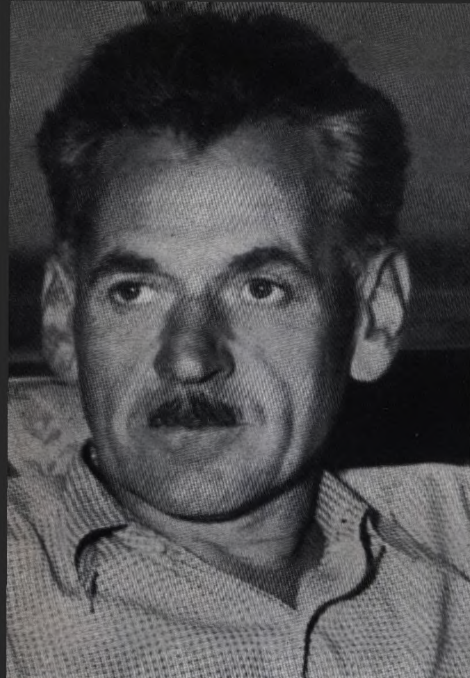
die materialistische Geschichtsauffassung) besonders an Fragen der Landwirtschaft interessiert. Anfang der zwanziger Jahre hatte er mit einer Gruppe Gleichgesinnter in Rußland versucht, ein Farmkollektiv zu entwickeln. Er kehrte, mit 25 000 Dollar in der Tasche, als Agent der Komintern nach den Vereinigten Staaten zurück und eröffnete nach kurzer Tätigkeit als Berater für das Landwirtschaftsministerium ein Informationsbüro für landwirtschaftliche Fragen in Washington. Zusätzlich zu seinen übrigen Parteifunktionen gab ihm der mit der Einrichtung einer Reihe neuer Regierungsämter verbundene Zustrom von Parteimitgliedern und Sympathisierenden Gelegenheit, nicht nur die jungen Leute unter seine Fittiche zu nehmen, sondern sich auch mit ihrer Hilfe aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen.

Eine der ersten typischen *New-Deal*-Dienststellen war die *A.A.A.*, die *Agricultural Adjustment Administration* (Bundesverwaltung für Landwirtschaftshilfe) im Landwirtschaftsministerium, die geschaffen worden war, um den Drang nach Reformen und das zum Teil recht extravagante Programm zur ökonomischen Rettung der Landwirtschaft von Henry A. Wallace in die Tat umzusetzen.

Die Rekrutierung des zusätzlichen Personals lag in den Händen der altehrwürdigen, 1883 geschaffenen *Civil Service Commission*. Diese Beamtenkommission ist die Zentrale für Neueinstellungen im öffentlichen Dienst. Sie nimmt Prüfungen vor, setzt die mit den verschiedenen *jobs* verbundenen Dienstgrade fest, führt Untersuchungen durch, wie zum Beispiel die Befragung der von jedem Bewerber anzugebenden Leumundszeugen, erledigt die mit Neueinstellungen, Versetzungen und ähnlichen Vorgängen im Beamtendasein verbundene Aktenführung und dergleichen mehr. Wenn auch dieser Amtsschimmel sich dem neuen Tempo



Roosevelt zwischen Stalin und Churchill. Konferenz in Teheran, 26. November bis 3. Dezember 1943



Nathan G. Silvermaster, Kopf einer kommunistischen Zelle, erfreute sich der besonderen Gunst eines Assistenten Roosevelts



Victor Perlo, Führer einer kommunistischen Zelle, in wichtigen Staatsstellungen tätig, während seines Verhörs am 9. August 1948



Elizabeth Bentley, ehemaliges Mitglied eines Spionageringes und Hauptzeugin in den Untersuchungsverfahren der Regierung



Harry D. White, geistiger Vater des Morgenthauplanes, leugnet vor dem HUAC, jemals Regierungsgeheimnisse weitergegeben zu haben

anzupassen versuchte, er konnte einmal nicht schneller traben, als ihn seine alten Beine tragen wollten. Das heißt, die *Civil Service Commission* erledigte die Neueinstellungen genau wie sie immer erledigt worden waren, ganz als ob die Zeit stillgestanden wäre und ohne Rücksicht auf die Existenz revolutionärer politischer Gruppen und ähnliche »Kindereien«. Von Anbeginn bis zum Jahre 1942 sahen die Bewerbungsformulare der Kommission keinerlei Fragen bezüglich der Treue des Kandidaten zum eigenen Land oder seiner Mitgliedschaft in umstürzlerischen Organisationen vor. Das waren Fragen, die einfach nicht aufkommen konnten. Ihre Bejahung beziehungsweise Verneinung waren selbstverständlich, und diese Dinge regelten sich durch die innerhalb des ganzen amerikanischen Regierungssystems wirksamen Kräfte von selbst ... Zumindest nahm man dies an, bis jene Gruppe kommunistischer Agenten und Aktivisten sich daran machte, im Dienste ihrer volksfremden Ideologie den amerikanischen Riesen zu überlisten und das mit dem System verbundene Vertrauen zu mißbrauchen.

Einer der Züge der Zeit war natürlich, daß das benötigte neue Personal vornehmlich aus den Kreisen der akademisch Gebildeten kam. Unter den Instituten, die in der Erziehungsgeschichte junger Leute mit kommunistischen Neigungen auffallend vertreten sind, wären Harvard Law School, Columbia University, das College of the City of New York und die Universitäten California und North Carolina zu nennen. Nun darf man keineswegs schließen, daß diese Institutionen besonders »rot« waren. Dabei spielten ganz andere Momente eine vorzügliche Rolle, wie zum Beispiel bei den New Yorker Universitäten Zusammensetzung und Charakter der Bevölkerung der Riesenstadt, das aktive Interesse einer Reihe Universitätslehrer an Roosevelts *New Deal* und der Umstand, daß New York der Sitz der *CPA* war.

Bei der Universität California lag der Grund wohl in der besonderen Pflege des Studiums der Soziologie und der Naturwissenschaften, während für die Universität North Carolina das regional bedingte Interesse an der Negerfrage seine Bedeutung hatte. Für Columbia und Harvard fiel ebenfalls ins Gewicht, daß beide Roosevelts *Alma mater* waren. Für Harvard ist noch der Rolle des Rechtslehrers *Felix Frankfurter* zu gedenken, der eine Reihe der jungen Gehirnakrobaten, die sich zu seinem Geist und seiner Lehrmethode hingezogen fühlten, in Regierungsstellen unterbrachte. Dabei sei bemerkt, daß die »Frankfurter Würstchen« (wie sie gelegentlich genannt wurden) von der großen Majorität der anderen Harvardstudenten mit Verwunderung und als kaum ernstzunehmende Kuriositäten betrachtet wurden.

Auf jeden Fall begann die Zelle Ware mit neuen Beamten in der neuen *A.A.A.*, und das Gros der Rekruten waren Erziehungsprodukte von Harvard Law School: Nathan Witt, Lee Pressman, Henry H. Collins jun., John Abt und Alger Hiss. Charles Krivitsky (alias Charles Kramer) kam von New York University, während Victor Perlo und Nathan Weyl Produkte der Columbia University waren, wie übrigens auch Whittaker Chambers, der als kommunistischer Funktionär Kurierdienst für diese Gruppe versah, die unter der Leitung von Harold Ware funktionierte.

Nun sieht die Sache anfänglich harmlos genug aus. Denn was können schon selbst überzeugte Kommunisten in einer den »großen Ereignissen« so fernliegenden Stelle wie der *A.A.A.* für Unheil anrichten? Die Frage ist an sich ganz berechtigt, aber das Übel begann damit, daß landfremden Einflüssen zugängliche junge Leute im Regierungsdienst Fuß gefaßt hatten. Diese landfremden Einflüsse waren keineswegs ausschließlich ideologischer Natur. Dafür zeugt schon die Tatsache, daß ihre Fäden sich in den Händen des höchst

realistischen Propheten des Kommunismus und Agenten der Komintern Harold Ware überkreuzten. Und Ware war ein Mann, den Theorie ohne Praxis wenig interessierte.

So war die Zelle Ware zum Beispiel der Ausgangspunkt des Spionagenetzes, das später von Elizabeth Bentley, einer ursprünglichen *Pinko*-Amerikanerin geleitet worden ist. Viele Enthüllungen von Einzelheiten des kommunistischen Untergrundapparates sind ihr zu verdanken. Sie war einem russischen Agenten, Yasha Golos, ins Netz der Liebe und des russischen Geheimdienstes gegangen, bis sie 1945 (nach dem Tode ihres Golos) mit der Partei brach und mit der Bundespolizeibehörde *(F.B.I.)* in Verbindung trat. Unsere Kenntnis der Verhältnisse in der Zelle Ware beruht jedoch nicht nur auf den Aussagen der Bentley; vielmehr sind diese von anderen früheren Mitgliedern wie Nathan Weyl, Lee Pressman und Whittaker Chambers unter Eid bestätigt worden.

Natürlich war für die Drahtzieher wie Harold Ware und J. Peters die Placierung einer Reihe »ihrer« Leute in der *A.A.A.* nur ein Anfang. Man gewinnt ein gutes Bild von der Verbreitung der roten Saat im Regierungssystem, wenn man die weitere Karriere der ursprünglichen Mitglieder dieser ersten Zelle verfolgt:

Nathan Witt: Juristischer Hilfsassistent in der *A.A.A.* Mitglied des aus 4 Mitgliedern bestehenden Rechtsausschusses des *N.L.R.B. (National Labor Relations Board* = Bundesstelle für Arbeitsbeziehungen). Sekretär dieser Bundesstelle.

Lee Pressman: Assistent des juristischen Beraters der *A.A.A.* Erster juristischer Berater der *W.P.A. (Works Progress Administration* = Bundesstelle für Arbeitsbeschaffungsprojekte). Rechtsanwalt der *CIO (Congress of Industrial Organizations* = Gewerkschaftlicher Spitzenverband).

John J. Abt: Juristischer Hilfsassistent in der *A.A.A.* Assistent des ersten juristischen Beraters der *W.P.A.* Sonderberater

der Börsen- und Wertpapierkommission. Bürochef für das Senatskomitee LaFollette für staatsbürgerliche Freiheiten. Sonderberater des Justizministers.

Charles Kramer: *A.A.A.* Amt für Bundesjugendfürsorge. Hilfsassistent im Büro des LaFollette-Komitees. *N.L.R.B.* Hilfsassistent im Büro des Senatsausschusses zur Untersuchung der technologischen Mobilmachung. Hilfsassistent im Büro des Senatsausschusses für Gesundheitsfragen und Erziehungswesen im Kriege.

Henry H. Collins: *N.R.A.* *(National Recovery Administration* = Bundesstelle für die Sanierung der Industrie). *Soil Conservation Service* (Dienststelle für Fragen der Bodenerhaltung). Arbeitsministerium. Hilfsassistent im Büro folgender Komitees: Hausausschuß zur Untersuchung der Frage der Saisonarbeiter. Senatsausschuß für kleine Geschäftsleute. Senatsunterausschuß für technologische Mobilmachung. Hauptmann in der Militärregierung. Außenministerium: Programm für Heimatvertriebene und Internationales Flüchtlingskomitee.

Alger Hiss: Assistent des juristischen Beraters der *A.A.A.* Juristischer Hilfsassistent im Büro des Senatsausschusses zur Untersuchung der Rüstungsindustrie. Hilfsassistent im Büro des *Solicitor General* (Titel des zweithöchsten Beamten der Justizverwaltung). Außenministerium: Sonderberater der Direktoren für fernöstliche und politische Angelegenheiten. Generalsekretär der Konferenz zur Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco.

Victor Perlo: *N.R.A.* (Bundesstelle für die Sanierung der Industrie). *H.O.L.C.* *(Home Owners Loan Corporation* = Finanzierungsgesellschaft für Hausbesitzer). Fachbearbeiter für Wirtschaftsfragen im Handelsministerium. Chef der statistisch-analytischen Abteilung des *O.P.A.* *(Office of Price Administration* = Preisüberwachungsamt. Mitarbeiter für Fragen des Flugzeugbaus im *W.P.B.* *(War Production Board* = Bundesamt für Kriegsproduktion). Hilfsassistent in der Abteilung für geldtheoretische Untersuchungen im Finanzministerium.

Donald Hiss (Bruder von Alger Hiss): *W.P.A.* (Bundesstelle für Arbeitsbeschaffungsprojekte). Juristischer Hilfsassistent im Landwirtschaftsministerium. Hilfsassistent in der Rechtsabteilung des Außenministeriums.

Man sieht, das häufige Umsatteln ist ein gemeinsames Charakteristikum dieser verschiedenartigen Karrieren. Doch handelt es sich hier nicht um ein wahlloses Herumspringen unruhiger Geister von einer Regierungsstelle in die andere. Dies war vielmehr die Methode, »Erfahrungen« im Regierungsdienst zu sammeln, weil eben solche als wichtigste Qualifikation für Beförderungen und Versetzungen in bessere, das heißt einflußreichere *jobs* galten.

Die Zellen Silvermaster und Perlo zeigen für ihre Mitglieder ein ganz ähnliches Bild. Im Falle Nathan Gregory Silvermaster mag ein kurzer Blick auf Herkunft und frühere Karriere nicht uninteressant sein. 1898 in Odessa geboren, erreichte Silvermaster nach einem der berüchtigten russischen Pogrome mit seinen Eltern über China die Vereinigten Staaten. Er wurde 1927 naturalisiert, studierte an der Universität Washington und erwarb seinen Dr. rer. pol. an der Universität California. Schon seit 1920 war er der Polizei in Seattle und San Francisco als »Roter« bekannt, konnte aber gleichwohl, insbesondere dank der im Anstellungsverfahren geübten Praxis der Beamtenkommission, im Bundesdienst ankommen. Seine akademische Ausbildung sowie seine Erfahrung als Lehrer an einer katholischen Schule (St. Mary's College) und als Angestellter des Arbeitssekretariats des Staates Kalifornien qualifizierten ihn für eine Stelle in der *F.S.A. (Farm Security Administration* = Amt für Agrarschutz) des Landwirtschaftsministeriums. 1942 wurde Silvermaster in das *B.E.W. (Board of Economic Warfare* = Amt für Wirtschaftskrieg) versetzt, wo er 6 Monate lang in der Abteilung *Middle East* (Mittlerer Osten)

tätig war. Trotz der begründeten Warnung des Feindnachrichtendienstes (Abteilung G-2), der Informationen über Silvermasters kommunistische Vergangenheit besaß, blieb dieser unbehelligt, und zwar auf Grund einer direkten Intervention von seiten Lauchlin Currie's, eines der Assistenten Roosevelts, beim Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Robert B. Patterson. Wenn auch Silvermaster nicht im *B.E.W.* behalten wurde, so bekam er doch seine Rückversetzung und blieb im Dienst der Bundesregierung — und der Kommunisten. Zu seiner Zelle gehörten Solomon Adler im Finanzministerium, Norman Bursler im Justizministerium, Frank Coe im Finanzministerium, Lauchlin Currie im *White House*, Bela Gold, Abraham George Silverman, William Taylor, William Ludwig Ullmann...

Die Zelle Perlo umfaßte: Edward J. Fitzgerald im *W.P.B.*, Harold Glasser im Finanzministerium, Solomon Leshinsky von der UNRRA *(United Nations Relief and Rehabilitation Administration)*, Harry Magdoff vom *W.P.B.*, Allan Rosenberg vom *F.E.A. (Foreign Economic Administration)* und Donald N. Wheeler vom *O.S.S.* Perlo selbst war zugleich Verbindungsmann zur Zelle Ware.

Die genaue Zahl der Mitglieder derartiger Zellen ist äußerst schwer festzustellen. Bei dem enormen Wechsel des Regierungspersonals sowie der mehr oder weniger großen Zufälligkeit, mit der allmählich Einzelheiten über dieses seltsame Spiel ans Licht gebracht wurden, wird es kaum je möglich sein, eine auch nur annähernd genaue Schätzung zu geben. Whittaker Chambers hat ausgesagt, die Zelle Ware sei zu seiner Zeit (1933—1938) mit ihren Untergruppen etwa 75 Mann stark gewesen. Da man über die kommunistische Untergrundarbeit heute genügend informiert ist, steht fest, daß die Verbindung zwischen den verschiedenen Zellen äußerst geheim gehalten wird. Einzelne Mitglieder der ver-

schiedenen »Apparate« werden oft in völliger Isolierung gehalten und besitzen überhaupt nur mit ihrer unmittelbaren Leitung Kontakt. So kann man mit gutem Grund vermuten, daß die Gesamtzahl jener »organisierten« Zellenmitglieder nicht unbedeutend war.

Zu diesen eigentlichen Zellen, von denen im Laufe der Jahre bisher insgesamt sieben identifiziert worden sind, gesellte sich — wenn man so »sachverständigen« Kronzeugen wie Whittaker Chambers, Elizabeth Bentley und Louis Budenz Glauben schenken kann (und ihre Angaben sind von dritter Seite nun so oft bestätigt worden, daß alles für ihre Glaubwürdigkeit spricht) — eine ganze Anzahl von sympathisierenden »Mitläufern«, die die Arbeit des kommunistischen Untergrundapparats bereitwilligst unterstützten. In diese Gruppe gehören Namen wie David Weintraub, Irving Kaplan, Irving Shimmel, Harry Dexter White, Irving Goldman, Robert T. Miller, Willard Park, J. Julius Joseph, Maurice Halperin, Leonard Mins, Duncan Chaplin Lee und zahlreiche andere.

Hatte sich erst einmal einer dieser Charaktere in irgendeiner Dienststelle festgesetzt, so fand er auch Wege und Möglichkeiten, »seine Freunde« ebenfalls unterzubringen. Wir zitieren dazu einige Sätze aus einem am 30. Juli 1953 erstatteten Bericht des nach seinem Vorsitzenden Jenner genannten Unterausschusses des Senats zur Untersuchung der Durchführung des Gesetzes über die innere Sicherheit und anderer Schutzgesetze: »*Sie setzten ihre Namen gegenseitig auf Bewerbungen um Regierungsstellen. Sie stellten einander an. Sie beförderten sich gegenseitig. Sie gaben einander Gehaltserhöhungen. Sie versetzten einander von Amt zu Amt, von Abteilung zu Abteilung, von Komitee zu Komitee. Sie verschafften sich Sonderaufträge für internationale Missionen. Sie bezeugten gegenseitig ihre Loyali-*

tät und schützten einander, wenn Entdeckung drohte. Oft wohnten sie zusammen ...«[20]

Frank V. Coe und Harry Dexter White saßen in einflußreichen Stellungen im Finanzministerium. Coe beförderte Perlo und gab Harold Glasser ein ungewöhnlich gutes Zeugnis. Glasser seinerseits war in einer Position, die es ihm erlaubte, sich lobend über Perlos Dienste zu äußern. Perlo schließlich lobte Charles Kramer. Irving Kaplan, auch einer der früher Genannten, gab Coe, White und Silverman als Leumundszeugen an ... und so weiter. — Eine andere Reihe beginnt mit David Weintraub, der in der Bundesstelle für arbeitswissenschaftliche Forschungen der Vorgesetzte von Charles Kramer, Charles Flato und Allan Rosenberg war. Weintraub tauchte schließlich im *Sekretariat der Vereinten Nationen* auf, wo unter anderen Irving Kaplan und Sidney Glassman als seine unmittelbaren Untergebenen in Erscheinung treten. — Victor Perlo und Henry Collins wohnten zusammen in Washington, Harold Glasser und Solomon Adler in Chicago. William Ullmann wohnte in Chevy Chase (Washington) im selben Haus wie Silvermaster ... und so weiter. Handelte es sich um neue, bessere Stellungen oder Versetzungen, so wiederholte sich das Spiel: William Ullmann gab Gregory Silvermaster als Empfehlung, Edward Fitzgerald nannte Kaplan und Weintraub; Charles Kramer setzte sich für Charles Flato ein, Frank Coe für Harold Glasser und so weiter ...

Nun ist es im amerikanischen System an sich etwas ganz Normales, daß Beamte sich auf andere, die sie kennen, als Referenzen berufen. Das gehört zum Wesen dieses Systems. Aber zugleich gehört es zu seinem Wesen, daß als selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß in ihm Leute wirken, denen ihr Land am Herzen liegt und nicht eine politische Verschwörung zugunsten einer ausländischen Macht. So wird

verständlich, daß für geraume Zeit kein Anlaß vorlag, die Coe, Weintraub, White, Kaplan, Perlo, Silvermaster und Genossen zu verdächtigen. Und so hatten diese Leute ausgedehnte Möglichkeiten, die (wenn man so will) Schwächen des Systems zu ihren Gunsten, das heißt zugunsten »ihrer Sache« auszunutzen.

Im einzelnen hatten diese Zellenaktivitäten natürlich mit der Entwicklung der Dinge auf nationaler und internationaler Ebene zu rechnen. Während zum Beispiel die Hauptsorge der Regierung auf die wirtschaftliche Gesundung des Landes gerichtet war, konzentrierten sich die Eindringlinge auf die Besetzung von Dienststellen wie die *A.A.A.*, *W.P.A.*, *N.R.A.* und ähnliche Abteilungen, die im Rahmen der Regierungsressorts zur Erledigung neuer Aufgaben eingerichtet wurden. Dies gilt insbesondere für die Periode von 1933 bis 1940, die etwa den beiden ersten Amtsperioden Roosevelts entspricht. Hierbei muß das früher beschriebene Klima des *New Deal* in Rechnung gestellt werden, sowie die gleichzeitigen Ereignisse außerhalb Amerikas: Faschismus, Nationalsozialismus, Juden-, Kommunisten- und Sozialistenverfolgungen, Abessinien, der spanische Bürgerkrieg, der japanisch-chinesische Krieg und ähnliches mehr. All diese Ereignisse hatten ihre besondere Bedeutung für gewisse politische Minderheiten und ethnische Gruppen, und selbstverständlich muß deren politische Haltung und Bedeutung mit in Betracht gezogen werden, wenn man die linksradikale Durchsetzung des Beamtenkorps als Ganzes erfassen will. Rundet man das Bild dahin ab, daß der *New Deal* von Hause aus selber linksgerichtete Tendenzen vertrat und eine mehr oder weniger offene antitraditionelle Haltung annahm, so ist unschwer zu verstehen, daß der Boden für Zellenbildungen der beschriebenen Art äußerst günstig war.

Es war keine Hexerei dabei, wenn eine Reihe »Genossen« in wichtigen Regierungsstellen Fuß faßte.

Eine *zweite* Periode kommunistischer Infiltration in Regierungsämter läßt sich für die Zeit unmittelbar vor dem Kriege und die Kriegsjahre ansetzen. Während derselben (von etwa 1940 bis 1944) läßt sich eine natürliche Verlagerung des Zieles von den typischen *New-Deal*-Ämtern auf solche Dienststellen erkennen, die unmittelbar mit Kriegspolitik und Kriegsführung zu tun hatten. Hierher gehören vornehmlich das Amt für Wirtschaftskrieg *(B.E.W. = Board of Economic Warfare)*, das Bundeswirtschaftsamt *(F.E.A. = Federal Economic Administration)*, das Büro für Abwehr und politische Kriegsführung *(O.S.S. = Office of Strategie Services)*, das Propagandaamt *(O.W.I. = Office of War Information)* sowie natürlich das Finanz- und Außenministerium. Außer an die weiter fortwirkenden, für die erste Periode genannten allgemeinen Bedingungen muß man hier an das offizielle Kriegsziel des militärischen Sieges über die Achse Berlin-Rom-Tokio denken, an Roosevelts eigenartige Unfähigkeit, über die Probleme des Augenblicks hinweg realistisch in die Zukunft zu schauen. Und da war nun auch das Bündnis mit Sowjetrußland. Durch diese Perspektive wird dann leicht begreiflich, daß das Klima den Jüngern Moskaus weiterhin förderlich war.

Eine *dritte* Periode, die etwa von Roosevelts Tod bis zum Jahre 1950 anzusetzen wäre, zeigt das erfolgreiche Bemühen der Genossen, dort zu agieren, wo auf amerikanischer Seite die Probleme der Nachkriegszeit gehandhabt wurden. Das sind insbesondere natürlich wiederum Finanz- und Außenministerium, Kriegsministerium und Heeresdienste, Militärregierungen für besetzte Gebiete sowie die Vereinten Nationen und verschiedene damit zusammenhängende internationale Organisationen. Schließlich folgt

dann noch die Periode, die im weiteren Verlauf dieser Arbeit besonders gewürdigt werden wird: die Periode der Reaktion auf das Eindringen sowie die verzweifelten Versuche der Kommunisten, alle diejenigen, die es wagten, ihnen ins Handwerk zu pfuschen, zu diskreditieren.

Die folgende Liste, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, gibt eine Übersicht über den kommunistischen Erfolg des Eindringens in amerikanische Regierungsstellen. In jeder der genannten Stellen war mindestens einer, in den meisten eine ganze Reihe jener »Wölfe im Schafspelz« untergekommen. Sie wurden entweder öffentlich als zur *CPA* oder als zu einer der Zellen des Untergrundapparats gehörig identifiziert, oder aber ihre Weigerung, diesbezügliche Fragen zu beantworten, läßt den Schluß auf ihre Parteizugehörigkeit zu. Diese wird noch wahrscheinlicher, wenn die persönliche Lebensgeschichte, ihr Umgang und ihre weitere Laufbahn nach Verlassen des Regierungsdienstes dafür Anhaltspunkte geben.

White House	
Department of State	Außenministerium
Department of the Treasury	Finanzministerium
Department of Defense *Departments of the Army, Navy and Air Force*	Landesverteidigungsministerium, Ministerien des Heeres, der Marine und der Luftwaffe
Department of Justice	Justizministerium
Department of Agriculture	Landwirtschaftsministerium
Department of Labor	Arbeitsministerium
Department of Commerce	Handelsministerium
6 Congressional Committees	6 Kongreßausschüsse
Office of the General Staff	Büro des Generalstabs
Bureau of Ordnance	Waffenamt
Signal Corps	Nachrichtentruppe
The Manhattan District (Atomic Energy Project)	Manhattan-Gruppe (Stelle für Atomforschung)

Office of Strategic Services	Amt für Abwehr und politische Kriegsführung
National Labor Relations Board	Bundesamt für Arbeitsbeziehungen
Works Progress Administration	Bundesstelle für Arbeitsbeschaffungsprojekte
National Research Project	Bundesamt für arbeitswissenschaftliche Forschung
Office of Defense Mobilization	Wehrwirtschaftsamt
War Production Board	Bundesamt für Kriegsproduktion
Foreign Economic Administration	Amt für auswärtige Wirtschaftsfragen
North African Control Board	Nordafrikanische Kontrollstelle
Bureau of Standards	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Bureau of the Census	Statistisches Bundesamt
Civil Service Commission	Beamtenkommission
Coordinator of Information	Zentralstelle für Informationssammlung
Office of Education	Amt für Erziehungswesen
Office of War Information	Propagandaamt
Coordinator of Inter-American Affairs	Zentralstelle für Gesamtamerikanische Angelegenheiten
Federal Emergency Relief Administration	Bundesverwaltung für Nothilfe
Federal Public Housing Authority	Bundesamt für öffentliches Wohnungswesen
Farm Security Administration	Amt für Agrarschutz
Government Printing Office	Bundesdruckerei
Library of Congress	Kongreßbibliothek
Maritime Labor Board	Stelle für Arbeitseinsatz in der Schiffahrt
National Archives	Nationalarchiv
National Youth Administration	Amt für Bundesjugendfürsorge
OMGUS	Militärregierung für Deutschland

SCAP	Militärregierung für Japan
Office of Price Administration	Preisüberwachungsamt
Railroad Retirement Board	Eisenbahnerpensionsamt
Reconstruction Finance Corporation	Körperschaft für die Finanzierung des Wiederaufbaus
Resettlement Administration	Bundesamt für Umsiedlung
Securities and Exchange Commission	Wertpapier- und Börsenkommission
Social Security Board	Sozialversicherungsamt
War Manpower Commission	Amt zur Erfassung und Verteilung von Arbeitskräften im Kriege
War Assets Administration	Kriegsverwertungsstelle
War Shipping Administration	Kriegs-Schiffahrtsverwaltung
Veterans Administration	Fürsorgeverwaltung für Kriegsteilnehmer
Tariff Commission	Zollkommission
U.S. Information Service	Aufklärungsdienst der Vereinigten Staaten
United Nations	Vereinte Nationen
International Monetary Fund	Internationaler Währungsfond

Es liegt in der Natur der Sache, daß eine genaue Statistik über die zahlenmäßige Stärke der Kommunisten im amerikanischen Bundesdienst nicht aufgestellt werden kann. Die Schätzung, daß im ganzen einige Tausend »Weltrevolutionäre« in den verschiedenen Regierungsstellen untergekommen waren, erscheint vorsichtig und realistisch. Was die einzelnen Agenten dort taten und im Interesse der Sowjets ausrichten konnten, hing natürlich vom Aufgabenbereich der Dienststelle ab, in der sie arbeiteten und von der Art des *jobs*, der ihnen anvertraut war. Allgemein sei daran erinnert, daß jeder Geheimdienst, natürlich auch der russische, auf eine Masse von Einzelinformationen angewiesen ist, deren Wert darin besteht, daß sie als Material für die Analyse gewisser Verhältnisse und für Schlußfolgerungen

auf die Pläne und Projekte »des Feindes« benutzt werden können. Dazu kommt die Tätigkeit der allgemeinen Unterminierung durch die *CPA*.

Das Bundesamt für Arbeitsbeziehungen war zum Beispiel als eine Art Schlichtungsstelle für Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geschaffen worden. Nathan Witt wurde Sekretär dieses Amtes und damit sein einflußreichster Beamter. Nun wird natürlich ein Anhänger der marxistischen Ideen vom Klassenkampf die »Schlichtungsfunktion« einer derartigen Dienststelle auf seine eigene Weise auffassen. Witt tat seinen Dienst, führte Besprechungen und machte Vorschläge. Aber wie üblich, so war es auch hier der Ton, der die Musik machte, und unter Witts Leitung war es unvermeidlich, daß die ursprüngliche Aufgabe des Amtes, zwischen den im Arbeitskampf zutage tretenden Interessen ausgleichend zu wirken, in eine Bevorzugung der Arbeitnehmerseite pervertiert wurde. Und das war ja damals in den Vereinigten Staaten mehr als hoffähig, zumal Roosevelt genug auf dem für ihn politisch so nützlichen Steckenpferd seiner Gegnerschaft gegen »Geldsäcke« und »kapitalistische Strauchritter« (*»economic royalists«* war einer seiner Lieblingsausdrücke) herumritt. Es geschah sogar, daß Nathan Witt in seiner Eigenschaft als Sekretär des *N.L.R.B.* bei einem amtlichen Treffen in Pittsburgh am 2. Juni 1937 mit Lee Pressman (in dessen Eigenschaft als Anwalt des *CIO)* Pläne gegen die *Inland Steel Company* schmiedete, die darauf angelegt waren, diese Gesellschaft in eine gesetzwidrige Position hineinzumanövrieren und damit einen Arbeitskampf zu provozieren.

Andere Beispiele für die von den »Wölfen im Schafspelz« bewirkte Ausnutzung der mit ihren Funktionen im Regierungsdienst geschaffenen Möglichkeiten sind im Finanzministerium zu finden. *Henry Morgenthau jr.* war 1934 von

Präsident Roosevelt zum Finanzminister ernannt und vom Senat bestätigt worden. Wie häufig im amerikanischen politischen Leben handelte es sich dabei um eine sogenannte politische Ernennung, das heißt die Wahl war weniger wegen seiner sachlichen Qualifikationen für das Amt auf Morgenthau gefallen, als wegen der Notwendigkeit, eine »politische Schuld« bei einer Gruppe von New Yorker Geschäftsleuten (darunter auch Henry Morgenthaus Vater) für bestimmte in Roosevelts Wahlkampagne geleistete Dienste zu begleichen. Es ist unvermeidlich, daß ein solches Kabinettsmitglied besonders stark auf die sachverständigen Beamten seines Ministeriums angewiesen ist. In Morgenthaus Fall war einer dieser Experten der bereits mehrmals erwähnte *Harry Dexter White*, ein in Fragen des Geldwesens offenbar äußerst versierter Mann.

Whites Herkunft ist etwas undurchsichtig. Er scheint 1892 in Boston geboren zu sein. Seine Eltern waren aller Wahrscheinlichkeit nach unter einem ursprünglich anderen Namen aus Rußland eingewandert. White studierte an den Universitäten Columbia, Stanford und Harvard, unterrichtete danach zunächst am Sarah Lawrence College und dann an der Universität Harvard. Zu Beginn des *New Deal* trat er ins Finanzministerium ein, wo er rasch Karriere machte, zum Direktor der Abteilung für geldtheoretische Untersuchungen avancierte, um über die Stellung als Assistent des Ministers mit besonderem Auftrag *(special assistant to the Secretary)* in die Stellung des Unterstaatssekretärs *(assistent Secretary)* aufzurücken. Von dem Umfang seiner Befugnisse und tatsächlichen Möglichkeiten, in den Lauf der Geschichte einzugreifen, erhält man eine Vorstellung, wenn man folgende Verlautbarungen des Finanzministers Morgenthau liest. Die erste datiert vom 15. Dezember 1941 und lautet in unserer Übersetzung:

FINANZMINISTERIUM, DIENSTANWEISUNG NR. 43: Vom heutigen Datum ab übernimmt Herr Unterstaatssekretär Harry Dexter White volle Verantwortung für alle das Finanzministerium betreffenden Fragen, die mit Beziehungen zu anderen Staaten zu tun haben *(having a bearing on foreign relations)*. Herr White fungiert als Verbindungsmann zwischen dem Finanz- und dem Außenministerium, wird zum Berater des Finanzministers in allen das Ministerium betreffenden außenpolitischen Fragen bestellt und ist für Leitung und Verwaltung des Stabilisationsfonds, unbeschadet des geltenden Verfahrens, verantwortlich. Herr White ist dem Herrn Finanzminister direkt verantwortlich[21].

Aus einer anderen Verfügung des Finanzministers vom 25. Februar 1943 mag folgende Stelle zur Charakterisierung von Whites Befugnissen dienen:

Vom heutigen Datum ab übernehmen Sie mit voller Verantwortung die Aufsicht über alle das Finanzministerium betreffenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen ... im Zusammenhang mit den Operationen des Heeres und der Kriegsmarine sowie den Zivilangelegenheiten auf fremdem Gebiet, wo unsere Streitkräfte jetzt operieren oder voraussichtlich operieren werden. Das schließt natürlich für Angelegenheiten dieser Art die Verbindung mit dem Außen-, Heeres- und Marineministerium ein, sowie mit anderen Ministerien und Dienststellen und den Vertretern fremder Regierungen.[22]

Harry Dexter White, der auf eigenen Antrag im April 1946 aus dem amerikanischen Regierungsdienst ausschied, um die Stelle des Direktors des Internationalen Währungsfonds zu übernehmen, vertrat das Finanzministerium in vielen für die Kriegsführung und unmittelbare Nachkriegszeit wichtigen Gremien. Er wurde von Whittaker Chambers und Elizabeth Bentley, den bereits erwähnten Kurieren des russischen Untergrundapparats, positiv als einer der Beamten genannt, die ihnen geheime Informationen zur



Alger Hiss (links), am 26. Juni 1945 als Generalsekretär der UN-Konferenz in San Francisco, begrüßt den Präsidenten Truman. Rechts Edward R. Stettinius Jr., der damalige Außenminister



William Ludwig Ullmann, früher Major der Army und Mitglied der kommunistischen Zelle Silvermaster



Abraham George Silverman, früherer Luftwaffenangestellter, wurde beschuldigt, russische Agenten über die amerikanische Abwehrarbeit informiert zu haben



John Abt (rechts), einer der führenden Köpfe in der New Deal Politik, wurde beschuldigt, Mitglied einer „Untergrundorganisation" der CPA zu sein



Lee Pressmann, erster juristischer Berater der W.P.A., vor dem Empfangsraum des Untersuchungsausschusses (HUAC)

Weiterleitung nach Moskau zukommen ließen. Unter den berühmten »*pumpkin papers*«, die im Falle Hiss eine so große Rolle spielten (wir kommen noch darauf zurück), fanden sich einige in Whites eigener Handschrift. Auf Grund des vorhandenen Beweismaterials machte der Justizminister im Kabinett Eisenhower, Herbert F. Brownell jr., in einer Rede vom 6. März 1953 White als russischen Spion namhaft. Die genaueren Zusammenhänge seiner Beteiligung bei der Verfolgung russisch-kommunistischer Interessen werden wohl kaum je ans Licht kommen. Drei Tage nach seiner ersten öffentlichen Befragung vor dem Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe am 13. August 1948 erlag White einem »Herzschlag«. Sein Tod kam zweifellos dem russischen Untergrundapparat und den Drahtziehern in Moskau sehr gelegen. Er hat begreiflicherweise zu allen möglichen Mutmaßungen Anlaß gegeben. Obwohl White die Zugehörigkeit zur *CPA* wie auch jegliche Spionagetätigkeit bei seiner einzigen Vernehmung heftig abstritt, gab er doch zu, in enger Bekanntschaft mit allen Mitgliedern der Zellen Perlo und Silvermaster gestanden zu haben.

White gilt als Vater der beiden sogenannten Morgenthaupläne. Von ihnen ist nur der Deutschlandplan zu trauriger Berühmtheit gelangt. Der erste Morgenthauplan bezog sich auf Japan.[23] Im November 1941 legte White in Form einer Denkschrift einen »Vorschlag zur Behebung der Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan« vor. Im wesentlichen bestand dieser Vorschlag darin, daß Japan amerikanische Wirtschaftshilfe als Entgelt für den Verzicht auf alle bereits gemachten Gewinne und alle zukünftigen Expansionspläne angeboten werden sollte. Herr Morgenthau machte sich diesen Plan zu eigen und unterbreitete ihn dem Präsidenten. Er wurde in die den Japanern am 26. November desselben Jahres übermittelte Note über-

nommen, die nach Ansicht vieler Historiker einem ultimativen Abbruch der laufenden Verhandlungen gleichkam — und von den Japanern elf Tage später mit dem Angriff auf Pearl Harbor beantwortet wurde.

Der zweite Morgenthauplan bezüglich der Entindustrialisierung und völligen Versklavung Deutschlands ist bekannt. Bei diesem White-Morgenthau-Projekt mögen die begreiflichen Rachegefühle der von Nazideutschland so niederträchtig behandelten ethnischen Gruppe, der White wie ja auch Morgenthau zugehörten, eine gewisse Rolle gespielt haben. Als feststehend kann immerhin gelten, daß der Plan maßgeblich von anderen Motiven bestimmt war als von der Vernunft, das heißt den leidenschaftslos verstandenen Interessen des amerikanischen Gemeinwesens. Wenn dieses Projekt auch nicht in seiner ganzen Ausdehnung zur Durchführung kam, so schlug sich doch von seinem *Rachegeist* in den Beschlüssen von Jalta und der Erklärung von Potsdam genügend nieder, um die Besatzungspolitik der ersten Nachkriegsjahre zu dem zu machen, was sie tatsächlich war. Feststehen dürfte weiterhin, daß die Konzeption dieses Projekts das amerikanische Volk, grob gesagt, schon viel Geld gekostet hat, von anderen Folgen ganz zu schweigen. — Auch in Roosevelts Chinapolitik kam Harry Dexter White zum Zuge. Bei der Auswahl des Personals für die Handhabung des oben in der Verfügung des Finanzministers vom 25. Februar 1943 erwähnten Stabilisationsfonds *(the American-British-Chinese Stabilization Fund)* zur Unterstützung der Regierung Chinas — und das hieß 1942 noch immer der Regierung Tschiang-Kai-Schek — war es White zu danken, daß der Kommunist Dr. Chi als Vertreter Chinas und der Kommunist Solomon Adler als Vertreter der Vereinigten Staaten bestellt wurden.

Im Vergleich zu Whites Möglichkeiten, tatsächlich »Poli-

tik zu machen«, dürfte die Tätigkeit anderer Beamter seiner Sorte im Finanzministerium — Frank Coe, Harold Glasser, Abraham George Silvermaster, William L. Ullmann und wie sie alle hießen — unerheblich erscheinen. Einem dieser Leute, Irving Kaplan, gelang es, eine wichtige Position im Dienst des Finanzministeriums für das besetzte Deutschland zu ergattern, wo er sich im Sinne seiner Freunde betätigte. Nach seiner Rückkehr aus Deutschland zensierten diese, Frank Coe und Harold Glasser, seine Leistungen dienstlich mit »E« (das heißt *excellent)* ausgezeichnet![24]

Wenden wir uns nun dem Außenministerium zu, so kann die Rolle von Alger Hiss kaum mit der von Harry Dexter White verglichen werden. Zwar ist Hiss' Einfluß auf Edward R. Stettinius jr., der seit Oktober 1943 Unterstaatssekretär und seit dem Rücktritt Cordell Hulls im Jahre 1944 Staatssekretär war, als »finster« *(sinister)* bezeichnet worden, aber bei solch einer Wertung sind doch wohl die wirklichen Umstände nicht genügend in Rechnung gezogen worden. Hiss war ein im *Department* angesehener Experte, ein juristischer Fachmann, der zusammen mit einer Reihe anderer Beamter zur Hand war, als Stettinius den Versuch unternahm, sich in die Geheimnisse des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen hineinzufinden. Hiss dabei einen besonderen Einfluß auf Stettinius zuzuschreiben, geht wohl nicht gut an. In welcher Richtung hätte ein derartiger Einfluß liegen sollen? Da selbst die Russen sich keine bessere Politik hätten ausdenken können als die von Roosevelt verfolgte, so wäre wohl eine Einflußnahme auf Stettinius von seiten Hiss' nur in der Richtung zu vermuten, den Staatssekretär im Geiste des Morgenthauplans und vielleicht auch im Sinne der Illusion der Vereinten Nationen »bei der Stange zu halten«. Aber das war gar nicht nötig. Es ist von Stettinius nicht bekannt geworden, daß er — wie etwa

Staatssekretär Hull und Kriegsminister Stimson es getan hatten — in irgendeiner Weise versuchte, dem beinahe selbstmörderischen Unfug von Roosevelts Rachepolitik zu steuern. Auch zu der verschwindend geringen Anzahl klarer Köpfe, die Roosevelt bezüglich seiner übertriebenen Erwartungen von den Vereinten Nationen, als einem »Sesam-öffne-Dich« für den Frieden, zu warnen versuchten, gehörte Stettinius sicherlich nicht. Er war von allem begeistert. Noch in seinem Buch über »Roosevelt und die Russen« (1949)[25] bekannte er sich zu dem »unerschütterlichen Glauben an die Richtigkeit seiner (Roosevelts) Außenpolitik«.

Wohl aber hat sich Alger Hiss in anderer Weise um die Sache des Kommunismus verdient gemacht, und zwar als Mitglied der Zelle Ware durch Weiterleitung geheimer Dokumente des Außenministeriums an den russischen Untergrundapparat. Wegen der dramatischen Wucht, mit der gerade sein Fall dem amerikanischen Volk die Augen geöffnet hat, werden wir seiner Darstellung später ein besonderes Kapitel widmen. Fest steht auf jeden Fall, und zwar durch eidliche Aussagen anderer Angestellter des *State Department*, daß Hiss Zugang zu *allen* eingehenden Dokumenten hatte. Fest steht weiter — und zwar nach Aussage des zu jener Zeit amtierenden *Under Secretary of State* Sumner Welles —, daß der Besitz der in Frage stehenden Dokumente, im Original und entschlüsselt, es jedem Fachmann ermöglichen mußte, die Geheimchiffren für Nachrichtenübermittlung von und an das *State Department* zu brechen. Und schließlich steht fest, daß Alger Hiss, der unter Eid die Übermittlung von Dokumenten an Chambers abgestritten hatte, im ordentlichen Gerichtsverfahren, nach Erschöpfung des Instanzenweges, rechtskräftig wegen Meineids zu Gefängnis verurteilt wurde.

Als andere Angestellte des Außenministeriums, die sich

wie Hiss den Zielen des Kommunismus und der Wühlarbeit des sowjetischen Untergrundapparates verschrieben hatten — und über deren diesbezügliche Rolle keinerlei Zweifel besteht —, wären Julian Wadleigh und Noel Field zu nennen. Wadleigh gab sein Treiben selbst zu. Noel Field schlüpfte im Mai 1949 hinter den eisernen Vorhang, als ihm zu Hause der Boden zu heiß geworden war. Da man weiß, mit welcher Rücksichtslosigkeit der kommunistische Geheimapparat »Mitarbeiter«, die sich fassen lassen oder sonstwie ihre Nützlichkeit verlieren, nicht nur desavouiert, sondern sie ihrem eigenen Schicksal überläßt, kann vermutet werden, daß Noel Fields »Arbeit« besonders verdienstvoll gewesen sein muß.

Über die Einverleibung von Tausenden von Angestellten der *O.S.S.*, *O.W.I.*, *F.E.A.*, *O.I.A.A.* und ähnlicher Kriegsdienststellen in das Außenministerium und die dadurch bedingte Übernahme unzuverlässiger Elemente, wird in einem anderen Zusammenhang noch einiges zu sagen sein. Hier sei zunächst das Bild des subversiven Einflusses der roten »Eindringlinge« auf Gesetzgebung und »hohe Politik« durch einige Worte über die Verhältnisse in Kongreßausschüssen und im Weißen Hause abgerundet.

In bezug auf den Kongreß zitieren wir einige Sätze aus einem Artikel des durch Selbstmord umgekommenen Senators Robert LaFollette aus dem Jahre 1947.[26] Senator LaFollette war als Mitglied des liberalen Flügels der Republikanischen Partei weitbekannt und geschätzt.

»Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß Leute, die mit den Kommunisten sympathisierten, in die Büros von Ausschüssen auf dem Kapitol in Washington eingedrungen sind. Häufig waren sie in Verbindung mit wünschenswerter Gesetzgebung und anerkennenswerten Zielen tätig, aber immer waren sie bereit, ihre eigene Sache auf Kosten der Gesetzgebung, die sie vertraten, zu fördern. Vor einigen Jahren

sah ich mich als Vorsitzender des Ausschusses für die staatsbürgerlichen Freiheiten gezwungen, Maßnahmen zur Eliminierung derartiger Einflüsse unter meinem eigenen Ausschußpersonal zu ergreifen...
Unter den Mitteln, mit deren Hilfe pro-kommunistische Mitglieder unter dem Büropersonal der Ausschüsse ihre Tätigkeit ausübten, war eines der wichtigsten die unerlaubte Verwendung von nur für den Ausschuß bestimmten Informationen...
Verschiedentlich habe ich die aufschlußreiche Erfahrung gemacht, Proteste sowohl wie Ratschläge von dritter und ausschußfremder Seite zu erhalten, und zwar schon einen Tag, nachdem ich antikommunistische Äußerungen getan hatte oder in geheimer Sitzung entgegen der gerade herrschenden Parteilinie gestimmt hatte...
Noch niederträchtiger ist die Färbung offizieller Informationen, die an örtliche Vereinigungen, pro-kommunistische Zeitungen, Zeitschriften und Rundbrief-Versandstellen ausgegeben werden, so daß jede gewünschte Reaktion im Wege der Massenpropagandatechnik hervorgerufen werden kann...«

Die sechs Kongreßausschüsse, die von den roten Eindringlingen bevorzugt wurden, befaßten sich mit Fragen, die seit langem in der marxistisch-kommunistischen Mythologie eine besondere Rolle gespielt haben, und die außerdem zum eisernen Bestand jeder kommunistischen Propaganda gehören.[27]

Das sogenannte Nye-Komitee führte eine Untersuchung der Rüstungsindustrie durch. Eine wahre Fundgrube nicht nur für die Ausbreitung der Legende von den »Kanonenkönigen«, den »Rüstungsbaronen« oder den »*Merchants of Death*«, sondern gleichzeitig auch für überaus interessante Details aus dem Leben dieser Industriellen!

Das LaFollette-Komitee befaßte sich mit Fragen der staatsbürgerlichen Freiheiten, insbesondere in Arbeitskonflikten. Ein wahrer Tummelplatz für Leute, für die es gar

keine Frage ist, daß »der Arbeiter« sich einer finsteren Verschwörung von Polizei, Arbeitgeber und bezahlten Provokateuren gegenübersieht. Gleichzeitig eine einzigartige Informationsquelle über regionale Arbeitsbedingungen, die bei der Vorbereitung von Streiks und ihrer Durchführung von großem Nutzen sind.

Das Tolan-Komitee beschäftigte sich mit der Frage der Saisonarbeiter. Der vom Büro dieses Komitees ausgearbeitete Bericht ist ein Musterbeispiel der Zwittergattung von Literatur des schlechten Gewissens der zwanziger Jahre, reich durchsetzt mit marxistischem »Gedankengut« bezüglich Weltwirtschaftskrise und Depression.

Der Ausschuß für kleine Geschäftsleute *(Small Business Committee)* widmete seine Aufmerksamkeit den Geschicken des kleinen Geschäftsmannes und Gewerbetreibenden. Sozusagen ein ideales Feld für gegen »große« kapitalistische Unternehmer und Gesellschaften gerichtete Tendenzen!

Das gleiche gilt in noch verstärktem Maße für das Kilgore-Komitee, den Senatsausschuß zur Untersuchung der technologischen Entwicklung. Hier bestand nicht nur die Möglichkeit, sich über die inneren Geheimnisse des »*Big Business*« gründlich zu informieren, sondern auch sich im Rahmen der mit einem Büro*job* bei einem derartigen Komitee verbundenen Möglichkeiten in Propagandatiraden gegen ein Lieblingsopfer des Marxismus, den sogenannten Finanzkapitalismus, zu ergehen.

Was das Pepper-Komitee anbetrifft, den Ausschuß für Gesundheitsfragen und Erziehungswesen im Kriege, der versucht hatte, die Frage der »Sozialisierung« der ärztlichen Fürsorge voranzutreiben, geben wir das Wort wiederum dem verstorbenen Senator LaFollette: »Ich war zum Mitglied dieses Unterausschusses bestellt worden, trat aber später zurück; teilweise wegen zu vieler anderer Verpflich-

tungen... und teilweise, weil ich mich nicht mit dem Programm eines Büros identifizieren konnte, zu dessen Mitgliedern ich kein volles Vertrauen haben konnte!«[28]

Es sei hier vermerkt, daß es uns nicht darum geht, allgemein über die Arbeit, Pläne und Ziele der genannten Komitees zu befinden. Hier geht es nur darum, die Möglichkeiten aufzuzeigen, die sich der Truppe kommunistischer Infiltranten im Rahmen des für die Arbeit von Kongreßausschüssen notwendigen bürokratischen Apparats boten, und die natürlich von ihnen entsprechend ausgenutzt wurden. Die Namen der hier in Betracht kommenden »Wühlmäuse« sind: John Abt, Henry Collins jr., Charles Flato, Charles Kramer, Alger Hiss (vor seiner Versetzung ins Außenministerium), Harry Magdoff, Margaret Bennett Porter, Herbert Shimmel, Alfred van Tassel, Frederick Palmer Weber und Allan Rosenberg.

Mit dem Namen *White House* wird nicht nur die offizielle Residenz des Präsidenten der Vereinigten Staaten bezeichnet. Der Name gilt gleichzeitig als Sammelbezeichnung für einen Stab von besoldeten Helfern, Assistenten und Ratgebern, die dem Präsidenten bei der Erfüllung seiner Exekutivaufgaben zur Seite stehen. Obwohl starke Indizien dafür sprechen, daß Lauchlin Currie, einer der Assistenten des Präsidenten, direkt an der kommunistischen Verschwörung beteiligt war, und obwohl weiter bekannt ist, daß Roosevelts Berater wie Harry Hopkins und David K. Niles in ihrem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Denken ausgesprochene Linksneigungen hegten, so sind das doch gegenüber der von Roosevelt selbst gewiesenen Richtung unerhebliche Details. Diese Richtung Roosevelts war die Resultante aus Elementen seiner Persönlichkeit, seinem dadurch bestimmten Führungswillen und den Zeitumständen.

Sieht man einmal bei einer Betrachtung seiner Regie-

rungstätigkeit von allen »politischen« Elementen, insbesondere allen Anti-Bestimmungen ab, so bleibt folgendes übrig: eine starke Einschaltung der Exekutive in bis dahin von Eingriffen der Bundesregierung freie Gebiete. Ein derartiger Zug gilt gewöhnlich als Merkmal sozialistischer und autoritärer Regierungsformen. Sie als »liberal« zu bezeichnen ist höchst irreführend, denn ihre autoritären Tendenzen sind unverkennbar und insbesondere für Roosevelts Regime offensichtlich. Für die Charakterisierung der wirklichen Verhältnisse ist natürlich gleichgültig, ob der jeweilige Exponent einer derartigen Regierungstätigkeit seine Autorität auf einen mystischen Volkswillen, den lieben Gott oder eine Kombination beider zurückführt.

Nun ist indessen klar, daß sowohl Roosevelt selbst wie auch Mrs. Roosevelt und die große Mehrzahl seiner Mitarbeiter und besonders die beträchtliche Gruppe der sogenannten Intellektuellen in seiner Gefolgschaft stark »liberale« Neigungen an den Tag legten. Für die Geistesverfassung des Liberalen ist unter anderem die Tendenz charakteristisch, daß er die »menschliche Frage« von allen äußeren, für das Ich scheinbar zufälligen Faktoren zu isolieren sucht, um dem »Menschen als solchem« seine ganze Aufmerksamkeit zu widmen und damit das Individuum aus seinen natürlichen sozialen Beziehungen herauszuheben. Dieses intellektuelle Zauberkunststück — der Durchschnittsmensch ist ein soziales Wesen, und daher ist eine derartige Operation nichts anderes als ein irreführender Trick — hat eine Überbetonung der Individualexistenz bei der Beurteilung sozialer Verhältnisse zur unausbleiblichen Folge. Dabei bleibt dann nichts anderes übrig als der psycho-physische Organismus, und den sollte man, wenn nötig, schon den Medizinern überlassen! Diese Art von »Liberalismus« verführte zum Beispiel Roosevelt und vielleicht noch stärker Mrs. Roosevelt

dazu, viel größeres Gewicht darauf zu legen, daß dem einzelnen »Rechte« verbrieft würden, als auf Maßnahmen, die geeignet gewesen wären, die gegebene kapitalistische Wirtschaftsordnung durch die Beschränkung wirtschaftsfremder Eingriffe auf ein Minimum in den Stand zu setzen, zum Wohle aller besser zu funktionieren. Er führte dazu, daß Roosevelts Regime im »Interesse des Individuums« die Bundesregierung mit Aufgaben belastete, deren Handhabung durch eine in vielen Fällen erst zu schaffende Bundesbürokratie sicherlich nicht die beste Lösung darstellte. Dieser »Liberalismus« verführte Roosevelt schließlich zu einer groben Verkennung des politischen Kommunismus. Er sah im Kommunismus eine Reformbewegung zur Verbesserung des Loses des einzelnen und nicht den Einsatz einer straff organisierten Gruppe politischer Aktivisten im Dienste einer fremden Macht. Das galt sowohl für seine Haltung gegenüber der kommunistischen Aktivität in »*God's own country*« wie für seinen Aberglauben an die Möglichkeit einer »Erziehung« der Gewaltherrscher von Moskau zu fruchtbarer Zusammenarbeit, wie auch endlich für seine mehr als eigenartige Chinapolitik. In diese verlegte er seinen eigenen Wunschtraum, nämlich den, als großer sozialer Reformator, als Verfechter der Interessen »des Menschen«, gegen den teuflischen wirtschaftlichen »Ausbeuter« in die Geschichte einzugehen.

Bei dieser Situation erscheint es in der Tat müßig, noch nach besonderen kommunistischen Aktivitäten oder Einflüssen im *White House* selbst zu suchen. Die Bemerkung des früher erwähnten roten Agenten Peters: »So gut haben wir's noch nie gehabt!« könnte mit Bezug auf das *White House* dahin paraphrasiert werden: »Phantastisch, im Weißen Hause brauchen wir nicht mal Agenten, da kriegen wir alles, was wir wollen, *ex officio!*« — Es ist kein Zufall, daß

ein langjähriger Mitarbeiter Franklin D. Roosevelts, ein »Liberaler« wie er im Buche steht, Henry A. Wallace, sich dazu hergab, in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1948 als Kandidat der *Progressive Party* anzutreten, sich damit also zum Kandidaten der Kommunisten machen ließ — und politisch Selbstmord beging. Man ist versucht, die Rolle der »Liberalen« im modernen politischen Dasein der Völker als die Kraft zu charakterisieren, die »stets das Gute will und stets das Böse schafft«. Zumindest hat der Liberalismus des Roosevelt-Regimes dem Kommunismus gewaltigen Vorschub geleistet. Und dies nicht zuletzt dadurch, daß unter ihm diese merkwürdigen, vom Veitstanz des Marxismus besessenen Mitbürger sozusagen hoffähig gemacht wurden.

Obwohl das Eindringen in militärische Dienststellen und das Heer selbst hoch auf der Liste aller kommunistischen Aktionsprogramme steht, ist der Erfolg auf diesem Gebiet in Amerika allem Anschein nach nicht allzu groß gewesen. Das hat natürlich seine besonderen Gründe, von denen der wesentlichste derjenige sein dürfte, daß kommunistische Propaganda und Agitation im Klima einer Heeresdisziplin nicht recht gedeihen wollen. Dabei spielt natürlich auch die Wachsamkeit der Abwehrabteilungen der drei Dienstzweige eine Rolle. Hinzu kommt noch, daß bei der relativ kurzen Zeit, seit der in Amerika eine dem europäischen System der allgemeinen Wehrpflicht vergleichbare Einrichtung existiert, das Aufkommen einer »antimilitaristischen« Haltung noch nicht in Erscheinung getreten ist. Und der »Antimilitarismus« ist ja bekanntlich im allgemeinen der Ansatzpunkt für kommunistische Agitation im Heere. Gleichwohl sind besonders in den Waffenämtern und den Forschungsstellen des Nachrichtendienstes eine Reihe Fälle von kommunistischem Eindringen bekannt geworden. Das gleiche gilt für das *O.S.S.*, das Büro für Abwehr und politische Kriegsfüh-

rung. Bei dieser Behörde war indessen die Anstellung von Kommunisten nicht nur ihrer Kunst im »Eindringen« zuzuschreiben, da man sie während des Krieges in vielen Fällen bewußt als Verbindungsleute zu europäischen Untergrundbewegungen verwendete. Es bestand dabei die allgemeine Tendenz, die kommunistischen Untergrundkämpfer als einzige Vertreter des europäischen Widerstandes gegen Nationalsozialismus und Faschismus anzusehen. Das war sicherlich bedauerlich — es war aber so.

Interessanter sind jedoch in diesem Zusammenhang die Fälle der Atomspionage, die ebenfalls viel dazu beigetragen haben, das ganze Problem neu aufzurollen, es unter neuen Gesichtspunkten anzugreifen und, vor allem, das breite Publikum leidenschaftlich zu interessieren. Der Fall Rosenberg mag als Beispiel dienen. Um so mehr als der sogenannte »Justizmord« an Julius und Ethel Rosenberg zum Anlaß einer weltweiten antiamerikanischen Propagandakampagne geworden ist.[29]

Wie bekannt, bestand auf dem Gebiet der Atomphysik enge Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Englands und Amerikas. Trotz aller Hilfe, die Rußland durch Roosevelt zufloß, erstreckte sich die Zusammenarbeit mit den Russen nicht auf das Gebiet der Atomforschung. Nichts war vom russischen Standpunkt aus selbstverständlicher, als den Versuch zu machen, sich auch über diesen Teil der modernen Kriegstechnik zu informieren. Auch dabei bewährte sich die bekannte Technik der Kommunisten. Allerdings gerieten sie in Konflikt mit den noch aus dem ersten Weltkrieg datierenden Schutzvorschriften gegen Spionage.

Im September 1945 entwich ein kleiner, nicht allzu bedeutender Angestellter der Chiffrierabteilung der russischen Gesandtschaft in Ottawa in Kanada, namens Igor Gouzenko, der Überwachung seiner Mitangestellten. Er stellte sich den

kanadischen Behörden und überließ ihnen eine Reihe Dokumente, aus denen klar hervorging, daß ein kombiniert sowjetrussisch-kanadischer Spionagering am Werke war. Aus den Unterlagen ergab sich, daß der britische Atomforscher Allan Nunn May gleichfalls zu den Mitgliedern dieses Ringes gehörte. Er wurde alsbald in England verhaftet und mit der der englischen Justiz in solchen Fällen eigenen Geschwindigkeit auf zehn Jahre hinter Schloß und Riegel gebracht.

Auch der Name Klaus Fuchs erschien in den Aufzeichnungen. Aus noch immer nicht ganz geklärten Gründen wurde Dr. Klaus Fuchs, ein deutscher Emigrant, erst am 3. Februar 1950 in England verhaftet. Er legte ein Geständnis ab und wurde kurz darauf, am 1. März, verurteilt. Dr. Fuchs arbeitete in den Jahren 1944 und 1945 in amerikanischen Atomforschungsstellen und übermittelte während dieser Zeit Atomgeheimnisse über amerikanische Verbindungsmänner an die Russen. Unter seinen amerikanischen Kurieren befand sich ein gewisser Harry Gold, ein Chemiker, den Fuchs, obwohl ihm sein Name gemäß traditioneller Übung im Spionagehandwerk unbekannt geblieben war, nach einer Photographie positiv identifizierte. Gold wurde verhaftet, war geständig, kam vor das Schwurgericht in Philadelphia und wurde zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Er gestand unter anderem, mit der Atomforschung zusammenhängende Informationen von einem gewissen Greenglass empfangen und an Anatoli Yakovlev, einen russischen Konsulatsbeamten in New York, übermittelt zu haben.

David Greenglass war gelernter Mechaniker. Während seiner militärischen Dienstzeit war er im Juli 1944 in Oak Ridge in Tennessee stationiert, wo er einem Spezialausbildungskurs zugeteilt worden war. Von August 1944 bis zu seiner Entlassung aus dem Heeresdienst im Jahre 1946 war

er in Los Alamos in New Mexico. Dort fand die Montage der Atomwaffen statt. Greenglass wurde am 16. Juni 1950 verhaftet, und am 6. Juli wurde Anklage gegen ihn erhoben. Er war geständig. Unter anderem gab er an, von seinem Schwager Julius Rosenberg zur Spionagetätigkeit für Rußland rekrutiert worden zu sein. Rosenberg selbst war nicht in der Armee, wohl aber hatte er 1942/43 als Zivilangestellter in der Forschungsstelle des Nachrichtendienstes in Fort Monmouth gearbeitet. Rosenberg handelte und benahm sich als typischer »Soldat« des illegalen kommunistischen Apparats.

Auf Grund dieser Zusammenhänge, insbesondere der Geständnisse von Gold und Greenglass sowie einer Reihe anderer Indizien, wurde der Ehemann Rosenberg am 16. Juli 1950, seine Frau Ethel am 11. August 1950 verhaftet. Am 30. Januar 1951 wurde Anklage gegen beide erhoben. Der Prozeß begann am 6. März 1951. Am 29. März wurden die Rosenbergs von den Geschworenen im Sinne der Anklage »schuldig« gesprochen. Der Prozeßrichter sprach die Todesstrafe aus. Die Eheleute Rosenberg wurden am 19. Juni 1953 hingerichtet, ohne je gestanden zu haben.

Nicht nur wurden die Rosenbergs im ordentlichen Gerichtsverfahren von einem zuständigen Schwurgericht verurteilt, sondern über zwei Jahre lang erschöpften sie und ihre Verteidiger sämtliche Rechtsmittel und Möglichkeiten, die das amerikanische Strafverfahren Angeklagten in reichem Maße bietet, um das Urteil umzustoßen. Der Fall ging siebenmal an das Berufungsgericht, welches das Urteil aufrechterhielt. Der Oberste Gerichtshof *(Supreme Court)* verwarf vier Revisionsanträge. Zwei Gnadengesuche wurden abgelehnt.

Nachdem sicher schien, daß die Rosenbergs »echt« waren und das Spiel der russischen Propagandamaschine nicht

durch ein unwillkommenes Geständnis stören würden, begann gegen Ende November 1952 das internationale Propagandakonzert der kommunistischen Weltorganisation zur »Rettung der Rosenbergs vor der amerikanischen Lynchjustiz« und zur »Verhinderung des Justizmords an Ethel und Julius Rosenberg«. Wie gewöhnlich gelang es den Regisseuren des Kommunismus, eine Reihe »Liberaler« vor ihren antiamerikanischen Wagen zu spannen. Besonders zu nennen sind Professor Albert Einstein, Dr. Harold C. Urey von der Universität Chicago, Edouard Herriot samt vierzehn nichtkommunistischen Abgeordneten der *Chambre des Députés*, sowie die üblichen Liberalen Englands und Belgiens, deren Edelmut genau so stark entwickelt ist wie ihre politische Kurzsichtigkeit.

Für das amerikanische Publikum war der Fall Rosenberg insbesondere deshalb beunruhigend, weil er einerseits zeigte, daß vor den kommunistischen Wühlmäusen sozusagen nichts sicher war, und zum andern, weil durch ihn das Vertrauen zu den heimischen Sicherheitsmaßnahmen stark erschüttert wurde. Man verbarg sich nicht, daß die Entdeckung dieses Falles der Atomspionage, der zeitlich in die Jahre 1944/45 zurückreichte, kaum der Arbeit der amerikanischen Sicherheitsbehörden zu verdanken war. Damit blieb im Bewußtsein der Bevölkerung die Frage offen, wie weit denn nun eigentlich das kommunistische Spiel gegangen war, und eine starke Bereitschaft machte sich geltend, diejenigen Kräfte zu unterstützen, die der Sache auf den Grund gehen wollten.

Hier sei bemerkt, daß wir uns in diesem Kapitel ausschließlich mit dem Umfang und Erfolg des kommunistischen Eindringens in Dienststellen der Bundesregierung befaßt haben. Damit haben wir bewußt zum Beispiel das Erziehungswesen, das im wesentlichen eine Angelegenheit der Staats- und Gemeindeverwaltungen ist, außer Betracht

gelassen. Man darf jedoch nicht übersehen, daß auch dort die politischen Truppen das »Eindringen« befehlsgemäß durchführten, und zwar durchaus nicht ohne Erfolg.

Zusammenfassend ist zu betonen, daß das Ausmaß des kommunistischen Erfolges keineswegs ausschließlich der Geschicklichkeit der Kommunisten selbst zu danken war. Wie wir gesehen haben, spielten ihnen dabei vielmehr die amerikanischen Verhältnisse in großem Umfange in die Hände. Dabei kommt folgenden Komplexen besondere Bedeutung zu: Eigenheiten des amerikanischen Systems, offizielle Politik der *New-Deal*-Periode sowie der unmittelbaren Nachfolgejahre, diplomatische Anerkennung Rußlands, Bündnis mit Rußland im Kriege und die erstaunlich kurzsichtige Haltung der liberalen Intellektuellen des Landes. Die letzteren *wollten* im Kommunismus eine humanitäre Reformbewegung sehen, was es den »Kämpfern« der kommunistischen Internationale erlaubte, diese Schwäche weidlich auszunutzen.

Hier sei noch besonders an ein früher schon erwähntes wesentliches Element des amerikanischen Gemeinschaftslebens erinnert, nämlich an die »Vereinsmeierei«. In Amerika spielen zahlreiche Stiftungen und mit privaten Mitteln finanzierte Institute aller Art eine einzigartige Rolle. Unter ihnen hatte das *Institute of Pacific Relations (IPR)*, als einzige private Forschungsstelle für fernöstliche Fragen, eine besonders einflußreiche Stellung. Man geht nicht fehl mit der Feststellung, daß dieses Institut durch seine aktiven Mitglieder und Angestellten entscheidenden Einfluß auf die offizielle amerikanische Politik in der Chinafrage nahm. In bezug auf das *IPR* sagt der Bericht eines Unterausschusses des Senatskomitees für Angelegenheiten der Justiz: »*Das Institut für fernöstliche Beziehungen hat sich nicht auf die Rolle einer objektiven, wissenschaftlichen Forschungsstelle beschränkt. Die CPA und sowjetische Beamte betrach-*

teten das Institut als ein Instrument kommunistischer Politik und Propaganda und als Quelle für den russischen Feindnachrichtendienst. Das IPR verbreitete falsche, auf sowjetischen und kommunistischen Quellen beruhende Informationen und suchte sie populär zu machen. Mitglieder der kleinen Gruppe aktiver Beamter der Institutsleitung waren entweder Kommunisten oder kommunistische Mitläufer.« Das Institut »*stand ... in engen Beziehungen zum State Department, seine Vertreter waren bei Konferenzen im Außenministerium anwesend, und ein reger Austausch von Informationen und gesellschaftliche Beziehungen wurde zwischen beiden Stellen aufrechterhalten.*« Einer der »Experten« des Instituts, Owen Lattimore, fungierte als offizieller Berater des Außenministeriums für China und in China. — Lattimore steht unter Anklage wegen Meineids im Zusammenhang mit seiner Vernehmung vor einem Untersuchungsausschuß des Senats.[30]

Nun ist es allerdings im Effekt wahrlich gleichgültig, ob zum Beispiel Lattimore wirklich Kommunist war oder ob seine Einschätzung der chinesischen Kommunisten als mehr oder weniger unschuldige, fortschrittliche agrarische Reformer den Moskauer Machthabern zugute kam. Soviel ist jedenfalls sicher, daß das *IPR* entscheidend dazu beitrug, die fernöstliche Politik der Vereinigten Staaten auf einem Kurs zu halten, der die Erreichung kommunistischer Ziele in China nicht nur begünstigte, sondern zum großen Teil überhaupt erst möglich machte. Fest steht weiter, daß der bereits früher erwähnte Assistent Präsident Roosevelts, Lauchlin Currie, als Ratgeber in Fragen des Fernen Ostens fungierte, daß er die Bestellung Lattimores als Sonderbeauftragten Roosevelts für eine Mission bei Tschiang Kai-Schek arrangierte, daß er seine Hand bei der Vorbereitung der Wallace-Lattimore-Mission im Spiele hatte — sowie, daß

sich Currie durch Aufenthalt im Ausland bisher weiterer offizieller Befragung über seine Rolle in dieser Angelegenheit entzogen hat.[31]

Welches war nun die offizielle Haltung der Regierungen Roosevelt und Truman gegenüber besorgten Warnungen vor dem Spiel der Kommunisten?

DIE ERSTEN WARNUNGEN

Wie verhielten sich die Regierungen Roosevelt und Truman?

Die Kommunistenfrage bewegte das öffentliche Leben der Staaten seit der Gründung zweier kommunistischer Gruppen im Jahre 1919 in Chicago. Dem ersten Auftreten der Kommunisten folgte alsbald der Einsatz ihrer Standardwaffe, des Streiks. Streikunruhen brachen in Detroit aus und griffen rasch auf die Staaten New York, New Jersey, Illinois, Massachusetts, Michigan, California, Ohio und Indiana über. Die Streikbewegung erreichte Ausmaße, die die Bundesregierung zum Eingreifen veranlaßten. Nun waren weder die Gründung neuer politischer Gruppen noch auch Streiks an sich gesetzwidrig. Es war aber bekannt, daß eine ganze Reihe Ausländer, insbesondere Individuen aus den Reihen russischer und polnischer Emigranten, an der neuen kommunistischen Bewegung teilhatten. Natürlich waren die revolutionären Ereignisse in Rußland nicht ohne Einfluß auf diese Gruppen geblieben. Die Regierung Harding griff auf das im Oktober 1918 vom Kongreß erlassene Aufruhrgesetz *(sedition law)* zurück, auf Grund dessen unerwünschte Ausländer des Landes verwiesen werden konnten. Auf der Basis dieses Kriegsgesetzes erfolgten am 2. Januar 1920 schlagartig die sogenannten *Palmer-raids* (Razzien, die nach dem damals amtierenden Justizminister benannt wurden). Diese Polizeiaktion großen Stils lag in den Händen des *Bureau of Investigation* (seit 1935 als *Federal Bureau of Investigation* oder *F.B.I.* bekannt), der seit 1908 im Werden

begriffenen Bundespolizeibehörde zur Untersuchung bundesstrafrechtlicher Delikte. Die Zahl der Verhaftungen im ganzen Land erreichte nahezu 10 000, zu der die ausgesprochenen Landesverweisungen in keinem Verhältnis standen. Noch krasser war aber das Mißverhältnis zu den tatsächlich durchgeführten Landesverweisungen. In Detroit zum Beispiel fanden rund 1000 Verhaftungen statt. Nur in 128 Fällen wurde auf Landesverweisung erkannt. In 120 von diesen Fällen wurde auf Empfehlung eines örtlichen Untersuchungsausschusses das Verfahren ausgesetzt und die Betroffenen durften im Lande verbleiben. Nur acht wurden tatsächlich des Landes verwiesen.[32]

Teilweise wegen der Unsicherheit der gesetzlichen Basis für das Vorgehen der Polizei, teilweise wegen der Art ihres Vorgehens (Verhaftungen ohne Haftbefehl, Mißhandlungen usw.) entwickelte sich dieser erste großangelegte Versuch des behördlichen Eingreifens gegen die Kommunisten zu einer Art sozialer *cause célèbre*. Die Gerichte desavouierten vielerorts das Vorgehen der Polizei, die Angelegenheit wurde vor Kongreßausschüssen ausführlich behandelt, und die liberalen Kräfte des Landes fanden reichlich Gelegenheit, für eine straffe Beschränkung polizeilicher Befugnisse zu plädieren. Diese mißglückte Polizeiaktion hatte ferner die Wirkung einer Warnung für die Kommunisten, die fortan nicht nur auf ihre verfassungsmäßigen Rechte pochten, sondern mit Geschick beide Aspekte ihres dualistischen Wesens, die legale Parteiexistenz und die illegale Arbeit, zu entwickeln und zu pflegen sich bestrebten. Sie hatte aber auch zur Folge, daß die Polizeibehörden frühzeitig mit dem Programm der *CPA*, der kommunistischen Technik und den Querverbindungen der kommunistischen Internationale vertraut wurden.

Als im Jahre 1924 vor dem Senatsausschuß für auswär-

tige Angelegenheiten die Frage der etwaigen diplomatischen Anerkennung Rußlands untersucht und debattiert wurde, faßte Staatssekretär Charles E. Hughes die Argumente der Regierung gegen die Anerkennung wie folgt zusammen:

„Nach unserer Auffassung haben die vom Außenministerium beigebrachten Unterlagen drei Tatsachen bewiesen: (1) Die Einheit der als Kommunistische Partei bekannten bolschewistischen Organisation mit der sogenannten sowjetischen Regierung und der kommunistischen Internationale, die alle von einer kleinen, technisch als Politbüro bekannten Gruppe geleitet werden. (2) Den geistigen und organisatorischen Zusammenhang zwischen dieser Moskauer Gruppe und ihrem Arm in diesem Lande, der *CPA*, sowie auch ihrem legalen Gegenstück, der Arbeiterpartei *(Workers Party* oder *WP)*. Nicht nur sind beide Organisationen von Moskau geschaffen, sondern ihr Programm wird von Moskau diktiert und ihre Tätigkeit wird von Moskau dirigiert. Während es richtig sein mag, daß es in den Vereinigten Staaten Individuen und Gruppen gegeben hat, die schon vor der Bildung der Komintern marxistischen Ideen nachhingen, so geht doch die Existenz einer disziplinierten Partei mit dem Ziel des Umsturzes der Institutionen dieses Landes durch Gewalt auf den Zeitpunkt der Einmischung der bolschewistischen Organisationen in das politische Leben der Vereinigten Staaten zurück. (3) Die Tatsache, daß die subversiven und zersetzenden Aktivitäten der *CPA* und der *WP* sowie ihrer Unterorganisationen das Resultat eines für sie von Moskau ausgearbeiteten Programmes sind.“[33]

Man wußte also sehr gut Bescheid. Aber wenn auch das *F.B.I.* fortfuhr, sich über die Tätigkeit der *CPA* auf dem laufenden zu halten, so wurde doch nach dieser ersten großen Aktion des Jahres 1920 auf lange Zeit kein genereller Versuch mehr unternommen, den Kommunisten von seiten des Bundes das Handwerk zu legen. Gleichwohl hatten die *Palmer-raids* genügt, die roten Weltverbesserer gewisser starker Sympathien in liberalen Kreisen zu versichern, die

sie, wie bemerkt, im Laufe der Jahre weidlich ausnützten. Die mißglückte Polizeiaktion diente als einer der Ansatzpunkte für den Bauernfang unter den liberalen Intellektuellen des Landes.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise unter der Regierung Hoover hatte eine gewisse Radikalisierung des politischen Lebens zur Folge und wurde insbesondere von den Kommunisten zum willkommenen Anlaß zu verstärkter politischer Agitation genommen. Man mag sich erinnern, daß die Kommunisten es in den Präsidentschaftswahlen von 1928 auf rund 48 000 Stimmen gebracht hatten. In den Wahlen des Jahres 1932 stieg diese Zahl um mehr als 100 Prozent auf rund 103 000. Immer noch kümmerlich genug, wenn man daneben die 22 000 000 Stimmen hält, die für Roosevelt und die 15 000 000, die für Hoover abgegeben wurden. Zwischen den Wahlen war natürlich ein derartig schwaches Resultat der eifrigen kommunistischen Bemühungen schwer vorauszusehen. Unter dem Eindruck der Intensität der radikalen Agitation setzte die republikanische Mehrheit im Abgeordnetenhaus ein Sonderkomitee zur Untersuchung kommunistischer Aktivität *(Special Committee on Communist Activities in the U.S.)* ein. Dieses Komitee hörte Zeugen aus allen Teilen des Landes und veröffentlichte den Befund in mehreren Bänden.

Die gesetzgeberische Arbeit der Abgeordneten und Senatoren, die in den Vereinigten Staaten wie überall ausgedehnte Vorarbeiten erfordert, wird im wesentlichen von den in beiden Häusern bestehenden Ausschüssen oder Komitees vorbereitet. Diese Ausschüsse verschaffen sich ihre Unterlagen unter anderem durch Befragung von Vertretern der Exekutive, deren Experten, Sachverständigen aus dem Berufsleben, Vertretern interessierter Bevölkerungsgruppen und so weiter. Vorladungen von Bürgern zum Zwecke der

Aussagenaufnahme (die sogenannten *hearings*) sind ein eiserner Bestandteil des Gesetzgebungsprozesses der Volksvertretung. Seit der Reorganisierung des Kongresses im Jahre 1946, die auf eine Studie der Amerikanischen Gesellschaft für Politische Wissenschaften *(American Political Science Association)* zurückging — wiederum eine der vielen privaten Vereinigungen zum Studium öffentlicher Angelegenheiten — gibt es gegenwärtig im Senat 15 und im Abgeordnetenhaus 19 stehende Ausschüsse *(Standing Committees)*. Zu diesen ständigen Ausschüssen treten gelegentlich Sonderausschüsse *(Special Committees)*, die jeweils für eine Legislaturperiode geschaffen werden und der Erledigung von Untersuchungen dienen, die irgendwie nicht in den Rahmen der Aufgaben der stehenden Ausschüsse passen. So war zum Beispiel Senator Harry S. Truman Vorsitzender eines Sonderausschusses zur Untersuchung der Kriegsführung, während sich der gegenwärtige Vizepräsident Richard Nixon als Mitglied des Hausausschusses zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe einen Namen machte. Jeder Einwohner des Landes ist verpflichtet, der Vorladung zu den Sitzungen dieser Ausschüsse Folge zu leisten und gegebenenfalls unter Eid auszusagen.

Bei der Betrachtung der politischen Gegenwartserscheinungen muß man sich diese wesentliche Rolle der Kongreßausschüsse im politischen System des Landes vor Augen halten. Insbesondere muß man sich vergegenwärtigen, daß die Komitees natürlich von Politikern besetzt sind, keinerlei richterliche Befugnisse haben und nicht in der Lage sind, irgendeiner Dienststelle der Exekutive Ratschläge aufzuzwingen.

Ein schiefes Bild von der Arbeit gewisser Ausschüsse im Rahmen des politischen Systems wird unglücklicherweise durch die Eigenart der Presse Amerikas vermittelt. Die

amerikanische Tageszeitung leidet ganz allgemein (und zwar aus einer Reihe von Gründen, deren Erörterung hier zu weit führen würde) an einer akuten Berufskrankheit: der Vorliebe für das Ungewöhnliche oder, wenn man so will, der Vorliebe für die Sensation. Die amerikanische Tagespresse arbeitet ohne Ausnahme nach dem Prinzip, daß die Zeitung vornehmlich dazu da sei, *news* (das heißt Tagesneuigkeiten) zu bringen, und diese *news* werden auf die Berichterstattung über Ereignisse *ungewöhnlicher Natur* beschränkt. Das für jeden in der Presse Tätigen in dieser Beziehung gültige Axiom kann vereinfacht so dargestellt werden: wenn ein Hund einen Menschen beißt, so ist das kein Material für eine Tagesmeldung; aber wenn ein Mensch einen Hund beißt — das ist *news!* Auf das Gebiet der politischen Berichterstattung angewandt, hat dieses Charakteristikum zur Folge, daß zum Beispiel die gesamte Presse in der McCarthy-Pentagon-Affäre schwelgte, und zwar in detailliertester Weise, während ein so weitreichendes Ereignis wie das Steuerprogramm der Regierung Eisenhower nur so obenhin erwähnt wurde. Zwar hat Senator McCarthy meines Wissens noch keinen Hund gebissen, aber seinen Gegnern in der Meinungsindustrie ist es gelungen, allem, was er unternimmt, *Nachrichtenwert* beizulegen. Es ist in dieser Beziehung recht grotesk zu beobachten, wie die Anti-McCarthy-Presse dem Senator von Wisconsin in den Augen des Publikums zu einer Bedeutung verholfen hat, die in gar keinem Verhältnis zu seinen politischen Handlungsmöglichkeiten steht.

Diese auf der erwähnten Eigenheit der amerikanischen Tagespresse beruhende Situation wird in den Vereinigten Staaten bis zu einem gewissen Grade dadurch unschädlich gemacht, daß das Funktionieren des politischen Systems mehr oder weniger deutlich bekannt ist. Der Durchschnitts-

amerikaner weiß zum Beispiel sehr wohl, daß der Untersuchungsausschuß, dessen Vorsitz Senator McCarthy führt und der sich mit der Untersuchung kommunistischer Infiltration in Regierungsstellen befaßt, nur ein Unterausschuß des ständigen Komitees für Regierungsvorgänge ist *(Standing Committee on Government Operations)*, und er weiß, daß die anderen 33 stehenden Ausschüsse der Volksvertretung tagaus tagein sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit ihre wichtige Funktion im gesetzgeberischen Prozeß erfüllen. Ein derartiges natürliches Korrektiv fehlt indessen, wenn zum Beispiel Europäer sich ein Bild von den jeweiligen Vorgängen durch Lektüre der wenigen amerikanischen Zeitungen verschaffen wollen, die außerhalb Amerikas gelesen oder als Quellen benutzt werden.

Hatte nun auch das Spezialkomitee, das vom letzten republikanischen Kongreß vor der Wahl Roosevelts zur Untersuchung kommunistischer Umtriebe eingesetzt worden war, mit dem Sieg der demokratischen Partei sein Leben ausgehaucht, so schuf der demokratische Nachfolgekongreß im Jahre 1933 einen ähnlichen Ausschuß: den Hausausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe *(House Un-American Activities Committee* oder *HUAC)*. Der Antrag auf Einsetzung dieses Ausschusses wurde von dem New Yorker Abgeordneten Samuel Dickstein eingebracht, und zwar kurz nach Hitlers Machtergreifung. Seine ursprüngliche Bestimmung war die Untersuchung subversiver und unamerikanischer Propaganda schlechthin. Seine praktische Tätigkeit war vornehmlich der Untersuchung faschistischer Umtriebe gewidmet. Das entsprach einmal der generellen Devise Roosevelts, nach welcher der Feind rechts stand; es hatte seine tatsächliche Basis in dem lärmenden Getue, in das eine Reihe vom Nationalsozialismus angesteckter Deutsch-Amerikaner und eine Anzahl vom Mussolini-Virus befallener

Italo-Amerikaner verfielen; und schließlich gab es Gelegenheit, den Republikanern mit ihrem Sonderausschuß vom Jahre 1930 zu zeigen, »worum es ging«. Aber in den Aufregungen der ersten *New-Deal*-Jahre machte dieser Ausschuß nicht viel von sich reden. Ihm folgte im Jahre 1936 ein anderes Spezialkomitee des gleichen Namens, unter dem Vorsitz des demokratischen Abgeordneten John McCormack. Es wurde bald wieder aufgelöst. 1937 erlebten Detroit und Amerika das Schauspiel der von Frankreich importierten *grèves sur le tas*, der *sit-down* Streiks, der Streiks durch Arbeitsniederlegung unter Verbleib der Streikenden an der Arbeitsstätte. Auf Anregung von Roosevelts damaligem Vizepräsidenten John N. Garner beantragte Martin Dies, der demokratische Abgeordnete eines Wahlbezirks in Texas, die erneute Einsetzung eines *HUAC*. Unter dem Eindruck der Weigerung der Streikenden, einem gerichtlichen Räumungsbefehl Folge zu leisten, stimmte das Abgeordnetenhaus am 26. Mai 1938 für die entsprechende Resolution. Der Ausschuß hat seither ununterbrochen existiert und funktioniert, das heißt Untersuchungen geführt, Tausende und aber Tausende von Zeugen vernommen und viele, viele Bände von Zeugenaussagen, Verhandlungsprotokollen und Berichten veröffentlicht. Am 3. Januar 1945 wurde das *HUAC* zum Rang eines stehenden Komitees erhoben und damit zu einer Dauereinrichtung im politischen System.[34]

Seiner allgemeinen Bestimmung gemäß machte der Ausschuß unter Martin Dies *alle* subversive Tätigkeit zum Gegenstand seiner Untersuchungen, das heißt nicht nur die von faschistischen Gruppen, sondern auch solche der *CPA*. Damit zog er sich nicht nur den Unwillen Roosevelts zu, sondern wurde zum Lieblingsobjekt scharfer Kritik und beißenden Spottes seitens der sogenannten Liberalen in Politik und Presse. Schon nach den ersten Vernehmungen

zur Untersuchung der Frage kommunistischer Infiltration in den 1936 gebildeten *CIO (Congress of Industrial Organizations* = Kongreß organisierter Industriearbeiter) versuchte Roosevelt einzugreifen. Der *CIO* war dadurch entstanden, daß infolge gewerkschaftlicher Streitigkeiten eine Anzahl von Sparten aus der *AFL (American Federation of Labor* = Amerikanischer Arbeiterverband) ausgeschlossen worden waren. Seine Anhänger waren die Proponenten einer mehr klassenkämpferischen Linie und als solche der kommunistischen Wühlarbeit natürlich eher ausgesetzt als die Mutterorganisation. Nachdem das *HUAC* am 13. August einen führenden Funktionär der *AFL* zur Frage des Kommunismus in dem neuen Spitzenverband gehört hatte, wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses, Martin Dies, nach dessen eigenem Bericht von Roosevelt folgendes gesagt: »Niemand ist an der Frage des Kommunismus interessiert. Ich habe mein ganzes Leben darüber schwatzen hören, aber gesehen habe ich davon nichts. Das ist doch keine Bedrohung.«[35] — Für Roosevelt war die Lage klar: Der Feind stand rechts! In der Tat ersuchte er den Ausschußvorsitzenden, sich auf die Untersuchung nationalsozialistischer und faschistischer Umtriebe zu konzentrieren und den Kommunismus zu vergessen.

Aber Martin Dies und sein erster Untersuchungsbeamter Robert E. Stripling waren anderer Ansicht. Vielleicht spielten auch gewisse Grundsätze von der Gewaltenteilung in ihrer Haltung eine Rolle. Jedenfalls fuhren sie fort, Material für ihre Warnungen zu sammeln.

Aus einer Vernehmung von J. B. Matthews, einem früheren kommunistischen Mitläufer, erfuhr die Öffentlichkeit nähere Details über das Vorgehen des Kommunismus. So sagte Matthews am 19. August 1938: »Die Kommunistische Partei rechnet in starkem Umfang mit der Ahnungslosigkeit

oder Uninteressiertheit von Tausenden prominenter Mitbürger, die bereitwilligst ihren Namen für kommunistische Propagandazwecke hergeben.«[36] Matthews nannte als Beispiel die Namen der Filmschauspieler Clark Gable, Robert Taylor, James Cagney und Shirley Temple, die (oder deren Presseagenten) sich dazu verstanden hatten, das Erscheinen der kommunistischen Zeitung *Ce Soir* in Paris mit Glückwunschtelegrammen zu begrüßen. — Kurz darauf ließ sich Harold Ickes, Roosevelts langjähriger Innenminister und ein mit einer bekannt bissigen Zunge begabter Mann, wie folgt vernehmen: »*Und jetzt sind sie nun gar nach Hollywood gegangen und haben dort eine riesige rote Verschwörung entdeckt. Ja, sie haben im Filmland überaus gefährliche Radikale entlarvt — unter der Führung von Shirley Temple! Man muß sich nur die Razzia vorstellen, die die Herren dieses großen Ausschusses auf Shirleys Kinderzimmer veranstaltet haben und die mit der Verhaftung ihrer Lieblingspuppen endete!*«[37] So unschuldig war Harold Ickes, einer der Mitarbeiter Roosevelts, der zu den gescheiteren Männern seiner Umgebung gezählt wird. Und, mit Bezug auf die gleiche Zeugenaussage schrieb Frances Perkins, Roosevelts Arbeitsminister und das erste weibliche Kabinettsmitglied in der Geschichte der Vereinigten Staaten: »*Vielleicht sollte man es einen überaus glücklichen Zufall nennen, daß Shirley Temple, dieses süße, unschuldige Kind, als amerikanischer Bürger geboren wurde und sich deshalb eine Debatte über die lächerlichen Enthüllungen Ihres Ausschusses erübrigt!*«[38]

Ein von seiner Sache weniger überzeugter Parlamentarier als Martin Dies möchte wohl den Mut verloren haben. Nicht so Dies! Er erweiterte die Aussage Matthews in einer Rundfunkrede dahin, daß er eine ganze Reihe kommunistischer Tarnorganisationen aufzählte, die sehr viel später in der

Tat vom Justizminister auf die Liste der subversiven Organisationen gesetzt wurden. — Aber vorerst waren die Lacher (und die »Unschuldigen«) natürlich geschlossen auf Roosevelts Seite, und die besorgten Patrioten des *HUAC* spielten in den Augen des Publikums zeitweilig die Rolle Don Quixotes. Gleichwohl widmete das Komitee weiterhin seine Aufmerksamkeit *allen* subversiven Tätigkeiten.

Es trug erheblich dazu bei, auch die Versuche nazistischer und faschistischer Einflußnahme auf die Geschicke des Landes zu entlarven. Ein 414 Seiten starker Arbeitsbericht aus dem Jahre 1940 handelte ausschließlich von amerikanischen Nazis und ihren Tarnorganisationen. Diese Arbeit des Komitees lieferte einen Teil der Unterlagen für den Erlaß des sogenannten *Smith-Act,* eines Gesetzes, das Meldepflicht für Ausländer vorsieht und jede Verschwörung mit dem Ziel, den Staat zu unterminieren und die Regierung zu stürzen, zu einer strafbaren Handlung macht. Mit Roosevelts Unterzeichnung vom 28. Juni 1940 trat dieses Gesetz in Kraft. Roosevelt beauftragte alsbald seinen Justizminister, Francis Biddle, es zur Grundlage gerichtlicher Verfolgung nazistischer und faschistischer Gruppen zu machen. Die bald darauf in Washington angestrengten »Aufruhr-Prozesse« beschäftigten die Justizbehörden und Gerichte über fünf Jahre lang und endeten, nach allgemeiner Ansicht, mit einem großen Fiasko.[39]

Ebensowenig wie Samuel Dickstein voraussah, daß sich sein *HUAC* als Nemesis der Kommunisten entpuppen würde, mag auch Präsident Roosevelt bei der Unterzeichnung des *Smith-Act* geahnt haben, daß dieses Gesetz fast zehn Jahre später als gesetzliche Grundlage für die Verurteilung der kommunistischen Parteiführung dienen würde.

Zur weiteren Illustration der offiziellen Einstellung der kommunistischen Gefahr gegenüber mögen folgende De-

tails dienen. Der bereits wiederholt erwähnte Whittaker Chambers, der 1938 mit der *CPA*, der marxistischen Ideologie und seiner Funktionär- und Kurierexistenz gebrochen hatte, entschloß sich nach dem Hitler-Stalin-Pakt, die Behörden über die Existenz eines kommunistischen Untergrundapparates in der Regierung und hinsichtlich der Einzelheiten, die ihm in der Angelegenheit persönlich bekannt waren, aufzuklären. Durch Vermittlung eines antikommunistischen Schriftstellers, Isaac Don Levine, drang er zwar nicht direkt bis zu Roosevelt vor, aber einer der Sekretäre des Präsidenten, Marvin McIntire, vermittelte ein Zusammentreffen von Chambers und Levine mit dem damaligen *Assistent Secretary* im Außenministerium, Adolf Berle. Im Laufe einer privaten Unterhaltung im Hause Berles gegen Ende August 1939 erzählte Chambers seine Geschichte. Er erwähnte alle Namen, die ihm im Gedächtnis geblieben waren, ihre Verbindungen und Querverbindungen, ihre Funktionen in der *CPA* und im Untergrundapparat, ihre gegenwärtigen Stellungen im Regierungsdienst... die Witt, Abt, Kramer, Lovell, Duggan, Wadleigh, Field, Coe, Adler, Trachtenberg, die Brüder Hiss... Arbeitsministerium, Außenministerium, Finanzministerium, Landwirtschaftsministerium...

Berle, sichtlich beeindruckt, suchte die erste Gelegenheit, Präsident Roosevelt von dieser erstaunlichen Geschichte Mitteilung zu machen. — Der große Mann lachte seine Unbekümmertheit laut heraus und fragte Berle, mit ungefähren Worten, ob er denn ganz verrückt geworden sei... Als Berle dann mit seiner Geschichte hausieren ging, antwortete ihm Dean Acheson, daß er sich zum Beispiel für die Brüder Hiss verbürgen könne. Die gleiche Antwort wurde ihm von Professor Felix Frankfurter zuteil ... Berle zog es schließ-

lich vor, die Sache auf sich beruhen zu lassen — und nichts geschah.[40]

Als Berle später, sehr viel später, fast zehn Jahre später, vor dem *HUAC* über diese Zusammenhänge befragt wurde, sagte er unter anderem: »Als ich im Jahre 1944, da unsere internationale Stellung am stärksten war, eine schärfere Politik Rußland gegenüber vorschlug, wurden ich und meine Gesinnungsgenossen in diesem Streit um die außenpolitische Linie im *State Department* von der Acheson-Gruppe mit Hiss als hauptsächlichem Ratgeber überstimmt.« Berle fügte hinzu, daß Hiss damals einen pro-russischen Standpunkt vertrat... Klima des *New Deal!*

Es blieb dem *HUAC* vorbehalten, diese Zusammenhänge zu untersuchen und im Jahre 1948 die Öffentlichkeit damit vertraut zu machen.

Als an sich weniger bedeutend, aber nicht weniger typisch, mag über Frau Roosevelts höchstpersönlichen Streit mit dem *HUAC* bezüglich Joe Lash und Joe Cadden kurz berichtet werden. Schon in den Monaten vor dem Hitler-Stalin-Pakt hatte der Ausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe seine Aufmerksamkeit zwei Jugendgruppen gewidmet, dem *American Youth Congress* (Kongreß der amerikanischen Jugend) und der *American Student Union* (Union der Studenten Amerikas). Auch diese beiden Organisationen kamen sehr viel später auf die schwarze Liste subversiver Organisationen des Justizministeriums.

Joe Lash, eine Art Protégé von Frau Roosevelt, stand an der Spitze der *Student Union,* während sein Freund, Joe Cadden, die Geschicke des *American Youth Congress* leitete. Die »jungen Leute«, wie Frau Roosevelt sie in ihren Zeitungsartikeln nannte, waren wiederholt Schlafgast im *White House.* Als Abgeordneter Voorhis, ein guter Freund Roosevelts, bei einem Besuch mit einiger Überraschung fest-

stellte, daß Lash und ein anderer junger Mann der gleichen Art Hausgäste im Weißen Hause waren und er Roosevelt vorsichtig auf deren kommunistischen Hintergrund aufmerksam machte, erhielt er zur Antwort, daß dies eine Angelegenheit von Frau Roosevelt sei und er nichts daran ändern könne.

Als Joe Lash vor dem Ausschuß gehört werden sollte, wurde er in einem Wagen des *White House* vorgefahren. Frau Roosevelt wohnte der Sitzung als Zuhörerin bei. Kommunistische Gefahr? — Das waren Hirngespinste! Die »jungen Leute« waren edle Idealisten, unschuldige Reformatoren ... Klima des *New Deal!*

Die späteren offiziellen Bemühungen von Frau Roosevelt, für Lash ein Offizierspatent zu vermitteln, stehen in seltsamem Kontrast zu den militärischen Geschicken Robert E. Striplings, des Hauptuntersuchungsbeamten des *HUAC*, der Ende 1944 plötzlich einberufen wurde, Anfang 1945 mir nichts dir nichts in Uniform gesteckt wurde, und dessen Fähigkeiten als Untersuchungsbeamter zu — Küchendienst und Kartoffelschälen benutzt wurden.[41]

Im Jahre 1939 kam das *HUAC* einem gewissen William Odell Nowell, einem Neger aus Detroit, auf die Spur. Nowell sagte bei seiner Vernehmung ausführlich über die Ausdehnung der roten Verschwörung aus. Insbesondere wies er auf die Rolle eines »deutschen Kommunisten« hin, eines gewissen Gebhardt, alias Edwards, alias — Gerhart Eisler! — Erst im Jahre 1949 fand es das Justizministerium der Mühe wert, von Nowells Fachkenntnis in Sachen der kommunistischen Verschwörung Gebrauch zu machen! ... Der Feind stand rechts![42]

1944 machte das *White House* von seiner Autorität Gebrauch, den amerikanischen Konsul in Canada zu zwingen, der Frau Earl Browders, des damaligen Führers der *CPA*,

ein Visum für Amerika zu erteilen. Sie war zwar eine bekannte, in Rußland geborene Kommunistin — aber die Verweigerung eines Visums für Raissa Browder hätte für Roosevelt in seinen weiterhin geplanten Zusammenkünften mit Stalin störend wirken können... Klima des *New Deal!*

Im selben Jahre 1944 interessierte sich der *HUAC* für das »politische Aktionskomitee« *(Political Action Committee* oder *PAC)* des *CIO*. Das *PAC* war vor den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1944 ins Leben gerufen worden. Sein unmittelbarer Zweck — ein absolutes Novum in der amerikanischen Gewerkschaftsgeschichte — war die Mobilisierung der Arbeiterschaft für die Wiederwahl Roosevelts. Das Aktionskomitee arbeitete eng mit Roosevelt zusammen. Den Anlaß zur Untersuchung durch den Parlamentsausschuß gab der Umstand, daß viele der Gründer und Leiter des *PAC* dem Ausschuß als Kommunisten bekannt waren. Einsichtnahme in die Telefonzettel der *New York Telephone Company* ergab, daß die engen Beziehungen zwischen dem *White House* und dem politischen Aktionskomitee in häufigen Telefongesprächen zwischen Sidney Hillman und Beanie Baldwin seitens der *CIO* und David K. Niles und Frau Roosevelt seitens des *White House* zum Ausdruck kamen. — Was geschah? Die Linkskoalition brachte die Wiederwahl Roosevelts zustande — und Robert E. Stripling endete zeitweilig im Drillichanzug ... Klima des *New Deal*, der Feind stand rechts![43]

Es ist einer der ironischen Späße, die sich die Wirklichkeit so häufig leistet, daß es einem demokratischen Kongreß, dessen Mitglieder zum Teil dank der Wahlunterstützung des *PAC* gewählt beziehungsweise wiedergewählt worden waren, vorbehalten blieb, das so offiziell in Ungnade stehende *HUAC* am 3. Januar 1945 zum Rang eines stehenden Komitees zu erheben. Nicht zuletzt spielte dabei natür-

lich eine Rolle, daß über den Antrag *namentlich* abgestimmt wurde — und der russischen Gefahr gegenüber litt die Bevölkerung schon damals weniger und weniger an der *New-Deal*-Blindheit.

Es ist offensichtlich, daß die Regierung Roosevelt nicht an die kommunistische Gefahr glaubte und es deshalb für höchst lächerlich ansah, wenn ein parlamentarisches Gremium wie der Hausausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe in seinen Warnungen beharrte. Für den in den Gefilden der Macht schwebenden Politiker-Präsidenten Roosevelt war Sowjetrußland »der große Verbündete«, war die sowjetische Gewaltherrschaft eine »Form der Demokratie«, war die »kommunistische Internationale« aufgelöst, waren die Kommunisten Chinas »liberale Reformer«, ... und der Feind stand rechts! Unter dem Mantel dieser in der offiziellen Haltung Roosevelts offenbaren Illusionen und mit der Unterstützung einer kleinen Armee prorussischer liberaler Intellektueller arbeiteten die Wühlmäuse eifrigst an der Förderung der Pläne des Kremls.

In jeder staatlichen Maschinerie, die in Amerika wie überall auf über- und untergeordneten Autoritäten beruht, ist es eine selbstverständliche Erscheinung, daß die Haltung des Chefs der Exekutive auf alle ihm untergeordneten Stellen des Verwaltungsapparats abfärbt. Das galt sogar für eine schon seit 20 Jahren in ihrer antikommunistischen Haltung so bekannte Behörde wie das *F.B.I.* Aber es galt insbesondere für die etwaige Bereitschaft aller Regierungsressorts, Berichte von polizeilichen Untersuchungs- oder anderen Sicherheitsbehörden bezüglich der Frage kommunistischen Eindringens ernst oder gar zum Anlaß für Verwaltungsmaßnahmen zu nehmen. Alger Hiss zum Beispiel war dem *F.B.I.* schon Anfang der vierziger Jahre als stark kommunismusverdächtig bekannt und dem State Depart-

ment dementsprechend signalisiert worden. Er blieb unbehelligt.

Nun ist es nicht etwa so, daß keine gesetzlichen Möglichkeiten zum Eingreifen gegeben waren. Als der deutsch-russische Nichtangriffspakt des Jahres 1939 die einzelnen Sektionen der KP in helle Aufregung versetzte und eine den jeweiligen lokalen Bedingungen entsprechende radikale Änderung der Parteilinie zur Folge hatte, hörte auch Roosevelt vorübergehend auf, bei den Kommunisten »lieb Kind« zu sein. Seine englandfreundliche Haltung wurde als »Kriegstreiberei« gebrandmarkt und Streiks wurden entfesselt, die zeitweilig die Schiffahrt lahmlegten und die Rüstungsindustrie empfindlich störten.

Der *Hatch-Act* vom Jahre 1939 schloß jeden vom Regierungsdienst aus, der »den Umsturz der verfassungsmäßig verankerten Regierungsform« vertrat. Die Beamtenkommission *(Civil Service Commission)* legte im Juni 1940 dieses Gesetz dahin aus, daß damit Angehörige der *CPA* vom Regierungsdienst ausgeschlossen seien. Aber erstens lügen Kommunisten ohne Skrupel, wenn es im Interesse ihrer Sache darauf ankommt, und zum andern schieden der kommunistischen Technik gemäß alle Personen, die im Untergrundapparat besonders wichtige Arbeit für die Sache Rußlands leisteten, mit dem Tage der Aufnahme ihrer »illegalen« Arbeit offiziell aus der *CPA* aus.

Im Jahre 1941 übertrug Roosevelt dem *F.B.I.* die Gesamtaufgabe der inneren Sicherheit im Regierungsdienst und der Abwehr. Aber die neugefundene Kriegsfreundschaft mit Rußland nahm natürlich dem *F.B.I.* viel Wind aus den Segeln. Dabei ist noch in Rechnung zu stellen, daß die Mehrzahl der 1941 etwa 5500 Mann zählenden *F.B.I.*-Beamten mit Feindspionage und -sabotage beschäftigt war.

Im Jahre 1942 ging die Beamtenkommission soweit, in

ihren Vorschriften für den Beamtendienst im Kriege »begründete Zweifel an der Treue zu den Vereinigten Staaten« als Disqualifizierungsgrund für den Regierungsdienst zu betrachten.

Gesetzliche Handhaben, um dem Treiben von Verrätern in den eigenen Reihen zu steuern, gab es genügend, aber unter Roosevelt war in ihrer Anwendung »das Herz nicht dabei«. Das zeigt sich deutlich, wenn man die Zahl der Entlassungen aus Loyalitätsgründen heranzieht. In den Jahren 1940—46 schieden auf Grund von Untersuchungen des *FBI* und der Beamtenkommission insgesamt rund 1400 Personen aus dem Regierungsdienst aus. Das Bild änderte sich unter Truman erheblich. Die entsprechende Zahl für die Periode 1947—52 war 6411 Personen. Von diesen schieden 2589 aus, bevor das Loyalitätsverfahren gegen sie in Gang gesetzt werden konnte; 3332 schieden auf eigenen Antrag aus, während das Verfahren lief; und 490 wurden entlassen, beziehungsweise ihrer Bewerbung wurde nicht stattgegeben.[44]

Diese Haltungsänderung gegenüber der inneren kommunistischen Gefahr unter Truman war indessen wohl weniger besserer Einsicht in die Natur des politischen Kommunismus und seine Technik zuzuschreiben, als dem Zusammenbruch der von Roosevelt verfolgten Friedenspolitik und den Schachzügen der russischen Machthaber. Von der Einsetzung einer russisch dominierten polnischen Regierung (28. Juni 1945) bis zur Fälschung der polnischen Wahlen (28. Januar 1946) — vom Beginn des Konfliktes in Indochina (19. Dezember 1946) über die von den russischen Satelliten Jugoslawien, Bulgarien und Albanien unterstützten kommunistischen Unruhen in Griechenland zum Marshall-Plan (12. Juli 1947) — von der Bildung der Kominform (5. Oktober 1947) bis zur Errichtung einer »Volksrepublik«

in Rumänien — von der erfolgreichen kommunistischen Revolte in der Tschechoslowakei über den »Selbstmord« Jan Masaryks bis zur Wiedereinführung der Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten (März 1948) — von der Luftbrücke (21. Juni 1948 bis 12. Mai 1949) bis zum endgültigen Sieg der chinesischen Kommunisten in Mandschurien (30. Oktober 1948) — von der Verurteilung Kardinal Mindzentys (8. Februar 1949) über den Nordatlantikpakt (4. April 1949) bis zur Invasion Südkoreas (25. Juni 1950) — niemals noch in der Geschichte der Vereinigten Staaten sind die Illusionen einer ganzen Generation wohlmeinender Politiker und Intellektueller so arbarmungslos in ihrer wirklichkeitsfremden Hohlheit *ad absurdum* geführt worden.

Nun schreibt sich Geschichte, noch dazu in Stichworten, sehr viel schneller, als sie geschieht. Aber die Ereignisse, selbst wenn man den wirklichen Zeitverlauf in Rechnung stellt und sie über die Jahre verteilt, verfehlten ihren starken Eindruck auf die Bevölkerung Amerikas nicht. Und natürlich ließ es sich die republikanische Opposition angelegen sein, mit großem Nachdruck auf die Gefahr von Kommunisten im Regierungsdienst hinzuweisen. Insbesondere ließ es sich der 80. Kongreß (1947—48) mit seiner republikanischen Mehrheit in beiden Häusern nicht entgehen, seine Vorrechte in der Frage der Untersuchung kommunistischer Infiltration in Regierungsstellen weiter geltend zu machen.

Unter dem Druck der außenpolitischen Ereignisse, den scharfen Angriffen der Republikaner und natürlich im Interesse der Sicherheit des Landes, schuf Präsident Truman im Jahre 1947 sein Loyalitätsprogramm *(Executive Order No.* 9835 vom 21. März 1947), das in der Tat eine erhebliche Intensivierung der Ausjätung roter Pflanzen in der Regierungsplantage zur Folge hatte. In der Definition der Verfügung des Präsidenten war es dazu bestimmt, die

Vereinigten Staaten vor »Infiltration unzuverlässiger Elemente in die Beamtenschaft« zu schützen. Im Zusammenhang damit ordnete Präsident Truman 1948 an, daß die im Loyalitätsverfahren anfallenden Akten, Berichte des *FBI* und dergleichen mehr, dem Kongreß nicht zugänglich gemacht werden dürfen. Die republikanische Opposition legte diese Anordnung als einen Versuch der Vertuschung, der Verheimlichung des Umfanges der kommunistischen Zersetzung des Regierungsapparats aus. Es gelang der republikanischen Opposition in der Tat, Trumans Regierung mit dem Odium der Laxheit zu belasten. Das wiederum hing damit eng zusammen, daß der Präsident in seiner Innenpolitik und für seine Wahlkampagne das Erbe der von Roosevelt mit viel politischem Erfolg geschaffenen Linkskoalition antrat. Truman geriet damit in eine Position, die ihn zwang, sich Roosevelts Mantel umzuhängen — was politisch vieles für sich und vieles gegen sich hatte. Es ermöglichte seinen Überraschungssieg in der Wiederwahlkampagne, aber hatte den Nachteil, daß Truman gezwungen wurde, die kommunistische Gefahr in öffentlichen Äußerungen abzudämpfen. So passierte ihm das Unglück, den Fall Alger Hiss als einen »*red herring*« (einen roten Hering oder Bückling) zu charakterisieren, womit er im Sinne dieser landläufigen amerikanischen Redensart meinte, der Fall werde von der Opposition zu politischen Zwecken aufgebauscht, obgleich im Grunde doch eigentlich nichts daran sei.

Eine kurze zusätzliche Zahlenübersicht über Strafverfolgungen von Kommunisten unter der Regierung Truman mag von Interesse sein. Dabei ist indessen zu beachten, daß die Mehrzahl dieser strafrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit der Frage kommunistischer Umtriebe zeitlich nach der Affäre Hiss liegen, das heißt nachdem die Öffent-

lichkeit dem ganzen Komplex äußerste Aufmerksamkeit zu widmen begonnen hatte.

Insgesamt wurden 83 Führer der kommunistischen Partei unter dem *Smith-Act* (der, wie gesagt, jede »Verschwörung, den gewaltsamen Umsturz der Regierung der Vereinigten Staaten zu predigen und zu befürworten«, unter Strafe stellt) angeklagt und, soweit die Verfahren abgeschlossen sind, zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Neun kommunistische Spione, darunter die Beteiligten des Falles Rosenberg, wurden zum Tode beziehungsweise langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Zehn andere Strafverfahren wegen Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen, Dokumentendiebstahl, Paßvergehen und ähnlichem im Zusammenhang mit kommunistischen Aktivitäten wurden durchgeführt oder anhängig gemacht. Darunter die Fälle Judith Coplon, William Remington, Alger Hiss und Carl Marzani.

Dazu kommen rund 55 Verurteilungen wegen Meineids und Mißachtung von Gericht oder Kongreß *(contempt of court* und *contempt of Congress)* im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren oder parlamentarischen Untersuchungen bezüglich kommunistischer Umtriebe.[45]

Im Gesamtbild all dieser Dinge ist dem Fall Hiss besondere Bedeutung zuzumessen. Er bildet in jedem Sinne und mithin auch in diesem Buch ein Kapitel für sich.

DIE BOMBE PLATZT

Der Fall Alger Hiss

Am 3. August 1948 erscheint auf Vorladung in Washington vor dem Hausausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe *(HUAC)* der senior editor (das heißt der erste Redakteur) der Wochenschrift *Time* mit Namen Whittaker Chambers. Der Hauptuntersuchungsbeamte des *HUAC* ist Robert E. Stripling, der selber die ersten Fragen stellt. Chambers, seit 9 Jahren Mitglied der Redaktion der weitgelesenen Zeitschrift, eine kurze gedrungene Gestalt, eher farblos, liest anfänglich mit tonloser Stimme eine von ihm verfaßte Erklärung. Aus ihr ergibt sich, daß der 1901 geborene Redakteur von 1924 bis 1937 berufsmäßig Mitglied der Kommunistischen Partei und besoldeter Funktionär gewesen ist. Chambers sagt unter Eid aus. Auf Befragen der Mitglieder des Ausschusses gibt er an, zu einer illegalen kommunistischen Zelle in Washington gehört zu haben. Er nennt die Namen seiner Genossen ... unter ihnen Alger Hiss[46].

Bis zu diesem Tage hatte sich wohl kaum jemand in Amerika besonders für Alger Hiss interessiert. Einer der vielen, für das breite Publikum namenlosen höheren Beamten, deren Arbeit die Mühlen der Bundesregierung in Gang hält. Nach seinem Abschied aus dem Regierungsdienst war Hiss als Nachfolger des weitbekannten und verehrten Präsidenten der Universität Columbia, Nicholas Murray Butler, zum Präsidenten der Carnegie-Stiftung für den internationalen

Frieden ernannt worden. Seine Karriere als Beamter der Bundesregierung, sein Ruf, seine Herkunft, seine Leistungen, seine Beziehungen schienen ihn geradezu für die neue Position zu prädestinieren. Hiss ein Kommunist? Unmöglich — dachten kopfschüttelnd viele seiner Landsleute ... Und Zorn und Empörung all derer, denen die Tätigkeit gewisser Untersuchungsausschüsse der Volksvertretung seit langem ein Dorn im Auge war, spiegelt sich in der Presse und echot aus den Lautsprechern. Eine schier unglaubliche Verleumdung! Was, ein früherer Kommunist, ein Renegat, ein Verräter an der eigenen Sache, ein Denunziant, wagt es, einen Mann wie Hiss zu besudeln?

Zwei Tage später, am 5. August, Galavorstellung vor demselben Ausschuß. Kameraleute der Wochenschauen, Pressevertreter und Photographen, ein gemischtes, neugierig erregtes Publikum aus vorwiegend »besseren Leuten« — man drängt sich im Sitzungssaal. Alger Hiss hat den Untersuchungsausschuß gebeten, ihm Gelegenheit zur Aussage zu geben. Der unschuldig Verleumdete brennt darauf, sich zu rechtfertigen. Ein schlanker, gut aussehender, groß gewachsener Mann von 43 Jahren, beginnt Hiss seine Aussage in den wohlgewählten und wohlgesetzten Worten des gebildeten Amerikaners. Nur ein Spezialist der Linguistik könnte wohl eine Spur des sogenannten Harvarder Akzentes in seiner Rede entdecken[47].

> Ich bin freiwillig vor Ihnen erschienen, um ohne jede Einschränkung eine Reihe von Behauptungen, die vorgestern von einem gewissen Whittaker Chambers über mich vor diesem Ausschuß aufgestellt worden sind, Lügen zu strafen. Ich bin dem Ausschuß für das gezeigte Entgegenkommen dankbar. Und ich begrüße es, Gelegenheit zu haben, alle etwaigen Fragen der Mitglieder dieses Ausschusses im Rahmen des Möglichen zu beantworten.

Ich bin bin weder jetzt Mitglied der Kommunistischen Partei noch bin ich es jemals gewesen.
Ich bin weder jetzt ein Anhänger kommunistischer Lehren noch bin ich es jemals gewesen.
Ich bin weder jetzt Mitglied einer kommunistischen Tarnorganisation noch bin ich es jemals gewesen.
Weder direkt noch indirekt bin ich je dem Befehl der Kommunistischen Partei gefolgt.
Nach meinem besten Wissen ist keiner meiner Freunde Kommunist...

Wie Hammerschläge fallen die Sätze. Jeder lauscht mit gespannter Aufmerksamkeit. Auf Fragen gibt Hiss bereitwilligst Auskunft über seine Entwicklung und seine Karriere im Regierungsdienst: Öffentliche Grundschule in Baltimore, Vorbereitungsschule in Massachusetts, John Hopkins Universität, Studium der Rechte an der rechtswissenschaftlichen Fakultät *(law school)* von Harvard, brillantes Examen. Danach ein Jahr lang Sekretär des in Juristenkreisen überaus angesehenen Beisitzers des Obersten Gerichtshofes Oliver Wendell Holmes. Nach kurzer Tätigkeit in privater Anwaltspraxis in Boston und New York sodann »auf Drängen verschiedener Männer im Regierungsdienst« 1933 nach Washington als Assistent des juristischen Beraters der Bundesverwaltung für Landwirtschaftshilfe, dann auf Anforderung des Senatsausschusses zur Untersuchung der Rüstungsindustrie als juristischer Hilfsarbeiter des sogenannten Nye-Komitees. Danach auf eigenen Antrag Anstellung im Büro des *Solicitor General,* des zweithöchsten Beamten der Justizverwaltung. Von Francis B. Sayre, dem *Assistent Secretary of State* für Handelsvertragsfragen und früherem Professor an der Universität Harvard ins Auswärtige Amt berufen zur Bearbeitung der mit dem Gesetz über die Handelsverträge zusammenhängenden verfassungsrechtlichen Fragen. Direktor des Büros für politische Fragen im Außenmini-

sterium. Als Berater Präsident Roosevelts und Außenminister Stettinius' Teilnahme an der Konferenz von Jalta. Als Generalsekretär mit der Vorbereitung der San-Francisco-Konferenz zur Gründung der Vereinten Nationen beauftragt... Und so entrollt sich das Bild des Amtslebens eines begabten jungen Mannes — eine phantastische Laufbahn.

Abgeordneter Mundt: Haben Sie an der vorbereitenden Ausarbeitung von Teilen des Jalta-Abkommens mitgearbeitet?

Hiss: Es ist wohl korrekt und nicht unbescheiden, diese Frage bejahend zu beantworten. Ja, in gewissem Umfange. Soweit ich mich, ohne die Unterlagen zur Hand zu haben, erinnern kann, wurde der Wortlaut des jetzigen Artikels 27 im Frühwinter 1944, vor der Konferenz von Jalta, im Auswärtigen Amt entworfen (und) vom Herrn Präsidenten dem Premier von Großbritannien und Marschall Stalin zugeleitet. Es handelt sich dabei um den von den Vereinigten Staaten auf der Konferenz gemachten Vorschlag, der von den beiden anderen nach einiger Diskussion angenommen wurde. Ich habe im Auswärtigen Amt bei der Abfassung der diplomatischen Noten mitgearbeitet, die Präsident Roosevelt, ich glaube im Dezember 1944, vor der Konferenz von Jalta, wie erwähnt sandte...

Geschichte hallt durch den Raum. Die Volksvertreter sind sichtlich beeindruckt. Das Publikum labt sich am Vorgefühl vollständiger Rehabilitierung eines Mannes, den die Ereignisse als Prototyp der jüngsten Epoche geschichtlicher Vergangenheit auf die Bühne gestellt haben.

Aber das will ja der Ausschuß eigentlich gar nicht alles wissen.

Abgeordneter Mundt: Nun muß ich doch schon sagen, daß es mir äußerst rätselhaft erscheint, daß ein *senior editor* von *Time*, ein Mann namens Whittaker Chambers, den ich bis vor ein oder zwei Tagen nie gesehen habe, und den Sie, wie Sie sagen, nie gesehen haben —

Hiss: Soweit ich weiß, habe ich ihn nie gesehen —

Mundt: — hier vor diesem Ausschuß erscheint und über den kommunistischen Apparat hier in Washington spricht, der, nach ihm, Geheimnisse an die russische Regierung übermittelt, namentlich eine Gruppe von sieben Leuten aufführt — Nathan Witt, Lee Pressman, Victor Perlo, Charles Kramer, John Abt, Harold Ware, Alger Hiss und Donald Hiss —

Hiss: Das sind acht.

Mundt: Die subversiven Beziehungen der sechs anderen außer den Brüdern Hiss stehen außer Frage, und ich frage mich, was für ein Motiv ein Mann, der Redakteur von *Time* ist, haben könnte, Donald und Alger Hiss in Verbindung mit den anderen sechs zu erwähnen.

Hiss: Das geht mir genau so, Herr Vorsitzender. Das Motiv ist mir unbegreiflich. Der Motive mag es viele geben, aber ich verstehe das nicht.

Stripling: Sie sagen also, daß Sie Herrn Chambers nie gesehen haben?

Hiss: Der Name sagt mir absolut nichts, Herr Stripling.

Gleichwohl ergibt sich, daß Hiss alle die Genannten mit Ausnahme von Perlo kennt. Collins schon seit der Kinderzeit, sie waren zusammen im Ferienlager; mit Witt und Pressman hat er in Harvard zusammen studiert; Abt und Kramer sind ihm aus der Zeit seiner Arbeit für das Landwirtschaftsministerium *(A.A.A.)* bekannt ... Sodann wird Hiss eine Photographie von Chambers aus den dreißiger Jahren vorgelegt. Er kann ihn nicht identifizieren, obwohl er es ablehnt abzuschwören, den Mann auf dem Bild jemals gesehen zu haben. Bei so einem Alltagsgesicht könne man sich leicht täuschen ... Hiss bedauert außerordentlich, daß Chambers nicht anwesend und deshalb eine Gegenüberstellung nicht möglich ist. »Mit den von mir gemachten Einschränkungen sind alle Angaben, die Chambers über mich gemacht hat, vollständig frei erfunden. Ich nehme zuversichtlich an, daß meine Vergangenheit im Regierungsdienst für sich selbst spricht!«

Die Galavorstellung geht zu Ende. Umgeben von Gratulanten und Freunden schreitet Hiss erhobenen Hauptes davon, während Reporter zu den Telephonen jagen. Chambers sitzt ahnungslos in seinem Büro im Time-und-Life-Gebäude in New York, an den Vorarbeiten für einen jener aalglatten Artikel über große Fragen, mit denen *Life* seine Millionenleserschaft periodisch beglückt.

Binnen kurzem werden Presse und andere Organe der Meinungsbildung, wie Rundfunkkommentatoren, Hiss zum Helden und Chambers zum Lügner stempeln. Das Volk wundert sich, und die Gebildeten halten über ihren Cocktails Grabreden über den unbegreiflichen Chambers. Um Unterhaltungsstoff ist man auf lange Zeit nicht verlegen.

Aber das Drama hat gerade erst begonnen. Der Verhandlungsraum leert sich, und die Mitglieder des Ausschusses zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe ziehen sich beklommen zu nichtöffentlicher Sitzung zurück. Eine heikle Sache. Sie kann politisch den Kopf kosten. Die Neuwahlen zum Repräsentantenhaus stehen vor der Tür. Alle Mitglieder wollen wiedergewählt werden. Wie werden das Publikum und besonders die Wähler zu Hause, in South Dakota, in Louisiana, in Californien und Pennsylvanien reagieren? Kleinmut regt sich und Bedrücktkeit malt sich auf den Gesichtern. Sollte man nicht einfach die Akten an das Justizministerium abgeben und es anderen überlassen, den Meineidigen zu finden? Man könnte seine Haut vielleicht dadurch retten, daß man einen neuen Sensationsfall aufs Tapet bringt und damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dieser unheilschwangeren Affäre ablenkt ...

Ein junger Anwalt aus Californien, zum erstenmal in seinem Leben Abgeordneter — auch seine politische Zukunft steht auf dem Spiel — hat über das Problem seine eigenen Gedanken. Richard Nixon hat Hiss sorgfältig beobachtet.

Natürlich weiß er aus Erfahrung, daß Juristen bei Aussagen zu besonderer Vorsicht neigen. Aber irgendwie war ihm der Zeuge Hiss nicht geheuer. Zu selbstsicher, zu gewandt, zu überzeugend. Und dann, hatte Hiss nicht mit großem Geschick vermieden, sich auf die Frage, ob er Chambers kenne, irgendwie festzulegen? Ein direktes »Ich habe Whittaker Chambers nie gekannt« hatte man von ihm nicht gehört. »Ich habe nie einen Mann namens Whittaker Chambers gekannt«, war die Antwort. Nixon denkt an Chambers unumwundene Behauptung, Alger Hiss gekannt zu haben — da stimmt etwas nicht. Wir müssen der Sache auf den Grund gehen. Und schließlich, wir haben uns die Suppe eingebrockt, und nun müssen wir sie auch auslöffeln.

Es gelingt Nixon, seine Kollegen zu überzeugen. Der natürliche nächste Schritt wäre, festzustellen, ob Chambers Hiss wirklich persönlich gekannt hat. Das ist ja nicht nur eine Frage von Wort gegen Wort; denn wenn man einen Mann wirklich kennt, weiß man ja gewöhnlich mehr über ihn, kennt seine Familienverhältnisse, persönlichen Gepflogenheiten, wie und wo er wohnt ... Die Einsetzung eines Unterausschusses wird beschlossen. Richard Nixon wird zum Vorsitzenden bestellt. Seine anderen Mitglieder sind die Abgeordneten Hébert und McDowell. Die Aufgabe: neuerliche Vernehmung von Chambers in nichtöffentlicher Sitzung, um herauszufinden, ob er Hiss wirklich gekannt hat, unter welchen Umständen, und so weiter. Chambers wird vorgeladen.

Die Szene wechselt. 7. August 1948. Der Unterausschuß tagt in einem Zimmer im Bundeshaus in New York. Die Sitzung ist nichtöffentlich. Abgeordneter Nixon eröffnet das Frage- und Antwortspiel.

Abgeordneter Nixon: Während Herr Hiss gehört wurde, wurde er wiederholt gefragt, ob er je einen Mann namens Whit-

taker Chambers gekannt habe. Seine Antwort war jedesmal ein kategorisches Nein. Wann, zu welcher Zeit, haben Sie Hiss gekannt?

Chambers: Ich kannte Hiss ungefähr in den Jahren 1935—1937.

Nixon: Unter seinem Namen Alger Hiss?

Chambers: Jawohl.

Nixon: Haben Sie zufällig die Photographien von Hiss gesehen, die die Zeitungen nach seiner kürzlich stattgefundenen Einvernahme brachten?

Chambers: Jawohl.

Nixon: War das der Mann, den Sie als Hiss gekannt haben?

Chambers: Jawohl.

Nixon: Sie sind dessen sicher?

Chambers: Absolut.

Nixon: Während der Zeit Ihrer Bekanntschaft mit Hiss, kannte er Sie als Whittaker Chambers?

Chambers: Nein.

Nixon: Unter welchem Namen kannte er Sie?

Chambers: Unter meinem Parteinamen Carl.

Nixon: Hat er sich je darüber gewundert, daß er Ihren Familiennamen nicht kannte?

Chambers: Nicht mir gegenüber.

Nixon: Wie kommt das?

Chambers: Im kommunistischen Untergrundapparat gilt die Regel, daß Funktionäre und Leitungen nicht unter ihrem richtigen Namen, sondern unter Pseudonymen oder Parteinamen bekannt sind.

Nixon: Waren Sie ein Funktionär?

Chambers: Jawohl.

In rascher Folge jagen sich Frage und Antwort. Es ist Nixon vor allen Dingen darum zu tun, herauszufinden, ob und wie gut Chambers Hiss gekannt hat. Spitznamen, deren sich das Ehepaar Hiss im Verkehr miteinander bediente, Kinder, Bücher, Besuche im Hause Hiss, Wohnung, Einrichtung, Liebhabereien, Auto ... Chambers' Antworten kommen so rasch wie Nixon fragen kann: sicher, ruhig, sachlich und ohne Zögern.

Die Vernehmung dauert zwei volle Stunden. — Chambers wird mit Dank entlassen. Der Unterausschuß vertagt sich. Seine Mitglieder neigen stark dazu, Chambers Behauptung, daß er Hiss gekannt habe, und zwar gut gekannt habe, Glauben zu schenken. Aber »eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie hören alle beede« — dieser alte Grundsatz gilt auch in Amerika, und besonders in Amerika.

Zwischen die Vernehmung von Chambers am 7. August und die neuerliche Vorladung von Hiss zu geheimer Sitzung vor dem *HUAC* in Washington fällt die Bemerkung Trumans, daß der ganze »Fall« ein politisches Ablenkungsmanöver der republikanischen Mehrheit des 80. Kongresses und ein »roter Hering« sei. Wenigstens in der Meinungsindustrie hat man damals Trumans Ansicht weit und breit geteilt.

Am 16. August ist es wiederum Richard Nixon, der die meisten Fragen stellt. Eine große Anzahl der von Chambers angegebenen Einzelheiten aus dem Leben der Familie Hiss werden von Alger Hiss bestätigt. Im Anfangsstadium dieser Befragung, am 16. August, werden Hiss wiederum Photographien von Chambers vorgelegt. Verglichen mit Chambers' Antworten sind Hiss' Ausführungen langatmig und gewunden.

Abgeordneter Nixon: Ich zeige Ihnen nun zwei Aufnahmen von Herrn Whittaker Chambers, genannt Carl, welcher ausgesagt hat, daß er Sie in den Jahren 1935 bis 1937 gekannt und Sie auch 1938 noch gesehen habe.
Ich frage Sie nun, nach Einsicht der Photographien, ob Sie sich an diese Person entweder als Whittaker Chambers oder als Carl oder als irgendein anderes Individuum erinnern, dem Sie begegnet sind?

Hiss: Darf ich dem Ausschuß die Aussage ins Gedächtnis rufen, die ich in der öffentlichen Sitzung gemacht habe, nachdem

mir eine andere Photographie von Herrn Whittaker Chambers vorgelegt wurde, und nachdem ich vor meiner Aussage versucht hatte, soviel Photographien wie möglich von Herrn Chambers in Zeitungen einzusehen. Ich sagte damals, daß ich nicht abschwören könne, den Mann, dessen Bild man mir vorlegte, je gesehen zu haben. In der Tat zeigt das Gesicht eine gewisse Vertrautheit. Ich glaube, ich sagte auch das. Nach der Photographie ist es kein sehr markantes, ungewöhnliches Gesicht. Ich würde die Person sehr gern von Angesicht zu Angesicht sehen. Ich hatte auf eine Gegenüberstellung gehofft. Ich hoffe noch immer, daß sie heute stattfindet.

Ich bin nicht in der Lage zu sagen, daß ich den Mann, dessen Bilder mir vorliegen, nie gesehen habe. Ich sagte das damals, als mir ein anderes Bild vorgelegt wurde. Ich kann mich nicht mit Genauigkeit an die Person erinnern, die auf diesem Bild erscheint, aber das Gesicht ist mir nicht absolut fremd.

Ob das Einbildung ist oder nicht, kann ich nicht sagen, aber auf keinen Fall möchte ich dazu aussagen, ohne den Mann in Wirklichkeit zu sehen, ihn sprechen zu hören und damit eine bessere Grundlage für die Beurteilung seiner Person und Persönlichkeit zu gewinnen.

Nixon: Würde es auf Ihre Antwort irgendeinen Einfluß haben, wenn Ihnen dieses Individuum als eine Person beschrieben würde, die wiederholt Schlafgast in Ihrem Hause war?

Hiss: Dazu, Herr Nixon, möchte ich folgendes sagen: Im Laufe meines Regierungsdienstes von 1933—1947 und dem früheren Jahr 1929—1930, und als Anwalt, ist eine große Anzahl Menschen in mein Haus gekommen.

Ich habe die ganze letzte Woche versucht, mich an jemand zu erinnern, der meine Wohnung kennt, und den ich nicht sehr gut kannte. Ich habe viele Menschen bei mir zu Hause gehabt, gesellschaftlich oder halbberuflich, an die ich mich nicht erinnern kann.

Nixon: Zu wiederholten Malen.

Hiss: Zu wiederholten Malen?

Nixon: Zu wiederholten Malen.

Hiss: Ich kann mir nicht denken, Herr Nixon, daß irgend jemand bei mir zu Hause in meiner Gegenwart —

Nixon: In Ihrer Gegenwart.

Hiss: Zu wiederholten Malen übernachtet hat, ohne daß ich mich seiner erinnern würde; und wenn dies das Bild einer derartigen Person ist, würde es mir sehr schwer fallen zu glauben, daß dieses Individuum bei mir zu wiederholten Malen übernachtet hat, während ich dort war, und daß mir sein Gesicht nicht bekannter wäre als es ist.

Nixon: Ja.

Hiss: Ich will natürlich keine Neuerungen in dem von Ihnen geübten Verfahren vorschlagen, aber ich möchte doch ausdrücklich wiederholen, daß ich hoffe, Gelegenheit zu bekommen, das Individuum wirklich zu sehen.

Nixon: Das wird arrangiert. Ich möchte indessen sagen, daß wir vor der Gegenüberstellung sicher sein wollen, so sicher wie nur irgend möglich, daß kein Irrtum in der Person vorliegen kann, und ebenso, daß ein klarer Widerspruch zwischen der von beiden Seiten gemachten Aussage vorliegt. Und das ergibt sich jetzt...

Nach einer Reihe von Fragen bezüglich seiner etwaigen Zugehörigkeit zur *CPA*, zu einem subversiven Untergrundapparat, der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen, die alle von Hiss glatt verneint werden, kehrt das Frage- und Antwortspiel auf den Widerspruch zwischen dem zurück, was Chambers dem Ausschuß über seine Bekanntschaft mit Hiss mitgeteilt hat und Hiss' zögernder, abwartender Haltung. Hiss erklärt, er sei zornig erregt und verletzt, daß die Ausschußmitglieder die Glaubwürdigkeit eines »geständigen Kommunisten« und seine eigene auf gleiche Stufe stellten. Er geht in seiner Erregung so weit, zu äußern, daß Mitglieder des Ausschusses seine [Hiss'] Aussagen Chambers zugänglich machen könnten, der ja dann diese *post facto* erworbene Kenntnis seiner früheren Lebensumstände wiederholen könnte! Hiss verlangt nahezu, vor weiteren Aussagen

mitgeteilt zu bekommen, was nun Chambers eigentlich im einzelnen über seine Lebensumstände ausgesagt habe. »Lassen Sie ihn alles sagen, was er weiß, und zwar öffentlich; und dann sollte man meine Geschichte mit den von ihm angegebenen Tatsachen vergleichen, anstatt daß man mich hier ausfragt, Herr Nixon, von mir alle möglichen Einzelheiten aus meinem persönlichen Leben in Erfahrung bringt, die, wenn sie ihm [Chambers] zu Gehör kämen, so überzeugend klingen könnten, als wären sie ihm von früher her bekannt.«

Ist es der Zorn des untadeligen Beamten, ist es die Erregung beleidigter Unschuld, oder ist es ein verkappter Versuch, nun zu erfahren, was denn Chambers alles über ihn weiß, oder ist es die geschickte Finte eines guten Fechters, der sich bedrängt fühlt und sich zur Aufbietung seiner ganzen Kunst gezwungen sieht?

Hiss sagt sodann — immer weiter unterstellend, daß der Ausschuß Chambers wohl, ihm aber übel will —, daß er soeben den Namen eines Mannes niedergeschrieben habe, den er 1933 und 1934 gekannt habe, und der nicht nur bei ihm gewohnt, sondern seine Wohnung als Untermieter innegehabt habe. Er erklärt indessen, es könne ihm nicht zugemutet werden, darüber jetzt näher auszusagen, und er würde sich zur Aussage nur verstehen, wenn der Ausschuß formell darauf bestünde.

Stripling: Wir wollen doch fürs Protokoll festhalten, Herr Hiss, daß Sie diese ex-post-facto-Geschichte aufgebracht haben. Tatsächlich folgt Ihre Aussage der von Herrn Chambers nach. Seine Aussagen liegen protokollarisch fest, und damit will ich nicht etwa sagen, daß Ihnen diese Aussage bekannt ist — aber das Büro der Bundesanwaltschaft hat mehrere Kopien davon.

Hiss: Ich kenne seine Aussage nicht und habe nicht versucht, ihrer habhaft zu werden.

Abgeordneter Nixon: Nicht nur hat das Büro der Bundesanwaltschaft Kopien des Protokolls von Herrn Chambers' Aussagen — und Sie können das durch einen Anruf bei Herrn Morris Fay, der zwei Kopien erhalten hat, feststellen. Er hat darum ersucht und sie bekommen, und er wird auch eine Niederschrift der heutigen Aussagen bekommen. Es interessiert Sie vielleicht zu wissen, daß er 30 Minuten bevor Sie hier hereinkamen, darum gebeten hat...

Nun werden Sie wohl einsehen, daß uns nicht daran liegt, von Ihnen Aussagen über Tatsachen zu bekommen, die wir Herrn Chambers unterbreiten wollen. Um was uns zu tun ist, ist die Glaubwürdigkeit von Herrn Chambers zu prüfen, und Sie sind der Mann dafür, und Sie können uns sehr helfen, wenn Sie unsere Fragen beantworten, und, offen gesagt, ich bestehe darauf, daß Sie antworten.

Hiss: Wenn Sie darauf bestehen, werde ich natürlich antworten.

An diesem Punkt wird offenbar dem Abgeordneten Hébert von Louisiana die Spiegelfechterei zu bunt. Seine vielleicht als etwas grob und direkt zu qualifizierenden Äußerungen seien hier wiedergegeben, insbesondere da sie ein gutes Bild von der Funktion des Ausschusses des Abgeordnetenhauses zur Prüfung kommunistischer Umtriebe geben.

Abgeordneter Hébert: Herr Hiss, ich möchte Ihnen folgendes sagen — und zwar ohne alle Flausen, einen Eindruck, von Mann zu Mann, von der ganzen Situation. Ich glaube, es gehört zu Sache. In bezug auf Sie und Herrn Chambers bin ich vollkommen unvoreingenommen, so unvoreingenommen wie nur möglich. Ich bin nicht einmal daran interessiert zu erfahren, wer nun von Ihnen beiden lügt, außer insofern, als es uns erlaubt, die Untersuchung voranzubringen und herauszufinden, ob hier im Lande Spionage getrieben worden ist.

Nach meiner Auffassung ist dieser Ausschuß dazu da und nur dazu da, Tatsachen herauszufinden. In meiner Eigenschaft als Mitglied dieses Ausschusses habe ich dafür gesorgt, daß Zeugen strafverfolgt wurden, gleichgültig, ob sie im gegebenen Fall Kronzeugen waren oder nicht. Das ist bekannt.

Wir hatten keine Ahnung von dem, was Herr Chambers sagen würde. Und ich habe Ihren Namen das erste Mal in öffentlicher Sitzung gehört.

Hiss: Das ist mir neu.

Hébert: Wie gesagt, ich mache keine Mätzchen, sondern versuche als unvoreingenommenes Mitglied dieses Ausschusses klarzustellen, und bis jetzt habe ich keine Ahnung, wer von Ihnen lügt; aber soviel ist jetzt schon sicher, und das sage ich Ihnen genau so wie Herrn Chambers: Entweder Sie lügen oder Herr Chambers lügt.

Hiss: Das ist sicherlich richtig.

Hébert: Und wer von Ihnen beiden nun auch der Lügner sein mag, er ist sicherlich der größte Schauspieler, der je in Amerika zur Welt gekommen ist. Bis jetzt bin ich noch zu keinem Schluß in der Frage gekommen, wer der Lügner ist, und ich versuche, Tatsachen festzustellen. Bis vor wenigen Augenblicken waren Sie sehr offen und zugänglich. Jetzt fangen Sie an, um den Brei herumzureden. Sie mögen auf dem bestehen, was nach Ihrer Ansicht Ihr gutes Recht ist. Schön und gut. Ich will Sie nicht unter Druck setzen, ein Bild zu identifizieren, wenn Ihnen der Mann selbst gegenüberstehen könnte und sollte. Das ist Ihr gutes Recht.
Was nun die Untersuchung hier angeht, über die Sie soviel Worte verlieren, und das vielleicht nicht ohne guten Grund, so sahen wir Herrn Chambers 48 Stunden nach Ihrer Vernehmung in öffentlicher Sitzung. Herr Chambers hatte nicht den geringsten Anhaltspunkt für die Fragen, die wir ihm vorlegen würden, und wir haben ihn, wie Herr Stripling sagt, stundenlang gezwiebelt, wir alle, die Herren Nixon, McDowell, Stripling und meine Wenigkeit, bis wir buchstäblich um Fragen verlegen waren. Nichts von dem, was uns in den Kopf kam, ließen wir ungefragt, alle diese kleinen Einzelheiten, um seine eigenen Aussagen zu prüfen, oder besser, um seine Glaubwürdigkeit auf die Probe zu stellen.

Niemand konnte unter irgendwelchen Umständen voraus wissen, was wir über geringfügige Einzelheiten zu sagen hätten, und er konnte unter keinen denkbaren Umständen seine

Antworten vorbereitet haben, da er keine Ahnung von den Fragen haben konnte und wer sie stellen würde — und wir auch nicht, da wir ihn aus der Situation heraus fortschreitend befragten; es ist undenkbar, daß er sich auf seine Antworten vorbereitet hat, Antworten, die wir jetzt, mit Herrn Nixons Worten, prüfen wollen und bestätigt oder widerlegt wissen wollen —. Was mich angeht, verstehe ich Ihre Lage sehr gut, aber wenn ich in Ihrer Lage wäre, würde ich alles Menschenmögliche versuchen, um zu beweisen, daß Chambers der Lügner ist und nicht ich.

Hiss: Das ist durchaus meine Absicht.

Hébert: Und darum ist es uns hier zu tun. Außerdem, seien wir uns weiter darüber klar, daß es sich hier nicht um eine Inquisition handelt in dem Sinne, daß es zu bestimmen gälte, ob ein Verbrechen begangen ist und wer es begangen hat. Wir wollen gar nicht wissen, wer von Ihnen beiden einen Meineid geschworen hat. Das ist Sache des Bundesanwalts für den *District of Columbia.* Seine Sache ist es, zu untersuchen, ob sich jemand vor diesem Ausschuß meineidig gemacht hat. Seine Sache ist nicht unsere Sache.

Wenn Sie uns helfen können — und wie gesagt, wenn ich Sie wäre, würde ich tun, was in meiner Macht steht, um diese Geschichte als Erfindung zu erweisen — und aus welchem Motiv würde Chambers handeln?... welches Motiv? Denn einer von Ihnen muß doch ein Motiv haben! Sie sagen, daß Sie sich in einer prekären Situation befinden, aber ist Ihnen klar, daß Chambers sich selbst vernichtet, wenn bewiesen wird, daß er gelogen hat? Was für einen Grund könnte er haben, seine Stellung als *senior editor* von *Time,* die ihm 25 000 Dollar im Jahr einbringt, aufs Spiel zu setzen?

Hiss: Es hat den Anschein, daß bisher die Tatsache, daß Chambers nach eigenem Eingeständnis Kommunist und ein Verräter am eigenen Lande war, ihm keinen Schaden eingetragen hat. Er bekam seine gegenwärtige Anstellung, nachdem er verschiedenen Behörden diese Enthüllungen gemacht hat. Ich bedaure, daß ich die Haltung verliere, aber ich finde es unerhört, Herr Hébert, daß Sie so ruhig dasitzen können und mir so mir nichts dir nichts sagen, daß Sie Chambers'

und meine Aussagen gehört haben, und nicht wissen, wem Sie glauben sollen. Mir scheint, ein Richter wird sich über die Glaubwürdigkeit eines Zeugen in anderer Weise schlüssig.

Hébert: Ich versuche, Ihnen zu sagen, daß ich absolut unvoreingenommen bin, und Ihnen ein so gerechtes Gehör geben will wie Herrn Chambers. Der Umstand, daß er nach eigenem Eingeständnis Verrat begangen hat — und ich weiß das —, der Umstand, daß er nach eigenem Eingeständnis ein früheres Mitglied der Kommunistischen Partei ist — und ich weiß auch das —, hat absolut nichts damit zu tun, daß die Tatsachen — oder richtiger, die vorgeblichen Tatsachen, die er uns mitgeteilt hat —,

Hiss: keinen Einfluß auf seine Glaubwürdigkeit haben??

Hébert: Nein! Schauen Sie, Herr Hiss, ich bin mir wohl bewußt, daß ich nicht dieselbe Erziehung genossen habe wie Sie, aber wenn es sich um polizeiliche Methoden handelt — und ich weiß um Verbrechen ganz gut Bescheid —: zeigen Sie mir eine tüchtige Polizei, und ich will Ihnen den Denunzianten ausfindig machen, dem sie ihre Erfolge verdankt. Zeigen Sie mir aber eine Polizei, die weniger erfolgreich ist, dann sage ich Ihnen, es hat ihr der Angeber gefehlt. Wir sind auf Leute wie Chambers und Fräulein Bentley angewiesen, die zu uns kommen und uns Angaben machen. Ich erteile Herrn Chambers sicherlich kein Lob für sein früheres Leben. Ich will wissen, ob er zur Einsicht gekommen ist. Einige der größten Heiligen der Geschichte waren früher arge Sünder. Wollen Sie ihnen die Heiligkeit absprechen, weil sie Sünder waren? Würden Sie ihnen nach ihrer Bekehrung nicht glauben??

Es ist mir egal, wer mir die Tatsachen gibt, ob das nun ein geständiger Lügner, ein Dieb oder ein Mörder ist. Tatsachen, an den Tatsachen bin ich interessiert.

Hiss: Sie haben Ihre Einstellung klargemacht. Ich möchte dazu folgendes sagen. Auf meiner heutigen Zugfahrt nach hier las ich — und ich glaube in den New Yorker *News* —, daß ein Mitglied dieses Ausschusses, anonym natürlich, dem Journalisten, der diesen Artikel geschrieben hat, erklärt

hat, daß dieser Ausschuß glaubt oder Grund hat zu glauben — nach der Vernehmung von Chambers —, daß Chambers Hiss persönlich gekannt hat; nicht daß Chambers eine Unterhaltung mit Hiss hatte, um die es sich hier handelt, sondern daß er in Hiss' Wohnung war. Aber darum handelt es sich hier doch nicht. Sie bitten mich, Ihnen alle Tatsachen mitzuteilen über Leute, die bei mir im Hause waren oder die mich gekannt haben oder die ich mit Sicherheit gut kenne, persönliche Freunde, Leute, die ich kenne wie meine Hosentasche. Auf Grund dieser Photographie bin ich nicht in der Lage —

Hébert: Sehr verständlich.

Hiss: zu sagen, daß dieser Mann nicht der Mann ist, dessen Namen ich hier niedergeschrieben habe. Würde ich darüber aussagen, welche Garantie habe ich, daß nicht irgendein Mitglied dieses Ausschusses der Presse mitteilt, daß Hiss gestanden hat, Chambers gekannt zu haben?
Zunächst habe ich ausgesagt und wiederholt, daß ich niemals jemand namens Whittaker Chambers gekannt habe. Ich bin nicht bereit, auszusagen, daß ich diesen Mann nie gesehen habe.

Hébert: Das haben Sie gesagt.

Stripling: Haben Sie den jemals gesehen? (Deutet auf die Photographie von Chambers.)

Vorsitzender: Wie ist die Frage bitte?

Stripling: Haben Sie jemals die Person gesehen, die auf dieser Photographie abgebildet ist?

Hiss: Soweit ich weiß, nein.

Stripling: Sie haben diese Person nie gesehen?

Hiss: Nein.

Nach kurzer Sitzungspause teilt Hiss freiwillig mit, daß der Name des Mannes, den er im Sinne hat und den er aufgezeichnet hat, George Crosley ist, ein Schriftsteller, dessen Bekanntschaft er machte, als er für das Nye-Komitee arbeitete. »Er hoffte, er könne einige Artikel über die Rüstungs-

industrie veröffentlichen. Ich sah ihn, wie gesagt, in meinem Büro im *Senate Office Building* wie Dutzende Pressevertreter, Studenten und Leute, die Bücher vorbereiten. Es gehörte zu meinen Aufgaben, ihnen in Frage kommende Informationen aus den Akten des Komitees zu geben.« — Und diesen George Crosley kannte Hiss recht gut, wie die Protokolle zeigen. Das Übernachtbleiben, der alte Ford, die Untermiete — eine Fülle von Einzelheiten ...

Die Frage der Gegenüberstellung wurde erneut besprochen und, entgegen einem mit Hiss besprochenen Plan, beschloß der Ausschuß, die Sitzung für den folgenden Nachmittag, den 17. August, in New York anzusetzen. Hiss wurde telegraphisch geladen, Chambers war unerreichbar und tauchte am 17. um die Mittagszeit im Senatsgebäude in Washington auf. Er wurde sofort in den Zug gesetzt und nach New York verfrachtet.

Die Sitzung findet in einer Suite im Hotel Commodore statt. Es ist einer jener brütend heißen Tage, für die Manhattan im Sommer berüchtigt ist. —

Hiss erscheint in Begleitung eines Freundes, Herrn Charles Dollard, eines Mitarbeiters von der Carnegie Corporation. Trotz aller Vorsichtsmaßregeln hatte die Presse des gleichen Tages von den Ausschußvorgängen des Vortages Wind bekommen und gewisse Einzelheiten in der üblichen Weise sensationell aufgemacht. Hiss ist empört, sehr begreiflicher Weise, und erklärt die Anwesenheit seines Freundes von der Carnegie Corporation als eine Art Selbstschutz. Nach einer einführenden Erklärung durch den Abgeordneten Nixon, die den Zweck der Sitzung, die Gegenüberstellung beider Zeugen, beschreibt, bekommt Hiss Erlaubnis, selbst eine Erklärung abzugeben. Hiss sagt: »Ich möchte protokollarisch festhalten, daß ich auf dem Wege hierher in der Zeitung vom Tode Harry [Dexter] Whites erfahren

habe. Die Nachricht hat mich tief erschüttert, und ich bezweifle, daß ich für eine Zeugenaussage in bester Verfassung bin. Natürlich will ich unter keinen Umständen die Möglichkeit versäumen, Herrn Chambers von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Ich wollte nur, daß das festgehalten wird.« Hiss bittet ebenfalls um Erlaubnis, an den Harvard Club telephonieren zu dürfen, um eine Verabredung abzusagen. Es wird ihm gestattet. Inzwischen sitzt Chambers im Nebenzimmer und wartet darauf, hereingerufen zu werden. Man ruft ihn, und er wird gebeten, Platz zu nehmen.

Abgeordneter Nixon: Herr Chambers, wollen Sie sich bitte erheben? Und würden Sie bitte auch aufstehen, Herr Hiss? Herr Hiss, dieser Herr hier ist Whittaker Chambers. Ich frage Sie jetzt, ob Sie ihn je früher gekannt haben.

Hiss: Darf ich ihn bitten, etwas zu sagen? Würden Sie ihn auffordern zu sprechen?

Nixon: Ja. Herr Chambers, würden Sie uns Ihren Namen und Ihre Beschäftigung angeben?

Chambers: Mein Name ist Whittaker Chambers.
(In diesem Augenblick geht Hiss auf Chambers zu.)

Hiss: Würden Sie Ihren Mund etwas weiter aufmachen?

Chambers: Meine Name ist Whittaker Chambers.

Hiss: Ich bat Sie, den Mund aufzumachen. (Zu Nixon) Sie wissen was ich meine, Herr Nixon. (Zu Chambers) Würden Sie weitersprechen?

Chambers: Ich bin *senior editor* der Wochenschrift *Time*.

Hiss: Darf ich fragen, ob seine Stimme dieselbe ist wie bei früheren Aussagen?

Nixon: Seine Stimme??

Hiss: Oder sprach er vielleicht etwas tiefer?

Abgeordneter McDowell: Ich denke, die Stimme war ungefähr dieselbe.

Hiss: Würden Sie ihn bitten, weiterzusprechen?

Nixon: Lesen Sie etwas, Herr Chambers. Hier ist —

Hiss: Ich glaube, er ist George Crosley, aber ich möchte ihn gern noch etwas länger sprechen hören.

McDowell: Herr Chambers, Sie können sich setzen, wenn es bequemer für Sie ist.

Hiss: Sind Sie George Crosley?

Chambers: Nicht soweit mir bekannt ist. Sie sind wohl Alger Hiss.

Hiss: Sicherlich.

Chambers: Das dachte ich. (Liest:) »Seit Juni« —.

Nixon (unterbricht): Augenblick bitte. Da beide Herren Fragen und Antworten austauschen, glaube ich, Herr Chambers sollte vereidigt werden.

Hiss: 'Ne gute Idee.

McDowell: Sie schwören feierlich, daß Ihre Aussagen vor diesem Ausschuß die Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit sein werden, so wahr Ihnen Gott helfe!

Chambers: Ich schwöre.

Nixon: Herr Hiss, ich will Ihnen eines sagen — ich habe vorgeschlagen, daß er vereidigt wird, und wenn ich so was sage, wünsche ich nicht von Ihnen unterbrochen zu werden.

Hiss: Angesichts der gestrigen Vorgänge, Herr Nixon, glaube ich nicht, daß Sie irgendwelche Veranlassung haben, zu mir in diesem Ton zu sprechen, und ich hoffe, das kommt ins Protokoll.

Nixon: Alles was heute hier gesagt wird, wird zu Protokoll genommen.

Stripling: Sie hatten angefangen, etwas zu lesen.

Chambers (liest aus der Wochenzeitschrift *News Week):* ... »Tobin für das Arbeitsministerium. Seit Juni ist Harry S. Truman mit dem Arbeitsministersessel hausieren gegangen, der durch den Tod Lewis B. Schwellenbachs freigeworden ist, in der Hoffnung, den größten politischen Vorteil aus der Ernennung zu ziehen.«

Hiss: Kann ich unterbrechen?

McDowell: Hm.

Hiss: Die Stimme klingt etwas weniger voll, als die des Mannes, den ich als George Crosley gekannt habe. Die Zähne sehen aus, als ob sie besser geworden sind oder beträchtliche zahnärztliche Behandlung erfahren haben, seit ich George Crosley kannte, und das liegt einige Jahre zurück. Ich glaube,

ich bin ohne weitere Untersuchung noch nicht in der Lage, auf meinen Eid zu nehmen, daß er George Crosley ist.

Nixon: Kann ich eine Frage an Herrn Chambers stellen?

Hiss: Ich möchte Herrn Chambers befragen, mit Verlaub.

Nixon: Ich frage jetzt! Herr Chambers, haben Sie seit 1934 ausgedehnte zahnärztliche Behandlung genossen?

Chambers: Ja, in der Tat.

Nixon: Was für eine Art Behandlung?

Chambers: Verschiedene Zähne gezogen und ein Gebiß.

Nach weiteren Einzelheiten über Chambers' Zahnbehandlung geht Abgeordneter Nixon dazu über, Hiss über seine Beziehungen zu George Crosley zu befragen. Seine Antworten decken sich im wesentlichen mit dem, was Chambers früher darüber ausgesagt hat, mit dem Unterschied natürlich, daß Chambers in seiner Darstellung der Kommunist und Kurier Carl war, während Hiss ihn als einen erfolglosen Schriftsteller George Crosley darstellt, der nichts zu beißen und zu brechen hatte. Herr Stripling äußert die Überraschung des Ausschusses darüber, daß Hiss einen Mann, den er nach seinen Antworten so gut gekannt hat, nach der Photographie überhaupt nicht und von Angesicht zu Angesicht nur mit großen Schwierigkeiten zu erkennen scheint. »Ich hatte den Eindruck, als Herr Chambers ins Zimmer kam und Sie zu ihm rübergingen, daß Sie Ihre Identifizierung ausschließlich auf den Zustand seiner oberen Vorderzähne abstellten. Und hier haben wir nun jemand, den Sie wenigstens mehrere Monate lang gekannt haben. Sie kannten ihn so gut, daß Sie ihn als Gast in Ihrem Hause hatten. Und nicht nur das, Sie gaben ihm auch Ihren alten Ford, stellten ihm Ihre Wohnung zur Verfügung ... und bei dieser äußerst wichtigen Gegenüberstellung ist das einzige, worauf Sie sich verlassen wollen, der Zustand seiner Zähne?« — Hiss pariert mit der Erklärung, daß es nicht seine Gewohnheit ist, in wichtigen Fragen übereilt zu ur-

teilen, daß der Mann ihm gegenüber verneint habe, George Crosley zu sein, und daß man ihm nicht erlaubt habe, Chambers weiter zu befragen. Der Ausschuß erlaubt Hiss sodann, selbst weitere Fragen an Chambers zu stellen, der seine Bereitwilligkeit bekundet, sich diesem Verhör durch Hiss zu unterziehen. Unter Kreuzverhör verneint Chambers wiederum, jemals unter dem Namen George Crosley gegangen zu sein, bejaht aber, in Hiss' Wohnung gelebt zu haben. Hiss nimmt an diesem Widerspruch Anstoß und bittet um Aufklärung. Mit Hilfe des Abgeordneten Nixon wird die Frage dahin formuliert, daß Hiss nicht verstehen könne, wie Chambers dazu kommt, zu verneinen, George Crosley zu sein und dennoch zu bejahen, in seiner [Hiss'] Wohnung gelebt zu haben.

Chambers: Wie ich früher sagte, kam ich als kommunistischer Funktionär nach Washington, als Funktionär der *CPA.* Ich arbeitete mit dem Untergrundapparat zusammen, zu dem Herr Hiss gehörte. Nach meinem besten Wissen, schlossen er und ich Freundschaft. Herr Hiss selbst schlug vor, daß ich in seine Wohnung ziehe, und ich nahm mit Dank an.

Nach einem kurzen Zwischenspiel, in das sich wiederum der Abgeordnete Nixon einschaltet, erklärt Hiss: »Herr Vorsitzender, ich bedarf keiner weiteren Fragen an Herrn Chambers mehr. Ich bin jetzt genügend vorbereitet, diesen Mann als George Crosley zu identifizieren.« Die Frage Striplings, ob er dem Ausschuß die Namen von anderen Leuten angeben könne, die Chambers als George Crosley gekannt haben, scheint Hiss den Atem zu verschlagen ...

Abgeordneter Nixon: Herr Hiss, ich möchte noch einen anderen Punkt klären. Herr Chambers sagte, er war Kommunist und Sie waren Kommunist.

Hiss: Ich habe ihn gehört.

Nixon: Wollen Sie dem Ausschuß bitte sagen, ob Sie, ja oder nein, während der Zeit, in der Sie ihn kannten, und das

schloß Zeiträume von 3 Nächten, oder 2 oder 3 Nächten und eine Fahrt nach New York ein, ob Sie aus Ihren Unterhaltungen einen Eindruck dahin gewonnen haben, daß er Kommunist war?

Hiss: Tja, mit Bezug auf unsere Unterhaltungen — und ich könnte sie leicht mit vielen anderen Unterhaltungen verwechseln, die 1934 und 1935 geführt wurden — wurde Politik häufig diskutiert.

Darf ich für die Niederschrift hinzufügen, daß man damals in Washington nicht die Gewohnheit hatte, besonders wenn man mit Presseleuten sprach, sich vorher zu erkundigen, ob sie Kommunisten waren oder nicht. Die Atmosphäre war damals in Washington eine andere als heute. Ich hatte keinerlei Grund, George Crosley für einen Kommunisten zu halten. Es kam mir gar nicht in den Sinn, daß er einer sein könnte oder daß mich das etwas anginge. Er war Pressevertreter, und es gehörte zu meinen Pflichten, ihm Auskunft zu erteilen, wie allen anderen Vertretern der Presse.

Es lag im Interesse des Ausschusses zur Untersuchung der Rüstungsindustrie und im Sinne seiner Mitglieder und des Büros, Leuten mit Informationen zur Hand zu gehen, die die Arbeit des Ausschusses popularisierten und darüber schrieben.

Ich muß schon sagen, mich hierherkommen zu lassen, um zu entdecken, daß der Esel im Löwenfell Crosley ist ... ich verstehe nicht ganz, warum Ihr Ausschuß eine derartig sorgfältige Befragung nicht schon früher, vor all dieser Publizität durchgeführt hat. Noch gestern sagten Sie mir, Sie wüßten nicht, ob er meinen Namen nennen würde, obgleich mir von allen Seiten gesagt wird, daß die Presse das vorher wußte. Anscheinend hatte die Presse bessere Informationsquellen als das Komitee. Das ist alles, was ich jetzt zu sagen habe.

Abgeordneter McDowell: Na, na, Herr Hiss, Sie identifizieren also positiv —

Hiss: Positiv auf Grund seiner eigenen Aussage, daß er zu der von mir angegebenen Zeit in meiner Wohnung war. Ich

habe keine weiteren Fragen. Wenn er beide Augen verloren und sich die Nase abgeschnitten hätte, würde ich sicher sein.

Chambers beantwortet die gleiche Frage bezüglich Hiss mit einem einfachen: positive Identifizierung. Hiss, anscheinend am Ende seiner Geduld, macht Miene auf Chambers loszugehen und tätlich zu werden. — Was hatte doch gestern der Abgeordnete Hébert gesagt?... »Ich weiß nicht, wer von Ihnen beiden lügt, aber wer der Lügner ist, ist sicherlich der größte Schauspieler Amerikas!«

Wiederum ist es Herr Stripling, der eine zusammenfassende Bemerkung macht. »Ich wundere mich über Ihre Feststellung vor dem Hausausschuß in Gegenwart von einigen hundert Personen, daß Sie diesen Mann nicht einmal kannten. Sie machten Publikum und Presse glauben, daß Sie diese Person nicht kannten. Und dabei«, fügte Stripling hinzu, »wußten Sie genau, daß das Publikum in den Glauben versetzt wurde, daß Sie niemals ein solches Individuum gesehen oder gehört hätten ... diesen Menschen hier, und jetzt kennen Sie ihn plötzlich.«

Mit einer Reihe weiterer Fragen beseitigt Abgeordneter Nixon jeden Zweifel daran, daß Hiss Chambers als den Mann (George Crosley) identifiziert, den er 1934 und 1935 gekannt, gut gekannt hat ...

Der Ausschuß zieht sich einige Augenblicke ins Nebenzimmer zurück, stellt nach seiner Rückkehr formell fest, daß Hiss »Whittaker Chambers bestimmt als die Person erkannt hat, die er unter dem Namen George Crosley kannte.« Der Ausschuß wird am 25. August in öffentlicher Sitzung in Washington zusammentreten, und Hiss und Chambers werden unter Strafandrohung vorgeladen werden. Am nächsten Morgen wird Frau Hiss vom Abgeordneten Nixon, der als Einmann-Komitee tagt, in Gegenwart ihres Mannes kurz vernommen.

Alger Hiss betrachtet das Foto von Chambers beim ersten Untersuchungsverfahren

Whittaker Chambers liest die Zeitungsschlagzeile mit der Mitteilung, daß der von ihm beschuldigte Alger Hiss des Meineides überführt wurde. 23. Januar 1950

Alger Hiss (ganz rechts), hoher Beamter im Außenministerium, beim Verhör der Miß Bentley vor dem Unamerican Activities Committee

Whittaker Chambers, früher kommunistischer Agent, dann erster Redakteur der Zeitschrift „Time“, stellt sich beim Verlassen des „Großen Geschworenenrats“, New York, am 7. Dezember 1948, den Zeitungsphotographen

Aber das *HUAC* beschränkt seine Vernehmungen nicht auf die Hauptpersonen im Drama Chambers — Hiss. Zwischen Chambers' erster Aussage am 3. August und der öffentlichen Gegenüberstellung vom 25. August fallen die Vernehmungen der sieben anderen Mitglieder der Zelle Ware. Mit Ausnahme von Hiss' Bruder verweigern alle, sich auf die Frage, ob sie Kommunisten waren oder nicht, einzulassen. Sie ziehen sich hinter die Schutzvorschrift des 5. Zusatzes zur Verfassung zurück, wonach niemand gezwungen werden kann, gegen sich selbst zu zeugen. Donald Hiss gibt zwar zu, die anderen gekannt zu haben, verneint aber, Whittaker Chambers je in seines Bruders Wohnung getroffen zu haben. Damit bleibt Alger Hiss der einzige, der darum ersucht hat, Gelegenheit zu bekommen, die falschen Beschuldigungen von Chambers zurückzuweisen. Auch ist er der einzige, der alle anderen Mitglieder der Zelle Ware (mit einer Ausnahme) zu kennen zugibt, der glatt ableugnet, jemals Kommunist gewesen zu sein und der Chambers unter einem anderen Namen zu kennen zugegeben hat.

Wie zu der öffentlichen Sitzung am 5. August drängt sich am 21. August die Menge im Sitzungssaal zum Schauspiel der Gegenüberstellung der beiden Hauptzeugen. Das erste Mal in der politischen Geschichte des Landes nimmt ein Teil der Bevölkerung mit Hilfe der Fernsehapparate als direkte Zuschauer an einer Affäre teil, über deren politische Implikationen man sich keiner Täuschung hingibt.

Es sollte Hiss vorbehalten bleiben, die Bedeutung der ganzen Affäre für die politische und außenpolitische Lage des Landes in Worte zu fassen. Er tut es mit folgender Erklärung: »Die Beschuldigung [daß ich ein Kommunist bin oder war] geht weit über das rein Persönliche hinaus. Man wird sie und die damit zusammenhängende Publizität dazu benutzen, die großen Erfolge dieses

Landes in der jüngsten Geschichte, an denen ich die Ehre hatte mitzuarbeiten, in Verruf zu bringen.« ...

Auch Chambers ist sich der Bedeutung der ganzen Angelegenheit scharf bewußt. Am Ende der neun Stunden langen Sitzung antwortet er auf die Frage nach dem möglichen Motiv für seine Aussage wie folgt: »Das Gerücht geht um, daß ich bei Ablegung meines Zeugnisses gegen Herrn Hiss eine alte Rechnung begleichen will, aus Rache handele oder Haßgefühle befriedigen will. Ich verspüre keinerlei Haß gegen Herrn Hiss. Wir waren eng befreundet. Aber wir sind beide im Netz einer geschichtlichen Tragödie gefangen. Nur unter Selbstvorwürfen und voller Mitleid habe ich gegen ihn ausgesagt, aber im gegenwärtigen Zeitpunkt der Geschichte unseres Volkes habe ich nicht anders zu handeln vermocht, Gott helfe mir.«

Und während solche Gedanken die beiden Antagonisten bewegen, werden sie beide von den prosaischen Volksvertretern scharf unter die Lupe genommen. Die Mitglieder des Ausschusses wollen tatsächliche Angaben nachprüfen, Widersprüche aufklären — und so machen sie Geschichte, vielleicht ohne es zu wissen. Der Untersuchungsstab ist nicht müßig gewesen. Die Ausschußmitglieder halten Beweise über Hiss' Verfügung über seinen alten Ford und den Ankauf eines neuen Plymouth in den Akten. Diese greifbaren Beweismittel stimmen mit Hiss' Aussagen nicht überein. Hiss' Haltung während der Vernehmung tut ein übriges. Während der ganzen Sitzung leitet er seine Antworten nicht weniger als 198mal mit der Floskel: »Soweit ich mich erinnern kann« *(according to my best recollection)* ein. Chambers Antworten bleiben wie früher, knapp, sachlich, unumwunden, direkt.

In einem vorläufigen Bericht, den der Hausausschuß drei Tage später vorlegt, liest man: »Bis jetzt haben sich die

nachprüfbaren Teile der Aussagen Chambers' bewahrheitet; die nachprüfbaren Aussagen von Hiss stehen auf höchst unsicheren Beinen und werden im wesentlichen schon durch Widersprüche in seinen eigenen Aussagen widerlegt.«

Hiss hatte Chambers wiederholt herausgefordert, seine Behauptung, daß er [Hiss] Kommunist sei oder gewesen sei, öffentlich, ohne den Zeugenschutz, den jeder Zeuge vor einem Ausschuß der Volksvertretung genießt, zu wiederholen, so daß er ihn wegen Beleidigung belangen könne. Das erstemal während der Gegenüberstellung im Commodore-Hotel. Die Herausforderung war am 24. August in den Zeitungen wiederholt worden und in der öffentlichen Sitzung vom 25. August erneut von Hiss gestellt worden.

Nach anfänglichem kurzen Zögern nahm Chambers die Herausforderung an. Während eines Frage- und Antwortprogramms *(Meet the Press)* am Abend des 27. August — und ein solches Radioprogramm hat in seiner Handhabung sehr viel stärkeren inquisitorischen Charakter als irgendeine Vernehmung vor den Volksvertretern — wurde Chambers die Frage gestellt, ob er bereit sei, seine Behauptung, Hiss sei Kommunist gewesen, zu wiederholen. Chambers antwortete: »Alger Hiss war Kommunist und ist es vielleicht noch.« Bewußt setzte er sich damit dem Gegenangriff Hiss' aus. Bewußt nahm er damit all die Unannehmlichkeiten auf sich, die mit einem Beleidigungsverfahren im angloamerikanischen Recht unvermeidbar verbunden sind.

Neugierig und gespannt wartete das Publikum auf die Nachricht, daß Hiss seine Beleidigungsklage erhoben habe.

Inzwischen geschah eines jener merkwürdigen Ereignisse, die man in solch einem Zusammenhang nur mit Mühe als bloßen Zufall betrachten kann.

Nachdem die Behörden jahrelang vergeblich versucht hatten, des schon früher erwähnten Leiters des sowjetischen

Untergrundapparats, J. Peters, habhaft zu werden, hatte man ihn jetzt endlich erwischt. Peters war wohl der Mann, der besser als jeder andere zur Aufklärung der Affäre Chambers — Hiss hätte beitragen können. Natürlich berief er sich bei seiner Vernehmung vor einem Unterausschuß des *HUAC* auf den 5. Zusatz zur Verfassung und verweigerte die Aussage ... Das Justizministerium zog es vor, ihn kurzer Hand des Landes zu verweisen und damit unwiderruflich eine mögliche Informationsquelle zu verstopfen.

Etwa ein Jahr später sollte es noch einem anderen dieser roten Hechte im Karpfenteich, die mit der Gastfreundschaft und dem guten Glauben des amerikanischen Volkes Schindluder getrieben hatten, Gerhart Eisler, gelingen, den amerikanischen Behörden ein Schnippchen zu schlagen und auf der »Batory«, einem polnischen Schiff, zu entwischen.

Ob Alger Hiss vier Wochen für die Anstrengung seiner Beleidigungsklage nötig hatte oder nicht, ist eine offene Frage. Auf jeden Fall zeigte sich die Presse bald ungeduldig. In einem Leitartikel beklagte die *Washington Post*, die sich sehr für Hiss eingesetzt hatte, daß durch die Verzögerung der Klageerhebung ein falscher Eindruck entstehe, während die populärste Tageszeitung der Vereinigten Staaten, die *New York Daily News* sich auf die schnippische Frage beschränkte: »Na, Alger, wo bleibt der Prozeß?« Am 27. September erhob Hiss Klage wegen Beleidigung vor dem Bundesgericht in Baltimore.

Im Beleidigungsverfahren gibt es im amerikanischen Rechtssystem die Einrichtung des *pre-trial hearing*, der gegenseitigen Vernehmung der Parteien vor dem Prozeß. Während eines dieser Verhöre durch die Anwälte von Hiss legte Chambers am 17. November Abschriften von Dokumenten des Außenministeriums, Denkschriften in Hiss'

eigener Handschrift sowie ein Memorandum in Harry Dexter Whites Handschrift vor! Nach seiner Behauptung waren ihm diese von Hiss, beziehungsweise White zur Weiterleitung durch den kommunistischen Untergrundapparat übergeben worden.*

---

* Eine chronologische Aufzählung der Ereignisse mag von Interesse sein:

3. August 1948:	Chambers nennt Hiss in öffentlicher Sitzung vor dem *HUAC* einen Kommunisten.
5. August 1948:	Hiss leugnet vor dem gleichen Gremium ab.
7. August 1948:	Chambers wird vor dem *HUAC* in nichtöffentlicher Sitzung gehört.
16. August 1948:	Hiss wird vor dem *HUAC* in nichtöffentlicher Sitzung gehört.
17. August 1948:	Gegenüberstellung von Hiss und Chambers vor einem Unterausschuß des *HUAC* in New York.
25. August 1948:	Hiss und Chambers vor dem *HUAC* in öffentlicher Sitzung in Washington.
27. August 1948:	Chambers wiederholt seine Behauptung öffentlich, ohne Zeugenschutz am Rundfunk *(Meet the Press)*.
27. September 1948:	Hiss strengt Beleidigungsklage gegen Chambers beim Bundesgericht in Baltimore an.
17. November 1948:	Im Laufe eines *pre-trial hearing* legt Chambers eine Reihe Dokumente des Außenministeriums vor, die ihm angeblich von Hiss übergeben worden sind.
2. Dezember 1948:	Auf Ladung übergibt Chambers dem *HUAC* fünf Mikrofilmrollen von einer größeren Anzahl geheimer Dokumente.
6. Dezember 1948:	Das Justizministerium beruft den Großen Geschworenenrat ein zur Voruntersuchung bezüglich Spionage.
6.—15. Dez. 1948:	Alger Hiss, Chambers, Donald Hiss, Frau Hiss und Julian Wadleigh werden als Zeugen vor dem Großen Geschworenenrat vernommen.
7.—10. Dez. 1948:	Vernehmung von Sumner Welles, Julian Wadleigh und Nathan Levine vor dem *HUAC* in öffentlicher Sitzung.
10. Dezember 1948:	Chambers tritt von seinem Posten als *senior editor* von *Time* zurück.
13. Dezember 1948:	Hiss legt sein Amt als Präsident der Carnegie-Friedensstiftung nieder.
15. Dezember 1948:	Hiss wegen Meineids unter Anklage gestellt.
31. Mai-8. Juli 1949:	Der erste Prozeß Hiss.
21.— 25. Jan. 1950:	Der zweite Prozeß Hiss.
25. Januar 1950:	Hiss wird zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Laufe seiner früheren Vernehmungen wie auch noch in seiner Vernehmung als Zeuge vor dem Großen Geschworenenrat des südlichen Distriktes des Staates New York, hatte Chambers keinerlei Andeutung gemacht, daß er irgendwelche schriftlichen Beweise für Hiss' merkwürdige Aktivitäten in den Händen hatte. Chambers erklärt diese überraschende Zurückhaltung in seinem Buch *Der Zeuge (Witness)* damit, daß es ihm weniger darauf ankam, Menschen wie Hiss mit Spionage zu belasten, als generell und nachdrücklich auf die bestehende Verschwörung aufmerksam zu machen[48]. Dafür, daß er selbst am 17. November nicht alle derartigen Beweise vorlegte, sondern 5 Rollen Mikrofilm zurückhielt, die er in einem ausgehöhlten Kürbis *(pumpkin)* auf seiner Farm versteckt hatte, gibt Chambers die plausible Erklärung, daß er erst sehen wollte, ob diese Filme etwas mit Hiss zu tun hatten.

Mit dem Auftauchen von Abschriften von Geheimdokumenten des Außenministeriums wurde die Frage der Spionage akut. Das Justizministerium wurde informiert und die Dokumente wurden in offiziellen Gewahrsam genommen. Schweigepflicht band die Beteiligten, so daß die Öffentlichkeit einschließlich des *HUAC* nicht unmittelbar von dieser überraschenden Entwicklung der Dinge hörte. Am 1. Dezember machte das Justizministerium von dem Bescheid Mitteilung, daß außer im Falle des Auftauchens weiterer Beweise irgendein Eingreifen im Falle Hiss—Chambers zur Zeit nicht geplant sei.

Eine kleine Notiz in einer Washingtoner Zeitung vom 1. Dezember erregte den Spürsinn des Hauptuntersuchungsbeamten des *HUAC*, Robert E. Stripling. Die Zeitung deutete eine überraschende Entwicklung der Angelegenheit während des Verhörs von Chambers im *pre-trial hearing* in Baltimore an. Stripling machte einen fruchtlosen Versuch,

Chambers Schweigen zu brechen. Am 2. Dezember wurde Chambers unter Strafandrohung aufgefordert, alle noch etwa in seiner Hand befindlichen Beweise bezüglich des Falles Hiss auszuliefern. Am Abend des gleichen Tages entnahm Chambers dem ausgehöhlten Kürbis einen entwickelten Film und die unentwickelten Filmrollen und übergab sie zwei Beamten des *HUAC*. Der Ausschuß machte der Presse von der sensationellen Wendung sofort Mitteilung — und der amerikanische Zeitungsleser verbrachte einige vergnügte Minuten mit den Meldungen von den »*Pumpkin-Papers*«, zumal es sich die Presse nicht entgehen ließ, die komische Natur des Verstecks gebührend aufzuspielen.

Dem Durchschnittsamerikaner wurde dabei wohl kaum unmittelbar klar, daß die ganze Sache auf eine Art Wettrennen zwischen dem *HUAC* und der Regierung hinauslief. Die Zeitfolge der Ereignisse zeigt deutlich, daß es dem Hausausschuß darauf ankam, die Angelegenheit unter allen Umständen an die Öffentlichkeit zu bringen, während die Regierung Truman offensichtlich eine weniger öffentliche Behandlung des ganzen Falles vorgezogen hätte. Das wird verständlich, wenn man die politischen Tagesereignisse in Rechnung stellt. Truman hatte seinen Überraschungssieg in der Wahl vom 2. November 1948 gewonnen. Auch die Mehrheit der Volksvertretung würde im neuen Kongreß demokratisch sein, und das heißt unter anderem, daß der Vorsitz in den Ausschüssen und Komitees aus den Händen der Republikaner in die Hände der Demokraten übergehen würde. Da während des Wahlkampfs der Kommunismus und eine gewisse Laxheit der demokratischen Regierung diesem Fragenkomplex gegenüber eine überaus wichtige Rolle gespielt hatten, wird die Interessenlage der beiden großen politischen Gruppen klar: den Demokraten lag daran, die ganze Affäre in der Hand zu behalten und so

wenig Aufhebens wie möglich davon zu machen, während es den Republikanern des *HUAC* darauf ankam, dies zu verhindern.

Aber mit politischen Skandalen, wie mit andern sozialen Übeln, auch mit Kriegen und Revolutionen hat es seine eigene Bewandtnis. Es gibt offenbar Menschen, die es verstehen, derartige Entwicklungen in Gang zu bringen, aber niemand hat jemals herausgefunden, wie sie wieder angehalten werden können. Da bleibt dann nur die Möglichkeit, die Sache bis zum bitteren Ende ihren Lauf nehmen zu lassen. Und so geschah es auch im Falle Chambers — Hiss. Dank der Wachsamkeit des *HUAC* in Verbindung mit der politischen Interessenlage der Republikaner wurde eine »*Revolte in Amerika*« eingeleitet, die sehr bald den ursprünglich engen Rahmen sprengte und wesentlich mehr wurde als eine Angelegenheit zwischen einem pflichtvergessenen Beamten, Alger Hiss, und einem ehemals kommunistischen Denunzianten, Whittaker Chambers, der durch den Kontakt mit Quäkern, die Arbeit auf seiner Farm und die Verbindung zu einfachen Menschen des Landes heimgefunden hatte.

Während der Vernehmungen vor dem Großen Geschworenenrat gaben beide Gegner ihre Lebensstellungen auf.

Am 15. Dezember 1948 begannen die Mühlen der Justiz zu mahlen. Der Große Geschworenenrat erhob Anklage gegen Hiss wegen Meineids in zwei Fällen. Nach der Anklage hat Hiss erstens unter Eid verneint, im Februar oder März 1938 Chambers geheime Dokumente des Außenministeriums überantwortet zu haben; er hat zweitens unter Eid verneint, Chambers im Februar oder März 1938 gesehen und mit ihm gesprochen zu haben.[49]

Der erste Prozeß Hiss begann am 31. Mai 1949 vor dem *U.S. District Court* des *Southern District of New York*. Am

7. Juli zogen sich die Geschworenen zurück. Nach stundenlangen Beratungen teilten sie mit, daß sie sich nicht auf ein Urteil einigen konnten: 8 unter ihnen hielten Hiss für schuldig und 4 nicht. Sie wurden entlassen, und ein neuer Prozeß wurde eingeleitet. Er begann am 17. November 1949, genau ein Jahr nachdem Chambers in Baltimore Dokumente des Außenministeriums in Hiss' Handschrift vorgelegt hatte. Am 20. Januar 1950 zogen sich die Geschworenen wiederum zur Beratung zurück, und am 21. Januar sprachen sie Hiss im Sinne der Anklage schuldig — einstimmig, wie das Gesetz es erfordert. Am 25. Januar erkannte *Judge* Goddard, der den Vorsitz im zweiten Hiss-Prozeß führte, auf 5 Jahre Gefängnis.

Damit endete der Hiss-Prozeß — wenigstens soweit er in den Tätigkeitsbereich der amerikanischen Justiz fiel. — Alle Rechtsmittel wurden vom Angeklagten ohne Erfolg erschöpft.

Im politischen Bereich wurde das Urteil zum Signal für eine intensive Wachsamkeit gegenüber der kommunistischen Gefahr, und es wurde zum Wahrzeichen für ein Mißbehagen, das sich der Majorität der Bevölkerung angesichts der fortdauernden Enthüllungen allmählich bemächtigt hatte. Diesem Mißbehagen gab der Schuldspruch der zwölf Geschworenen — sieben Hausfrauen, ein Prokurist, ein Hypothekenfachmann, ein Optiker, ein leitender Angestellter einer Elektrizitätsgesellschaft und ein Kunststoff-Fabrikant im Ruhestand — sozusagen dauerndes Bürgerrecht.

VOX POPULI

Persönlichkeit und Stellung der Hauptbeteiligten in der Affäre Hiss — sowie auch die Dramatik der Ereignisse, die ihren Verlauf bestimmten — mögen zumindest teilweise erklären, warum gerade dieser Fall die amerikanische Öffentlichkeit in so starkem Maße beschäftigte. Größere Bedeutung kommt ihr indessen als einem Kristallisationspunkt im Für und Wider um die mit Roosevelts Namen verknüpfte Politik der Illusionen zu.

Es war unvermeidlich, daß Hiss in der Vorstellung der Bevölkerung zum Symbol der Epoche des *New Deal* wurde. Es war unvermeidlich, daß seine Verbindung mit dem kommunistischen Untergrundapparat durch die beunruhigenden Erfolge des totalitär regierten russischen Riesenreiches in ein besonders grelles Licht gesetzt wurde. Es war unvermeidlich, daß schon die Tatsache der bloßen Möglichkeit, einen Mann wie Hiss zu verdächtigen, im Publikum Zweifel an der Verläßlichkeit der von Roosevelt großgezogenen Bürokratie aufkommen ließ.

Zu diesen gewissermaßen zwangsläufigen Folgen, die die Affäre Hiss als soziale Erscheinung hatte, gesellte sich der Umstand, daß die Regierung Truman und eine Reihe von liberalen Intellektuellen, die auf ihr unter Roosevelts Ägide gewonnenes Ansehen als »Experten« in Fragen des Gemeinschaftslebens überaus eifersüchtig waren, für Hiss Stellung nahmen.

Truman, in den Mantel Rooseveltscher Ideale gehüllt, hatte nichts von der politischen Virtuosität seines Vorgängers geerbt. Wohl versuchte er, auf die russischen Schachzüge entsprechend zu reagieren, aber er verstand es nicht, aus der Not eine Tugend zu machen. Die Zurückhaltung und das zögernde Eingreifen des Justizministeriums hatte den Eindruck aufkommen lassen, daß man in offiziellen Kreisen kurztreten wollte. Dazu kam der politische Bumerang der »*red herring*« Bemerkung. Das in seinem politischen Effekt bedeutsamste Element der ganzen Angelegenheit waren indessen die Leumundszeugen, die im Hiss-Prozeß in Erscheinung traten. Unter diesen fanden sich zwei Richter des Obersten Gerichtshofes. Der frühere Harvardprofessor *Felix Frankfurter* erschien freiwillig, um für Hiss, der eben auch nach der boshaften Redensart im Volksmund eins der »Frankfurter Würstchen« des *New Deal* gewesen war, Zeugnis abzulegen. Das andere Mitglied des höchsten Gerichtshofes des Landes war *Justice Stanley Reed*, der als *Solicitor General* Hiss in seinem Büro angestellt hatte. Er erschien auf Vorladung. Beide waren 1939, beziehungsweise 1938, von Roosevelt ernannt worden. Beide legten für Hiss ein gutes Leumundszeugnis ab. Die Verteidigung verlas einen Brief des Gouverneurs des Staates Illinois, *Adlai Stevenson* (derselbe, der im Jahre 1952 als Präsidentschaftskandidat der demokratischen Partei das Rennen gegen Eisenhower verlor). Sie legte ferner eine in Paris zu Protokoll gegebene Aussage von Professor *Philipp Jessup* vor, der damals als Vertreter und Berater des amerikanischen Außenministers auf einer Konferenz der Außenminister Frankreichs, Englands und Amerikas in der französischen Hauptstadt weilte. Beide sprachen sich zugunsten von Hiss aus. Sogar nach der Verurteilung verstand sich Außenminister *Dean Acheson* in einer Pressekonferenz zu der berühmten, bewußt biblisch

untermalten Äußerung: »*I will not turn my back on Alger Hiss*« (Ich werde mich nicht von Alger Hiss abwenden).

Diese Identifizierung von Koryphäen der *New-Deal*-Zeit mit Alger Hiss verfehlte natürlich nicht ihren tiefen Eindruck auf die Bevölkerung. Als schließlich die zwölf Geschworenen im zweiten Hiss-Prozeß das Schuldurteil aussprachen, war damit gleichzeitig ausgedrückt, daß ein Teil des Volkes im Falle Hiss die Ansicht einiger hochgestellter Persönlichkeiten des *New* und *Fair Deal* durchaus nicht — zum Teil auch: durchaus nicht mehr — teilte.

Die *vox populi* hat in den Vereinigten Staaten ihre ganz besondere Bedeutung. Alle, die von der Gunst des Publikums abhängen — von den Filmstars über die Presse bis zu den Politikern — müssen sich den Wünschen des Publikums anpassen, um im Spiel zu bleiben, müssen sich zu Vertretern der Wünsche des Publikums aufwerfen, um ins Spiel zu kommen. So ist es leicht verständlich, daß die Gegner Roosevelts und Trumans, ob sie nun Volkstribunen oder Journalisten waren[50], die Elemente der Affäre Hiss zum Angelpunkt ihrer Opposition machten und machen konnten. Natürlich spielte dabei auch eine erhebliche Rolle, daß kurz nach dem Urteil im Hiss-Prozeß der englische Atomspion Klaus Fuchs sein Geständnis ablegte, was seinerseits die Einleitung der Strafverfolgung seiner amerikanischen Komplicen, der Rosenbergs u. a., im Gefolge hatte.

Schließlich muß noch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß der Fall Hiss, wenn es sich dabei auch der Form nach um eine Meineidssache handelte, im Grunde ein Fall von Spionage zugunsten einer fremden Macht, ja, ein Fall von »Verrat« war. Das Delikt des Verrats oder *treason* hat in der amerikanischen Verfassungsmythologie eine besondere Bedeutung[51]. Es ist das einzige Delikt, das als solches in der Verfassung definiert ist[52]. Kraft dieser Erhebung

über alle anderen nach amerikanischem Recht strafbaren Handlungen, ist »*treason*« hervorragend dazu geeignet, irrationale Reaktionen in der Bevölkerung auszulösen.

Truman hatte im November 1948, kurz vor Abschluß des Verfahrens Hiss, die Wahl gewonnen. Mit ihm war auch die Mehrheit im Abgeordnetenhaus und im Senat wieder in demokratische Hände übergegangen. Die Leitung des Gemeinwesens lag damit während der weiteren Verfolgung dieser Affäre, der Strafverfolgung der Rosenbergs, sowie der Prozesse gegen die verschiedenen Führer der *CPA* fest in den Händen der *New-* und *Fair-Deal*-Partei. Das heißt, daß nicht nur die Exekutive nach der Pfeife der Demokraten tanzen mußte, sondern insbesondere auch, daß in den verschiedenen Ausschüssen der Volksvertretung sich der Vorsitz in den Händen der demokratischen Majorität befand.

Getreu der antikommunistischen Tradition der Partei und angespornt durch den Erfolg langjähriger Beharrlichkeit im Falle Hiss, zeigte sich die republikanische Opposition keineswegs geneigt, sich mit den von der demokratischen Regierung ergriffenen Maßnahmen zufrieden zu geben. Weniger als einen Monat nach dem Urteil im Hiss-Prozeß, am 9. Februar 1950, ließ sich Senator *Joseph R. McCarthy* — wie jeder hartnäckige Politiker ständig bestrebt, Schwächen seiner Gegner bloßzustellen — in einer Ansprache vor einer republikanischen Frauengruppe in Wheeling, West Virginia, dahin vernehmen, daß ihm eine Anzahl Kommunisten namentlich bekannt seien, die noch immer im Außenministerium beschäftigt wären. Damit stieß Joe McCarthy in ein Wespennest. Die politischen Erben Roosevelts begannen, sich zu ihrer privaten Ehren- und politischen Lebensrettung auf McCarthy als Generalgegner zu konzentrieren.

Der *Junior Senator* von Wisconsin (*junior* heißt hier an Jahren der Senatsmitgliedschaft jünger), ein Katholik irischer Abstimmung, der als ursprünglicher Demokrat zur republikanischen Partei übergewechselt war, setzte sich das Ziel, den Kommunisten das letzte Wasser abzugraben. Er war damit keineswegs allein. Ein derartiges Programm entsprach durchaus den Wünschen seiner Wähler, und nicht nur seiner Wähler, sondern den Wünschen der überwältigenden Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung, ganz ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit.

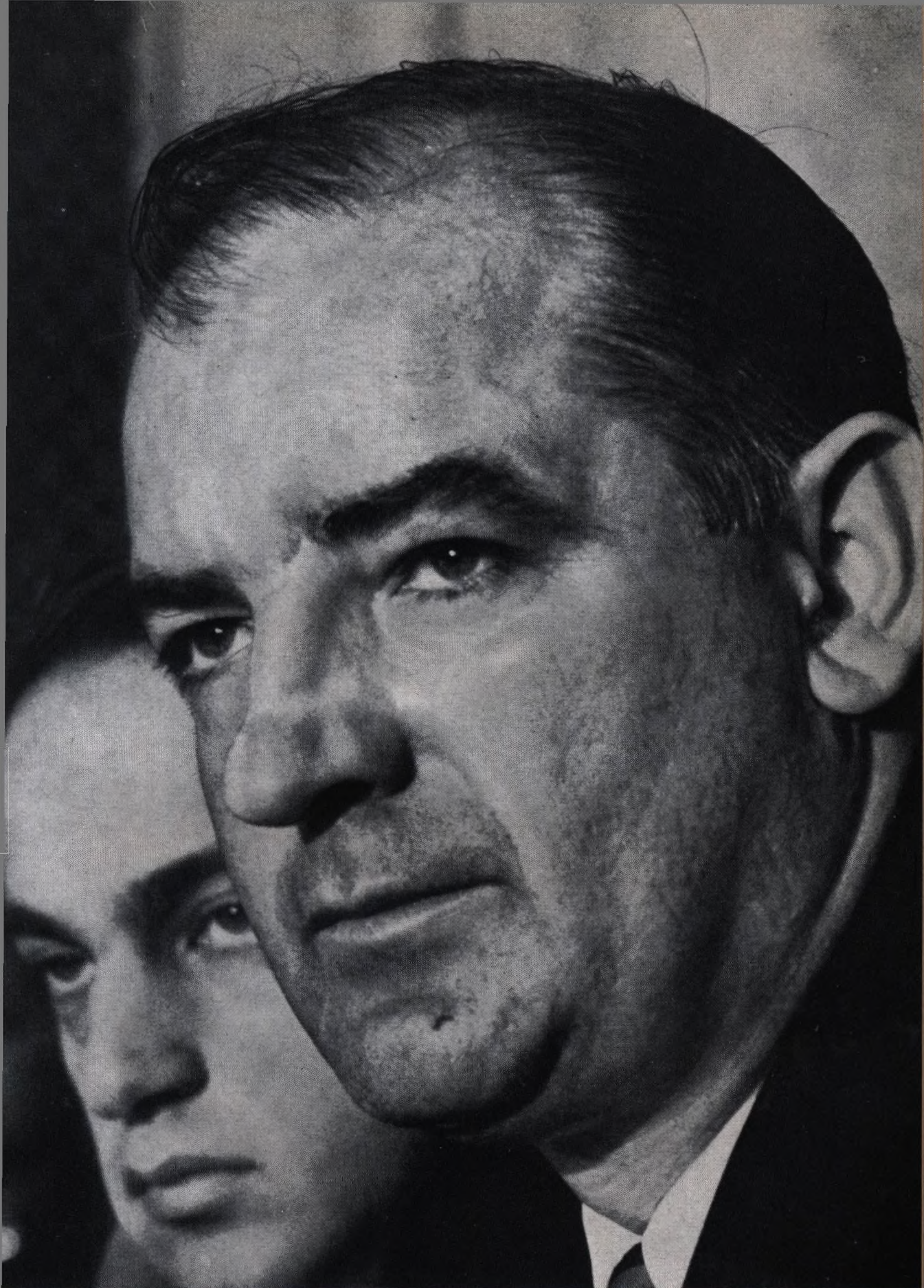
Ein kurzer Überblick über »Joe« McCarthys Herkunft und politische Karriere mag zum Verständnis für die Anziehungskraft dienen, die dieser Politiker auf gewisse Kreise der amerikanischen Bevölkerung ausübt[53]. Als fünftes Kind unter sieben Geschwistern wurde Joseph Raymond dem Bauernehepaar Timothy und Bridget McCarthy am 14. November 1908 geboren. Die *farm* der McCarthys lag in Grand Chute, Outagamie County im Staate Wisconsin. Früh prägte sich Joe McCarthy das eherne Muß ein, unter dem das Leben der nicht mit weltlichen Gütern Gesegneten in den Vereinigten Staaten wie anderswo steht: Arbeit, mehr Arbeit, viel Arbeit, harte Arbeit! Dem strengen Katholizismus der irischen Eltern und der in den Rhythmus der Natur eingebetteten bäuerlichen Existenz mit ihrem Sechzehnstundentag und der Siebentagewoche unterwarf sich der junge McCarthy willig. In der Landschule (Underhill Country School), wo allen acht Jahrgängen gleichzeitig, in einem Raum, die Geheimnisse des Abc und des Einmaleins eingetrichtert wurden, konnte natürlich zur Befriedigung und Lenkung einer durstigen Phantasie kaum große Sorgfalt aufgebracht werden. Mehr als seine Altersgenossen suchte sich Joe McCarthy durch Lesen außerhalb der Schule selbst zu helfen. Sein Interesse am geschriebenen Wort ver-

ringerte sich indessen nach der Absolvierung der Grundschule.

Nach vorläufig beendeter Schulzeit veranlaßte das Bedürfnis, sich und anderen zu beweisen, was für ein Kerl er war, bereits den Vierzehnjährigen zum Aufbau einer eigenen Hühnerzucht, in die er seine ersten selbstverdienten Dollars steckte. Auf einem vom Vater Timothy zum damals üblichen Zins gepachteten Stück Land war dieses Unternehmen nach wenigen Jahren recht erfolgreich. Unvermeidliche Rückschläge überzeugten jedoch McCarthy rasch, daß er für andere Dinge als die Hühnerzucht berufen sei. Natürlich war dabei auch das Familienziel mitbestimmend, die folgende Generation im Leben vorankommen zu sehen, und Joe McCarthy folgte dem Zug eines Teiles der Landjugend nach der Stadt.

Der nun Neunzehnjährige ging nach Manawa, einer »Großstadt« von damals 5000 Einwohnern. Als Geschäftsführer einer Filiale im Gemischtwarengroßhandel *(grocery chain)* verdiente er sein Leben und machte er seine ersten Erfahrungen im Umgang mit Menschen. Seine unermüdliche Arbeitslust und sein Wille, voranzukommen, machten das von ihm geleitete Geschäft in kurzer Zeit zur erfolgreichsten Filiale des Unternehmens. Dem Zwanzigjährigen wurde klar, daß für einen weiteren Aufstieg seine etwas dürftige Schulbildung hinderlich war. In einem Jahr holte er vier Jahre *High School* nach, wesentlich unterstützt durch ein stark visuelles Gedächtnis.

Das High-School-Diplom öffnete ihm die Tore der Universität Marquette, einem Jesuitenkolleg in Milwaukee. Die technischen Studien, denen er zunächst nachging (mit dem Ziel eines Ingenieurdiploms), befriedigten ihn nicht. Menschen interessierten ihn, das Sich-Messen mit anderen Persönlichkeiten, das Sich-Stärker-Erweisen als andere, reizten



Senator Joseph McCarthy mit seinem Anwalt Roy Cohn, während sie im McCarthy-Stevens-Untersuchungsverfahren am 23. April 1954 im Senatsgebäude die Aussagen Stevens', des Ministers für Armeeangelegenheiten, anhören



Gerhart Eisler, der das Haupt des Kommunismus in USA war, entfloh auf einem polnischen Schiff, wurde in Southampton von der englischen Polizei festgenommen und vor Gericht gestellt. Das Bild zeigt ihn am 29. Mai 1949 in Southampton, wie er nach seinem Freispruch zum Lunch geht. Seine Freiheit verdankte er dem Unterschied zwischen der amerikanischen und der englischen Begriffsbestimmung des Meineids

ihn mehr als mathematische Formeln und wohlgeölte Maschinen. Er sattelte um und studierte nunmehr die Rechte. Das Zusammensein mit anderen Rechtsstudenten, die politischen Diskussionen, mit denen die Jünger der Justitia die schale Kost der Paragraphen würzen, das Vereinsleben in der *Delta-Theta-Phi*-Bruderschaft — all das lag ihm sehr. Seine ersten Erfahrungen in politischer Praxis machte er anläßlich seines erfolgreichen Versuchs, zum Präsidenten seines Jahrganges gewählt zu werden. Daneben studierte er fleißig. Sein visuelles Gedächtnis half ihm wiederum enorm, doch in der Rechtsphilosophie bekam er die schlechteste Note.

Nur wenige Stunden nach seiner Zulassung zur Anwaltschaft des Staates Wisconsin eröffnete McCarthy ein Anwaltsbüro in Waupaca. Allein und selbständig, meist ohne Klienten (in den ersten 9 Monaten hatte er ganze vier Rechtsfälle), widmete sich McCarthy mit großem Eifer dem Pokerspiel und mit großem Ernst dem Versuch, sich in der Gemeinde bekannt und lieb Kind zu machen. Er wurde Mitglied der *Junior Chamber of Commerce*, des *Lions Club*, der *County Bar Association* und einer Vereinigung von Geschäftsleuten. Er stellte sich bereitwilligst als Organisator von Wohltätigkeitsveranstaltungen und Festredner zur Verfügung. Doch reizte ihn die Politik, sie ließ ihn nicht los, und der Anwaltsberuf war ihm nicht mehr und nicht weniger als ein notwendiges Sprungbrett für eine politische Karriere.

Anfang 1936 nahm er das Angebot eines bekannten republikanischen Anwalts aus Shawano an, in seine Praxis als Hilfskraft einzutreten. Auch Rechtsanwalt Mike Eberlein hatte die Politik im Blut, aber seine mäßige Leidenschaft hatte ihn nicht gehindert, sich eine gute, einträgliche Praxis aufzubauen. Sein politisches Ziel war, zum Richter gewählt

zu werden, ein üblicher Kulminationspunkt der Laufbahn bewährter und angesehener Rechtsanwälte in den Vereinigten Staaten. McCarthy war noch nicht ganz ein Jahr in Shawano, als er den ersten seriösen Versuch machte, zu einem Amt gewählt zu werden, nämlich dem des Staatsanwalts des Distriktes Shawano county. Er kandidierte als Demokrat, der traditionellen Partei der Katholiken irischer Abstammung — ohne Erfolg. Die von Bob LaFollette gegründete *progressive party* war damals die weitaus populärste Partei in Wisconsin. Aber als Übung im Handwerk des Stimmenfangs wußte McCarthy seinen ersten politischen Versuch wohl auszunutzen. Hatte er es in den Vorwahlen nur auf 577 Stimmen gebracht, so machte sich das Händeschütteln und seine Unermüdlichkeit in der Wahlkampagne mit 3422 Stimmen bezahlt. Drei Jahre später gelang es McCarthy, die skeptischen politischen Sachverständigen mit seinem Sieg im Wahlkampf um das Richteramt eines *circuit judge* zu überraschen.

Aber wie vorher der Anwaltsberuf war auch das Richteramt für den rastlosen Politiker nur ein Schritt auf dem Wege. Sein politischer Ehrgeiz drängte ihn, um größeren Einsatz zu spielen. Am Krieg nahm McCarthy als Freiwilliger im Seesoldatenkorps teil. Das *Marine Corps* steht in den USA im Ruf einer militärischen Elitetruppe und seine Angehörigen werden allgemein als die tüchtigsten Soldaten betrachtet. In Kriegs- und Nachkriegszeiten ist das natürlich ein wichtiges Moment für jemand, der wie McCarthy wie ein Besessener hinter der Gunst der Wähler her ist. Sein »Heldentum« während des Krieges kam ihm in seiner Kampagne um die Wiederwahl als *circuit judge* im Jahre 1944 sowie in seiner Kampagne des Jahres 1946 um die Wahl zum Senator des Staates Wisconsin sehr zustatten. Für seine Kampagne um den Senatssitz versicherte sich

McCarthy der Hilfe und Mitarbeit der politischen Organisation der *Young Republicans* von Wisconsin, denen dieser hart arbeitende *self-made*-Politiker mit dem Nimbus des Kriegshelden so recht gefiel. Ein Demokrat hat nun einmal in dem traditionell republikanisch-progressiven Wisconsin keine Chancen, zu einem nationalen Amt gewählt zu werden. McCarthys Meisterschaft in der politischen Kleinarbeit machte sich bezahlt — und in den Vorwahlen um die Ernennung besiegte er Senator Robert LaFollette — wiederum entgegen den Voraussagen der politischen Experten. In der drei Monate später stattfindenden allgemeinen Wahl gewann er mit einer Mehrheit von rund 250 000 Stimmen. So erfüllte sich für den Achtunddreißigjährigen der Traum so manchen Politikers, als Vertreter seines Heimatstaates in den Senat der Vereinigten Staaten — des exklusivsten, auf 96 Mitglieder beschränkten Clubs der Welt — delegiert zu werden. In ihren allgemeinen Zügen ist McCarthys Karriere ein typisch amerikanisches Phänomen; sie erhielt ihren besonderen Stempel durch den zielbewußten Ehrgeiz des jungen Politikers.

In den ersten Jahren seiner Mitgliedschaft im Senat, also auf der nationalen politischen Bühne, trat McCarthy nicht besonders in Erscheinung. In bezug auf die gesetzgeberischen Funktionen des Senats schien sein Stern nicht besonders hell. In der Kommunistenfrage hatten zum Beispiel die Namen zweier seiner damaligen Senatskollegen — Karl Mundts und Richard Nixons (des gegenwärtigen Vizepräsidenten) — einen weit größeren Klang. Aber sein Drang, an der größeren Politik mitzuwirken, war äußerst stark, und das Problem der inneren kommunistischen Gefahr schien ihm Möglichkeiten zu bieten, ihn auf seine Weise zu befriedigen. Seine Persönlichkeit umfaßte die Elemente, die die ausschließliche Verfolgung einer derartigen, an sich recht

beschränkten Aufgabe erfordert: Jagdinstinkt, Polizistenmentalität, Freude am Kampf und am Raufen, Sucht nach Publizität, ein theatralisches Bedürfnis, den großen Mann zu spielen, sowie eine gehörige Dosis intellektueller Naivität. Wenn die Umstände und Zeitverhältnisse einer derartigen Persönlichkeit erlauben, an der Klärung einer für die Nation vitalen Problematik ausschlaggebend mitzuarbeiten, so bedarf es schon anderer Fähigkeiten als sie ein Volkstribun gewöhnlich besitzt, um nicht der Demagogie anheimzufallen. Die Umstände, unter denen McCarthy auftrat, waren für ihn wie nach Maß gemacht.

Die Allergie des Amerikaners gegen den Kommunismus und gegen die Umtriebe des kommunistischen Untergrundapparats hatte auf die Therapie der Doktoren Roosevelt und Truman nicht reagiert. Die Enthüllungen über den Erfolg der Infiltrationsstrategie der Kommunisten, der eklatante Mißerfolg der pro-russischen Politik Roosevelts, der Skandal Hiss — all das hielt in der Bevölkerung die Vorstellung wach, daß das rote Gemüse noch immer nicht aus der amerikanischen Küche verschwunden war. Da erschien nun Dr. med. rer. pol. McCarthy. Seine Diagnose war einfach genug: rote Krätze. Das Ziel seines beruflichen Bemühens — Unschädlichmachung der Krankheitserreger — war ebenfalls einleuchtend. Seine Behandlungsmethode — Ausschwefeln der roten Bazillen, wo ihre Verbreitung am gefährlichsten schien, das heißt vor allem im Regierungsdienst — schien zwar dem Patienten zunächst ein wenig unorthodox, aber wenn man an einem ständigen Juckreiz leidet, so ist man leicht geneigt, alle möglichen Wunderkuren zu versuchen, damit nur das Jucken aufhört. Bezüglich McCarthys Therapie waren indessen von Anfang an die Meinungen recht geteilt. Das Ärztekollegium Truman verdächtigte diesen Wunderdoktor sofort der Quacksalberei,

das Mitleid der »Intellektuellen« für die armen kleinen roten Bazillen floß über — und die, die in Machtstellungen saßen, suchten McCarthy das Handwerk zu legen.

Nach seiner Rede vor dem republikanischen Frauenverein in Wheeling formulierte Senator McCarthy in einer Ansprache vor dem Senat sein Anliegen etwa wie folgt: ... In den Jahren 1946 und 1947 fanden Sicherheitsbeamte des Außenministeriums schlüssige Beweise dafür, daß eine beträchtliche Anzahl von Angestellten dieses Ministeriums unverläßlich *(disloyal)* seien oder mindestens eine Gefährdung der Sicherheit darstellten *(security risks).* Nach Ablauf von drei Jahren habe ich [McCarthy] Grund zu der Vermutung, daß eine Anzahl von diesen Personen noch immer im Außenministerium beschäftigt ist. Ob in diesen Fällen entschuldbare Umstände vorliegen oder neue entlastende Umstände bekannt geworden sind, entzieht sich meiner Kenntnis, und das Verbot des Präsidenten, Einsicht in die entsprechenden Personalakten zu gestatten, hindert mich daran, etwas darüber in Erfahrung zu bringen. Die Erklärung des Herrn Außenministers, daß sein Sicherheitsprogramm den nationalen Interessen diene, genügt mir nicht. Ich habe gewisse Hemmungen, daran zu glauben, daß das Verbleiben einer Anzahl von diesen Leuten im Amte gerechtfertigt ist. Ich möchte über diese Frage das Urteil einer unbeteiligten Stelle hören, das Urteil eines Untersuchungsausschusses des Senats ...[54]

Zwei Tage, nachdem McCarthy dieses Anliegen vorgetragen hatte, beschloß der Senat, auf Initiativantrag des Führers der Mehrheitspartei *(majority leader),* Senator Scott W. Lucas, den Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zu ermächtigen, eine Untersuchung des Außenministeriums einzuleiten. Der entsprechende Senatsbeschluß lautet in teilweiser Wiedergabe: »Dem Ausschuß für Auswärtige An-

gelegenheiten, oder einem von ihm eingesetzten Unterausschuß wird aufgegeben, eine umfassende Untersuchung der Frage vorzunehmen, ob unverläßliche Personen im Außenministerium angestellt sind oder angestellt waren ... Für die Durchführung dieser Untersuchung wird dem Ausschuß aufgegeben, unter Strafandrohung die Vorlage der vollständigen Loyalitäts- und Personalakten und Dienstpapiere aller derjenigen Regierungsangestellten des Außenministeriums und anderer Regierungsstellen zu verlangen, gegen die Vorwürfe erhoben worden sind.«[55]

Trotz dieses eindeutigen Mandats wurde schon am ersten Sitzungstage deutlich, daß der Unterausschuß unter dem Vorsitz des demokratischen Senators Tydings seine Aufgabe darin sah, nicht das Außenministerium und seine Angestellten, sondern Senator McCarthy zum Gegenstand der Untersuchung zu machen. Zu Senator McCarthy gewendet, ließ sich Millard Tydings folgendermaßen vernehmen: »Sie sind der Mann, auf den diese ganze Untersuchung hier zurückgeht, und was mich hier in diesem Ausschuß betrifft, so werden Sie einer so vollständigen Untersuchung unterzogen werden, wie sie die Geschichte der Republik noch nicht gesehen hat.«[56]

Und in diesem Sinne wurde die Untersuchung geführt.

Senator McCarthy drückte seine Auffassung der Aufgabe des Ausschusses wie folgt aus: »Es ist meine Absicht, dem Ausschuß Informationen bezüglich unverläßlicher und sicherheitsgefährdender Angestellter vorzulegen. Es obliegt dann dem Ausschuß, die einzelnen Fälle zu untersuchen. Dem Ausschuß steht dafür ein Betrag von 25 000 oder 50 000 Dollar zur Verfügung. Da ich weder persönlich über einen Stab von Untersuchungsbeamten verfüge, noch Zugang zu den Akten habe, bin ich selbst nicht in der Lage, eine vollständige Untersuchung durchzuführen oder irgendwelche

formellen Beschuldigungen zu erheben. Was ich zu tun gedenke, Herr Vorsitzender, ist, dasjenige Beweismaterial vorzulegen, das mir erreichbar war.«

Aber die Führung der Untersuchung dieses wie aller anderen Ausschüsse der Volksvertretung liegt in den Händen des Vorsitzenden. Senator Tydings hielt sich an den von ihm gesetzten Kurs und nach vier Monaten drückte der Ausschuß das Ergebnis der Untersuchung dahin aus, daß Senator McCarthy »den Senat irregeführt und das amerikanische Volk zum Narren gehalten habe.«

Das Wesen der Tydings-Untersuchung erschien jedoch zwei Mitgliedern der republikanischen Minderheit im Unterausschuß in anderem Lichte. In einem Sonderbericht dieser Minderheit schrieb Senator Lodge: »Die Untersuchung ist als oberflächlich und unschlüssig zu charakterisieren. Das Verfahren war nicht unparteiisch, die Atmosphäre war allzuhäufig der Wahrheitsfindung abgetan. Die Geschichte des Unterausschusses ist ein Gewirr loser Fäden, von Unterlassungen der Vorladung von Zeugen und von Ansätzen, denen keine Folge gegeben wurde.« Mit Bezug auf den Schlußbericht der demokratischen Mehrheit des Ausschusses sagte Senator Hickenlooper folgendes: »Die Sprache, die beleidigenden Bemerkungen und der rachsüchtige Unterton des Berichts sind Zeichen dafür, daß es sich um einen bewußten Versuch handelt, die Frage zu vermeiden, zu deren Untersuchung der Ausschuß eingesetzt war.«

Der Bericht des Tydings-Ausschusses stellte McCarthy als einen verantwortungslosen Verleumder und alle von ihm Genannten als unschuldig Verfolgte dar. Damit machte das demokratische Doktorkollegium den ersten großen Versuch, McCarthy als gemeingefährlichen Scharlatan anzuprangern. Der Versuch war in mehr als einer Beziehung ein glatter Fehlschlag. Er ist ein wichtiges Moment in der Kausalreihe

für die Entwicklung und Formen dessen, was als »McCarthyismus« seitdem in den Vereinigten Staaten als politische Zeiterscheinung eine gewisse Rolle spielt.

Verfolgt man die weitere Entwicklung der damals von McCarthy erwähnten »Fälle«, so findet man, daß es das Außenministerium für angezeigt hielt, 80 Prozent der von McCarthy als verdächtig Bezeichneten erneut auf ihre Loyalität hin zu untersuchen und 29 Prozent von ihnen aus Sicherheitsgründen zu entlassen! Damit war zugegeben, daß trotz aller gegenteiligen Versicherungen an McCarthys Beschuldigungen doch etwas daran war[57]. Es sei am Rande bemerkt, daß manche der von McCarthy als »rot« Verdächtigten eine besondere Schwäche dafür gezeigt hatten, ihren Namen kommunistischen Tarnorganisationen zur Verfügung zu stellen.

Was hielt nun der Wähler von den demokratischen Doktoren, die die Untersuchung McCarthys veranlaßt und durchgeführt hatten? Die Senatoren Scott Lucas von Illinois und Millard Tydings von Maryland, zwei der Hauptgegner McCarthys, wurden in den Senatswahlen vom November 1950 nicht wiedergewählt. Das gleiche Schicksal traf zwei Jahre später den demokratischen Senator Benton, der bei einem späteren Versuch, McCarthy aus dem Senat zu entfernen, die treibende Kraft war.

Was hielt die amerikanische Bevölkerung von dem Wunderdoktor? In ihrer Mehrheit waren die Amerikaner recht zufrieden, daß Dr. McCarthy den roten Bazillen die Hölle heiß machte, und seine Wähler in Wisconsin erneuerten sein Mandat in den Wahlen des Jahres 1952 auf weitere 6 Jahre.

Die Tydings-Untersuchung hatte indessen den Politiker McCarthy so recht auf den Geschmack gebracht. Sein »Kampf gegen den Kommunismus« verlieh ihm eine Wichtigkeit, die er sich kaum je hätte träumen lassen. Er machte

ihn zu einer politischen Figur von nationaler Bedeutung. Was immer er selbst vor 1952 zur Erhöhung seiner Statur tun konnte, das tat er mit Inbrunst in Form von Enthüllungen und nicht immer allzu sorgfältig gesiebten und nachgeprüften Verdächtigungen, mit denen er Publikum und Presse in Atem hielt. Das alles war indessen unerheblich im Vergleich zu dem Konzert von Pauken und Trompeten, das seine Gegner um ihn, seine Person und seine Methoden herum aufführten.

Bei dieser Gegnerschaft sind nun zwei Elemente zu berücksichtigen, die in gewisser Weise zusammenhängen: das erste ist der Entschluß der politischen Erben Roosevelts, d. h. der damals an der Macht befindlichen demokratischen Partei, McCarthy als »schwarzen Mann« abzustempeln. Die demokratische Partei hatte in der Tat wenig Grund zu der Hoffnung, daß der amerikanische Wähler in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1952 sein Vertrauen in die Partei der hohen Steuern, der außenpolitischen Mißerfolge, der »Polizeiaktion« in Korea, der tatsächlich aufgedeckten kommunistischen Skandale und der Europäisierung des amerikanischen »*way of life*« erneuern würde. Man suchte verzweifelt nach einer zugkräftigen Wahlparole, und den politischen Strategen um Truman und Stevenson fiel nichts Besseres ein als »McCarthyismus«. — Das Resultat ist bekannt, der Kandidat der Partei des *New* und *Fair Deal* und des Anti-McCarthy-Slogans wurde von den Republikanern mit Eisenhower als Kandidat in der Wahl, die die stärkste Wahlbeteiligung in der Geschichte der amerikanischen Präsidentschaftswahlen brachte, entscheidend geschlagen. McCarthys Beitrag zum republikanischen Sieg darf zwar keineswegs überschätzt werden, drückte sich aber insbesondere darin aus, daß diejenigen Politiker, die besonders betont versucht hatten, ihn lahmzulegen, geschlagen wurden.

Die zweite Gruppe der Gegner McCarthys kann mit dem Sammelnamen »liberale Intellektuelle« ziemlich genau beschrieben werden. Dieses Produkt moderner Verbildung und sein Anspruch auf Führerschaft im Gemeinschaftsleben ist eine relativ späte Erscheinung in den Vereinigten Staaten. Die Blütezeit der »liberalen Intellektuellen« fällt etwa mit den 13 Jahren der Ära Roosevelts zusammen. Während dieser Periode wurde, wie früher geschildert, eine Reihe Roosevelt geistig verwandter und genehmer Intellektueller sozusagen von oben herab in eine aktive Rolle in der Lenkung des Gemeinschaftslebens lanciert, in der sie im Ergebnis versagten. Der politische Einfluß von Sozialwissenschaftlern und »wissenschaftlich« gebildeten Propagandisten hat das Land in eine Position gebracht, in der erdrückende steuerliche Belastung und aktuelle Kriegsgefahr ein Faktor des täglichen Lebens geworden sind. Die Bevölkerung wurde sich dieses »Erfolges« der Zusammenarbeit von Demagogen, Professoren und Meinungsmachern allmählich bewußt, aber nicht so die Intellektuellen. Von Selbsterkenntnis weit entfernt, suchten sie in einer höchst unklugen, wenn auch menschlich verständlichen Regung nach einem Blitzableiter. Sie glaubten und glauben, ihn in McCarthy gefunden zu haben. Dabei verloren sie jedes Maß und Ziel, und es ist ein sonderbares Schauspiel, mit welcher Besessenheit die liberalen Intellektuellen des Landes den »Kommunistenjäger« von Wisconsin »verfolgen« und mit all den Lastern und gefährlichen Eigenschaften auszustatten suchen, die recht eigentlich für sie selbst charakteristisch sind. Die Geistesverfassung dieser im Anti-McCarthyismus schwelgenden Intellektuellen, von denen ein großer Teil ihr Wesen auf den besonderen Domänen dieser intellektuellen Halbwelt in den USA wie Presse, Rundfunk und Fernsehindustrie treibt, ist indessen eine Frage, die eng

mit dem gegenwärtigen Entwicklungsstand und mit dem Charakter der sogenannten Geistes- und Sozialwissenschaften zusammenhängt. Ihre Behandlung würde hier zu weit führen. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß man in Europa ein recht schiefes Bild von den Vorgängen in Amerika erhält, wenn man auf die Exportware solcher Anti-McCarthy-Journalisten wie Walter Lippmann, Drew Pearson und die Brüder Alsop, sowie solche Zeitungen wie die *New York Times* und die *Washington Post* als Erkenntnisquelle angewiesen ist.

Wie sehr McCarthy der Sprecher für den, man möchte sagen, naiven, instinktiven Anti-Kommunismus des Amerikaners ist, mag an der Haltung demonstriert werden, die der *Junior Senator* von Wisconsin gegenüber General George C. Marshall, den Vater des Marshall-Plans, einnahm. Man mag sich daran erinnern, daß, wie früher bemerkt wurde, die einzige Erklärung, die dem Durchschnittsamerikaner für die Erfolge des kommunistischen Expansionsdrangs auf internationaler Ebene plausibel schien, die des Verrats war.

Am Ende einer langen Rede, in der sich McCarthy am 14. Juni 1951 vor dem Senat ausführlich mit der Laufbahn General Marshalls befaßt hatte, stellte er folgende Frage: »Wie anders können wir uns unsere gegenwärtige Lage erklären als mit der Annahme, daß hochgestellte Männer unserer eigenen Regierung an unserem Untergang arbeiten?... Sie [unsere gegenwärtige Lage] muß das Ergebnis einer Verschwörung sein, einer Verschwörung von derartigen Ausmaßen, wie sie in der Menschheitsgeschichte ihresgleichen sucht. Eine Verschwörung so abgrundtief, daß, wenn sie schließlich bekannt wird, die Verschwörer für immer verflucht sein werden ... Was soll man von dieser ununterbrochenen Reihe von Entscheidungen und Handlungen denken, die zu dieser Strategie der Niederlage beigetragen

haben? Sie können nicht mit Unfähigkeit erklärt werden. Wenn Marshall nur dumm wäre, so würde der Wahrscheinlichkeitsrechnung nach wenigstens ein Teil seiner Entscheidungen dem Interesse des Landes gedient haben ...« Im einzelnen dienten folgende Umstände als Grundlagen für McCarthys Haltung gegenüber Marshall: Marshalls Bemühen um die Etablierung einer zweiten Front, lange bevor die Vereinigten Staaten für eine derartige Unternehmung vorbereitet waren; seine Entscheidung, den Russen zu erlauben, Osteuropa zu besetzen; seine Ansicht, daß wir den Russen gegenüber in Jalta und Teheran liebedienern mußten, um sie zur aktiven Teilnahme am Krieg im Fernen Osten zu veranlassen; seine Übereinstimmung mit Stalin in strategischen Fragen; seine Anweisungen an Untergebene, den Russen ihre Zurückhaltung bezüglich statistischer Mitteilungen über ihre eigenen Streitkräfte, Waffen und Pläne nachzusehen; die Aufgabe Berlins und Prags an die Russen sowie die Unterlassung, für eine Landverbindung zwischen Berlin und dem Westen Vorsorge zu treffen; seine Stimme in Jalta zugunsten territorialer und anderer Konzessionen an die Russen; seine Rolle in der Formulierung der amerikanischen Anti-Tschiang-Kai-shek-Politik; seine persönliche Teilnahme an der Durchführung dieser Politik während seines Aufenthalts als Sondergesandter in China; sein Bemühen, Truman zur Fortsetzung der *lend-lease*-Hilfe an die Russen zu veranlassen; seine Unterdrückung des Berichts General Wedemeyers, der gegen die Chinapolitik der Vereinigten Staaten Stellung nahm; sein Vorschlag, Nationalchina militärische Hilfe zu versagen; seine »Sabotage« des Programms militärischer Hilfe, die Tschiang Kai-shek schließlich zugestanden wurde; die Festsetzung des 38. Breitengrades als Trennungslinie zwischen dem freien und dem kommunistischen Korea; seine Weigerung, den Kampf

gegen die Nordkoreaner entscheidend zu führen; sein Vorschlag für einen europäischen Sicherheitspakt unter Ausschluß Westdeutschlands, Spaniens, Griechenlands und der Türkei; und schließlich die überstürzte amerikanische Demobilisierung.

Überblickt man diese Reihe von Entscheidungen, Entschlüssen und Unterlassungen, an denen General George C. Marshall maßgeblich beteiligt war, so kann man nicht umhin, zu konstatieren, daß sie im Ergebnis alle den Russen Vorteil brachten.

Gewinnt man einen derartigen Überblick zu einem Zeitpunkt, da jedes Kind sehen kann, daß die gesamte amerikanische Kriegs- und unmittelbare Nachkriegspolitik ein Mißerfolg war und die Truman-Marshall-Politik der Verhütung eines noch größeren Schadens nach sich zog, dann wird natürlich die Frage nach den »Verantwortlichen«, den »Schuldigen« akut. Sind dazu die Zeitumstände, wie es damals in den Vereinigten Staaten der Fall war, so beschaffen, daß »Verrat« gewissermaßen in der Luft liegt, dann muß ein Politiker von McCarthys Beschaffenheit weit über sich selbst hinauswachsen, um nicht Versuchungen zu erliegen. Vermied auch McCarthy, General Marshall offen des Verrats zu bezichtigen, so ließ er doch keinen Zweifel daran, daß nach seiner Ansicht der General in seinen Entschlüssen von irgendwelchen verderblichen pro-kommunistischen Neigungen geleitet wurde.

Wir haben früher schon, im Zusammenhang mit der Behandlung der recht eigentlich unwissenschaftlichen Geistesverfassung der »Marxisten«, Gelegenheit gehabt, auf die Beschaffenheit primitiver Denkungsart hinzuweisen. Senator McCarthy ist ein anderes typisches Beispiel einer Haltung, die nicht am Fragen und an der Fortsetzung des Fragens interessiert ist, sondern die die Frage nur als einen

Haken betrachtet, an dem bereits bekannte Antworten befestigt werden können. McCarthy kannte die Antwort »Kommunismus und Verrat« schon lange, bevor er es unternahm, sich einen Überblick über General Marshalls Beteiligung an lebenswichtigen Entscheidungen zu verschaffen. Bei McCarthy kommt natürlich weiterhin entscheidend in Betracht, daß er als politischer Aktivist nicht zur Lösung von Problemen neigt, sondern es vorzieht, Erfüllung seiner selbst in einer selbstgestellten politischen Aufgabe zu suchen. Dazu gehört in tatsächlicher Beziehung, daß er zu seinem nationalen Ansehen als »Kommunistenjäger« auf den Wogen der antikommunistischen Gefühle der Bevölkerung getragen wurde. Es sei bemerkt, daß die geistige Primitivität, die in Haltung und Wirken McCarthys in Erscheinung tritt, ihr Gegenstück in dem aufgeregten Geschrei und Gefasel all der sogenannten Intellektuellen findet, die diesen Mann und sein Bemühen als eine »nationale Gefahr« hinstellen wollen.

Natürlich ist die Frage interessant, wie es möglich war, daß ein Mann in der Stellung, die General Marshall eingenommen hatte, und mit dessen von niemand bezweifelten Fähigkeiten, aktiv an *politischen* Entscheidungen teilnehmen konnte, die sich im Ergebnis als derartig nachteilig erwiesen. Selbst wenn man bei Betrachtung dieser Frage einmal von anderen Einflüssen absehen will, die bei den in Frage stehenden Entscheidungen eine Rolle gespielt haben — Einflüssen von seiten des Präsidenten, des Außenministeriums und des Finanzministeriums — wenn man weiter auch von der Sinnlosigkeit des ganzen Vorstellungskomplexes absehen will, der sämtliche bisherigen Versuche einer friedlichen Regelung der Beziehungen unter den Völkern als endlose Kette von Mißerfolgen erscheinen läßt, so gibt es natürlich doch noch eine einleuchtende Erklärung dafür,

warum Marshall die eingeschlagene Politik befürwortete. Es ist durchaus denkbar, daß er, der einer der fähigsten militärischen Führer des Landes war, das amerikanische Kriegspotential unterschätzt und das der Achsenmächte überschätzt hat.

Wie dem auch sei, auch Marshall gehörte zu den Führern der Epoche Roosevelts und Trumans, und er bekam die Auswirkungen des politischen Kampfes zu spüren. Denn das ist das Wesen des ganzen McCarthyismus und Anti-McCarthyismus: *der politische Kampf.* Der politische Kampf im Rahmen und unter Ausnutzung aller Möglichkeiten des amerikanischen politischen Systems. Und das schließt die periodisch stattfindende Werbung um die Gunst des Wählers ein.

In dieser Beziehung ist nun wichtig, an die Erfahrungen zu denken, die die republikanische Partei in den Wahlen des Jahres 1948 gemacht hatte. Als Oppositionspartei unter Führung von Thomas E. Dewey glaubte sie den Sieg in der Tasche zu haben. Sie führte den Wahlkampf in dem Glauben, daß ihre Beurteilung der Lage des Landes als Folge der demokratischen Politik der letzten 18 Jahre von der Mehrheit der wählenden Bürger geteilt wurde. Man beschränkte sich auf eine Kampagne zurückhaltender, würdiger Natur. Man sprach über gute Verwaltung und Regierung und vergaß dabei, daß man zunächst einmal die Wahl gewinnen mußte. So groß war das Vertrauen in die Bereitschaft der Bevölkerung, für den Wechsel in der Regierungspartei zu stimmen, daß man versäumte, um die Gunst des Wählers zu kämpfen, das heißt die wählende Bevölkerung in ihrer Wahl entscheidend zu beeinflussen. Inzwischen sauste der Mann von Missouri, Harry S. Truman, durch das Land und buhlte um die Gunst der Stimmberechtigten. Es gelang ihm, einen Teil der Bevölkerung in der Über-

zeugung zu bestärken, daß die Republikaner noch immer die Partei der ausbeuterischen Sonderinteressen, der religiösen Bigotterie, der Feinde des sozialen Fortschritts, der Lügner und Verleumder seien ... und Truman vollbrachte das von den meisten Beobachtern für unmöglich gehaltene Kunststück, wiedergewählt zu werden.

Bald darauf setzte die Reihe von Ereignissen ein, deren öffentliches Bekanntwerden dem amerikanischen Publikum den Erfolg kommunistischer Wühlarbeit dramatisch näherbrachte. Es waren diese Ereignisse, die dann 1952 in dem Ausdruck des Mißtrauens der *vox populi,* in der Revolte gegen eine Regierungsführung gipfelte, unter der solche Vorgänge möglich gewesen waren. Teilweise als Verstärker, teilweise als Sprachrohr dieser Stimmung war auch Senator McCarthy daran beteiligt. Die Revolte führte zum Sieg der republikanischen Partei und zur Regierung Eisenhowers. Die Ausdehnung des Sieges war dem Umstand zu verdanken, daß Millionen eingefleischter Nichtwähler zur Stimmabgabe veranlaßt wurden.

EISENHOWER ÜBERNIMMT DAS STEUER

Das Zwei-Parteien-System hatte wieder seine Berechtigung erwiesen, als es der Oppositionspartei gelang, das Unbehagen großer Teile der wählenden Bevölkerung zu ihren Gunsten zu aktivieren. Der Wind der Revolte blähte die Segel der republikanischen Parteiyacht und die *G.O.P.*, die *Grand Old Party*, wie sie seit 1880 genannt wird, gewann mit dem Nichtpolitiker Eisenhower als Steuermann die Regatta mit großem Vorsprung: zahlenmäßig ausgedrückt, mit einer Mehrheit von über 6½ Millionen Stimmen. Die Gesamtzahl der in den Novemberwahlen 1952 abgegebenen Stimmen belief sich auf 61 551 778. Sie erhält ihre besondere Bedeutung durch den Vergleich mit der Gesamtzahl von 48 833 680 Wählern, die das »Rennen« zweier Berufspolitiker, Harry S. Truman und Thomas E. Dewey, im Jahre 1948 an die Wahlurne gelockt hatte.

Im amerikanischen Spiel der Kräfte sind, wie früher bemerkt, die beiden großen politischen Organisationen der Demokraten und Republikaner keine politischen Parteien im europäischen Sinne. Das heißt, ihre Anhänger sind nicht bereit, in sturer Verfolgung einer politischen Ideologie den eigenen Staat zugrunde zu richten.

Das Wesen des amerikanischen politischen Systems verwirklicht sich im Wechselspiel zwischen der Persönlichkeit des jeweiligen Kandidaten und der im wesentlichen von den vorherrschenden allgemeinen Lebensbedingungen ab-

hängigen Stimmung, den Wünschen, Hoffnungen und Erwartungen des Elektorats. Bei dem dramatischen Akt der Stimmabgabe wirft der einzelne, und sei es auch nur zum Bruchteil eines Millionstels, sein Gewicht in die Waagschale der Geschicke seines Landes. Der Sieg der »Partei« ist in den Vereinigten Staaten in besonders starkem Maße eine Frage der Persönlichkeit des Kandidaten, und dessen Auswahl kommt mithin ganz besondere Bedeutung zu. Die ständige politisch-ideologische Auseinandersetzung um die Führung innerhalb der Partei wird zwar im allgemeinen sozusagen hinter den Kulissen durchgefochten, aber die entscheidende Runde findet periodisch auf den großen Parteikonventionen um die Ernennung des Präsidentschaftskandidaten im vollen Licht der Öffentlichkeit statt. Der Kampf der Politiker, der Kampf von Gruppe gegen Gruppe, von Mann gegen Mann, der Kampf, der von Intrigen umwoben und von ideellen und materiellen Interessen aller Art bestimmt ist und mit großer Erbitterung geführt wird, charakterisiert die amerikanische Parteipolitik genau wie die europäische. Nur ist es hier kein Streit von Partei gegen Partei, sondern von Fraktion gegen Fraktion innerhalb der Partei. Mit verhältnismäßig geringer Übertreibung darf man sagen, daß eigentlich nicht die Wahl, sondern die Aufstellung der Kandidaten die Apotheose des harten, aufreizenden, erregenden Spiels unter jener Gruppe von Mitbürgern ist, die sich der Politik verschrieben haben, denen Politik Berufung und Beruf ist, und die anerkennen, daß der Erfolg den alleinigen Maßstab des Könnens liefert.

Zu diesem allgemeinen funktionellen Wesenszug der Parteikonvention kam die besondere Lage der republikanischen Partei, die die Bedeutung der Auswahl des Kandidaten noch besonders unterstrich. Mit der Niederlage Hoovers im Jahre 1932 war dieser Partei der Tradition und des

natürlichen Konservatismus einer älteren Führerschicht die Zukunft davongelaufen. Das politische Genie Roosevelts hatte es verstanden, die Weltwirtschaftskrise, das Elend und die Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre den Republikanern in die Schuhe zu schieben. Der von Roosevelt geschaffenen Propagandamaschine war es gelungen, wenigstens zu seinen Lebzeiten, diese Illusion in den Köpfen großer Teile der Bevölkerung wachzuhalten. Die republikanische Partei hatte einen zwanzigjährigen Marsch durch die Wüste steriler Opposition hinter sich. Die Bande zwischen der Führerschicht der Partei und der Gefolgschaft waren zwar stark geblieben, aber der Ausgang der Wahlen von 1948 hatte gezeigt, daß trotz der schon damals vorhandenen und von vielen auch erkannten Misere in der nationalen und internationalen Lage, die der Bevölkerung zu einer gewissen rastlosen Beunruhigung Anlaß gab, doch noch ein wichtiges Ingrediens im Siegesrezept fehlte.

Nun war die Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre — die politische Kunst und Regierungstechnik der Roosevelt-Demokraten, gewisse allgemein als Fortschritt betrachtete soziale Errungenschaften der Arbeiterschaft, die Einführung der Bundessozialversicherung, eine stetige Erweiterung der Aufgaben der Bundesregierung und ähnliches mehr — an der republikanischen Partei keineswegs spurlos vorübergegangen. Die Söhne der Wirtschaftsautokraten von dazumal waren durch die Mühle der *managerial revolution* gegangen, und der soziale Geist der Zeit hatte eine Kräfteverlagerung zwischen den starrköpfigen Säulen der *G.O.P.* und der jungen Generation bewirkt. Die sogenannte fortschrittliche Gruppe innerhalb der republikanischen Partei war erheblich gewachsen und hatte ihren Anspruch auf Führung dreimal erfolgreich angemeldet. Dreimal hintereinander hatten die Bannerträger der modernen Republikaner

auf den Parteikonventionen den Sieg davongetragen. Wendell Willkie 1940 und Thomas E. Dewey 1944 und 1948 wurden mit der Aufgabe betraut, den republikanischen Elefanten, das Symbol der Partei, zum Siege zu reiten. Die so zur Geltung kommende Tendenz zur Verjüngung der republikanischen Parteiführung entsprach unter anderem dem unaufhaltsamen Modernisierungsprozeß einer Partei, deren hergebrachte politische Einstellung und Technik dem inzwischen durchgebrochenen Dynamismus des stärkeren sozialen Beteiligtseins weiterer Volksschichten und der dadurch bedingten politischen Massenarbeit offensichtlich nicht mehr gewachsen war.

Aus der unerwarteten Niederlage, die der von Truman gerittene Esel, das Symbol der demokratischen Partei, dem von Dewey in allzu optimistischer Siegeszuversicht nicht sehr geschickt angetriebenen Elefanten (Parteisymbol der Republikaner) im Rennen um die Präsidentschaft des Jahres 1948 beibrachte, zogen die beiden um die Parteiführung ringenden Hauptgruppen der Republikaner verschiedene Schlüsse.

Die Altrepublikaner unter der Führung des inzwischen verstorbenen, in allen Kreisen hochangesehenen Senators Robert A. Taft, »lernten« aus der Niederlage, daß der in ihren Augen verwässerte Konservatismus der modernen Republikaner dem Elektorat keine klare Alternative gestellt hatte; daß dem »Sozialismus« der *New-Deal-* und *Fair-Deal*-Periode die individualistisch-liberale Philosophie der »guten alten Zeit« unmißverständlich gegenübergestellt werden müsse; daß das Land nur durch eine entscheidende Abkehr von außenpolitischen Extravaganzen vor dem wirtschaftlichen Ruin bewahrt werden könne; und daß der alte konstitutionelle Rock der Väter noch immer gut genug für den jungen Riesen sei. Die alten Herrn der republikani-

schen Partei waren zutiefst davon überzeugt, daß diese ihre politische Philosophie genügen werde, die unmißverständliche Revoltestimmung großer Teile der Bevölkerung in Stimmabgabe für die republikanische Partei umzusetzen.

Den modernen Republikanern war es weniger um die zumindest in wirtschaftlichen und innenpolitischen Fragen selbstverständliche Philosophie der Partei zu tun, als darum, das eigene politische Leben und das Zwei-Parteien-System zu retten und zu erhalten. Die Stimmung innerhalb der republikanischen Partei und insbesondere in den Rängen der modernen Republikaner hatte etwas von dem Jetzt-oder-nie vor einer Entscheidungsschlacht. Es galt unter allen Umständen den Wahlsieg der eigenen Partei zu sichern. Daran, daß ihnen die Führung weiter gebührte, bestand bei den modernen Republikanern kein Zweifel.

Hinter diesem Selbstvertrauen stand auch mehr oder weniger bewußt die Sorge um die Stabilität und Kontinuität des amerikanischen politischen Systems. Denn nichts könnte tödlicher für das ordnungsmäßige Funktionieren dieses Systems sein als eine Intensivierung der von Roosevelt so meisterhaft verschärften und ausgeschlachteten ideellen Gegensätze durch die primitive Schwarz-Weiß-Malerei einer Alternative wie rechts oder links, konservativ oder sozialistisch. Es war bekannt — und kein Geringerer als Präsident Truman hatte es ausgesprochen —, daß die Demokraten inbrünstig hofften, Taft als Gegner zu bekommen. In der richtigen Einschätzung einer derartigen Gefahr zeigten diejenigen unter den modernen Republikanern, die sich der Problematik bewußt geworden waren, ein ungewöhnliches Maß politischen Scharfsinns. Und die, die sich aus politischem Instinkt gegen eine derartige Gefahr stemmten, bewiesen, wie stark der Amerikaner überhaupt auf Gefahren reagiert, die den Weiterbestand der bewährten poli-

tischen Institutionen des Landes bedrohen. So stellten denn die modernen Republikaner dem auf eine bestimmte Wirtschaftsphilosophie ausgerichteten und somit beschränkten Konservatismus der älteren Generation innerhalb der Partei einen dynamischen, umfassenderen Konservatismus gegenüber. Dieser verfolgte nicht nur das Ziel, das traditionelle politische System dem Lande zu erhalten, sondern er war sich auch der Tatsache bewußt, daß Amerika ein Teil der Welt ist und daß die Geschicke der Vereinigten Staaten in Krieg und Frieden innig mit den Geschicken der außeramerikanischen Welt verbunden sind.

So sehr die bedingungslose Haltung der Altrepublikaner ihnen die Ausschau nach einem für sie repräsentativen und von ihnen gewünschten Kandidaten erleichterte — denn es war für niemand zweifelhaft, daß der im Volksmund als *Mr. Republican* bekannte Senator Taft deren Mann war —, so schwer hatten es aber auch die modernen Republikaner, gegen ihn die notwendig starke und populäre Persönlichkeit zu finden. Sie verfielen schließlich auf den Ausweg, über ihren eigenen Kreis egoistischer und egozentrischer Bedingtheit hinaus sich nach einem Manne umzusehen, der geeignet war, ihre Pläne und Ziele zu symbolisieren, und gleichzeitig die notwendigen Qualitäten besaß, um eine lebendige Brücke zwischen Regierung und Regierten herzustellen. So konzentrierten sich ihre Bemühungen auf den siegreichen Feldherrn des zweiten Weltkrieges, General Eisenhower.

Es war klar, daß eine Persönlichkeit von der Popularität General Eisenhowers der von ihm vertretenen Sache den Sieg geradezu verbürgte. Es war offensichtlich, daß die Bereitwilligkeit eines Nichtpolitikers, sich aktiv in den Kampf der Parteien um die Volksgunst einzuschalten, wahltaktisch besondere Bedeutung haben würde. Es setzte die Opposi-

tion in die Lage, die Verpolitisierung der Regierungsfunktionen unter Roosevelt und Truman wirksam als Kampagnematerial zu benutzen. Weiter war zu erwarten, daß die Kandidatur eines prominenten Nichtpolitikers die Chancen erheblich vergrößern würde, einen hohen Prozentsatz der notorisch beträchtlichen Masse von Nichtwählern aus ihrer Zurückhaltung zu locken; denn in den Vereinigten Staaten — wie überall, wo das politische System auf freien Wahlen beruht — haben Berufspolitiker im Rennen um die Gunst des Wählers mit dem Handicap zu rechnen, daß eine ganze Anzahl von Bürgern sich für zu gut hält, durch Beteiligung an der Stimmabgabe einer Gruppe von Bonzen zu Pfründen und Sinekuren zu verhelfen.

Die Vorteile, einen Mann von dem Format Eisenhowers als Kandidaten zu gewinnen, waren so mannigfach und so offensichtlich, daß auch die Demokraten versuchten, seiner habhaft zu werden. Viel Wesen ist um diese Tatsache gemacht worden; insbesondere ist sie gelegentlich dahin interpretiert worden, daß Eisenhowers eigene politische Haltung schwankend und unbestimmt war. Weit gefehlt! Die straffe Befolgung der berufsethischen Grundsätze des Soldaten in den Vereinigten Staaten machte es Eisenhower, solange er in Uniform war, unmöglich, zu politischen Fragen öffentlich Stellung zu nehmen, und dies schloß die Frage nach seiner eigenen politischen Haltung ein.

Daß Eisenhower Berufssoldat war, tat den Vorzügen seiner etwaigen Kandidatur keinerlei Abbruch. Militärs haben in der amerikanischen politischen Geschichte durchaus ihren ehrenwerten Platz, und das Soldatentum steht auf der Liste der amerikanischen Präsidenten bezüglich ihrer beruflichen Vergangenheit an hoher Stelle. George Washington, Andrew Jackson, William Henry Harrison, Zachary Taylor, Franklin Pierce, Ulysses Grant und andere

waren aus dem Generalsrang zu dem hohen Amt des Präsidenten gekommen. Eisenhower war nicht nur Soldat, sondern Militär im besten Sinne der amerikanischen Tradition. Das heißt, er war Bürger im Waffenrock, dem das Kriegshandwerk nicht das absolute Alpha und Omega seiner Existenz bedeutete, sondern lediglich eine Sonderform beruflicher Pflichterfüllung im Dienste der Gemeinschaft. Da sich im amerikanischen Berufsbeamtentum noch nicht jener Typus eines Dieners »dem Volke zuliebe« entwickelt hat, auf den man in Europa aus zeitweiligem Überdruß an »Politikern« und »Nur-Politikern« zurückgreifen kann, bleibt eben der Soldatenstand der einzige, den eine lange Tradition selbstlosen Dienstes für die Gemeinschaft auszeichnet.

Und so gewann das Ringen und Werben um Eisenhower an Heftigkeit. Unter der aktiven Führung so bekannter und fähiger Politiker wie der Gouverneure Thomas E. Dewey von New York, Albert Driscoll von New Jersey, Sherman Adams von New Hampshire, der Senatoren James Henderson Duff von Pennsylvania und Henry Cabot Lodge Jr. von Massachusetts — um nur einige der prominentesten Namen zu nennen — machten sich die modernen Republikaner daran, Eisenhower als Kandidaten zu gewinnen. Hand in Hand mit ihnen arbeiteten zahlreiche »Bürger-für-Eisenhower«-Komitees und Zeitungskönige wie Henry R. Luce, Ray Howard und die Gebrüder Cowles. Die Aufgabe war überaus schwierig. Es galt einen Wall schier unwiderleglicher Argumente niederzureißen, hinter den sich der General verschanzt hatte, um sich neuen, ihm im Grunde nicht liegenden Ansprüchen der Öffentlichkeit auf seine Person zu entziehen. Unter ihnen spielten wohl das Ruhe- und Bequemlichkeitsbedürfnis eines verdienten Heerführers eine weit geringere Rolle als zum Beispiel Überlegungen der Art, daß der Beruf des Politikers eine Spezifität sei, die

Amateure ausschließe; daß das amerikanische System aus den Reihen seines politischen Korps schon den richtigen Mann herausfinden würde, und ähnliches mehr[58].

Unter den obwaltenden Umständen, insbesondere angesichts der wachsenden Gefahren in der internationalen Lage und der immer lauter werdenden Rufe nach Eisenhower aus allen Kreisen der Bevölkerung, gelang es, den General beim Pflichtgefühl des alten Soldaten zu packen. Am 6. Januar 1952 konnte Senator Lodge im Einverständnis mit Eisenhower erklären, daß der General bereit sei, für das hohe Amt zu kandidieren, falls ihm die Kandidatur unmißverständlich angetragen würde.

General Eisenhower war im Rennen, aber auf eine Weise, die denen, die seine Kandidatur gesucht und aktiv gefördert hatten, der Führungsgruppe der modernen Republikaner, die keineswegs leichte Aufgabe überließ, ihrem noch immer recht passiven Kandidaten auf der Parteikonvention zum Siege zu verhelfen.

Die Altrepublikaner hatten demgegenüber wiederum ein leichteres Spiel. Ihr Auserwählter, Senator Robert E. Taft, war ein alter politischer Fuchs. Alle seine Leidenschaften, alle seine Bestrebungen waren seit Jahren auf die Präsidentschaft gerichtet gewesen. Die ihm ergebene politische Organisation der republikanischen Partei kannte das taktische Spiel auswendig. Geld kam in Hülle und Fülle in die Kasse der Taftorganisation, und zwar von dort, wo es vornehmlich zu finden ist — aus der Tasche der alten Garde der *G.O.P.*

Die Vorwahlen — *Primaries* —, welche Parteiwahlen sind, um die Delegierten der einzelnen Staaten für die Konvention zu bestimmen, lieferten die ersten Wetterzeichen für den kommenden stürmischen Kampf zwischen dem Politiker und dem Amateur, zwischen einem Mann unzweifelhafter Begabung, der mit allen Fasern seines We-

sens nach der Krone aller Ämter trachtete, und dem Mann, der durch den Glanz der hohen Funktion hindurchschaute und trotzdem bereit war, die Bürde der Verantwortlichkeit zu übernehmen.

Im März 1952 fand die erste Runde statt, und zwar in dem landschaftlich so überaus schönen Staat der Felsen, Wälder, Berge und 1300 Seen — New Hampshire. Zusammen mit Delaware, Idaho, Nevada, Vermont und Wyoming zählt New Hampshire, an der Bevölkerungszahl gemessen, zu den sechs kleinsten Staaten der USA. Gleichwohl wurden die Vorwahlen in diesem traditionell republikanischen Staat Neu-Englands zu einer Angelegenheit großen nationalen Interesses. Das kleine, noch unter dem Schnee schlafende Land wurde von einer Horde von Reportern, Journalisten, Rundfunkkommentatoren, Vertretern der großen Fernsehnetze und politischen Beobachtern überschwemmt. Als die Stimmen gezählt wurden, hatte »Ike« seinen Gegner »*Mr. Republican*« im Verhältnis 5:3 geschlagen. Die kurz darauf in Minnesota, einem der typischen Farmerstaaten des Mittelwestens, stattfindenden Vorwahlen schenkten ein weiteres Anzeichen der Volksstimmung für General Eisenhower. Auf Grund einer geringfügigen Formalität war Eisenhowers Name nicht auf die Wahlliste gesetzt worden. Nur vier Tage vor den *Primaries* wurde von dem für diese Frage zuständigen Justizminister von Minnesota mitgeteilt, daß die wählende Bevölkerung sich gleichwohl schriftlich für Eisenhower erklären könne (sogenanntes *write-in voting)*. Taft, dessen Name auf der Wahlliste stand, erhielt 24 019 Stimmen, während 106 946 Bürger von Minnesota sich der Mühe unterzogen, ihre Vorliebe durch ein in vielen Fällen falsch buchstabiertes Eisenhower zu bekunden.

Mr. Republican gewann in Wisconsin und Nebraska, während der General in New York, Pennsylvania, New Jersey,

Massachusetts und anderswo seine große Anziehungskraft bewies.

Zeigten auch die Vorwahlen, daß der Amateur Eisenhower, der persönlich nicht am Ringen um die Gunst der republikanischen Wähler teilgenommen hatte, ein Kandidat war, mit dem man rechnen mußte, so war eine endgültige Klärung zu seinen Gunsten aus ihnen nicht abzuleiten. Die Entscheidungsrunde war auf die für Juli 1952 angesetzte Parteikonvention vertagt worden.

Der Taft-Flügel der Partei hatte die Konvention fachmännisch vorbereitet; in parteiorganisatorischen Fragen waren die Altrepublikaner den Eisenhower-Dewey-Kräften noch immer weit überlegen. Mit Geschick hatten die alten Herren der *G.O.P.* die nicht unerhebliche Popularität eines zweiten verdienten Heerführers, des Generals Douglas MacArthur, für ihre Sache bemüht und dafür gesorgt, daß ihm die Rolle des Hauptredners angetragen würde. Senator Everett McKinley Dirksen von Illinois, ein überragender Redner der alten Schule, hatte die Aufgabe übernommen, die in Chicago versammelten Delegierten gegen die modernen Republikaner und ihren Kandidaten einzunehmen. Sein oratorisches Kunstwerk war eine bittere Philippika gegen diese. Sie überschüttete den Gouverneur Dewey in vollendeter Form mit Gift und Galle und streute Salz und Pfeffer in die Wunden, die drei Wahlniederlagen ihrer Kandidaten den modernen Republikanern zugefügt hatten. Aber die Sensation des Augenblicks, die die beste Rede zwar hervorrufen, aber nicht verewigen kann, verblaßte vor der kühlen, harten, unpersönlichen Majestät der Zahlen. Durch den Qualm, das Stimmengewirr, das Getute und Geblase, den Gesang und die Musik der Kapellen, die Erregung von Delegierten und Zuschauern schlug sich das Ergebnis der Entscheidungsrunde unmißverständlich nieder:

845 Stimmen für Eisenhower, 361 für Taft. Die Mehrheit der Delegierten hatte gesprochen. Der »Mann von Abilene«[58], der Kandidat der modernen Republikaner, der Mann des goldenen Mittelwegs, dessen ruhmreiche Karriere im Dienste der Nation ihn zu einem der wenigen »Söhne des Volkes« gemacht hatte, der auf den Wogen der Revoltestimmung der Bevölkerung aus der Vergangenheit des demokratischen Regimes in die Zukunft einer vernünftig verstandenen amerikanischen Tradition führen konnte, ein Nichtpolitiker — Dwight David Eisenhower — war zum Präsidentschaftskandidaten der *G.O.P.* ernannt worden. Innerparteiliche Gegensätze wurden für die Zeit des eigentlichen Wahlkampfes verdeckt, die Reihen der Republikaner schlossen sich und die Partei gürtete sich zur Auseinandersetzung mit der demokratischen Partei, zum Wettstreit um das Amt des Präsidenten und die Mehrheit in beiden Häusern der Volksvertretung.

Die demokratische Partei, mit ihren eigenen Gegensätzen ideologischer und regionaler Natur, hatte sich ohne viel Federlesen auf den Gouverneur von Illinois, Adlai E. Stevenson, geeinigt, dem Präsident Truman seinen Segen erteilt hatte.

Die Führer waren gewählt und bald würde das Getöse des Wahlkampfes, die schrillen Schreie der Anklagen und der Beschuldigungen des Gegners, ein Wortschwall von Versprechungen und von Voraussagen schlimmster Kalamitäten für den Fall, daß der Wähler so oder so stimmte, über die Gemüter des amerikanischen Volkes hinwegbrausen.

Gewitzigt durch die Erfahrung von 1948 zog man auf republikanischer Seite alle Register publizistischen Könnens und werbungstechnischer Tricks. Die auf diesem Gebiet keineswegs unbegabten Demokraten erwiderten mit gleicher Münze — und seine Majestät, der Wähler, freute sich wäh-

rend der Kampagne an den spritzigen Reden Adlai Stevensons, eines geistreichen, äußerst gebildeten und gescheiten Politikers, ebenso wie an der hölzernen Ehrlichkeit Eisenhowers und seiner ungewöhnlichen Fähigkeit, das Selbstverständliche in hausbackener Selbstverständlichkeit auszusprechen.

Für den einsichtigen Beobachter stand die Wetterfahne der Volksstimmung eindeutig auf Kurswechsel. Keine Spiegelfechterei der Welt konnte die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die demokratische Partei die Zügel der Regierung während der letzten zwanzig Jahre in Händen gehalten hatte. Programmatisch konnte die demokratische Partei mit Stevenson kaum Neues versprechen, sondern mußte sich wohl oder übel auf eine Fortsetzung mit unerheblichen Modifikationen der Roosevelt-Trumanschen Regierungstradition festlegen. Die Republikaner mit Eisenhower hingegen legten dem Elektorat folgendes Programm vor: Säuberung der öffentlichen Dienste von unzuverlässigen Elementen; Rückkehr zur freien Marktwirtschaft; Stabilisierung der Kaufkraft des Dollars; Verfolgung einer gesunden Finanz- und Steuerpolitik; Befürwortung einer Außenhandelspolitik, die der Pflege und Ausweitung des Güteraustauschs den Vorzug vor unwirtschaftlichen Subventionen gab.

Es war klar, daß die republikanische Opposition auf innenpolitischem Gebiet das Interesse des Landes in einer allmählichen Rückkehr zu vernünftigen Regierungsgrundsätzen unter Erhaltung einer Reihe sozialer Errungenschaften sah, während auf außenpolitischem Gebiet eine Linie geplant wurde, die die überschwengliche Hilfsbereitschaft und welterlösende, ja kreuzzüglerische Tendenz Woodrow Wilsons, Franklin Delano Roosevelts und Harry S. Trumans auf das Maß des wirtschaftlich Tragbaren und militärisch Möglichen zurückschrauben würde.

Diesem Programm der modernen Republikaner mit Eisenhower als Exekutivkraft gab die überwältigende Mehrheit der Amerikaner in den Novemberwahlen des Jahres 1952 ein unmißverständliches Vertrauensvotum[59].

Programm und Kandidat waren unlösbar miteinander verbunden. Für den Durchschnittsamerikaner verkörperte und symbolisierte Eisenhower nach Herkunft und Wesen jene unkomplizierten und so geschätzten Eigenschaften, die mit Opferbereitschaft, Selbstvertrauen, einem optimistischen Glauben an die Zukunft des Landes, und dem in einem einfachen Gottesglauben ruhenden Pflichtgefühl allgemein umschrieben werden können. Sie sind als die gesunden Qualitäten zu betrachten, kraft deren das protestantische Amerika seine heutige Bedeutung erlangt hat. Die Mehrzahl der Wähler und der erfahrungsgemäß beträchtlichen Anzahl von Nichtwählern war eher bereit, dem Nichtpolitiker Eisenhower zu vertrauen, der einen Elefanten einen Elefanten nannte, als einem brillanten Berufspolitiker wie Stevenson, der in politischer Sophisterei schwelgte und eher dahin tendierte, den Elefanten einen Hund zu nennen, der keinen Rüssel hat, und zu argumentieren, daß der gedachte Elefant, der einen Rüssel hat, nicht der wirkliche sei! Stevenson und seine Skribenten heimsten zwar das Entzücken der sogenannten Intellektuellen aller Schattierungen ein — aber die Mehrheit der Amerikaner stimmte für Eisenhower.

Das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist nicht nur nach außen hin ein im höchsten Grade politisches Amt. Nach der Ruhepause auf die siegreiche Kampagne hin wurden innerhalb der neuen Regierungspartei wiederum die alten Gegensätze in voller Stärke sichtbar. Die Angehörigen der neuen Opposition, der demokratischen Partei, spitzten Mäuler und Federn. Das Ausland beobachtete den

neuen Kurs mit größter Aufmerksamkeit — kurz, Freund und Feind warteten gespannt darauf, wie der neue Präsident das Steuer handhaben würde.

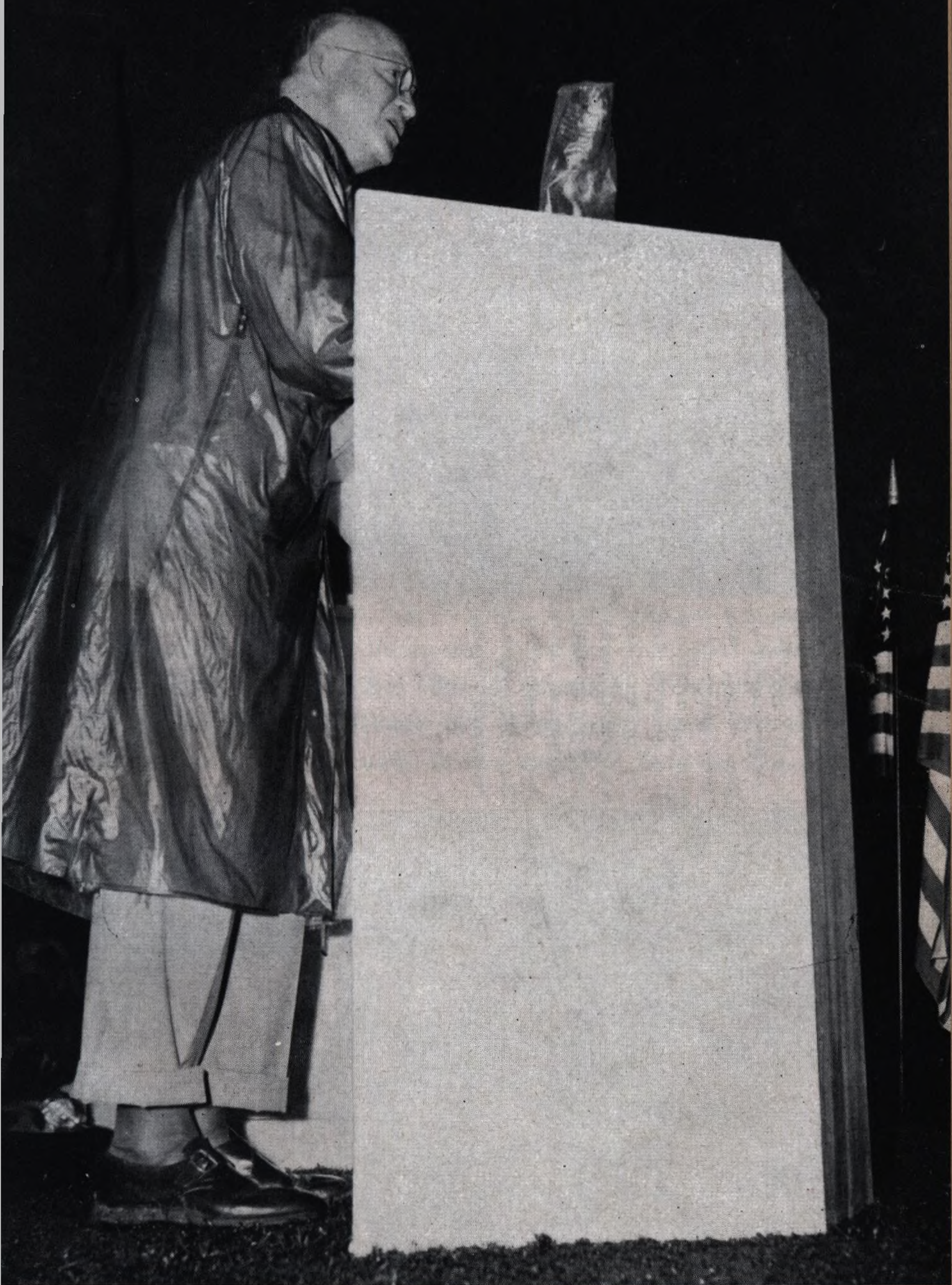
Und nun zu einem kurzen Überblick über die bisherige Regierungstätigkeit einer Administration, der die »Revolte in USA« die Lenkung der Geschicke des Landes in die Hand gegeben hatte. Obwohl jede Regierungstätigkeit von jeher vom Dunst des Geheimnisses und jener abergläubischen Furcht umwoben ist, die den einzelnen ergreift, wenn er sich als armer Tropf der Übermacht einer gesellschaftlichen Zwangsmaschinerie gegenübersieht, reduziert sie sich in Wirklichkeit doch nur auf eine Reihe höchst prosaischer Akte. Es sind die Angelegenheiten der Personalbesetzung, der Vorlage von Gesetzen und deren Anwendung, die uns hier interessieren.

Das amerikanische Erbe, das Eisenhower symbolisierte, und mit dem sich die Mehrheit des Elektorats durch Stimmabgabe identifiziert hatte, kam zu seinem Recht in den ersten Regierungsakten der neuen Administration, nämlich der Wahl der unmittelbaren Mitarbeiter des Präsidenten und seines Kabinetts.

»Wie der Herr, so's Gescherr« ist eine jener Binsenweisheiten, deren Gültigkeit man wieder und wieder bestätigt findet. Wie Eisenhower selbst, wie die Gruppe der modernen Republikaner, die seine Ernennung zum Kandidaten und seine Wahl zustande gebracht hatten, so kamen auch die unmittelbaren Mitarbeiter, mit denen sich der Präsident nun umgab, aus jenem großen Reservoir verantwortungsbewußter und vorwärtsschauender Menschen, die das Rückgrat des amerikanischen Gemeinwesens bilden. Sherman Adams, früher Gouverneur von New Hampshire, leitet als Eisenhowers Assistent die Arbeit der Kanzlei des Präsidenten. Gemeinhin nennt man ihn »den stellvertretenden

Präsidenten«. Daran läßt sich die Bedeutung erkennen, die man ihm zumißt. Zusätzlich des Umstandes, daß Adams seine Erfolge als Geschäftsmann und als Politiker seiner eigenen Tüchtigkeit verdankt, mag er als ein Beispiel der sozialen Verflechtung der Individualexistenz des Amerikaners genannt werden. Als Mitglied der Gesellschaft zum Schutze des Waldbestandes von New Hampshire, Ehrenmitglied der freiwilligen Feuerwehr von Ammonoosuc, Mitglied der *American Legion*, Freimaurer, Zugehöriger zum *Mystic Shrine*, den *Elks* und *Moose* und dem *Farm Bureau* der Gemeinde Grafton, Mitglied einer Hilfsorganisation für die Marine, und so weiter und so fort, ist Adams typisch für die früher besprochene Bereitschaft des Amerikaners, »mitzumachen«. Ähnliches gilt für solche unmittelbare Mitarbeiter im *White House* wie Thomas B. Stevens, Gabriel Hauge, James C. Hagerty und andere.

In bezug auf das erste Kabinett Eisenhowers zeigt die Auslese dieselbe Grundtendenz, die in der Volkswahl des Präsidenten Ausdruck gefunden hatte, die Tendenz, die Geschicke des Landes in die Hände von Männern zu legen, die die besten Eigenschaften der Bevölkerung des Landes verkörpern: Vom Pastorensohn John Foster Dulles (Außenministerium) bis zu jenen typischen Produkten der *managerial revolution* wie Charles E. Wilson (Landesverteidigung) und seinen ersten Helfern wie Roger M. Kyes (Stellvertreter des Verteidigungsministers), Harold E. Talbott (Luftwaffe), Robert T. Stevens (Heer) und Robert B. Anderson (Marine); vom Finanzminister George M. Humphrey aus Cheboygan in Michigan bis zum Budgetdirektor Joseph M. Dodge, dem Bankier aus Detroit; vom Handelsminister Sinclair Weeks, dem Abkömmling einer alten Bostoner Bankiersfamilie, bis zum Landwirtschaftsminister Ezra Taft Benson, dem Nachfahren des Mormonenapostels gleichen



General Eisenhower bei seiner ersten Wahlrede in Abilene, Kansas, am 6. September 1952

Julius Rosenberg, Sowjetspion gegen die amerikanische Atomforschung, wird nach Sing-Sing abgeführt.

←

David Greenglass, der Schwager von Rosenberg, nach seiner Verhaftung durch die F.B.I. Er ist angeklagt, 1945 als Sergeant im Sperrgebiet der Atombomben-entwicklung von Los Alamos dem überführten Spion Harry Gold Geheim-Dokumente weitergegeben zu haben. →

Namens; von Douglas McKay, dem Tischlersohn aus Portland in Oregon, der das Innenministerium leitet, bis zum Klempner Martin P. Durkin, dem Gewerkschaftsführer aus Chicago, der bis zu seinem Rücktritt das Arbeitsministerium leitete; von Frau Oveta Culp Hobby aus Texas im Ministerium für soziale Fragen bis zum Professorensohn Herbert F. Brownell aus Peru in Nebraska, der dem Justizministerium vorsteht...

Es war ein langer Weg von den mehr oder weniger ausgesprochen »politischen« Kabinetten Roosevelts bis zu dieser Gruppe von Fachmännern, mit denen sich der Nichtpolitiker Eisenhower umgab. Sein Kabinett reflektierte den Wunsch der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung, das Schicksal des Landes aus den Händen der politischen Kombination von Professoren, Arbeiterführern und ihren Exponenten (die Roosevelts Regime charakterisiert hatte), aus den Händen der Allianz der *New-Deal*-Millionäre und der kleinen Parteipolitiker (die das Wesen der Truman-Ära gewesen war) in die Hände von Bürgern zu legen, deren berufliches Leben sich nicht in der asozialen Existenz typischer Berufspolitiker und reicher Nichtsnutze erschöpft hatte.

Ein derartiger Wandel schafft eine Reihe Schwierigkeiten, denen die gegenwärtige Regierung keineswegs entging. Sie beruhen im wesentlichen darauf, daß der Wechsel zu einer neuen Mannschaft in der Exekutive sich nicht im selben Umfange auf die gesetzgebenden Körperschaften bezog, wo die Berufspolitiker weiterhin ihren und den von ihnen vertretenen Sonderinteressen nicht nur frönen können, sondern wesensgemäß auch frönen müssen[60]. Da die ungestörte Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten von der engen Zusammenarbeit der Exekutive mit der Legislative abhängt, wird eine Übergangsperiode notwendig, innerhalb deren ein *modus cooperandi* zu finden ist. Das bisherige Schicksal

der Gesetzesvorschläge der Regierung Eisenhower (bis zu den Parlamentsferien, die das Ende der Legislaturperiode des 83. Kongresses einleiten) beweist, daß dieser notwendige *modus cooperandi* gefunden wurde. Unter den etwas über 250 Gesetzesvorschlägen, die das White House dem 83. Kongreß vorgelegt hat, befinden sich rund 60 von größerer Bedeutung für das sogenannte Eisenhower-Programm. Von diesen sind rund 50 Gesetz geworden. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit seitens der Legislative ist zu einem nicht unwesentlichen Teil der raschen Wandlung des Nichtpolitikers Eisenhower wenn nicht zum politischen Führer, so doch zum Führer in politischen Dingen zu verdanken. Dieser Prozeß war vorauszusehen. Das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten macht ihn notwendig und der Mann von Abilene hat ihn mit Erfolg überstanden. Auseinandersetzungen wie um den sogenannten Bricker-Zusatz zur Verfassung (der die Freiheit des Präsidenten zum Abschluß internationaler Abkommen erheblich einzuschränken trachtete) sowie die von Senator McCarthy inszenierten Schauspiele, die seinerzeit die Gemüter stark erhitzten, erwiesen sich im Ergebnis als politische Störungsfaktoren untergeordneter Bedeutung.

Eine weitere Schwierigkeit, der sich die von einem Nichtpolitiker geleitete neue Exekutive gegenübergestellt sah, war eine gewisse politische Unerfahrenheit. Im Falle der Eisenhower-Administration wurde sie wenigstens teilweise durch die fortlaufende Beratung wettgemacht, die dem neuen Präsidenten von seiten der Führer der modernen Republikaner zuteil wurde.

Noch einer anderen Gefahr, der eine Regierung sogenannter politischer Amateure gewöhnlich ausgesetzt ist, entging die Administration Eisenhower ebenfalls. Es handelt sich hierbei um die Entmutigung, welcher Neulinge in der Regie-

rungstätigkeit leicht anheimfallen können. Patriotischer Schwung und guter Wille können nicht verhindern, daß Außenseiter zu der Erkenntnis kommen, die Fähigkeit, ein privatwirtschaftliches Unternehmen zu leiten, bilde nur begrenzt die Voraussetzung zur kompetenten Erfüllung ihrer Aufgaben in hohen Regierungsstellen. Die verantwortliche Arbeit für das Wohl aller umfaßt mehr als die Reorganisierung von Büros, die Einführung privatwirtschaftlicher Verwaltungsmethoden, Rationalisierungsversuche und die Entlassung von Mitarbeitern einer vorhergehenden Verwaltung. Nicht nur besitzen bürokratische Institutionen schon ihre Eigengesetzlichkeit, sondern das amerikanische System verlangt auch eine Bereitschaft zum Kompromiß, die einem erfolgreichen Wirtschaftsführer gewöhnlich wesensfremd ist. Es ist ein Zeichen für den Ernst und die Hingabe, mit denen die modernen Republikaner an ihre Regierungstätigkeit herangingen, daß von etwa 800 in Stellen besonderer Wichtigkeit berufenen Mitarbeitern bisher nur etwa 2,5 Prozent die Flinte ins Korn geworfen haben, und auch von diesen nur ein Bruchteil wegen mangelnden Einfühlungsvermögens.

Nun kann die Ausübung der Verantwortung einer Regierung nur teilweise durch die persönlichen Elemente der geschilderten Art beurteilt werden. Selbst wenn man die Bekanntschaft mit Eisenhowers *team* und das Verständnis für die Übereinstimmung seines Wesens mit den Wünschen der Mehrheit des Volkes durch eine Analyse der Besonderheiten der politischen Einrichtungen der USA ergänzt, so hat man — so unerläßlich all diese Dinge auch für eine Gesamtübersicht über zeitgeschichtliche politische Vorgänge sein mögen — am Ende doch nur ein unvollständiges Bild. Um es zu ergänzen, muß die Weltlage berücksichtigt werden, die die Handlungsmöglichkeiten dieser Regierung von Anfang an bestimmte.

Vielleicht kann das Neuartige der Situation für die Vereinigten Staaten am besten deutlich gemacht werden durch einen Vergleich mit der Situation, aus der heraus Roosevelt von der Mehrheit der Bevölkerung Ende 1932 als Retter begrüßt, gewählt und vor seine Aufgabe gestellt wurde. Die durch die Depression bedingten Probleme, denen sich die damalige Regierung gegenübergestellt sah, waren im wesentlichen wirtschaftlicher Natur. Ihnen konnte, wenigstens vorläufig und vorübergehend, im Rahmen des amerikanischen Gemeinwesens auf dem Wege gesetzgeberischer Maßnahmen gesteuert werden. Daß diese Aufgaben durch Roosevelt in einer Weise »gelöst« wurden, die trotz aller Wünsche nach »sozialer Gerechtigkeit« im Ergebnis eine verteufelte Ähnlichkeit mit der hergebrachten letzten Zuflucht von Regierungen aller Art zu Defizitfinanzierung, Krieg und Inflation hatten, wurde schon früher bemerkt. In diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis wichtig, daß die Lage überhaupt einer Lösung im nationalen Rahmen zugänglich war. Grundlegend anders war indessen die Situation, die Eisenhower vorfand. Sie entzieht sich im wesentlichen dem direkten Zugriff nationaler Gesetzgebung. So allmächtig der Kongreß der Vereinigten Staaten zu sein glaubt oder sein mag, andere Völker unterliegen seiner gesetzgebenden Funktion nicht. Hinzu kommt der beunruhigende Dynamismus einer durch eine Großmacht vertretenen und aktiv geförderten weltrevolutionären Bewegung, der nicht nur zu einer tiefgreifenden Revision der politischen Landkarte der Welt geführt hat, sondern der die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zu einem Dauerzustand macht. Dadurch wird der Rahmen der Handlungsmöglichkeiten durch drei Faktoren eingeengt: Landesverteidigung, Finanz- und Außenpolitik.

So vertraut diese Einheit dem Europäer von altersher

sein mag, so ungewohnt und neu ist ihr Übergewicht im Kreis der politischen Probleme der USA. Selbst unter Roosevelt, zumindest während seiner beiden ersten Amtsperioden, war die Gestaltung der Innenpolitik A und O der Regierungstätigkeit, und die später einsetzende Beschäftigung mit internationalen Aufgaben war bis zu einem gewissen Grade das Ergebnis einer freien Willensentscheidung. Für die Regierung Eisenhower ist die primäre Bedeutung der Außenpolitik keine Angelegenheit der freien Initiative mehr, sondern eine Tatsache, der nicht ausgewichen werden kann. Alle anderen Probleme, seien sie wirtschaftlicher, sozialer oder allgemein administrativer Natur, sind mit der Handhabung der untrennbaren Einheit von Landesverteidigung, Finanz- und Außenpolitik unlösbar verknüpft. Wie dies geschieht, wird letzten Endes den Erfolg der Eisenhower-Administration bestimmen.

Damit empfiehlt sich dem Betrachter eine Zerlegung der Regierungstätigkeit in die zwei Wesensgebiete Innen- und Außenpolitik, die selbstverständlich in enger Wechselwirkung zueinander stehen.

Sucht man nach einer allgemeinen Charakterisierung der Tätigkeit der neuen Verwaltung auf innenpolitischem Gebiet, so könnte man sie einen erfolgversprechenden Versuch nennen, die auf allen möglichen Formen wirtschaftlichen und sozialen Aberglaubens beruhenden Maßnahmen der früheren Regierungen durch Sachkunde allmählich zu beseitigen. Folgende Einzelheiten seien erwähnt:

Die Mitte März 1953 vollzogene Abschaffung der Preisüberwachung (Festsetzung von Höchstpreisen für Löhne, Gehälter und eine große Anzahl von Verbrauchsgütern) stellt einen wesentlichen Schritt in der Rückkehr der Vereinigten Staaten zur freien Marktwirtschaft dar. Das von

Gegnern der Regierung vorausgesagte Steigen der Preise ins Unendliche hat sich natürlich nicht eingestellt.

Die Ausgaben des Bundes für das Haushaltsjahr 1954 (1. Juli 1953 bis 30. Juni 1954) liegen um 10 Billionen unter dem Voranschlag der Regierung Truman. Unter Aufrechterhaltung der unerläßlichen Wehrbereitschaft wurden die Ausgaben für militärische Zwecke um über 3 Billionen reduziert. Der sich in diesen Zahlen ausdrückende Wille zur Sparsamkeit und die Abkehr von inflationistischen Wunderkuren kommt der amerikanischen Bevölkerung in Gestalt von Steuernachlässen von insgesamt $7^1/_2$ Billionen zugute. In den ersten achtzehn Monaten der Amtsperiode Eisenhowers hat sich die Kaufkraft des Dollars nur um einen halben Cent geändert.

Die vom Kongreß im wesentlichen gebilligten Maßnahmen Eisenhowers zur allmählichen Zurückführung der Landwirtschaft in den wirtschaftlichen Automatismus von Angebot und Nachfrage tragen den Stempel wirtschaftlicher Vernunft. Die Bedeutung des Problems der Preisstützung für landwirtschaftliche Produkte läßt sich an der Tatsache erkennen, daß das Landwirtschaftsministerium zur Zeit des Amtsantritts Eisenhowers über eine Billion Dollar für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte investiert hatte. Nach weiteren zwölf Monaten des Inkraftbleibens der starren Preisstützungsgesetzgebung hat sich diese Summe auf nahezu 3 Billionen Dollar erhöht. Unter den Produkten befinden sich nicht nur solche, die leicht und ohne große Kosten eingelagert werden können, sondern auch Posten, die wegen ihrer Verderblichkeit besondere Lagerspesen verursachen, wie z. B. 70 Millionen Pfund Butter, 23 Millionen Pfund Cheddar-Käse, 525 Millionen Gallonen Terpentin, 186 Millionen Pfund Leinöl, um von Weizen, Mais, Trockenmilch, Tabak, Wolle und Baumwolle gar

nicht zu reden. Die Lagerkosten dieses extravaganten Programms der vorhergehenden Regierung belasteten die Staatskasse mit stündlich 30 000 Dollar. Es fällt einem schwer, sich vorzustellen, daß ein »politischer« Präsident den Mut für eine vernünftige Lösung dieser volkswirtschaftlich überaus wichtigen Frage aufgebracht hätte. Die Volksvertreter im Kongreß hatten gerade in bezug auf dieses Problem besondere Schwierigkeiten, die Maßnahmen Eisenhowers zu verstehen. Die ganze Frage gipfelte in der grotesken Situation, daß der Verbraucher zweimal für sein Pfund Butter zahlte: einmal im Butterladen, und zwar einen künstlich hochgehaltenen Preis, das zweite Mal im Rahmen seiner Steuern, damit jener Ladenpreis nicht absackte!

Die rigorose Anwendung der Gesetze zum Schutze der inneren Sicherheit gegen revolutionäre Umtriebe bewirkte schon nach einem Jahr die Entlassung von 420 subversiven Beamten aus dem Bundesdienst. Dazu kommen 84 Landesverweisungen ausländischer Unruhestifter, die Einleitung von 268 Verfahren mit dem Ziel einer Landesverweisung, sowie die Verweigerung der Einreiseerlaubnis an 127 subversive Ausländer. Dabei läßt es sich die Regierung Eisenhower besonders angelegen sein, sich nur auf reine Gesetzesanwendung zu beschränken, ohne die theatralischen Auftritte des »Kommunistenjägers« von Wisconsin gutzuheißen.

Hier sei auch einiges über den sogenannten *loyalty oath* mitgeteilt, der zu allen möglichen finsteren Voraussagen über »das Ende der Demokratie in Amerika« Anlaß gegeben hat, insbesondere seit einige Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Kalifornien sich dem Verlangen der Universitätsleitung nach der Abgabe eines derartigen Treueides widersetzt haben. Die Frage eines *loyalty oath*

ist nicht einheitlich geregelt. Wie so viele Probleme, die auf Grund verschiedener Auffassungen des Begriffes »Demokratie« anderswo mißverstanden werden, ist in den Vereinigten Staaten diese Frage einer *ad-hoc*-Regelung unterworfen. Dem Zug der Zeit entsprechend wird gegenwärtig eine Versicherung gefordert, daß jemand, der sich um einen *job* bewirbt, keine umstürzlerischen politischen Pläne hegt. Sie wird von Beamtenanwärtern bis zu Portiers der für die Landesverteidigung arbeitenden Privatwirtschaft verlangt. Als Beispiel einer derartigen, im übrigen ohne jedes feierliche Getue abzugebenden Erklärung, seien drei der achtunddreißig Fragen wiedergegeben, die jeder Bewerber um eine Anstellung im Bundesdienst unter Strafandrohung wahrheitsgemäß zu beantworten hat. Die drei Fragen erscheinen auf einem der berühmten (oder berüchtigten) amerikanischen »Fragebogen«, dem Bewerbungsformular Nr. 57 der Beamtenkommission für eine Anstellung im Bundesdienst. Es handelt sich um die Fragen 27, 28 und 29 des erwähnten Formulars[61].

27. Sind Sie jetzt Mitglied der kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten oder irgendeiner anderen kommunistischen Organisation, oder sind Sie es jemals gewesen?
28. Sind Sie jetzt Mitglied einer faschistischen Organisation oder sind Sie es jemals gewesen?
29. Sind Sie jetzt Mitglied irgendeiner Organisation, Vereinigung, Bewegung, Gruppe oder Gruppierung, welche den Umsturz unserer verfassungsmäßigen Regierungsform befürwortet, oder einer Organisation, Vereinigung, Bewegung, Gruppe oder Gruppierung, welche Pläne verfolgt, die dafür stehen oder die Begehung von Gewaltakten befürworten mit dem Ziel, anderen Personen die Ausübung der ihnen verfassungsmäßig verbrieften Rechte zu versagen oder die eine Änderung der Regie-

rungsform der Vereinigten Staaten mit verfassungswidrigen Mitteln erstreben?

Dies ist die Form der als *loyalty oath* bekannten Erklärung, die Ländern, Gemeinden, Institutionen des Unterrichtswesens und anderen Stellen als Muster gedient hat. Die Fragen werden in 999 von 1000 Fällen bereitwilligst beantwortet. Denn der Amerikaner ist mit der Regierungsform des Landes so verwachsen, daß ihm Bestrebungen nach gewaltsamem Umsturz zugunsten irgendeiner Gruppe politischer Weltverbesserer absolut gegen den Strich gehen. Damit wird auch verständlich, daß all das Getue, das außerhalb der USA um eine derartige Erscheinung aufgeführt wird, kein vergleichbares Gegenstück in der Volksstimmung Amerikas findet.

Ähnliches gilt übrigens für den gesamten Komplex der anti-kommunistischen Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten. Zunächst ist festzustellen, daß sich die Mehrheit des Kongresses als päpstlicher als der Papst erwies, denn auf Initiative des Führers des liberalen Flügels der *Demokraten,* des Senators Hubert H. Humphrey von Minnesota (und entgegen den Wünschen des Präsidenten und seines Justizministers) wurde die kommunistische Partei außerhalb des Gesetzes gestellt. In dieser Aktion ist der Wunsch der demokratischen Partei zu sehen, sich von dem Odium der Liebäugelei mit den Kommunisten zu befreien und der Revoltestimmung der Bevölkerung entgegenzukommen. Im übrigen wird sich wohl zu gegebener Zeit der Oberste Gerichtshof mit der Frage der Verfassungsmäßigkeit des Parteiverbots befassen. Inzwischen aber sind der kommunistischen Agitation die legalen Möglichkeiten abgeschnitten, und Republikaner, Demokraten und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sind damit zufrieden.

In der Sozialgesetzgebung (Sozialversicherung und Ar-

beitslosenfürsorge) versucht die Regierung unter Anerkennung der Aufgaben der öffentlichen Hand, ja einer Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf weitere Bevölkerungsgruppen, eine Lösung, die eine stärkere Einschaltung der Staats- und Lokalbehörden vorsieht und der Initiative des einzelnen zur Selbsterhaltung und Selbstversorgung größeren Anreiz bietet.

Trotz allen erdenklichen Drucks seitens der Parteiorganisation und der republikanischen Volksvertreter hat die Regierung Eisenhower der Versuchung widerstanden, durch »politische« Dienstentlassungen großen Stils Platz für die Belohnung von Parteigetreuen zu schaffen. Sie hat damit der Förderung und dem Schutz eines sachkundigen Beamtentums einen beachtlichen Dienst erwiesen. Das hindert natürlich nicht, daß die Regierung erfolgreich bemüht ist, die Zahl der Bundesbediensteten langsam und stetig, unter Aufrechterhaltung aller wesentlichen Dienste, zu vermindern. Der deutsche Leser mag ein Bild von der Personalüberladung der öffentlichen Dienste an Hand folgender Vergleichsziffern gewinnen: während in der deutschen Bundesrepublik 1 Angehöriger des öffentlichen Dienstes auf 50 Einwohner entfällt, ist die entsprechende Vergleichszahl in den Vereinigten Staaten 1:18. In beiden Fällen sind Bund, Länder und Gemeinden einbegriffen.

Auch in der Herabsetzung der Einkommensteuer und anderer Steuern sowie in der Gesetz gewordenen Revision der gesamten steuerlichen Struktur zeigt die Regierung jenen Zug vorsichtiger Handhabung einer heiklen Angelegenheit, die alle bisherigen Maßnahmen kennzeichnet.

In der Frage der Förderung des internationalen Güteraustauschs, mit anderen Worten der Abkehr vom kurzsichtigen ökonomischen Nationalismus vorhergehender Epochen, ist die Administration Eisenhower auf Widerstände in der

Volksvertretung gestoßen, die denen in der Frage der Preisstützung für landwirtschaftliche Produkte vergleichbar sind. In einer an den Kongreß gerichteten Sonderbotschaft vom 30. März 1954 ließ Präsident Eisenhower keinen Zweifel daran, daß ihm Fragen wie die Verlängerung des Gesetzes über die Handelsverträge auf *drei* Jahre, die Vereinfachung des Tarifwesens und ähnliches als wesentlich erscheinen. Der Kongreß stimmte schließlich einer Verlängerung des fraglichen Gesetzes lediglich um ein Jahr zu.

So repräsentativ die Regierung Eisenhower nun für Amerika ist, und so vernünftig sie an die Bewältigung der Regierungsaufgaben herangeht — der politische Kampf geht weiter. Die demokratische Opposition sucht nach klassenkämpferischen Haaren in der Suppe, wenngleich bemerkt werden muß, daß deren konservativer Flügel während des 83. Kongresses große Bereitschaft gezeigt hatte, im Interesse des Landes der Führung Eisenhower zu folgen. Senator McCarthys sonderbares Gebaren ist vorläufig noch immer eine Einmannvorstellung ohne Ensemble, was man auf gut amerikanisch eine *one-man-show* nennt. Wie lange er es sich leisten kann, selbst in seiner eigenen Partei in »großartiger Einsamkeit« ausschließlich auf seinem Steckenpferd des Anti-Kommunismus zu reiten, ohne sich lächerlich zu machen, steht dahin. Es hängt ausschließlich von dem Interesse ab, welches das amerikanische Publikum und die amerikanische Presse seinen »Enthüllungen« künftighin entgegenbringt. Es ist nicht undenkbar, daß sich der ultra-konservative Flügel der republikanischen Partei seiner als Aushängeschild bedienen will. Das hängt wiederum ausschließlich von seiner Popularität ab, die keineswegs garantiert ist; insbesondere seit seine Affäre mit hohen Zivilbeamten der Armee den Anstrich eines Verfassungskonfliktes bekommen

und zur Untersuchung seiner Amtsausübung durch ein Komitee von Senatskollegen geführt hat.

Die im Sommer 1954 in Chicago erfolgte Gründung einer Art nationaler Bewegung unter dem Namen *For America* (Für Amerika) stellt einen Versuch dar, die ultrakonservativen Kräfte des Landes zu sammeln. Ob sich diese Gruppe McCarthys bedienen will, ist weniger interessant, als daß es sich um einen anscheinend ernst zu nehmenden Versuch handelt, die Kontrolle der republikanischen Partei den modernen Republikanern zu entreißen. Die Gründung der Gruppe geht auf die Initiative von Oberst Robert R. McCormick zurück, dem Verleger der *Chicago Tribune*. Unter ihren führenden Köpfen befinden sich nicht wenige Republikaner, die 1952 die Ernennung des verstorbenen Senators Robert A. Taft durchzusetzen versuchten, sowie Isolationisten, die noch immer nicht entdeckt haben, daß die Vereinigten Staaten ein Teil der Welt sind. Sollte die Gruppe versuchen, durch Absplitterung die republikanische Partei zu torpedieren, so wäre das ein sicherer Weg, der demokratischen Partei in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1956 zum Siege zu verhelfen. Allgemein ist für eine solche mögliche Entwicklung beachtenswert, daß es nicht mehr (wie bei den Versuchen Theodore Roosevelts im Jahre 1912 und Robert La Follettes im Jahre 1924) der fortschrittliche Flügel der Partei ist, der mit derartigen Plänen spielt, sondern die Ultrakonservativen.

Indessen mögen alle Fragen über den vorläufigen Erfolg der Regierung Eisenhower bis zu den Aussichten der Gruppe *For America*, über die Zweckmäßigkeit der Wahl eines Nichtpolitikers zum höchsten Amt des Landes bis zum Gehabe McCarthys, mit einem Schlag an Bedeutung verlieren, wenn die internationale Situation eine drastische Wendung nimmt. Damit ist wiederholt, daß die Außenpolitik erst-

malig für die Vereinigten Staaten lebensentscheidend geworden ist.

Auf ihrem Weg zum Wahlsieg mit Eisenhower ließen es sich die modernen Republikaner angelegen sein, die Außenpolitik Trumans und Achesons (sowie natürlich die Außenpolitik Roosevelts) einer scharfen Kritik zu unterziehen. Man entsprach damit der allgemeinen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit einer Lage, die nach beträchtlichen wirtschaftlichen Opfern und entscheidenden militärischen Siegen in Europa und Asien darin gipfelte, daß man nun Rußland und den Weltkommunismus auf dem Halse hatte und keinen anderen Ausweg sah, als den Alliierten *und* dem besiegten Feind wirtschaftlich und militärisch gehörig unter die Arme zu greifen.

Präsident Eisenhower betraute John Foster Dulles mit der Aufgabe, die Außenpolitik im Sinne des Mandates der Wähler und der guten Absichten der modernen Republikaner zu reformieren. Dulles kann sehr wohl als einer ihrer Prototypen gelten. Der Name dieses Rechtsanwalts und Mitglieds einer bekannten internationalen Anwaltsfirma in New York begann gegen Ende des zweiten Weltkrieges bekannt zu werden. Dulles half bei der Ausarbeitung der Satzung der Vereinten Nationen, nahm als Mitglied der amerikanischen Delegation an der Konferenz von San Francisco teil, wohnte als amerikanischer Delegierter den Vollversammlungen der Vereinten Nationen in den Jahren 1946, 1947, 1948 und 1950 bei, beriet den Kandidaten Thomas E. Dewey in der Wahlkampagne von 1948 in außenpolitischen Fragen, machte 1950 einen erfolglosen Versuch, in den Senat gewählt zu werden (nachdem er dank seiner Ernennung durch Dewey für den Rest der Mandatsperiode des verstorbenen demokratischen Senators Robert Wagner im Senat gesessen hatte), führte als Sonderbeauftragter des

State Department die erfolgreichen Verhandlungen um den amerikanisch-japanischen Friedensvertrag, und war schließlich maßgeblich an der Ausarbeitung des außenpolitischen Programms der Republikaner für die Parteikonvention im Jahre 1952 beteiligt.

Es würde schwer halten, unter den Republikanern einen zweiten Mann zu finden, der die besten Eigenschaften des Amerikaners mit einer derartig weiten Erfahrung in außenpolitischen Dingen verbindet.

In der Umgestaltung des Außenministeriums, der Abspaltung gewisser, nur indirekt mit der Außenpolitik zusammenhängender Abteilungen wie der Propagandadienste, in der Auswahl seiner unmittelbaren Mitarbeiter im Ministerium und im auswärtigen Dienst, kamen Dulles' Sachkunde und sein gutes Amerikanertum zu voller Geltung. Dieser Teil seiner Arbeit, so wichtig er war, lag indessen auf nationaler Ebene. Was die eigentliche Führung der Außenpolitik, das heißt die Pflege der Beziehungen und der Zusammenarbeit mit auswärtigen Regierungen im weitesten Sinne angeht, so bediente sich Dulles in seinem Verkehr mit den Alliierten und bei seinen verschiedenen Versuchen, ihre Mitarbeit an amerikanischen Plänen zu aktivieren, gelegentlich einer gewissen undiplomatischen Grobheit. Sie muß wohl als der wesentliche Unterschied zwischen Dulles' Führung der Außenpolitik und der seines Vorgängers, Dean Acheson, angesehen werden. Diese Direktheit ist Dulles' Anstrengungen zuzuschreiben, die Fortsetzung der großen Allianz und der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, sowie die Schaffung zusätzlicher Verteidigungsabkommen »populär« zu machen. Ob der vorübergehende Anklang derartiger Äußerungen bei den Amerikanern die Unpopularität wert ist, die sie bei anderen Nationen ausgelöst haben, bleibe dahingestellt. Der »Wandel« in dieser Be-

ziehung liegt in der gleichen Richtung wie das betonte Bemühen von Dulles, die Volksvertretung über die Arbeit und Pläne des Außenministeriums auf dem laufenden zu halten[62].

Dieser Blick auf Dulles' Tätigkeit, so wichtig er auch ist, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die amerikanische Außenpolitik bisher unter seiner Leitung im Ergebnis kaum von der seines demokratischen Vorgängers unterscheidet. Das Gerede von einem grundsätzlichen Bruch mit der Politik des *containment* (Eindämmung des Kommunismus) zugunsten einer aggressiven Politik der *liberation* (Befreiung vom Kommunismus) erwies sich sehr bald als leere Phrasendrescherei, wie stark auch der Gedanke der Befreiung den Wünschen der amerikanischen Politiker entsprochen haben mag. Dulles' Bemühungen haben jedenfalls zu einem neuen Verteidigungsabkommen, der SEATO, einem »bis hierher und nicht weiter« in Südostasien geführt, als Gegenstück zum Nordatlantikpakt, jener politisch-militärischen Vereinbarung, die die Antwort des Westens auf die Übernahme der Tschechoslowakei durch die Kommunisten war, und deren Konzeption und Realisierung den Amerikanern, Franzosen und Italienern schon soviel Kopfzerbrechen bereitet hat. Wie NATO ist SEATO ein Versuch, mit einer militärischen Allianz den Gefahren zu begegnen, die sowohl in der kommunistischen Propaganda, als auch in dem durch die Sünden des Kolonialismus aufgepeitschten Nationalismus der farbigen Völker liegen. Irgendwelche Garantie, daß die westliche Welt mit SEATO bessere Erfahrungen machen wird als mit NATO, ist natürlich nicht gegeben.

Obwohl also die Führung der Außenpolitik durch den Republikaner John Foster Dulles im wesentlichen nur die logische Fortsetzung der von Präsident Truman und Außenminister Acheson verfolgten Linie ist, so hat doch der von

ihm angeschlagene neue Ton anscheinend nicht nur dem potentiellen Feind einigen Respekt eingejagt, sondern auch bei Freunden und Alliierten ein Gutteil Besorgnis verursacht.

Was die amerikanische Bevölkerung selbst angeht, so hegt sie nicht ganz von Sorgen ungetrübte Hoffnungen, den modernen Republikanern möge das Kunststück gelingen, durch Entwicklung einer aktiveren Zusammenarbeit unter den freien Völkern (an Stelle von rein passiver, meist auf Erbitten oder Bezahlen von Geldunterstützungen beschränkter Beteiligung) die Sache des mit der Freiheit so eng verknüpften Friedens zu festigen. Diese Haltung des amerikanischen Volkes entspricht etwa, wenn auch in weniger prononcierter Form, dem Wunsch der europäischen Nationen, nicht durch die Konservierung traditioneller nationalstaatlicher Außenpolitik gemeinsam unterzugehen.

An dem Ernst der Bemühungen Eisenhowers und seiner Regierung, die in sie gesetzten Hoffnungen der Bevölkerung zu erfüllen, sollte vernünftigerweise nirgends auch nur der geringste Zweifel bestehen. Aus Präsident Eisenhowers militärischer Karriere irgendwelche Schlüsse auf eine etwaige Vorliebe seinerseits für kriegerische Unternehmungen zu ziehen, wäre ebensosehr verfehlt. Eisenhower sind autokratische Tendenzen so wesensfremd wie sie Roosevelt natürlich waren. Es ist ein gewöhnlicher, wohl nur auf der Verschiedenheit der militärischen Tradition in Amerika und Europa beruhender Irrtum, Soldatentum mit autokratischen (oder gar faschistischen) Neigungen zu identifizieren. Das moderne Soldatenhandwerk beruht auf *team work*, Stabsarbeit, einer Technik, die dem amerikanischen politischen System und der amerikanischen Regierungsform besonders gut entspricht. Aus der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten läßt sich unschwer ablesen, daß die republika-

nische Partei mit besonderer Hingabe an die Vorzüge des amerikanischen Systems glaubt, und daß die modernen Republikaner als Ausdruck und Produkt der »Revolte in USA« es als ihre Aufgabe betrachten, dieses System zu erhalten. Man geht fehl, in Außenminister Dulles' »neuem Ton« eine besondere Vorliebe für das »Diktat« sehen zu wollen. Zwar hielt er es für nötig, unter dem Beifall der Nation kundzutun, daß man mit der alten Rollenverteilung, wonach die Vertreter anderer Nationen »Politik machten«, während die Amerikaner dann die Kastanien aus dem Feuer holten und die Rechnung bezahlten, nicht mehr zufrieden war. Im übrigen aber verfolgt Dulles einzig und allein das »Lebensziel« der westlichen Welt, die Erhaltung und Förderung des Friedens in Übereinstimmung mit der Aufrechterhaltung freiheitlicher Ordnungen, und dies nur in offener Zusammenarbeit mit den Regierungen anderer Länder. Dabei wird es bald mehr und mehr als Vorteil empfunden werden, daß Dulles sehr darauf bedacht ist, Mitspieler und Verhandlungspartner wissen zu lassen, woran sie sind. Verhandlungsbereitschaft und Mitarbeit im *team* derer, die an den außenpolitischen Aufgaben ihrer respektiven Länder arbeiten, sind für Dulles charakteristisch — und nicht das Diktat! — Dazu läßt die amerikanische Geschichte erkennen, daß es eher eine Tendenz der Demokraten als der Republikaner ist, die Geschicke des Landes dem Genie und der intuitiven Staatskunst *eines* Mannes anzuvertrauen. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt weiter, daß in dieser Periode noch keine republikanische Regierung das Land in einen Krieg verwickelt hat.

Die Regierung Eisenhower ist nicht nur Ausdruck der besten Traditionen des Landes. Die Republikaner haben nicht nur begonnen, die großen Probleme jeder modernen Gesellschaft, insbesondere das Verhältnis zwischen Indivi-

duum und Regierung, zwischen Privatinitiative und Gemeinschaftsinteresse, im Geiste fortschrittlicher Vernunft anzupacken. Seitdem ihren Händen die außenpolitische Verantwortung für das amerikanische Gemeinwesen anvertraut worden ist, schließen sie sich einer modernen Tradition an, die auch die demokratische Partei vertrat, und knüpfen an deren letzte Konzeptionen für die Gestaltung des Verhältnisses zur Umwelt an.

Diese Tradition der amerikanischen Außenpolitik im 20. Jahrhundert muß in der Tat als einzigartig in der Geschichte gelten. Vielleicht ist das der Grund, der es insbesondere Europäern erschwert, sie unvoreingenommen als das zu nehmen, was sie ist. Es muß für den Nichtamerikaner ungewöhnlich schwierig sein, zu begreifen, daß die Vereinigten Staaten zweimal wirtschaftlich und militärisch in entscheidender Weise in die Geschicke unseres Jahrhunderts eingegriffen haben, ohne dabei von irgendeinem der egoistischen Gründe, die man gewöhnlich als »Motive« der Außenpolitik anerkennt, getrieben zu werden. Geschah es aus Land- oder Machthunger? Das amerikanischer Verwaltung unterstehende Gebiet der Erdoberfläche hat sich im Laufe der letzten 25 Jahre verkleinert, nicht vergrößert! — Geschah es aus mutwilligem, unwiderstehlichem Militarismus? Kriegerisch eingestellte Nationen pflegen nicht nach jedem Kriege so gründlich zu demobilisieren wie es die Vereinigten Staaten nun schon mehrmals getan haben. — Geschah es, um die Welt wirtschaftlich zu unterjochen? Das wäre eine recht merkwürdige Auffassung von wirtschaftlicher Macht und Stärke, die dazu führte, daß die öffentliche Schuldenlast von 3 Billionen im Jahre 1917 auf 25 Billionen im Jahre 1920, und von 40 Billionen im Jahre 1939 auf rund 260 Billionen im Jahre 1954 gestiegen ist! Nein, es ist eine eigentümliche Mischung historischer, natio-

naler und idealistischer Momente, die den Amerikaner leiten, und die in seinem Glauben an eine Mission seines Landes in der Welt gipfeln. Der Amerikaner gehört zur westlichen Welt christlicher Zivilisation und fühlt sich ihr nicht nur zutiefst verbunden, sondern verpflichtet. Er ist stolz auf die selbstgeschaffenen politischen Institutionen wie auf seine wirtschaftliche Leistung und ist bereit, sie selbst dann zu verteidigen, wenn sie nur mittelbar bedroht sind. Und schließlich sind die Amerikaner erstaunlich menschlich. Dieses religiös gefärbte Menschentum ist letzten Endes die Basis für die Hilfsbereitschaft und die enorme Hilfeleistung, von der die Welt profitiert hat und profitiert!

Es ist wichtig, diese grundlegende Haltung nie zu verkennen.

Damit sind wir am Ende unseres Versuches, einen wirklichkeitsgetreuen Überblick über das politische Geschehen in den Vereinigten Staaten seit dem Ende des Jahres 1932 zu geben. Es handelt sich um eine relativ kurze Spanne im politischen Leben des amerikanischen Volkes. So kurz sie indessen ist, ihre Beschreibung mag geeignet sein, einen Eindruck von den amerikanischen politischen Wirklichkeiten und vom »amerikanischen System in Aktion« zu verschaffen. Sein wesentlicher Zug ist, daß die zur Leitung berufene politische Führung zu einer Ausübung der Funktionen im Interesse der Gesamtheit und nicht einer einzelnen Gruppe gezwungen wird.

Senator McCarthy — sollte er wirklich irgendwelche finsteren diktatorischen Absichten hegen (eine Annahme, zu der nicht der geringste tatsächliche Anhaltspunkt vorliegt) — würde an der Widerstandskraft dieses Systems zerschellen: Genau so sicher und unabweislich, wie der Versuch Roosevelts und Trumans, das amerikanische Volk mit einer Abart des Obrigkeitsstaates zu beglücken, jene Manifestation

einer politischen Reife hervorgerufen hat, die wir als »Revolte in USA« charakterisiert haben.

*

...und die Zeit schreitet weiter. In ihr liegt das Rätsel Krieg oder Frieden ungelöst.

Was den Frieden und damit die internationalen Beziehungen anbetrifft, so kommt die Charakteristik des amerikanischen politischen Systems nur äußerst beschränkt zur Auswirkung. Noch immer steht vor den Männern, die das Geschick an führende Stellen gesetzt hat, die Aufgabe, die Friedenssehnsucht der Völker dieser Welt in die Wirklichkeit umzusetzen und damit den *circulus vitiosus* von Krieg zu Frieden und von Frieden zu Krieg endlich zu brechen.

Ob die gegenwärtige amerikanische Regierung in der Lage sein wird, grundlosen Verdacht bezüglich ihrer friedlichen Absichten aus dem Wege zu räumen, hängt nicht allein von ihr ab.

Ob die aktive Injektion des praktischen amerikanischen Idealismus genügen wird, die traditionelle Außenpolitik der Völker, jene blinde, selbstmörderische Verfolgung von Wahnvorstellungen, genannt *nationale Interessen,* zu reformieren, ist eine offene Frage.

Ob die Versuche zu einer friedlichen Zusammenarbeit der Völker an der Lösung gemeinsamer Aufgaben weiterhin durch Kriegsvorbereitungen, Kriege und späteren Wiederaufbau behindert werden, hängt nicht allein von den Amerikanern ab.

Die politische Tradition der Vereinigten Staaten, die überragende Weltgeltung, die sich das amerikanische Gemeinwesen erwarb, haben indessen eine einzigartige Situation geschaffen. Aus ihr heraus könnte vielleicht das vielzitierte erlösende Wort, daß das Wohl *aller* Völker bewuß-

tes Prinzip jeder außenpolitischen Aktivität sein müsse, Wirklichkeit werden. Dann wäre der Nebel von Mißtrauen, Ungewißheit, Furcht, Neid und Eifersucht, die das internationale Klima vergiften, mit einem Schlage zerrissen.

Vielleicht ist dem Mann von Abilene die Verwirklichung dieses idealen Gedankens vergönnt. Damit erwiese er der Menschheit einen Dienst, der seines Landes würdig wäre.

ANMERKUNGEN

Zum Vorwort

1 Hierzu sei mitgeteilt, daß der Verfasser der erkenntnistheoretischen Grundlegung für jede Wirklichkeitsbetrachtung, die der 1939 verstorbene schwedische Philosoph Axel Hägerström erarbeitet hat, äußerst viel verdankt. Hägerström führte Kants Lösungsversuch zu einem erfolgreichen Ende. Seine diesbezüglichen deutschen Arbeiten sind vornehmlich: Kants Ethik im Verhältnis zu seinen erkenntnistheoretischen Grundgedanken, 1902. - Das Prinzip der Wissenschaft. Eine logisch-erkenntnistheoretische Untersuchung. I. Die Realität, 1908. - Eine kurze Zusammenfassung von Hägerströms Philosophie erschien im Jahre 1929 in der Leipziger Reihe »Die Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen«.

Zum Kapitel: »Amerika unter Roosevelt«

2 Vgl. Roosevelt Papers (The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt), Band 1, S. 659.

3 Alle statistischen Angaben in diesem Buch, mögen sie Wahlergebnisse, Zahl der Arbeitslosen, Höhe der öffentlichen Verschuldung, die Anzahl der Bundesbediensteten und ähnliches betreffen, sind dem »Stastical Abstract of the United States, 1953« entnommen. Diese Veröffentlichung des *U.S. Bureau of the Census* entspricht etwa dem »Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland« des Statistischen Bundesamtes.

4 Roosevelt Papers Bd. 2, S. 11—16, insbes. 11, 11/12 und 15.

5 Proklamation vom 6. März 1933. — Roosevelt Papers Bd. 2, S. 24 ff.

6 Roosevelt Papers Bd. 2, S. 61 ff.

7 Roosevelt Papers Bd. 2, S. 185—188.

8 Die Episode ist von Raymond Moley in seinem Buch »Seven Years After« ausführlich beschrieben.— Roosevelts Telegramm nach London ist in den Roosevelt Papers Bd. 2, S. 284/85, abgedruckt.

9 Zum diesbezüglichen Notenaustausch zwischen Roosevelt und Litvinow, vgl. Roosevelt Papers Bd. 2, S. 471—487.

10 Roosevelt Papers Bd. 6, S. 1—6 (der zitierte Satz findet sich auf S. 5).

11 Roosevelt Papers Bd. 9, S. 517.

[12] Dies ist keineswegs eine leichtfertige Bemerkung. Die traditionellen Vorstellungen des Völkerrechts sind von dem schwedischen Rechtsgelehrten A. V. Lundstedt, einem Schüler Axel Hägerströms, schon vor vielen Jahren einer entscheidenden kritischen Analyse unterzogen worden. Professor Lundstedt hat auf der Basis seiner rechtsphilosophischen Anschauungen gegen die Rachepolitik der Alliierten nach dem ersten Weltkrieg sowie gegen die friedengefährdende Völkerbundspolitik der Aufrechterhaltung des Status quo unermüdlich gekämpft. Seine weiter bekanntgewordenen Arbeiten zu diesen Fragen sind: Die Auslieferungsforderung der Entente nach strafrechtlichen Gesichtspunkten, Deutsche Juristenzeitung, 1920. — Superstition or Rationality in Action for Peace?, 1925. — Das Trojanische Pferd. Eine Kritik des Völkerbundsrechtes, Preußische Jahrbücher, 1928. — Vgl. ebenfalls des Verfassers Illusions et Réalités dans la Politique Internationale de Paix, 1939.

Zum Kapitel: »Das Trojanische Pferd«

[13] Es sei generell auf zwei Büchlein verwiesen, die eine gute Übersicht über das amerikanische politische System geben: Davis Cushman Coyle, The United Staates Political System and How it Works, 1954. — Wright Patman, Our American Government, 1954.

[14] Vgl. des Verfassers Schrift: Karl Marx und die Wirklichkeit, 1937.

[15] Vgl. dazu die im Literaturnachweis erwähnten Erlebnisbücher früherer kommunistischer Aktivisten und Funktionäre der weltrevolutionären Bewegung wie Whittaker Chambers, Elizabeth Bentley und Hede Massing.

[16] Vgl. dazu die Schriften von Earl Browder, Benjamin Gitlow und Louis Budenz. Interessant ist ebenfalls der Bericht von Angela Calomiris, die als Spitzel des *F.B.I.* jahrelang in der Organisation der *CPA* in New York wirkte.

[17] Von den rund 250 subversiven Organisationen in den Vereinigten Staaten, die auf der »schwarzen Liste« *(list of subversive organizations)* des amerikanischen Justizministeriums erscheinen, sind über 80 vH kommunistische Tarnorganisationen.

Zum Kapitel: »Das kommunistische Eindringen in Regierungsämter«

[18] Die besondere Kenntnis der entsprechenden Militärliteratur verdankt der Verfasser seiner früheren Beschäftigung in der Übersetzungsabteilung des amerikanischen Kriegsministeriums.

[19] Die ganze Frage des Eindringens ist von James Burnham behandelt worden in seiner verdienstvollen Arbeit: The Web of Subversion, Underground Networks in the U.S. Government.

[20] Der offizielle Titel dieses Berichts ist: Report of the Subcommittee to investigate the Administration of the Internal Security Act and other Internal Security Laws to the Committee on the Judiciary, United Sta-

tes Senate, Eighty-Third Congress, First Session, on *Interlocking Subversion in Government Departments.* Es ist üblich, ihn nach dem Namen des Vorsitzenden des Unterausschusses kurz als Jenner-Report zu zitieren. Zur zitierten Stelle, vgl. Jenner-Report S. 21.

[21] Jenner-Report S. 29.

[22] Jenner-Report S. 29.

[23] Der sogenannte japanische Morgenthau-Plan ist von William L. Langer und S. Everett Gleason in ihrem Buch »The Undeclared War«, S. 875 ff., behandelt worden, leider ohne Berücksichtigung des kommunistischen Elements.

[24] Bezüglich Kaplan vgl. The Story of Irving Kaplan, Jenner-Report, S. 12 ff.

[25] Vgl. E. R. Stettinius, Roosevelt and the Russians, S. IX.

[26] Jenner-Report, S. 33.

[27] Jenner-Report, S. 32—35.

[28] Jenner-Report, S. 33.

[29] Bezüglich des Falles Rosenberg sei auf die Darstellung des Rabbiners Fineberg verwiesen (The Rosenberg Case), der durch seine objektive Darstellung seinen Glaubensgenossen einen unschätzbaren Dienst geleistet hat! — Zum Gesamtkomplex der Atomspionage vgl. Oliver Pilat, The Atom Spies.

[30] Jenner-Report, S. 1 und 15.

[31] Zu der Rolle des *Institute of Pacific Relations* sei auf Hearings on the Institute of Pacific Relations, 1951/52 des Internal Security Subcommittees des Senats verwiesen.

Zum Kapitel: »Die ersten Warnungen«

[32] Zu der Frage der Palmer Razzia vgl. Lowenthal, The Federal Bureau of Investigation, S. 147 ff. (262).

[33] Zitiert nach: Communism in Government, The Story of a Great Betrayal, 1952, S. 16/17. — Diese vom Büro des Steuerungskomitees der Minderheit des Senats am 15. August 1952 vorbereitete Zusammenstellung wurde mir von der Leitung der Republikanischen Partei bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Ebenso ist der Verfasser dem Nationalkomitee der Demokratischen Partei für Überlassung eines *Fact Sheet* RD-53-38 12-9-53 zu Dank verpflichtet, in dem die Rolle der Demokratischen Partei in der Kommunistenbekämpfung mit Tatsachen belegt wird. Beide ergänzen einander und ergeben bei richtiger Abwägung ein gutes Bild.

[34] Die Geschichte des *HUAC* ist von seinem langjährigen Hauptuntersuchungsbeamten Robert E. Stripling ausführlich dargestellt worden. Vgl. The Red Plot Against America. — Vgl. ebenfalls Martin Dies, The Trojan Horse in America.

[35] Stripling, a. a. O. S. 29.

[36] [37] [38] Stripling, a. a. O. S. 29 und 30.

[39] Vgl. Nathaniel Weyl, The Battle Against Disloyalty, S. 163/164.

[40] Die ganze Episode ist von einem der Hauptbeteiligten, Whittaker Chambers, in allen Einzelheiten beschrieben worden. Vgl. dessen Buch »Witness«, S. 463 ff.

[41] [42] Vgl. Stripling, The Red Plot Against America, S. 37 ff., und S. 44.

[43] Stripling, a. a. O., S. 47/48.

[44] Zahlenangaben sind dem bereits erwähnten *Fact Sheet* des Nationalkomitees der Demokratischen Partei entnommen.

[45] Quelle wie Anmerkung [33].

Zum Kapitel: »Die Bombe platzt«

[46] Der Fall Hiss ist wiederholt ausführlich literarisch behandelt worden. Besonders hervorgehoben sei das Buch von Whittaker Chambers: Witness. Ebenfalls lesenswert ist der Bericht zweier Journalisten, De Toledano und Lasky: Seeds of Treason. Das Buch des Washingtoner Korrespondenten des *Manchester Guardian* (A Generation on Trial, von Alistair Cooke) behandelt vornehmlich die beiden Strafverfahren.

[47] Sämtliche Zitate aus den Vernehmungen von Chambers und Hiss sind den öffentlich zugänglichen Protokollen des *HUAC* entnommen; die Verantwortung für die Übersetzung liegt natürlich beim Verfasser.

[48] Vgl. Chambers, Witness, S. 694/95.

[49] Die Gerichtsprotokolle beider Hiss-Prozesse belaufen sich auf rund 8000 Seiten.

Zum Kapitel: »Vox populi«

[50] Infolge der jahrelangen, teilweise noch heute fortwirkenden Monopolisierung der amerikanischen Auslandsberichterstattung durch Journalisten, die dem *New Deal* mehr oder weniger verfallen sind (wie z. B. Drew Pearson, die Gebrüder Alsop, Walter Lippmann) werden dem deutschen (und europäischen) Leser die Namen solcher Anti-*New* und *Fair-Deal*-Journalisten wie Felix Morley, John T. Flynn, Karl von Wiegandt, George E. Sokolsky, Fulton Lewis, John O'Donnell, Westbrook Pegler und viele andere mehr oder weniger völlig unbekannt geblieben sein. Sie haben indessen im Prozeß der amerikanischen Meinungsbildung bezüglich der Einschätzung der Regierungskunst Roosevelts und Trumans eine erhebliche Rolle gespielt.

[51] Vgl. dazu in toto: Nathaniel Weyls historisch-politische Arbeit »Treason«.

[52] Article III, Section 3, der Verfassung der Vereinigten Staaten.

[53] Vgl. dazu die sehr ausführliche Darstellung von Anderson und May: McCarthy - the Man, the Senator, the Ism, S. 6—120.

[54] Vgl. Congressional Record — Senate vom 20. Februar 1950.

[55] Vgl. Staate Department Employee Loyalty Investigation. Hearings Before A Subcommittee Of The Committee On Foreign Relations, S. 1 ff.

[56] Wie Anmerkung [55].

[57] Vgl. Buckley-Bozell, McCarthy and his Enemies, S. 165/166.

Zum Kapitel: »Eisenhower übernimmt das Steuer«

58 Der Kampf, den Eisenhower mit sich selbst führte, ist von Kevin McCann ungewöhnlich einfühlend beschrieben worden. Vgl. McCann, Man from Abilene. — Siehe ebenfalls: Jay Franklin, Republicans on the Potomac, und Rudolph Field, Mister American.

59 Von der Gesamtzahl von 61 551 978 abgegebenen Stimmen entfielen, nebenbei bemerkt, auf die Kommunisten, die sich wiederum hinter dem Schild »Fortschrittler« *(progressives)* zu tarnen gesucht hatten, ganze 132 608!

60 Die Mehrheit der Republikaner im Senat belief sich auf 1 Stimme (48 Republikaner, 47 Demokraten und 1 Unabhängiger), im Abgeordnetenhaus auf 6 Stimmen (219 Republikaner, 214 Demokraten und 1 Unabhängiger).

61 Vgl. Application for Federal Employment. Standard Form 57. U.S. Civil Service Commission.

62 Außenminister Dulles hat bisher bereits über 90 Besprechungen mit verschiedenen Gruppen, Ausschüssen und Komitees der Volksvertretung gehabt. Gleiche Bedeutung kommt den offenherzigen Berichten zu, die er periodisch über Rundfunk und Fernsehnetze der amerikanischen Öffentlichkeit abstattet.

REGISTER

LITERATURNACHWEIS

Nachstehend seien einige Bücher aufgezählt, die dem Verfasser halfen, das Bild vom politischen Zeitgeschehen in den Vereinigten Staaten abzurunden. Das Verwachsensein des Amerikaners mit den politischen Vorgängen seiner Zeit findet deutlichen Ausdruck in der Fülle von Veröffentlichungen über jeweils aktuelle Probleme .

Louis Adamic, Dinner at the White House, 1946.
Robert S. Allen & William V. Shannon, The Truman Merry-Go-Round, 1950.
Joseph Alsop & Robert Kintner, Men around the President, 1939.
Jack Anderson & Ronald May, McCarthy - The Man, the Senator, the Ism, 1952.
Thomas A. Bailey, The Man in the Street, 1948.
Leland D. Baldwin, Recent American History, 1954.
Charles A. Beard, American Foreign Policy in the Making, 1932—1940, 1946.
Charles A. Beard, President Roosevelt and the Coming of the War 1941, 1948.
Elizabeth Bentley, Out of Bondage, 1951.
Earl Browder, The People's Front, 1938.
Earl Browder, The Second Imperialist War, 1940.
William F. Buckley, Jr., & L. Brent Bozell, McCarthy and his Enemies, 1954.
Louis F. Budenz, Men without Faces, 1948.
Louis F. Budenz, The Techniques of Communism, 1954.
James Burnham, The Web of Subversion, 1954.
James Burnham, Containment or Liberation, 1952.
Harry C. Butcher, My Three Years with Eisenhower, 1946.
James F. Byrnes, Speaking Frankly, 1947.
Angela Calomiris, Red Masquerade, 1950.
Angus Campbell, The Voter Decides, 1954.
William Henry Chamberlain, The European Cockpit, 1947.
William Henry Chamberlain, America's Second Crusade, 1950.
Whittaker Chambers, Witness, 1952.
Alistair Cooke, A Generation on Trial, 1950.
Jonathan Daniels, Frontier on the Potomac, 1946.

Elmer Davis, But We Were Born Free, 1954.
Thomas E. Dewey, The Case Against the New Deal, 1940.
Martin Dies, The Trojan Horse in America, 1940.
Medford Evans, The Secret War for the A-Bomb, 1953.
James A. Farley, Jim Farley's Story, 1948.
Rudolph Field, Mister American, 1952.
S. Andhil Fineberg, The Rosenberg Case, 1953.
John T. Flynn, As We Go Marching, 1944.
John T. Flynn, The Roosevelt Myth, 1948.
Jay Franklin, Republicans on the Potomac, 1953.
Benjamin Gitlow, The Whole of Their Lives, 1948.
Louis Harris, Is there a Republican Majority?, 1954.
Alden Hatch, Franklin D. Roosevelt, 1947.
William P. Helm, Harry Truman, 1947.
Cordell Hull, Memoirs of Cordell Hull, 1948.
Harold L. Ickes, The Secret Diary of Harold L. Ickes, Bd. I, The First Thousand Days, 1953; Bd. II, The Inside Struggle 1936—1939, 1954.
Raymond J. de Jaegher & Irene Kuhn, The Enemy Within, 1952.
Gerald W. Johnson, Roosevelt — Dictator or Democrat?, 1941.
George F. Kennan, American Diplomacy 1900—1950, 1951.
Joseph P. Kennedy, I'm for Roosevelt, 1936.
W. M. Kiplinger, Washington Is Like That, 1942.
William L. Langer & S. Everett Gleason, The Undeclared War, 1953.
Owen Lattimore, Ordeal by Slander, 1950.
Ernest K. Lindley, The Roosevelt Revolution, 1933.
Ernest K. Lindley, Half Way With Roosevelt, 1936.
Max Lowenthal, The Federal Bureau of Investigation, 1950.
George C. Marshall, H. H. Arnold & Ernest J. King, The War Reports, 1947.
Kevin McCann, Man from Abilene, 1952.
Ross T. McIntire, White House Physician, 1946.
Hede Massing, This Deception, 1951.
Charles Michaelson, The Ghost Talks, 1944.
Raymond Moley, Seven Years After, 1939.
Felix Morley, The Foreign Policy of the United States, 1951.
William Staar Myers & Walter H. Newton, The Hoover Administration, 1936.
Donald M. Nelson, Arsenal of Democracy, 1946.
Edwin G. Nourse, Joseph S. Davis & John D. Black, Three Years of the Agricultural Adjustment Administration, 1937.
G. Bromley Oxnam, I Protest, 1954.
Frances Perkins, The Roosevelt I Knew, 1946.
Oliver Pilat, The Atom Spies, 1952.
Eleanor Roosevelt, This Is My Story, 1939.
Elliott Roosevelt, As He Saw It, 1946.

Franklin D. Roosevelt, The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt 1928—40. 8 Bände, herausgegeben von Samuel I. Rosenman.
James Rorty & Moshe Decter, McCarthy and the Communists, 1954.
Robert E. Sherwood, Roosevelt and Hopkins, 1948.
Kurt Deutsch Singer, The Men in the Trojan Horse, 1953.
George Soule, A Planned Society, 1932.
Jacob Spolansky, The Communist Trail in America, 1951.
Edward R. Stettinius, Jr., Lend-Lease, 1944.
Edward R. Stettinius, Jr., Roosevelt and the Russians, 1949.
Joseph W. Stilwell, The Stilwell Papers, 1948.
Henry L. Stimson & McGeorge Bundy, On Active Service in Peace and War, 1947.
Benjamin Stolberg & Warren J. Vinton, The Economic Consequences of the New Deal, 1935.
Robert E. Stripling, The Red Plot Against America, 1949.
Lawrence Sullivan, Bureaucracy Runs Amuck, 1944.
Telford Taylor, Answer That Question, 1954.
Ralph de Toledano & Victor Lasky, Seeds of Treason, 1950.
Rexford Guy Tugwell, The Battle for Democracy, 1935.
Freda Utley, Last Chance in China, 1947.
Henry A. Wallace, Democracy Reborn, 1944.
James A. Wechsler, The Age of Suspicion, 1953.
Sumner Welles, Time for Decision, 1944.
Nathaniel Weyl, Treason, 1950.

INHALTSVERZEICHNIS

LUNAU · REVOLTE IN USA